

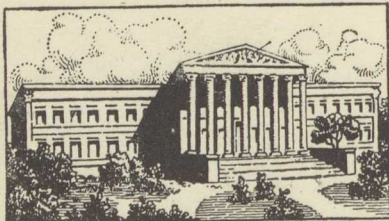
.....
60.365

OSZK

J. Szekfü
Der Staat Ungarn



MAGYAR NEMZETI MUZEUM
ORSZÁGOS SZÉCHÉNYI KÖNYVTÁRA

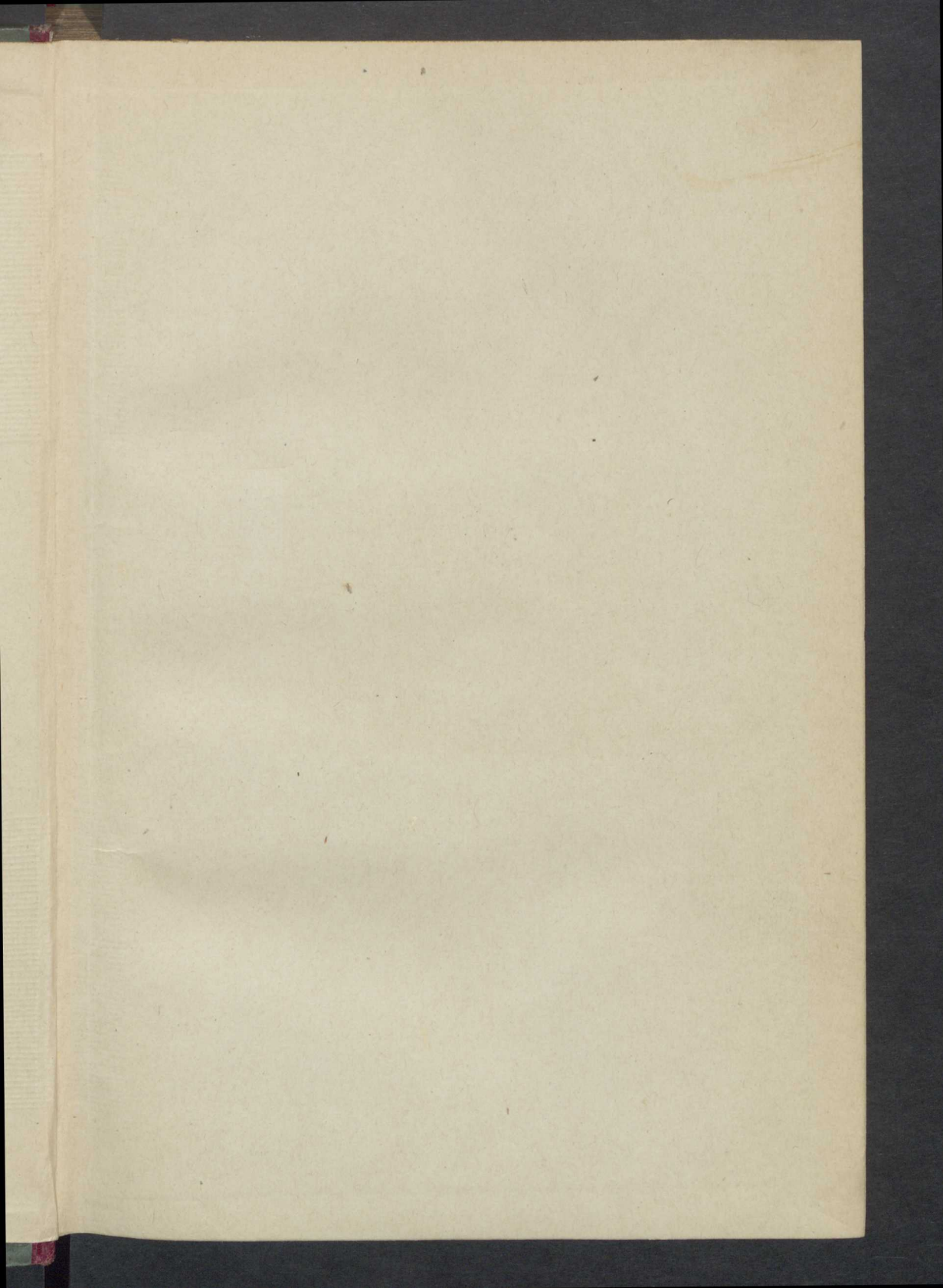


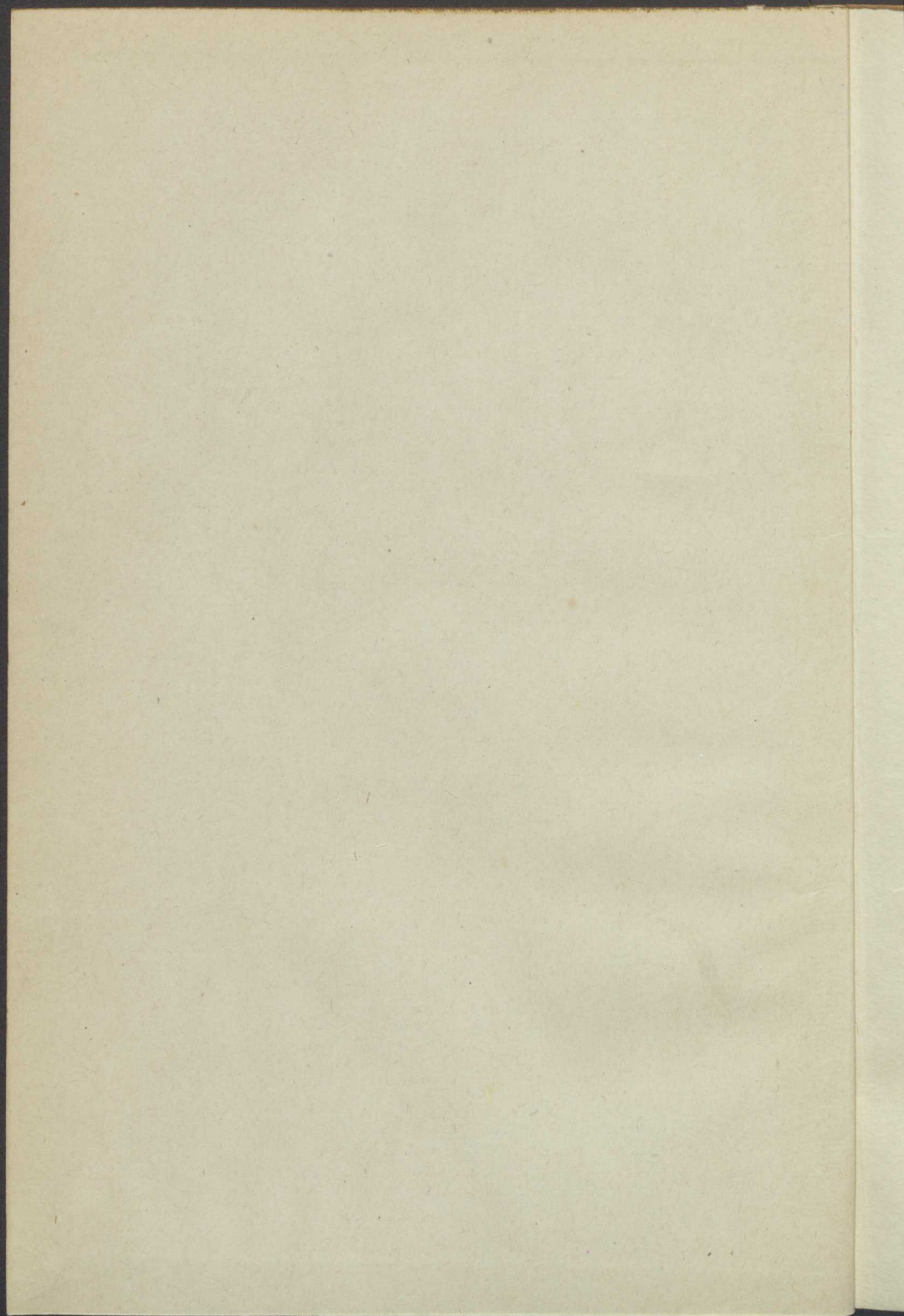
OLVASÓTERMI KÉZIKÖNYVTÁR

08487

KIKÖLCÖNÖZNI NEM SZABAD

M. 5. 60.





Der Staat Ungarn

Dr. John H. H. H.

Der Staat Ungarn

Eine Geschichtsstudie

von

J. Szekeffü

Privatdozent an der Universität Budapest



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1918

A. g. XII.

~~Thunberg~~
~~5757~~ ~~hc~~

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1918
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Druck der
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

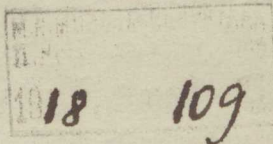


60.365

~~60365~~

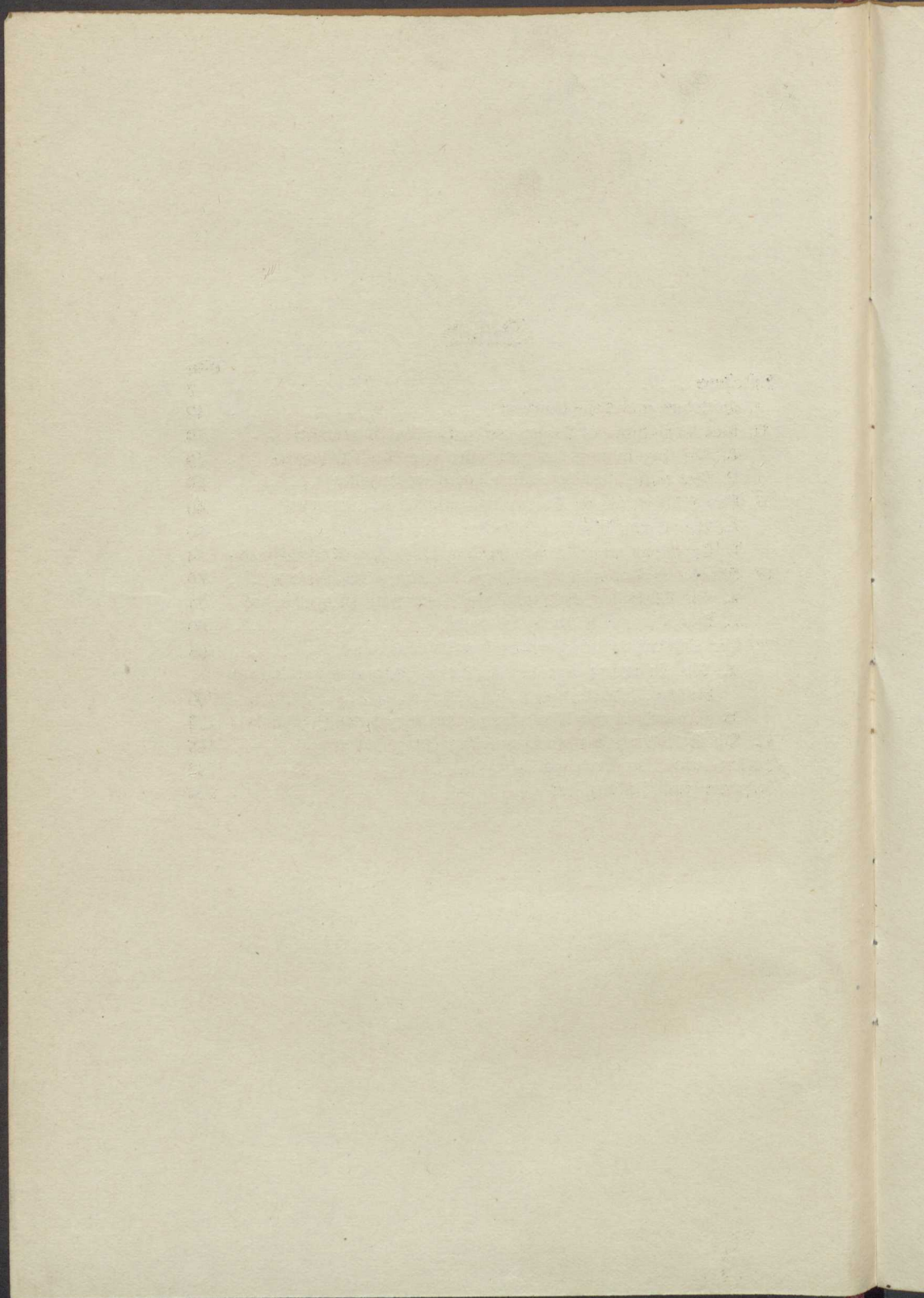
~~08487~~

~~08487~~



Inhalt

	Seite
Einleitung	7
I. Volkstum und Nomadenstaat	12
II. Das Königtum als Träger der nationalen Autonomie . . .	19
A. Die Begründung des mittelalterlichen Nationalstaates . .	19
B. Der mittelalterliche Nationalstaat der Arpaden	29
III. Das Ständetum als Träger der nationalen Autonomie . . .	40
A. Ausbildung des Ständestaates	40
B. Expansion und Niedergang des ständischen Einheitsstaates	54
IV. Staat und Nation zur Zeit der Dreiteilung des Landes. . .	69
A. Die Türkenherrschaft und das Fürstentum Siebenbürgen .	71
B. Das Königreich der Habsburger	80
V. Der Ständestaat im Zeitalter des Absolutismus	98
A. Die Befreiung von der Türkenherrschaft und der Leopold- binische Absolutismus	100
B. Ständestaat und Absolutismus im achtzehnten Jahrhundert	124
VI. Die Entstehung des modernen Verfassungsstaates	145
Quellen- und Literaturnachweis	197
Personen- und Sachregister	209



Einleitung

Die vorliegende Arbeit will den Lebenslauf des ungarischen Staates darstellen. Ihrer Anlage nach verzichtet sie auf zahlreiche Daten, die sonst in einer kurzgefaßten ungarischen Geschichte ihren Platz hätten; sie begnügt sich mit dem Herausarbeiten jener Momente, die auf den Entwicklungsgang tatsächlich von Einfluß gewesen sind und deren Gesamtheit, ihrem Verlaufe nach dargestellt, das individuelle Bild einer lebendigen Staatspersönlichkeit bietet. Diesem Zwecke habe ich in der Darstellung alles untergeordnet, die Arbeit will daher weder als Gelegenheits- noch als Propagandaschrift gelten; — die Resultate, die sich gewiß mit den brennenden Fragen der Gegenwart leicht in Verbindung bringen ließen, sollen einfach aus dem historischen Stoffe ohne Absichtlichkeit und ohne Vordrängen von Tendenzen abgeleitet werden. Der historische Stoff, als der fruchtbare Boden des Geschehenen, hat auch die Grundlagen geliefert, auf die eine Biographie des ungarischen Staates zu stellen war. Von dem Nomadenstaate angefangen bis zum modernen Verfassungsstaate war das ungarische Staatswesen in seinem ganzen Lebenslauf das Produkt einer Nation, der ungarischen; aus dieser Tatsache ergab sich für meine Untersuchung der eine Gesichtspunkt, derjenige des Zusammenhanges zwischen Staat und Nation, zwischen Staatlichkeit und Nationalität des ungarischen

Volkstums. Seitdem sich am Ende des zehnten Jahrhunderts die nomadisierenden Volksstämme der Ungarn auf dem heutigen Staatsboden niedergelassen haben, und es ihnen hier gelang, „die Nationalität durch Politik zur wirklichen Nation zu verdichten“, *) war und blieb die ungarische Nation ununterbrochen die Trägerin des ungarischen Staates. Das mag für Gegenwart und Zukunft von Freund und Feind verschieden gewertet werden, für den Historiker bildet es eine Tatsache, auf die zu bauen einfach seine wissenschaftliche Pflicht ist.

Das Staatswesen der Ungarn entstand auf dem Boden der christlich-germanischen Kulturgemeinschaft des Mittelalters, das ist die zweite Tatsache, deren Folgen in ihrem inneren Zusammenhange aufgedeckt und historisch verwertet werden mußten. Wohl nahm der Staat der Ungarn von Stefan dem Heiligen bis zur Regierung Franz Josefs I. zeitlich verschiedene, durch die allgemeine Entwicklung des europäischen Staatensystems bedingte Formen an, ebenso vielfältig veränderte sich auch das christlich-germanische Gemeinwesen, welches im zehnten Jahrhundert aus dem Ottonenreiche, im zwanzigsten bereits aus dem modernen Deutschland und dem Kaisertum Österreich bestand: beide Entwicklungsreihen, die ungarische und die christlich-germanische, standen aber während dieses Zeitraums ununterbrochen in naher Beziehung zueinander. Indem ich diese Erkenntnis, die freilich nicht von mir stammt, zum anderen Grundpfeiler meiner Darstellung gewählt habe, hoffe ich dadurch den allgemeinen wie den besonderen Merkmalen der Entwicklung näher gerückt zu sein. Die historischen Folgen dieses Zusammenhanges zeigten sich nicht nur in der Übernahme gedanklicher Errungenschaften und wirtschaftlicher

*) Der inhaltsreiche Ausdruck stammt von Alfred Dove.

Institutionen, denen ich im Laufe der Darstellung so weit nachgegangen bin, als es der Stand der ungarischen Geschichtswissenschaft und meine eigenen Forschungen erlaubten. Die enge Verbindung beider Entwicklungsreihen hat auch den allgemeinen, bald gleichmäßig beschleunigten, bald langsamen und verspäteten Gang der ungarischen Geschichte bestimmt. Am Ende des zehnten Jahrhunderts, als das benachbarte Deutsche Reich bereits durch die karolingische Monarchie hindurchgegangen war, befand sich das ungarische Staatswesen noch in nomadischen Zuständen. Da kam das nationale Königtum und unternahm es, das Volk mit einem Schlage vom Nomadentum auf das Niveau der spätkarolingischen Feudalität zu heben. Das rasche Fortschritttempo, vom mächtigen Herrscherhause der Arpaden angeschlagen, wurde durch den Widerstand des Überlieferten, des historisch Gewordenen verlangsamt; der neue Staat erhielt zwar einige feudale Züge, verblieb aber im ganzen in den Formen des patrimonialen Königtums, dessen Zeiten für Deutschland damals längst vorbei waren. Einen neuen Anlauf nahm die Entwicklung im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert, auch diesmal in Anlehnung an die mitteleuropäischen Vorgänge, indem sich das Ständetum hier wie dort zum Träger des Staatswesens aufschwang. Im ungarischen Ständestaat erscheint das Doppelantlitz der ganzen Entwicklung am deutlichsten ausgeprägt: er wird von einer dem deutschen Ständewesen verwandten sozialen und wirtschaftlichen Gliederung getragen, unterscheidet sich jedoch infolge seines spezifisch ungarischen Ursprunges wesentlich von den übrigen Ständestaaten des späteren Mittelalters. Die Zeiten des langsamen, leise an die germanische Mitte angelehnten Fortschrittes dauern bis zum sechzehnten Jahrhundert. Die daraufhin hereinbrechende Türkenherrschaft brachte mit der teilweisen Zerstörung des Staatswesens

gleichzeitig einen Stillstand der Vorwärtsbewegung. Der Staatskörper wird aufgeteilt und das eigentliche Königreich Ungarn zur Barriere des mitteleuropäischen Gemeinwesens gegen die offensive Militärmonarchie der Osmanen. Das habsburgische Zeitalter befestigte den Zusammenhang zwischen den beiden Entwicklungsreihen durch Bande der gemeinsamen Dynastie und durch die gebieterische Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung. Zwei Jahrhunderte ununterbrochenen Kampfes auf Leben und Tod hatten aber das Staatswesen kulturell und wirtschaftlich zurückgeworfen, und als am Ende des siebzehnten Jahrhunderts Ungarn von der Türkenherrschaft befreit wurde, befand es sich vielfach noch in denselben Zuständen wie zu Beginn des sechzehnten, vor Anbruch der Türkenzeit. Der Staat beruhte auch weiterhin auf ständischen Grundlagen, seine Umgestaltung nach den modernen Prinzipien des achtzehnten Jahrhunderts wäre jedoch dringend notwendig gewesen. Es kam aber nicht dazu, und wieder folgten anderthalb Jahrhunderte, in deren Verlauf die Entwicklung äußerst langsam und von schweren Krisen unterbrochen vor sich ging. Ursache dessen war es, daß der von der Türkenherrschaft befreite und neu vereinte Ständestaat sich einer Regierung gegenüber fand, welche nach den absolutistischen Prinzipien der damaligen Zeit Ungarn von außen, von Wien her, regieren und umgestalten wollte. Die Nation verteidigte mit Ausdauer ihren Staat, so wie er war, in der Verteidigung hielt sie am Bestehenden fest, mochte es auch veraltet sein. Während also die westlichen Völker unter der sicheren Führung ihrer absolutistisch-nationalen Herrscher zu modernen Staaten heranreiften, blieb Ungarn auch nach der Türkenzeit in seiner Entwicklung zurück. Die nationalen Kräfte rafften sich erst im neunzehnten Jahrhundert auf und schufen endlich aus dem Ständestaat den modernen

Verfassungsstaat. Aber erst nach schweren Kämpfen gelang es, die Forderungen der ungarischen Eigenstaatlichkeit und des mitteleuropäischen Staatensystems miteinander zu versöhnen, was im Ausgleich von 1867 und ferner im Bismarck-Andrássy'schen Zweibund erreicht worden ist.

Dies ist die Bewegung, die sich an der Hand der historischen Tatsachen erkennen läßt. Bevor ich meine Darstellung selbst reden lasse, kann ich nur versichern, daß ich bestrebt war, das historische Material möglichst objektiv, ohne Zuhilfenahme vorgefaßter Meinungen und Konstruktionen zu betrachten und darzulegen. Auch der Begriff „Mitteleuropa“ beansprucht im historischen und nicht im politischen Sinne unserer Tage genommen zu werden; er bildet seit jeher einen Bestandteil des historischen Gerüsts, dessen man bei Behandlung allgemeiner europäischer Zusammenhänge nicht entraten kann. Meines Wissens kommt der Name „Mitteleuropa“ bei keinem Historiker so häufig vor wie bei dem Österreicher v. Helfert und dem Franzosen E. Bourgeois, die gewiß beide der politischen Konstruktion, die heute dem Ausdruck anhaftet, unendlich ferne stehen. Die Begriffe Nationalität, nationale Autonomie, Nation versuchte ich in Anlehnung an Fr. Meinecke's schönes Buch „Weltbürgertum und Nationalstaat“ anzuwenden.

I.

Völkertum und Nomadenstaat

Die ebenen und leicht gewellten Länderstrecken vom Fuße der Karpathen bis zur Save und unteren Donau gerieten zu Ende des neunten Jahrhunderts in den Besitz des ungarischen Volkes. Wenn über die Urgeschichte desselben auch nicht in allen Einzelheiten Klarheit besteht, so darf heute doch mit Bestimmtheit angenommen werden, daß es aus der Vereinigung zweier verschiedener ethnischer Gruppen hervorgegangen ist. In den weiten Gebieten zwischen Ural und oberem Lauf der Wolga hat augenscheinlich einmal ein türkisch-tatarischer Hirtenstamm, also von Anlage und Beruf Eroberer und Herrenvolk, finnisch-ugrische Jäger und Fischer unterjocht. Die Sieger übernahmen die Sprache der Besiegten, und die gemeinsamen Schicksale vereinigten bald beide Gruppen zu einem Volke. Bereits im achten und neunten Jahrhundert finden wir die Ungarn als ethnisch einheitliches, festgeschmiedetes Nomadenvolk. Ihr Weg nach Westen führte von den Wolganiederungen bis zum Donaudelta, die nördlichen Gestade des Schwarzen Meeres entlang, deren Steppencharakter die Lebensweise eines berittenen Hirtenvolkes begünstigte. Die finnischen und türkischen Elemente sind zu dieser Zeit vollständig zusammengewachsen und werden von einer Einheitsorganisation umschlossen. Die sieben Geschlechtsverbände, „die Stämme“ des Volkes, zeigen bereits einen ausgeprägten ungarischen

und nicht finnischen oder türkischen Charakter. Gegen Ende der Wanderzeit schloß sich ihnen ein achter Stamm an, die Rabaren, ein Zweig des türkisch-tatarischen Rhasurenvolkes, wodurch das Verhältniß der finnischen und türkischen Elemente im ungarischen Volkstum noch mehr zugunsten der letzteren verschoben wurde.

Den Anlaß zum Verlassen der Ebene zwischen Dnjeßtr und Donau — der letzten Etappe der Wanderung — gaben die nachdrängenden östlichen Nachbarn des Nomadenvolkes. Ende des neunten Jahrhunderts hielten die Steppen östlich des Dnjeßtr die Petschenegen besetzt, ein mächtiges und wildes Nomadenvolk türkischen Ursprungs. Sie vereinten sich zur Vertreibung der Ungarn mit den an der unteren Donau wohnenden Bulgaren, einem türkischen Volke, welches mit slawischen Elementen bereits stark durchseht und in seiner Sprache ganz slawifiziert war. Der Doppelangriff, durch Byzanz, den damaligen Regisseur der östlichen Politik, geschickt in Szene gesetzt, schien dem Ungartum mit dessen Untergang zu drohen. Nach einer schweren, doch nicht vernichtenden Niederlage wich das angegriffene Volk seinen Feinden aus, verließ die bisherigen Wohnsitze und kam von der unteren Donau her in das heutige Ungarn.

Die Donau-Theiß-Niederung mit den umliegenden sanften Höhenzügen war den Ungarn damals nicht mehr unbekannt. Sie gehörte zu ihrem Beutegebiete, welches sie von Zeit zu Zeit überfluteten. Diese für alle Hirtenvölker typischen Massenzüge brachten das nomadisierende Volk frühzeitig mit der christlich-germanischen Welt in Berührung. Die Ungarn sind noch in ihrer alten Heimat an der unteren Donau vom römisch-deutschen Kaiser Arnulf gegen das mährisch-pannonische Reich zu Hilfe gerufen worden. Unter den vereinten Hieben des Kaisers und der Ungarn zerschellte

die Erbschaft Swatopluk's so gründlich, daß die Eroberer bei der Landnahme auf keinen nennenswerten Widerstand seitens der Slawen Pannoniens stießen. Das ganze Gebiet des heutigen Ungarn wies zu jener Zeit keinen wirklichen staatlichen Organismus auf. An der Donau und Save befanden sich einige vereinzelte Ansiedlungen der slawisierten Turkbulgaren. Während vom Westen her, zwischen Drau und Donau, die Überreste der karantianischen Markgrafschaft, eines dem langsamen Absterben geweihten künstlichen Gebildes des Karolingerreiches, herüberreichten, gewährten die weiten Steppen und Sümpfe der großen Ebene zwischen Donau und Theiß den letzten Resten des Awarenvolkes Zuflucht. Überall nur Jäger und Fischer oder primitiven Ackerbau treibende Slawen ohne feste staatliche Verbände; sie zu überwinden, war der geschlossenen Masse des kampflustigen Hirtenvolkes ein leichtes. Die bisherigen Einwohner sanken im Laufe weniger Jahre in Knechtschaft, und die Stämme der Eroberer konnten das reiche Weide- und Jagdgebiet des neuen Landes als dauernden Besitz untereinander aufteilen.

Den staatsgründenden Akt hat das Volk unter Führung eines aus dem Kreise der patriarchalischen Geschlechtsautoritäten hervorgegangenen Fürsten namens Arpad vollzogen. Er wird mit Recht als Begründer des ungarischen Donaufstaates gefeiert. Daß sein politischer Sinn klar und scharf gewesen, bezeugen seine Erfolge. Die Hunnen und Awaren haben als Vorgänger der Ungarn bei der Besetzung der Donaugebiete den Schwerpunkt ihrer Macht in die endlosen Sümpfe und Steppen der Donau-Theiß-Niederung verlegt und die Theißgegend zum Sitze ihrer Herrscher erwählt, damit sie hier um so unbeschränkter ihre Lebensweise als Nomaden fortsetzen könnten. Arpad suchte dagegen seine Machtstellung auf dem rechten Ufer der Donau zu be-

festigen; er ließ durch seinen eigenen Geschlechtsverband, den Stamm „Megyer“ oder „Magyar“, die Gegend zwischen Stuhlweißenburg und Budapest in Besitz nehmen und trug dafür Sorge, daß auch die anderen Stämme, vor allem das frühere Pannonien, sodann die Hügellandschaft nordöstlich und nordwestlich von Budapest besetzten. Hier auf altem römischem Boden war die Kulturentwicklung nie vollständig unterbunden worden. Die Schichten vergangener und neu entstandener Kulturkreise lagerten übereinander, tote Monumente und im Dunkel fortbestehende Traditionen des heidnisch-christlichen Kolonialreiches und der karolingischen Monarchie mochten da unbemerkt auf die herrschenden Eindringlinge einwirken.

Die Ermöglichung einer Kulturgemeinschaft mit dem Abendlande war nur die eine Folge des Entschlusses, den Schwerpunkt der neuen Macht nach Pannonien zu verlegen. Die andere wirkte tief einschneidend auf das Ethnos des Ungartums. Infolge der Besetzung Pannoniens kam es mit den dortigen Slawen in engste Berührung, es übernahm von den mährisch-slowenischen Christen ihren gesamten Sprachschatz, soweit er die neuen Begriffe des Christentums und der beginnenden Ansässigkeit umfaßte. Für die Nachhaltigkeit der Berührung spricht die Tatsache, daß die mährisch-pannonischen Slawen der einzige slawische Volksstamm gewesen sind, der im Verlaufe einer tausendjährigen Entwicklung im Ungartum ethnisch aufging, nachdem er zuvor die wertvollen Elemente seiner Kultur den Eroberern übermittelt hatte. In beschränkterem Maße vollzog sich der gleiche Prozeß mit den slawisierten Turkbulgaren der Donau-Save-Linie, denen die Ungarn gleichfalls zahlreiche Kulturgüter entlehnten, bevor jene Völkersplitter in friedlichem Durchdringen, aber auch infolge kriegerischer Auseinandersetzungen von ihnen aufgesogen wurden.

Im neuen Lande haben die Ungarn zunächst ihre nomadische Lebensweise unentwegt fortgesetzt. Die slawischen Knechte arbeiteten für sie in der Nähe ihrer Zeltlager, die in entlegeneren Gebirgsgegenden wohnhaften Bauern mußten Tribut zahlen. Auch Beutezüge wurden weiterhin Jahr für Jahr unternommen. Dem Beispiel ihrer blutsverwandten Vorgänger, der Hunnen und Avaren, folgend, haben sie von der neuen Heimat aus über ein halbes Jahrhundert hindurch die romanisch-germanische Welt heimgesucht. Die Stätten des westlichen Reichtums: Klöster, Städte und Herrnsitze, von Bayern und der Lombardei über die Schweiz und Frankreich bis nach Nordspanien, waren jahrzehntelang ihren blitzschnellen Angriffen ausgesetzt, ohne daß Westeuropa in seiner damaligen Zerrissenheit gegen die stramm geführten Reiter scharen sich wirksam zur Wehr setzen konnte. Nur langsam gelang es hier und dort, die Verteidigung gegen die neue Plage zu organisieren. Dem deutschen König Heinrich I. glückte es zum erstenmal, einen wuchtigen Hieb gegen die Ungarn zu führen; eine entscheidende Niederlage erlitten sie dann im Jahre 955 bei Augsburg durch Otto den Großen. Erst dieser Sieg hat dem Ungarnstrom von Westen her einen festen Damm gesetzt und ihn in die heimischen Donau Gegenden zurückgedrängt. Das Reitervolk sah sich zur Untätigkeit gezwungen und in seinen Daseinsbedingungen beeinträchtigt. Damit war der Augenblick zu einer Änderung seiner Lebensweise und seines gesamten Kulturzustandes gekommen.

Das blutsverwandtschaftliche Gefüge des Nomadenstaates erlitt bereits zur Zeit der Beutezüge eine nicht unbeträchtliche Lockerung. Mut und Kriegsglück hatten einzelnen Mitgliedern der Stammesverbände zu Ansehen verholfen; reich geworden, fügten sie sich nicht mehr der Autorität ihrer Häuptlinge, die auch durch Zuzug beute-

lustiger Fremden untergraben wurde. Zumal in den östlichen Theilen des von den Ungarn besetzten Gebietes finden wir Einwanderer meist türkischer Herkunft, die sich den Ungarn in der Hoffnung auf Beute angeschlossen hatten und das feste Gefüge der Geschlechtsverbände und der auf Blutsgemeinschaft aufgebauten militärisch-politischen Organisation empfindlich lockerten. Zur Zeit der aufgezwungenen Untätigkeit mußten sich die Schwierigkeiten solcher Art beträchtlich vermehren. Das Aufhören der Beutezüge bedeutete für den Nomadenstaat das Verbot des Sichauslebens, er mußte in seinen Funktionen aussetzen; dementsprechend zeigten sich nun bei dem auf enge Grenzen angewiesenen Volke Anzeichen anarchischer Zustände, und es schien ihm das Schicksal der Avarn zu drohen, die einst von Karl dem Großen wie Spreu und Asche zerstreut wurden.

Diese innere Schwäche haben die Meister der damaligen Weltpolitik, die orthodoxen Kaiser von Byzanz, sogleich erkannt. Seitdem es ihnen gelungen war, das mächtige Donaureich der Turkobulgaren zu zertrümmern, streckten sie ihre Hand weiter nach dem Nordwesten aus. Griechisch-slawische Mönche begannen den orthodoxen Glauben unter den Ungarn mit dem Erfolge zu verbreiten, daß sich einige Häuptlinge in Konstantinopel taufen ließen. Da den Ungarn vom westlichen Kaisertum her vollständige Vernichtung drohte, so erschien als einziger Ausweg der Anschluß an das orthodoxe Byzanz und damit das Aufgehen des eigenen Volkstums im slawischen Meere nach dem Beispiel der Turkobulgaren. Das Geschlecht, welches zu jener schicksalschweren Zeit lebte, hätte beim Anschluß an den Osten den unmittelbaren Zweck, die Errettung aus der westlichen Gefahr, gewiß erreicht, doch wäre damit das ungarische Volkstum und der von ihm getragene Staat noch im Keim für immer vernichtet worden.

Und doch, gerade in diesem kritischen Augenblicke begannen sich die Kräfte zu regen, die im jungen ungarischen Volkstum verborgen waren. Das Hirtenvolk erwies sich der Erneuerung fähig, indem es die politischen Grundlagen seines Daseins den veränderten Verhältnissen anzupassen wußte. Durch die drohende Annäherung blutfremder Völker sind die autonomen Bestrebungen eines politisch begabten Volkes erst geweckt worden. Die Zusammenfassung der Kräfte gelang dann jenem politischen Faktor, welcher in den damaligen primitiven Zuständen als einziger neben den geschwächten blutsverwandtschaftlichen Autoritäten sich Geltung zu verschaffen wußte. Dieser Faktor war das Herrscherhaus, das Königtum der nahen Zukunft.

II.

Das Königtum als Träger der nationalen Autonomie

A. Die Begründung des mittelalterlichen Nationalstaates

Zum Verständnis der im folgenden geschilderten Vorgänge müssen wir hervorheben, daß wir mit dem Begriffe des mittelalterlichen Nationalstaates nichts anderes bezeichnen wollen, als einen den mittelalterlichen Wirtschafts- und Verwaltungsformen entsprechenden Staat, der politisch das Produkt der ungarischen Nation war. Im beherrschten Lande wohnten zwar auch slawische Volkselemente, anfangs vereinzelt, später an Zahl zunehmend, ihre Arbeit wurde indes erst auf die Initiative des Ungarvolkes hin den Staatszwecken dienstbar gemacht. Wenn wir die staatserhaltenden Energien, die gewiß tief im Moralschen ihre Wurzeln haben, ein wenig vereinfachend politischen Willen nennen, so wird es klar, daß ein solcher bei Begründung des mittelalterlichen Staates ausschließlich im ungarischen Volkstum vorhanden gewesen ist. Politische Arbeit haben die in Ungarn ansässigen slawischen Elemente bei der Staatsgründung nicht geleistet. Wie der vorhergehende Nomadenstaat ausschließlich von den Magnaren getragen war, so mußte auch der Aufbau des neuen Staatswesens von ihnen in Angriff genommen werden. Die Südslawen durchwanderten vor der Ankunft der Ungarn mehrmals die

zur Staatsgründung einladenden Niederungen der Donau und Theiß, ohne ihre geographische Geschlossenheit geahnt, geschweige denn ausgenützt zu haben. Es fehlte ihnen der politische Wille zu schöpferischer Arbeit in Staatsbildung und Staatslenkung, den hier im entscheidenden Moment einzig und allein der ungarische Volksstamm aufzubringen vermochte. Der ganze politische Wille eines Volkes erschien zur Geburtsstunde des mittelalterlichen Staates in der Familie der Arpaden konzentriert.

Arpads Nachkomme Géza und sein Sohn, Stefan der Heilige, haben das Ungarvolk vom Untergang, der ihm von Ost und West drohte, errettet. Ihr Verdienst ist es, daß innerhalb zweier Menschenalter aus dem Konglomerat mehrerer Nomadenstämme ein festgefügtter Staat ungarischer Nationalität entstanden ist. Für die weitere Entwicklung war es von hoher Bedeutung, daß bei der Umgestaltung der inneren nationalen Struktur kein äußerer Druck mitwirkte; das ganze Werk wurde von dem reifen politischen Sinn einer herrschfreudigen und herrschfähigen nationalen Dynastie und von ihrer unbeugsamen Willenskraft vollbracht.

Eine leichte Arbeit war das gewiß nicht. Blutige innere Kämpfe folgten, in denen die unsteten, zügellosen Elemente des Volkes zugrunde gingen. Die Macht der Stammeshäuptlinge und der in den Beutezügen reich gewordenen Truppenführer mußte gebrochen und die Autorität der Nachfolger Arpads wiederum über alle Stämme hergestellt werden. Dem Fürsten Géza ist dies in schweren Kämpfen gelungen. Mit dem raschen Entschluß eines durch Zweifel nicht aufgehaltenen Naturmenschen benützte er die neubefestigte Zentralgewalt zur Einfügung seines Volkes in das abendländische Gemeinwesen. Er gab ihm damit, ohne es zu fragen, einen neuen Lebens-

20

inhalt und schnitt ihm alle Wege der Rückkehr zum Nomadentum ab. Die innige Verbindung dieser jetzt geschaffenen nationalen Autonomie mit der deutsch-christlichen Kultur wird durch die Tatsache in helles Licht gerückt, daß Géza, der selbst noch Heide geblieben war, für seinen Sohn um die Hand der Tochter des Herzogs von Bayern warb, und sein Sohn, der erste König von Ungarn, der Schwager des deutschen Königs und ein Heiliger der römischen Kirche wurde.

Der Anschluß an die westliche Gemeinschaft ist durch Stefan den Heiligen tatsächlich befestigt und vervollständigt worden. Gestützt auf seine von Géza ererbte Machtstellung, begann er die Christianisierung seines Landes. Die ersten abendländischen Missionare aus der Prager und Passauer Diözese erhielten bald reichen Zufluß; auf Stefans Ruf kamen aus Monte-Cassino, Ravenna und aus Cluny Mönche, die die Bekehrung des Volkes mit Eifer fortsetzten. Der westliche Teil des Ungarntums, in Pannonien wohnhaft, stand bereits seit längerer Zeit in Berührung mit den dort ansässigen christlichen Slawen. Auch die zur Zeit der Beutezüge nach Ungarn gebrachten Sklaven haben wohl ihren christlichen Glauben unter den Heiden verbreitet, doch war, trotz all dieser Ansätze, Stefans Tätigkeit auf religiösem Gebiete geradezu revolutionär. Die Ausübung des alten Glaubens wurde verboten, und die heidnischen Bräuche sahen sich bald aus dem geschützten Bereiche einer nationalen Religion ins nächtliche Dunkel, in die Tiefe der Wälder zurückgedrängt.

Stefan selbst, obgleich erst im erwachsenen Alter getauft, gelangte rastlos zu einer tiefen christlichen Überzeugung. Der heilige Eifer, mit dem er sein Volk zum Christentum bekehrte, ist am ehesten mit dem Karls des Großen zu vergleichen. Einen Maßstab dafür bietet die Hefigkeit der

Reaktion, die von den Anhängern des alten Glaubens dem Neuerer entgegengesetzt wurde. Die Führer der Geschlechtsverbände erhoben sich noch einmal und schickten sich an, in verzweifeltem Kampfe die Entscheidung über die große Frage herbeizuführen, wer in Zukunft das Schicksal der Nation gestalten solle, die heidnisch-konservativen Stammeshäuptlinge, Gegner der westlichen Kultur, oder der neue Alleinherrscher aus Arpads Stamme, der nach Ansicht seiner Gegner den Glauben seiner Ahnen verlassen und sich fremden Einflüssen ergeben hatte. Im Falle eines Sieges der Stammeshäuptlinge konnte das Ungarvolf vielleicht noch eine Weile in den ungeordneten Zuständen, wie sie durch Lockerung des straffen Nomadenstaates entstanden waren, weiterleben, um dann kulturfeindlich und kulturfremd, aber ohne Furcht und Tadel, von West oder Ost vernichtet zu werden.

Den Kampf der Weltanschauungen auf Leben und Tod hat Stefan zielbewußt und schonungslos mit jugendlichem Mut durchgefochten. Unter den Fahnen St. Georgs und St. Martins, der Schutzpatrone Pannoniens, ging er gegen die aufständischen Stammeshäuptlinge vor und ließ sich vor der Schlacht von bayerischen Rittersn nach deutscher Sitte mit dem Schwert umgürten. Außer seiner Hausmacht aus dem Stamme Magyar kämpfte für ihn eine große Anzahl deutscher Ritter, die in Begleitung seiner Frau nach Ungarn gekommen waren. Die Schlacht, in der er den südlich vom Plattensee heimischen Stammeshäuptling entscheidend schlug, wurde in der nationalen Tradition als die „Schlacht zwischen Teutonen und Ungarn“ verewigt. Die konservativen Kräfte des heidnischen Ungartums erlitten von Stefan und seinen Helfern eine Niederlage, von der sie sich nie wieder erholten. Nach Pannonien kam die Reihe an die mit Petschenegen durchsetzten Stämme der Theißgegend und an den bulgarisch-

22

ungarischen Häuptling zwischen Maros, Donau und Theiß, einen Vorkämpfer der byzantinischen Politik in Ungarn. Die politische Niederlage zog das kulturelle Zurückdrängen der oströmischen Orthodoxie nach sich; die griechischen Mönche der Marosgegend mußten bald den abendländischen Platz machen. Stefan drang auch in die nach Westen zu offenen Täler Siebenbürgens ein, wo die spärliche ungarische Bevölkerung unter der Herrschaft eines fast unabhängigen, mit Arpads Stamme verwandten Häuptlings lebte, der sich gleichfalls dem wirklichen Führer des Volkes unterordnen mußte.

Die blutsverwandtschaftlichen Sonderverbände als politische Organe des Volkes erhielten infolge Vernichtung der Stammeshäuptlinge den Todesstoß. Wohl bestand die Geschlechtsgemeinschaft als Wirtschaftsform noch lange nachher fort, doch hatte sie keine politische Bedeutung mehr. Die alte Welt der heidnischen Freiheit ging unter, und der führende Mann der neuen Zeit mußte sich nach anderen Grundlagen umsehen, auf welche sein revolutionäres Gebäude fest und sicher gestellt werden konnte. Zu derselben Zeit hat Boleslaw, der Herzog von Böhmen, sein Land in die christliche Gemeinschaft eingefügt und es vom römisch-deutschen Kaiser als Lehen in Empfang genommen. Der Ungar folgte dem böhmischen Beispiel nicht, er wurde durch seinen gesunden politischen Sinn und das Unabhängigkeitsgefühl des stolzen Hirtenvolkes davon zurückgehalten. Da er aber der heidnischen Freiheitsauffassung endgültig entsagt und sich die Weltanschauung der christlich-germanischen Gemeinschaft zu eigen gemacht hatte, so war der Weg für seinen scharfen Blick und seine helle politische Begabung nicht zu verfehlen. Er stellte sein Land und seine Macht auf das christlich-monarchische Prinzip, wie es am vollkommensten im Reiche Karls des Großen verwirklicht erschien. Nach der Auffassung der karolingischen Monarchie stammt die Macht des Herr-

schers von Gott, er ist Gott allein verpflichtet, Rechnung über sein Gebaren abzulegen, Gott ist die Quelle, Verechtigung und der Richter des königlichen Amtes. Für den glaubensstarken neuen Herrscher, der die Vergangenheit seines Volkes vernichtet hatte, war das christlich-monarchische Prinzip: „Alle Gewalt aus Gott“, die höchste Rechtfertigung seines politischen Tuns. Eine solche Auffassung schloß eine Nachahmung des böhmischen Beispiels gänzlich aus. Dabei ist als wichtige Tatsache in Betracht zu ziehen, daß dieser entscheidende Schritt in tatsächlicher Unabhängigkeit vom römisch-deutschen Reiche erfolgte, ausschließlich und allein infolge des Entschlusses des Trägers der nationalen Autonomie, des nationalen Herrschers. Einmal zur christlich-monarchischen Auffassung gelangt, konnte Stefan nicht um Anerkennung bei dem westlichen oder dem östlichen Kaiser werben, es stand ihm aber der Weg zum geistlichen Haupt der Christenheit offen. Vom Papst durfte er die äußere Anerkennung seiner waffengewaltigen Machtstellung erhoffen, zu ihm zog ihn auch seine tiefreligiöse Gesinnung, seine Hoffnung auf Trost bei der schweren Lebensarbeit hin. Stefans Gesandte wurden vom Papst, Sylvester II., freundlich aufgenommen und erhielten für ihren Auftraggeber Krone und apostolisches Kreuz. Mit der päpstlichen Krone wurde dann Stefan im Jahre 1001 von den Männern des jungen ungarischen Christentums zum ersten apostolischen König von Ungarn gekrönt.

Das Ungaricum erhielt in Stefan einen König, der auf Grund der Befugnisse eines karolingischen Herrschers seinen Staat von Grund aus umgestaltete. Vor kurzem noch hatte der freie Ungar die Stammeshäuptlinge und unter ihnen Arpads Nachkommen als seinesgleichen angesehen — jetzt besaß Stefan die Machtstellung eines römischen Kaisers, wie einst Karl der Große — wahrlich, eine gewaltige Um-

24

wandlung. Wohl besaßen die Ungarn, wie alle Nomaden, ein primitives, starres Gewohnheitsrecht. Das hinderte aber Stefan nicht, aus eigener Machtvollkommenheit neue Gesetze zu schaffen. Er sagte: „Da alle Völker von eigenen Gesetzen regiert werden und da ich durch Gottes Fügung zum Leiter meiner Monarchie berufen wurde, so habe ich mich, den alten und neuen Selbstherrschern folgend, entschlossen, meinem Volke Gesetze zu geben.“ Der Inhalt der stefanei-schen staatlichen Gesetzgebung war nicht weniger revolutionär als seine Maßnahmen auf kirchlichem Gebiet. Unbeengt von den bestehenden Verhältnissen und Traditionen, versuchte er nach der Zertrümmerung der Geschlechtsverbände ein neues soziales Gebäude zu errichten und das Prinzip des Privateigentums, insbesondere jenes des privaten Grundbesitzes, zu verwirklichen, der nun im Verlaufe der weiteren Entwicklung neben die bisherige Wirtschaftsform der geschlechtsgenossenschaftlichen Feldgemeinschaft als vom Königtum bevorzugter Faktor trat. Mit Gütern reich ausgestattet erscheinen die Klöster der Benediktiner, die Bistümer und Kapitel, denen Stefan ausgedehnte Ländereien aus den Besitzkomplexen der unterworfenen Stämme zuwies. Außer den Geistlichen erhielten auch die deutschen Ritter Güter, ferner jene Gemeinfreien, die sich beim Entscheidungskampfe dem Herrscher angeschlossen hatten. Sie alle schieden mit ihren Besitzümern aus den Geschlechtsverbänden aus und wurden, nur vom König abhängig, seine Dienstleute.

Das Zurückdrängen der geschlechtsgenossenschaftlichen Wirtschaftsform und die Einführung des Privatbesitzes war nicht nur für die nationale Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Die nach karolingischem Vorbild geschaffene Institution des Privatgrundbesitzes erschloß auch Ungarn die Wege, welche die romanisch-germanischen Völker seit

Jahrhunderten beschritten hatten. Die ähnlichen Wirtschaftsgrundlagen ermöglichten einen ähnlichen Entwicklungsgang. Erscheinungen des slawischen Wirtschaftslebens mit seinen charakteristischen Formen im Zustande der Ansässigkeit waren Stefan zwar nicht unbekannt und wurden von ihm auch nicht vollständig beseitigt, entscheidend aber blieb es, daß er sich zielbewußt den entfernteren germanischen Einrichtungen zuwendete und mit seiner Gesetzgebung versuchte, die Elemente des germanischen Feudalismus nach Ungarn zu verpflanzen. Nach ungarisch-nomadischer Auffassung waren Kämpfer und Gemeinfreie gleichbedeutende Begriffe; jeder Soldat war ein gleichberechtigtes Mitglied seines Geschlechtsverbandes. Diese heidnische Freiheits- und Gleichheitsauffassung hat Stefan mit seiner Anordnung durchstoßen, derzufolge jeder Herr mit größerem Grundbesitze — senior — Kriegersleute in seine Dienste nehmen müsse. Die Dienstmänner, mit einem dem süddeutschen Feudalismus entlehnten Ausdrucke milites genannt, sind verpflichtet, ihrem Herrn getreue Hof- und Kriegsdienste zu leisten, die Herren aber sind dem König zur Treue verbunden. Ein Kenner der Ungarn, Kaiser Leo von Byzanz, hat noch im zehnten Jahrhundert ihre Haupteigenschaft in ihrer Freiheitsliebe erblickt. Stefan der Heilige unternahm es, an Stelle des Freiheitsideals eines Nomadenvolkes das germanische staatserhaltende Prinzip der Treue zu setzen! Sein Wort wäre gewiß eitler Schall geblieben, hätten sich nicht in der Institution des Privatgrundbesitzes die erforderlichen Grundlagen zur Verwirklichung seiner Ideen vorgefunden. Die spätere Entwicklung beweist zur Genüge, daß es dem ersten König vollkommen gelang, mit der Freiheitsliebe seines unbändigen Volkes persönliche und Königstreue in dessen Gesinnung zu vereinen.

Bei seinen Maßnahmen konnte sich Stefan auf die unerschöpflichen Machtquellen des patrimonialen mittelalterlichen Königtums stützen. Sein Wirken ist denn auch nur aus der Wirtschaftsform des naturalwirtschaftlichen Grundbesitzes heraus, wie sie in West- und Mitteleuropa damals vorherrschte, zu verstehen. Die Hausmacht des Herrschers war überall die Trägerin der patrimonialen Monarchie. Die Hausmacht der Arpaden bis zu Gézas Zeiten war nicht größer als jene der anderen Stammeshäuptlinge, die materiellen Grundlagen der stefaneischen Monarchie sind erst von Géza durch Unterwerfung der einzelnen Häuptlinge geschaffen worden. Die Aufstände der Stammeshäuptlinge haben dann Stefan Gelegenheit geboten, mit den Geschlechtsverbänden gründlich abzurechnen und sein Besitzrecht auf das gesamte von den Ungarn bewohnte Gebiet auszudehnen. Die bereits ansässige unfreie Bevölkerung kam solcherart unter die Herrschaft des Königs, und da sich mit der Zeit aus diesen unfreien Slawen zum Teil die ackerbau- und gewerbetreibenden Klassen entwickelten, so geriet nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft der nationalen Kultur in die Hände des Königtums. Der Wirtschaftsbetrieb der königlichen Güter lehnte sich äußerlich an die im Lande vorhandenen slawischen Institutionen an. Das königliche Besitztum wurde domänenmäßig bewirtschaftet, jede Domäne mit slawisch-avarischen Erdbefestigungen als Mittelpunkt. Auch die ungarischen Benennungen dieser Einrichtungen wurden aus dem Slawischen entlehnt; die Domäne hieß *megye*, ihr Vorsteher *ispán* (Gespan, slawisch *Zupan*). Auf das eigentliche Vorbild Stefans weist aber erst der lateinische Name der Domänen, der *Comitatus*, hin. Stefan hat nicht die blutsverwandtschaftliche *Župa* der Südslawen, sondern die Gaugrafschaft, den *Comitatus* der fränkischen Monarchie, nach Ungarn verpflanzt. An Stelle

der Stammesverbände hat er als politische, militärische und polizeilich-administrative Einheiten den comitatus und seine Unterteilungen: Centurionat und Dekurionat gesetzt. Die vom König eingesetzten Gespane (comites, Grafen) beherrschen die Bevölkerung der königlichen Domänen vom Mittelpunkt des Komitates aus. Sie haben der Produktion der angesiedelten Unfreien Richtung zu geben und die Gemeinfreien auf des Königs Ruf in den Kampf zu führen. Ihre Befugnisse und damit die ganze Verwaltung stellen eine bewußte Entlehnung der karolingischen Institutionen dar.

Gestützt auf die Domänen und die von ihm abhängigen Klöster und Bistümer sowie auf die Treue der Großgrundbesitzer und Gemeinfreien, konnte Stefan mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Es war ihm gelungen, aus einem lockeren heidnischen Geschlechtsverbande einen festgebauten christlichen Staat zu bilden und die neue Staatspersönlichkeit in die christlich-germanische Kulturgemeinschaft einzufügen. Man könnte vielleicht glauben, daß dazu die vierzig Regierungsjahre Stefans nicht ausgereicht hätten, und daß dies Werk von mehreren Generationen vollbracht worden sei, für die der Name Stefans nur einen Sammelbegriff darstelle. Dem Versuche einer solchen geschichtswissenschaftlichen Untergrabung der Persönlichkeit wird aber von Stefans mächtiger Gestalt erfolgreich Widerstand geleistet. Wir stehen da einer der politisch reifsten und glücklichsten Gestalten der ungarischen Geschichte und sicherlich dem erfolgreichsten und gewissenhaftesten Arbeiter an der Staatlichkeit Ungarns gegenüber. Der langsame Gang der ungarischen Entwicklung wurde bereits von Géza in rascheres Tempo gebracht; unter seinem Sohne hat die nationale Dynastie das Ungarvolk in den reißenden Strom des Fortschrittes einbezogen und es gezwungen, die lange Spanne Weges,

die zum Erreichen der westlichen Kulturstufe nötig war, in kurzer Zeit zurückzulegen. Stefan wußte wohl, daß das neue Leben von ihm und von seinem Vater ausging und daß es von seinen Nachfolgern getragen werden müsse. Als er Mitglieder seiner Familie unbeständig im christlichen Glauben und dem Westen feindlich gesinnt fand, hat er ohne Verzug gewaltsame Maßnahmen zur Sicherung der Zukunft seiner Lebensarbeit getroffen. Er schrak nicht vor Verbannung und Verstümmelung der Nachkommen Arpads zurück. Wohl die erste Tragödie, deren Keim in der seit Stefan unabänderlichen Tatsache liegt, daß das Ungartum, das „Volk des Ostens“, unlöslich mit dem Westen verbunden ist. Sie leitete eine lange Reihe von Konflikten ein, aus denen das ungarische Volkstum jedesmal mit Verzicht und unter schwerem Opfer den Ausweg, den Ausgleich mit dem Westen, suchen mußte.

Stefan, sein Sohn Emerich und dessen Lehrer Gerhard wurden von der römischen Kirche in die Reihe der Heiligen aufgenommen. Der jüngste Zweig des abendländischen Christentums trat damit als neues Individuum in die Reihe der westlichen Völker ein.

[B. Der mittelalterliche Nationalstaat der Arpaden

Die Könige aus Arpads Stamme haben nach Stefan dem Heiligen noch 300 Jahre lang über Ungarn geherrscht, und die Nation hat allen Grund, ihnen dankbar dafür zu sein. Wohl hatte der Begründer des Königtums die bestehende politische Organisation seines Volkes mit kraftvoller Hand zerschlagen. An Stelle des primitiven Nomadenstaates schuf er jedoch ein neues Gebilde höherer Ordnung, und wenn auch unter seinen Nachfolgern sich einige als zu schwach

erwiesen, das von Stefan begonnene Werk zielbewußt fortzusetzen, so blieb doch die Lebenskraft der Dynastie ungebrochen. Sie besiegte schließlich alle Schwierigkeiten, so daß der nationale Entwicklungsgang immer nur auf kurze Zeit gehemmt werden konnte. Nach Jahren fremden Einflusses, unter schwachen Trägern der Krone, gelangten um so tatkräftigere Herrscher auf den Thron, durch deren Energie und Umsicht die Nation wieder der christlich-germanischen Kultur zurückgewonnen wurde. Ladislaus der Heilige, Koloman, Béla III. und IV. sind die erfolgreichsten Arbeiter am Ausbau des mittelalterlichen Nationalstaates gewesen. Sie alle wurden in dankbarem Angedenken behalten, und beim Aussterben der Dynastie im Jahre 1301 fanden wohl die Gefühle des ganzen Volkes in den Worten des ersten Reichsbarons Ausdruck: „Es brach das letzte goldene Zweiglein vom Stamme Stefans des Heiligen, des ersten Königs von Ungarn, und das ganze Volk fühlt, daß es seinen angestammten Herrscher verloren hat, und es sucht, der Rachel gleich den Verlust beweinend, wiederum einen König aus Stefans Blut zu finden.“

Tatsächlich erscheint kein anderer Staat des Mittelalters in solchem Maße durch die bewußte Tätigkeit seines Herrscherhauses zu einer solch festgefügtten Einheit ausgebaut, wie Ungarn durch die Arpaden. Sie haben die Entwicklung ihres Volkes in den großen westlichen Strom geleitet und als erste Voraussetzung dazu ein einheitliches, in sich geschlossenes Reich mit homogenen kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei der Ausbau der Landesgrenzen gewesen; er ist charakteristisch für die nationale Tätigkeit der Dynastie.

Die Arpaden haben zur Grenzsicherung des Reiches einen eigenartigen Mechanismus geschaffen, den sie aus den Ansätzen eines bei slawischen Völkern überall verbreiteten

Grenzsystems entwickelten, das von den deutschen Chronisten „clausa“ genannt wird. Aus den Urwäldern und Sümpfen an den Peripherien des bewohnten Landes haben sie durch systematische Unterbindung der Verkehrswege ein undurchdringliches Dickicht werden lassen. Außerhalb des Grenzgürtels lag das Land Tagereisen weit öd und unbebaut, damit die Sicherheit der Klauen durch fremde Ansiedlungen nicht gefährdet werde. Gleich nach der Schlacht bei Augsburg haben die Nachfolger Arpads es für nötig erachtet, die Westgrenze auf solche Weise gegen einen voraussichtlichen deutschen Einbruch zu schützen. Das ganze System ist zur Zeit Stefans des Heiligen bereits vollkommen abgeschlossen. Eine ununterbrochene Linie der zur Verteidigung hergerichteten Urwälder umgab das Land, wobei die Möglichkeiten eines Naturschutzes vollauf ausgenützt waren. Die Flüsse und Bäche wurden an ihren Furten und sonstigen Übergangsstellen von ständigen Wachen besetzt, die im Falle einer feindlichen Invasion die Pflicht hatten, die Gewässer aus ihren Betten zu leiten und die noch gangbaren Wege überfluten zu lassen. Der Auslandsverkehr mußte in Friedenszeit die Pforten der Klauen passieren, die starke militärische Kontingente des Königs besetzt hielten. Als Grenzbewachung dienten eigens dazu ausgebildete Truppen, sie mußten von den königlichen Dörfern des unmittelbaren Hinterlandes gestellt werden. Die zielbewußte Art der neuen nationalen Autonomie zeigt sich nicht zum wenigsten darin, daß als Grenzwächter fast ohne Ausnahme nur Ungarn und ihnen stammverwandte türkische Völkerschaften Verwendung fanden. Im Westen, zur Verteidigung gegen Böhmen und Österreich, waren Petschenegen und Jazygen, beides später eingewanderte türkische Stämme, und Székler ungarischer Nationalität angesiedelt. An der südöstlichen Grenze, wo Siebenbürgen gegen die nach-

drängenden Nomaden andauernd zu schützen war, finden wir seit dem Ende des elften Jahrhunderts die geschlossene Masse der Székler, die von ihrem ursprünglichen Ansiedlungsgebiete in Pannonien eigens zur Grenzverteidigung nach Siebenbürgen verpflanzt worden waren. Die vorzüglich staatserhaltende Aufgabe der Grenzverteidigung ist außer den Ungarn und stammverwandten Türken nur noch den Deutschen übertragen worden. Von dem den deutschen Elementen entgegengebrachten Vertrauen erzählen die Ansiedlungen der Deutschen in der Gips, die hier die Reichsgrenzen gegen Polen zu verteidigen hatten. Ähnliche Aufgaben fielen den Deutschen des Burzenlandes in Siebenbürgen gegen die nomadisierenden Türkenstämme der östlichen Steppen zu. Die Deutschen haben sich in die neuen Verhältnisse hineingefunden und mit germanischer Treue ihre Pflicht den Königen gegenüber jahrhundertlang unwandelbar erfüllt.

Solange das Grenzsystem nur die Verteidigung des Reiches bezweckte, war es nicht viel mehr als eine umfassend durchgeführte Erneuerung des slawischen Grenzverteidigungsgedankens. Es gehört zum Verdienst der Arpaden, daß sich aus dem Bewachungswesen mit der Zeit eine fortdauernde Erweiterung der Grenzen und damit des nationalen Kulturbodens entwickeln konnte. Dieser ethnisch, bevölkerungspolitisch und wirtschaftlich gleich bemerkenswerte Vorgang vollzog sich in der Weise, daß die Grenzen und damit das ganze System der Klause von Fall zu Fall einige Meilen weiter vorgeschoben wurden. Dies geschah entweder infolge eines gefestigten freundschaftlichen Verhältnisses mit dem betreffenden Nachbarstaate, wodurch die Ansiedlung der vor den Pforten des Grenzgürtels liegenden öden Landstriche ermöglicht wurde, oder aber infolge einer gesteigerten Intensität des nationalen Lebens, das sich stark genug fühlte,

die kulturlosen Grenzgebiete in eigene Arbeit zu nehmen. Die Verschiebung des Grenzgürtels erfolgte auf des Königs Geheiß, da der gesamte Bewachungsdienst von seinen Untertanen ausgeübt wurde. Des Königs Blick mußte jederzeit die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Erweiterung erkennen; in dieser Hinsicht ist die heutige Form und Ausdehnung des Landes das ureigenste Werk der ersten nationalen Dynastie. Von der Größe ihrer Leistung gewinnt man erst ein zutreffendes Bild, wenn man weiß, daß Stefans des Heiligen Reich sich in den nördlichen Karpathen ungefähr bis zum Mittellauf der von Norden zur Donau parallel eilenden Flüsse erstreckte. Städte wie Kaschau, Eperjes, Bartfeld, Schemnitz, Krenniz, Neusohl, Trentschin bestanden damals noch nicht, ihr ganzes Gebiet lag als undurchdringlicher Urwald und herrenloses Gut außerhalb der Grenzen Ungarns und der benachbarten Länder. An der Nordwestgrenze hat bereits Ladislaus der Heilige infolge seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Böhmen eine Verschiebung des Grenzsystems vorgenommen, doch lag hier die Befestigungslinie bis zur Mitte des dreizehnten Jahrhunderts am Flusse Vág, der von Trentschin bis zu seiner Mündung bei Komorn mit sieben befestigten Plätzen und einer großen Anzahl von Wasserwerken zur Ermöglichung einer plötzlichen Überschwemmung versehen war. Hier ist dann im dreizehnten Jahrhundert das Befestigungssystem der Vág zum heutigen Grenzfluß, der March, vorgeschoben worden, die Grenzwächter bezogen an der neuen Linie neue Burgen und befestigte Pforten. Der fruchtbare Landstrich zwischen March und Vág, ein ehemaliger Bestandteil des von Ungarn und Deutschen zerstörten mährischen Reiches, konnte wiederum urbar gemacht werden.

Schwieriger gestaltete sich die Erweiterung der Grenzen nach Norden hin, in den Karpathen. Hier mußte der Boden

durch Ausrodung des Urwaldes in schwerer Arbeit Schritt für Schritt gewonnen werden. Da das Land vollständig unbewohnt war, mußte man neue Ansiedler zu seiner Ausharmachung heranziehen. Die Arpaden fanden sie in den deutschen Kolonisten und für die westlichen Karpathen in einem Slawenstamme, welcher, weiße Kroaten genannt, in Schlesien wohnte und dem Rufe der Ungarkönige gern Folge leistete. Die Slawen, fleißige, ruhige Arbeiter, rodeten das nordwestliche Karpathenland; sie wohnen als Slowaken noch heute dort einträchtig mit den Ungarn beisammen. Auf des Königs Ruf kamen sie jedesmal in kleinen Gruppen unter Führung eines Schultheißen und erhielten das ihnen zugewiesene Landstück, Gebirgsland, gegen angemessenen Bodenzins und mit den im Mittelalter üblichen Privilegien, darunter regelmäßig mit dem der niederen Gerichtsbarkeit. Mittelpunkte des neuen Gebietes wurden die königlichen Burgen, von denen aus der Beamte des Königs, der Graf, die Verwaltung nach dem Vorbild anderer Komitate leitete. Die Slawen behielten ihre Sprache und nationalen Eigenschaften, und ihre Führer stiegen im Lauf der Zeit in den ungarischen Adelsstand empor.

Zur Lösung solch ausgedehnter Aufgaben mußte das Königtum über entsprechende materielle Hilfsquellen verfügen. Solche erschloß ihm die Erbschaft Stefans des Heiligen, bestehend vor allem aus den königlichen Domänen, dann aus dem geistlichen und weltlichen Grundbesitz, der seit Stefan vom Königtum abhängig war. Der Domanialbesitz ist von Stefans Nachfolgern mit Erfolg erweitert worden und zwar durch Ausnützung der Erwerbsmöglichkeiten des hier geschilderten Grenzsysteins und dann in großem Maßstab durch Ansiedlung ganzer Völkerschaften, die zum Entgelt ihrer Privilegien dem Könige Heeresfolge und Tribut leisteten. Bereits im elften und zwölften Jahr-

hundert bot Ungarn seinen früheren Feinden, den Petschenegen, Zuflucht, denen die Jazygen, ebenfalls türkischer Herkunft, folgten. Die Könige siedelten sie in der Donau-Theiß-Niederung an, deren sumpfiger und steppenartiger Charakter es den Nomaden ermöglichte, sich allmählich an eine sesshafte Lebensweise zu gewöhnen, ohne dazu gedrängt zu werden. Der türkische Zufluß fand im dreizehnten Jahrhundert mit der Einwanderung der Rumanen seinen Abschluß. All diese kriegerischen Reitervölker dienten zur Stärkung der militärischen Macht des Königtums. Zu Zeiten des Zerwürfnisses zwischen König und Nation waren sie die verlässlichsten Stützen der königlichen Autorität. Im Laufe der Jahrhunderte lösten sich ihre Verbände auf, und sie gingen nach und nach im ungarischen Volkstum auf, das infolgedessen seine finnisch-ugrischen Merkmale immer mehr einbüßte.

Stützen der Kulturentwicklung waren ferner die eingewanderten Deutschen, deren Teilnahme an der Grenzverteidigung wir bereits gesehen haben. Hier berühren und durchdringen sich gegenseitig die beiden Prozesse der staatlchnationalen Entfaltung des Ungarntums und der deutschen Kolonisation des Ostens. Aus der Berührung entstanden segensreiche Folgen, Früchte eines langen, friedlichen Beisammenlebens. Die ersten Deutschen kamen im zwölften Jahrhundert aus Aachens Umgebung und von der Mosel, sie sind von den Ungarn Flandrer, dann im allgemeinen Sachsen genannt worden. Die „Sachsen“ Oberungarns, in der Zips, erhielten autonomes Recht und verteidigten das eigene Gebiet und die Reichsgrenze gegen polnische Expansionsbestrebungen. Franken und Thüringer haben hier um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts die zahlreichen Bergstädte gegründet. Auch bei der Besiedlung Siebenbürgens spielten die Deutschen eine große Rolle. Die siebenbürgischen

Westtler hatten die Ungarn bereits zur Zeit der Besitznahme des Landes erobert, hier wurden ungarische Komitate errichtet. In den östlichen Teilen hat man dann die Székler angesiedelt, während an der Südgrenze seit dem zwölften Jahrhundert die „Sachsen“ erscheinen, Kolonisten aus Luxemburg und Moselfranken. Sie haben die von den ungarischen Königen ihnen zugewiesenen Gebiete dem Ackerbau erschlossen und erfreuten sich wertvoller Privilegien, die für die Bewohner der „Hermannstädter Provinz“ in dem Freiheitsbriefe König Andreas' II. vom Jahre 1224 zusammengefaßt wurden. Das Andreanum ist zur Grundlage der sächsischen Autonomie in Siebenbürgen bis zum Ende des ständischen Zeitalters geworden. Danach unterstanden die deutschen Kolonisten unmittelbar dem König, der seine Rechte über die „Sachsenuniversitt“ (*universitas Saxonum*), die autonome politische Körperschaft, durch den Sachsengrafen ausüben ließ. Die politischen Vorrechte ermöglichten eine ungeschmälerte Erhaltung ihrer nationalen und kirchlichen Sonderstellung bis in die modernen Zeiten hinein. Zeitlich am spätesten erscheinen in Siebenbürgen die Walachen, deren nationale Individualität sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Balkan herausgebildet hat, von wo das slawisch-romanische Hirtenvolk nordwärts wanderte, um Ende des zwölften Jahrhunderts Siebenbürgens Grenzen zu erreichen. Die walachische Einwanderung fand teilweise in jenen Formen statt, die wir bei den Slowaken kennen gelernt haben: sie kamen in kleinen Truppen unter ihren Führern, den Kneen, erhielten von den Königen Privilegien für niedere Gerichtsbarkeit und sind sonst der Komitatsverwaltung unterstellt worden. In das Sachsenland der sieben Sthle und ins Burzenland drangen sie erst allmählich ein, sie weideten ihr Vieh oben auf den Alpen, die Ackerbau treibende, gewerbstchtige sächsische Bevölkerung der Täler nahm zunächst wenig Notiz von ihrer An-

wesenheit. Mit erstaunlicher Fruchtbarkeit verbreiteten sie sich im Norden bis zu den Waldkarpathen der Marmarosch, ihre Zahl wuchs so sehr, daß sie bereits im vierzehnten Jahrhundert von hier auswandern und die Moldau bevölkern konnten.

Die erste Folge der deutschen Kolonisation war die Entstehung des ungarländischen Städtewesens. Die Ungarn besaßen als Reitervolk keine Neigung, in ummauerten Städten zu leben; die ersten Städte sind daher von Einwanderern, von Wallonen und Deutschen, gegründet worden. Als Rechtsnorm hat man in der Folgezeit deutsche Stadtrechte übernommen. Die Städte stellten den Königen Fußvolf zur Verfügung; sie entrichteten ihre Abgaben nicht mehr ausschließlich in Naturalien, sondern bereits in Geld und trugen dadurch zur Entfaltung einer Geldwirtschaft bei. Wohl hat bereits Stefan der Heilige eigenes Geld geprägt, und zwar nach dem Vorbild seines Schwiegervaters, des Herzogs von Bayern, doch blieben Markt und Stadt auch in Ungarn die unmittelbare Voraussetzung zur Entstehung geldwirtschaftlicher Zustände, durch welche dann später die auf der Naturalwirtschaft basierende Monarchie der Arpaden zu Fall gebracht wurde. Einstweilen dienten aber die Ansätze der Geldwirtschaft zur Befestigung des Königtums. Der König war der einzige, der in Ungarn Münzrecht besaß, ihm gehörten das Bergregal, die Maut-einkünfte und die Geldsteuern. Seine Einnahmen im dreizehnten Jahrhundert standen denen der Könige von Frankreich und England nicht in vielem nach.

Ein natürliches Produkt dieser reichen Machtquellen war die Expansionspolitik der Arpaden. Im elften und zwölften Jahrhundert finden wir sie als Partei und als Schiedsrichter in den Streitigkeiten der russisch-polnischen Teilfürstentümer, dann schien es während vorübergehender Thronwirren, als wenn Ungarn in das byzantinische Staaten-

system der Balkanhalbinsel geraten würde. Ein weiser Nachkomme Arpads, Béla III., schnitt zu Ende des zwölften Jahrhunderts für immer die Fäden der byzantinischen Eroberungspolitik in Ungarn entzwei. Bedeutsamere Folgen brachte die Expansion in der Richtung der Adria mit sich. Das Gebiet zwischen Save, Drau und Donau war bereits bei der Landnahme besetzt worden, dort entstanden drei Komitate mit rein ungarischer Bevölkerung. Im elften Jahrhundert wurden westlich anschließend die drei slawonischen Komitate: Agram, Kreutz und Warasdin erobert, die das Land Slawonien des Mittelalters bildeten. Ende des Jahrhunderts nahm König Ladislaus der Heilige Kroatien mit Knin als Hauptstadt in Besitz, das sich damals südlich von der Unna bis nach Montenegro hinein erstreckte. König Koloman, Ladislaus' Nachfolger, hat die Expansion bis zum Meere vorgetragen; er eroberte die Küstenstädte Dalmatiens samt ihrem Hinterlande. Das spätere Königreich Dalmatien-Kroatien-Slawonien war ursprünglich als Herzogtum das Erbteil der jüngeren Söhne des ungarischen Königs, später wurde die Verwaltung einem vom König ernannten Oberbeamten, dem Banus, übertragen, der im Namen seines Herren die obersten politisch-administrativen und militärischen Funktionen ausübte.

Ausdehnungspolitik nach außen, Aufrechterhaltung der Ordnung, Rechtsschutz und Kolonisation im Innern sind von den Arpaden auf Grund der eigenen, von König Stefan ererbten Machtvollkommenheit durchgeführt worden. Im Zeitalter einer patrimonialen Naturalwirtschaft war es nicht möglich, anders zu regieren. Sie zogen mit der Ungebundenheit der patriarchalen Herrscher im Lande umher und sprachen dem bei ihrer Ankunft zusammengeströmten Volke in einem geräumigen Hofe oder im Schatten eines alten Baumes Recht. An ihren Königssitz in Stuhlweißen-

burg konnte sich jedermann mit Klage und um Genugthuung wenden. Die Würdenträger dieser halbnomadischen Hofhaltung scheinen von Anbeginn an der Erledigung von Rechtsfragen und Beurteilung der Landesangelegenheiten teilgenommen zu haben. Der erste unter ihnen, der Palatin, ist zum Stellvertreter des Königs in politischen, militärischen und Rechtsachen geworden, der Hofrichter zum obersten Richter und der Tapernicus, der Hofwirtschaftsbeamte, zum Reichsschatzmeister. Sie und mit ihnen der Banus von Kroatien und der Voivode von Siebenbürgen zählten zu den Ersten, den Baronen des Reiches und bildeten zusammen mit den Bischöfen den Rat des Königs. Ihnen folgten an Macht und Ansehen die Komitatsvorsteher, die Gespane. All diese Würdenträger: Reichsbarone, Bischöfe und Gespane erhielten Amt und Würde einzig und allein vom König, der sie nach Gutdünken ein- und absetzen konnte. Ein deutscher Beobachter, Bischof Otto von Freising, der Schwager Konrads III., sah nicht ohne Neid die unumschränkte Macht des Königs von Ungarn, der selbst zum mächtigsten Würdenträger bloß seinen kleinsten Diener mit einem Absetzungsbefehl zu senden brauche, um den Befehl ohne Verzug vollführt zu sehen. Die Königsmacht der Arpaden war aber trotzdem nicht despotisch wie jene der russischen und byzantinischen Herrscher des Zeitalters. Derselbe Bischof weiß zu erzählen, daß die Ungarn vor Entscheidung in jeder Sache lange Besprechungen pflegten und daß die Großen des Reiches, worunter die Reichsbarone und die Nachkommen der Stammeshäuptlinge sowie der eingewanderten Ritter zu verstehen sind, sich an den Königshof begaben, wohin sie ihre Sessel mitnahmen, um dort unter dem Vorsitz des Königs die Reichsangelegenheiten zu besprechen. Ein Beweis dafür, daß der politische Sinn der Nation, eine ursprüngliche Gabe des Hirtenvolkes, unter dem starken Königtum keineswegs verkümmert war.

III.

Das Ständetum als Träger der nationalen Autonomie

A. Ausbildung des Ständestaates

Das Königtum vermochte seiner nationalen Aufgabe nur so lange gerecht zu werden, als seine wirtschaftlichen Grundlagen: einerseits die ausgedehnten königlichen Domänen mit vorwiegend naturalwirtschaftlichem Betriebe, andererseits die Besitzverhältnisse der Untertanen, wie sie seit Stefan dem Heiligen im Interesse der Zentralgewalt geordnet worden waren, unangetastet bestanden. Beide veränderten sich jedoch unter den letzten Arpaden in einer Weise, daß sie anstatt zur Erstarkung zur Untergrabung der königlichen Machtstellung führten.

Was den königlichen Grundbesitz betrifft, so bedingte schon der Fortschritt von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft eine Verschiebung der Machtverhältnisse zuungunsten des Königtums. Es entstanden im Lande Reichthümer, deren Besitzer, die Städte und die fremden Geldmänner, vom Königtum nur insofern abhängig waren, als sie zu jährlicher Zinszahlung verpflichtet blieben, so daß sie unter Umständen ihre materiellen Kräfte auch in den Dienst eines anderen als des Königs stellen konnten. Verbesserungen des landwirtschaftlichen Betriebs und damit eine erhöhte

Produktionstätigkeit ließen sich auf kleineren Privatwirtschaften eher durchführen als auf den unermesslichen und deshalb locker verwalteten königlichen Gütern. Die radikale Verminderung des königlichen Domänenbesitzes seit dem dreizehnten Jahrhundert versetzte dann schließlich dem königlichen Grundbesitz und der Machtposition der Arpaden den Todesstoß.

Es war dies die natürliche Folge der inneren Wirren, von denen das zwölfte Jahrhundert erfüllt ist, und der dadurch eingetretenen Stockung der Ausdehnungspolitik. Mehrere schwache Persönlichkeiten auf dem königlichen Throne, unter ihnen Andreas II. zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts, vermochten ihre Stellung in den Thronstreitigkeiten mit jüngeren Brüdern und heranwachsenden Söhnen nur mit Hilfe der Großen des Landes zu behaupten, die freilich diesen Dienst nicht umsonst erwießen. Es ist bald Sitte und Brauch geworden, daß die Parteigänger des Königs mit Schenkungen aus dem Grundbesitz der Dynastie und aus den Burgländereien der Komitate belohnt wurden. Dies bedeutete eine um so bedenklichere Schwächung der königlichen Machtposition, als mit dem Boden zugleich die anhaftenden Rechte und die angesiedelten königlichen Untertanen in Privatbesitz übergingen. Es kommt sogar vor, daß die Könige ganze Komitate mit all ihrem Zubehör an ihre übermächtigen Helfer und Ratgeber verschenken. Unter den letzten Arpaden sind zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts von dem früheren königlichen Besitzkomplex nur mehr spärliche Überreste vorhanden. Es gibt bereits ganze Landstriche, wo nah und fern kein königliches Gut zu finden, wo der königliche Wirtschaftsbeamte und mit ihm auch die Autorität des Königs verschwunden und an ihre Stelle die Macht eines Untertanen getreten ist. Der Niedergang des Königtums wird in diesem Belang vornehmlich durch die Ausbildung

eines von ihm unabhängigen Großgrundbesitzes gekennzeichnet.

Die Jahrhundertwende, die den letzten König aus Arpads Stamme scheiden sah, weist bereits eine wenn auch nicht rechtlich begründete, doch tatsächliche Macht des Großgrundbesitzes auf, die sich jener der deutschen Territorialherren des späteren Mittelalters nähert. Die Gemeinfreien werden von den Großgrundbesitzern unterdrückt, die versuchen, ihrer Macht ganze Landesteile zu unterwerfen, um eine vom Königtum unabhängige Stellung zu erlangen. Mit dem Niedergang der königlichen Autorität werden die Anfänge dieser neuen Entwicklung bemerkbar; sie weisen eine von analogen wirtschaftlichen Voraussetzungen getragene Ähnlichkeit mit dem entsprechenden deutschen Entwicklungsmoment auf. Obgleich die von Stefan dem Heiligen geschaffenen Grundlagen des Feudalsystems bald verkümmerten und es in Ungarn zur Entfaltung der Vasallität nie gekommen ist, schien jetzt die innere Entwicklung doch mit einem jähen Sprunge jenen Punkt zu erreichen, an dem das deutsche Verfassungs- und Wirtschaftsleben infolge einer jahrhundertelangen Kontinuität die reifen Gebilde des Feudalismus und der Territorialität sich entfalten sah. Als typisches Beispiel eines ungarischen Territorialherrn zu Beginn des vierzehnten Jahrhunderts kann der siebenbürgische Voivode Ladislaus gelten. Die königlichen Güter und die Staatseinkünfte: Gold- und Salzbergwerke, Steuerleistungen der Städte und der Sachsen, Zoll und Maut, gehören zwar zu seinem Amte als Voivoden des Königs, doch verfügt er über sie ebenso unbeschränkt wie über die militärischen Kräfte des Landesteiles, die er ausschließlich in seinem eigenen Interesse verwendet. Zwischen seinem Privatbesitz und seinem Amtsgebiet ist kein tatsächlicher Unterschied erkennbar; beide unterstehen ihm und nicht dem

König. In seiner Machtfülle scheut er nicht davor zurück, seinen König, Otto den Bayern, bei dessen Reise durch Siebenbürgen gefangenzunehmen. Die völlige Verschmelzung der Amtsgewalt mit dem privaten Machtkreis des Amtsinhabers wendet sich gleich bei ihrem Entstehen gegen die Zentralgewalt; in dieser Hinsicht verläuft die ungarische Entwicklung parallel zur deutschen, in deren Verlauf die Macht des deutschen Königtums durch die aufstrebenden territorialen Gewalten eingeschränkt, dann vernichtet wurde.

Förderung fand die Ausbildung eines Großgrundbesitzes in Ungarn durch die stefaneische Einrichtung, derzufolge die Großen des Reiches zur Ergänzung der eigentlichen königlichen Militärmacht eigene Dienstleute halten, sich also auf ihre private Militärmacht stützen sollten. Eine solche Anordnung war nur so lange ohne Gefahr für das Königtum, als starke Herrscher auf dem Throne saßen, die jederzeit die Großen des Reiches zwingen konnten, ihre Streitmacht in den Dienst des Staates zu stellen. Der Machtentfaltung einzelner hielt dabei der ausgedehnte königliche Domanialbesitz das Gleichgewicht. Die Verminderung des königlichen Grundbesitzes infolge erzwungener, teilweise aber auch unverantwortlicher Schenkungen im dreizehnten Jahrhundert hat zunächst das Gleichgewicht bedeutend gestört, vollends wurde es umgeworfen im letzten Drittel des dreizehnten Jahrhunderts, das, mit Thronstreitigkeiten erfüllt, den Gemeinfreien gegen die Unterdrückung der Großen keinen Schutz mehr gewährte. Der Kleingrundbesitz der Gemeinfreien vermochte sich gegen die Großgrundbesitzer ohne kräftigen Schutz des Königtums nicht zu behaupten; vom Könige verlassen, traten immer mehr und mehr Gemeinfreie in den Dienst der Mächtigen und vermehrten die Streitkräfte der zukünftigen Territorialherren. Die privaten

Machtmittel erlangen seit Ende des zwölften Jahrhunderts in der patrimonialen Monarchie eine stetig wachsende Bedeutung, sie sind dem Königtum bald unentbehrlich, wenn es seiner staaterhaltenden Aufgabe gerecht werden will. Bereits in der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts besteht die Heeresmacht des Reiches neben dem fortwährend kleiner gewordenen königlichen Kontingente größtenteils aus Privatstreitkräften jener Großen, die sich gelegentlich herbeiließen, dem Rufe des Königs Folge zu leisten. Ihre privaten Dienstleute hießen Servienten und Familiaren; das Abhängigkeitsverhältnis dieser Klasse von dem Großgrundbesitzer, dem Brotgeber, ist bereits Ende des dreizehnten Jahrhunderts gesetzlich anerkannt worden.

Nach dem Tode des letzten Arpaden brach ein wilder Kampf innerhalb und außerhalb des Landes um den Thron aus, in dessen Verlauf die nationale Autonomie, die Eigenstaatlichkeit Ungarns zum ersten Male ernstlich gefährdet erschien. Der deutsche König, Rudolf von Habsburg, hat bereits dem letzten Arpaden seine Anerkennung verweigert und ganz Ungarn als „Lehen“ des römischen Reiches seinem Sohne verschenkt. Zu gleicher Zeit hielt sich die mit den Arpaden verwandte Königin von Neapel berechtigt, Ungarn ihrem Sohne (einem Angiowinen) zu vergeben. Auch der Papst erklärte, daß es „offenkundig sei, daß Ungarn von altersher zum Heiligen Stuhle gehöre“. Die Prätendenten versuchten sich im Lande Partei und Anhang zu verschaffen, wodurch die Großen des Reiches Gelegenheit erhielten, ihre Macht noch mehr zu steigern. Als endlich Karl I. aus dem Hause der Anjous von Neapel den Thron bestieg und die anderen Prätendenten endgültig zurückwies, mußte er Ungarn, das inzwischen unter die Herrschaft einiger Großen geraten war, von diesen noch einmal mit den Waffen erobern. Es war ein schwerer und blutiger Kampf, dem Stefans mit den

Stammeshäuptlingen nicht unähnlich, bis es Karl gelang, die „kleinen Könige“ der Zentralgewalt zu unterwerfen. Er hat den Kampf unentwegt durchgefochten, den unrechtmäßigen Beherrscher Siebenbürgens ebenso bezwungen wie jenen, der im Nordwesten des Landes von Trentschin bis Gran unbeschränkt regierte, und die anderen, die im Nordosten und im kroatischen Süden sich unabhängig zu machen suchten. Die Einheit des Reiches war gerettet und die nationalstaatliche Entwicklung des Ungartums für die Zukunft gesichert, ein Erfolg, der den ersten Herrscher aus fremdem Stamme den Besten der Arpaden würdig zur Seite stellt. Die Verfassungsentwicklung aber, auf sozialen und wirtschaftlichen Tatsachen fußend, war nicht mehr zurückzuschrauben.

Karl I. und sein Sohn Ludwig der Große haben erkannt, daß sich die feudale Macht der Großen zwar einschränken, aber nicht vernichten lasse. Ihrer an westlichen, neapolitanisch-französischen Vorbildern geschulten politischen Begabung gelang es, die Einheit des Reiches, die Autorität der Zentralgewalt, den Schutz der Schwachen und Armen mit der vorherrschenden Machtstellung der Großen in Einklang zu bringen. Als echte Realpolitiker gingen sie bei ihrer Neuordnung des Reiches von den tatsächlichen Verhältnissen aus. Da der privaten Machtstellung des Großgrundbesitzes der ausreichende Rechtsgrund fehlte, verschafften sie ihr die fehlende Anerkennung durch Verordnungen und Gesetze. Sie versuchten sodann, den solcherart rechtlich anerkannten Machtfaktor den Staatszwecken dienstbar zu machen, indem sie die Großgrundbesitzer zu geregelter Teilnahme an der Landesverteidigung zwangen. Das von den Angiovinern und von ihrem Nachfolger, Siegmund dem Luxemburger, ausgebaute Wehrsystem, die Bänderialverfassung, bestand darin, daß die Großgrundbesitzer, welt-

liche und geistliche, beamtete oder ohne Reichsamt, aus eigenen Untertanen ihrem Grundbesitz entsprechende Kontingente aufstellten, die zwar unter der Fahne des Grundherrn, doch auf des Königs Befehl verwendet wurden. Dies System der Privatheereskontingente blieb bis zum Ausgang des Mittelalters in großen Zügen unverändert und bestand auch hernach, mit den seit der Türkenherrschaft notwendig gewordenen praktischen Veränderungen, bis in die modernen Zeiten. Es zeigt sinnreich die Doppelnatur der ungarischen Entwicklung: einerseits den westlichen Zug, der sich in der unverkennbaren Feudalität der Institution offenbart, andererseits den spezifisch ungarischen Charakter, da bei aller Feudalität die Einheit des Staatsgebietes und der nationalen und verfassungsrechtlichen Entwicklung vollkommen aufrechterhalten blieb. An diesem Punkte wendet sich die ungarische von der der Landeshoheit zustrebenden deutschen Entwicklung entschieden ab und verleiht den Grundton jenem Gebilde, welches man ungarisches Ständetum nennen kann.

Das Ständewesen ist durch die Anerkennung des Großgrundbesitzes als politischen Machtfaktors geschaffen worden. Die vielen einander feindlich gesinnten Großgrundbesitzer erfuhren von der angiovinischen Regierung eine grundsätzlich gleiche Behandlung. Gemeinsame Rechte und gemeinsame Pflichten übten ihre Wirkung aus und sonderten sie als eine besondere Klasse vom Könige und von den anderen Untertanen ab. Bei der Aufstellung der Bänderien sind von Zeit zu Zeit Listen verfaßt worden, die nach Art der westlichen ständischen Matrikeln allmählich die gleichen Familiennamen enthielten. Bald wird auch die Terminologie dieses neu-entstehenden Ständetums fixiert; der geistliche und weltliche Großgrundbesitz bildet die beiden ersten Stände des Reiches und wird dauernd als „Prälaten, Barone und Große des

Reiches“ (praelati, barones et procures regni Hungariae) bezeichnet. Ein mächtiger politischer Faktor war seit Stefans des Heiligen Zeiten die Kirche gewesen, sie erwarb sich in Ungarn um die Hebung des Kulturzustandes nicht weniger Verdienste als in anderen Staatswesen des Mittelalters. Mit der positiven Kulturarbeit der Klöster, Bistümer und Kapitel vereinigte sich jetzt der öffentlich-rechtlich gewährleistete Anteil der hohen Geistlichkeit am Ausbau und an der Erhaltung des Ständestaates. Wohl erfuhr zunächst die ständische Entwicklung, bevor sie unter den Angiowinen in feste Formen geschlossen wurde, mancherlei Hemmungen seitens des zeitweise wiedererstarkten Königtums, z. B. unter Béla IV., doch blieben solche Rückschläge ohne dauernde Wirkung. Der letzte Arpade mußte sich im Jahre 1298 verpflichten, an seinem Hofe zwei Prälaten, zwei Barone und mehrere Adlige auf eigene Kosten zu halten und ohne ihre Zustimmung keine Schenkungen von Krongut und keine Ernennungen von Reichsbeamten vorzunehmen. Damit hat das Ständetum den König in der freien Wahl seiner Ratgeber beschränkt und ihn der verfassungsmäßigen Kontrolle des hohen und des niederen Adels unterworfen. Wir müssen hier zurückgreifend uns mit dem komplizierten Problem der Entstehung des ungarischen Landadels kurz auseinandersetzen.

Den Grundstock des adligen Standes bildeten naturgemäß die Gemeinfreien, die seit Stefans des Heiligen Verfügungen aus ihrem Geschlechtsverbande in des Königs Dienste übergetreten waren, Angehörige einer kriegerischen Klasse, deren Zahl später durch die eingewanderten Petschenegen und Rumanen vermehrt wurde. Die eigentlichen wirtschaftlichen Grundlagen der Klasse entstanden im elften und zwölften Jahrhundert infolge des langsamen Auflösungsprozesses der Geschlechtsverbände. Stefans Gesetz-

gebung hatte zwar ausgedehnte Besitzkomplexe im Lande zu schaffen vermocht, doch war sie den konservativen Kräften der geschlechtsgenossenschaftlichen Feldgemeinschaft gegenüber zunächst machtlos geblieben. Der Übergang zur Seßhaftigkeit des nomadischen Herrenvolkes erfolgte nur langsam und stufenweise, die Gemeinfreien schlossen sich nach ihrer Abstammung von einem gemeinsamen Ahnherrn zu Gemeinden zusammen, die Gemeinde umfaßte dann im Rahmen einer Feldgemeinschaft die Nachkommen der alten Gemeinfreien und jene der unterjochten slawischen Knechte. Damit war der Prozeß der Vereinheitlichung und Verschmelzung der ursprünglich scharf getrennten Gruppen von Eroberern und Unterworfenen eingeleitet, obgleich es naturgemäß lange dauerte, ehe er zum Abschluß kam. Erst im zwölften Jahrhundert wird das Erbfolgerecht vom Geschlechtsverband auf einen Zweig desselben übertragen, das Vor- und Rückkaufsrecht der Geschlechtsgenossen noch im dreizehnten Jahrhundert durch die Reichsgesetzgebung bestätigt. Aus der Gebundenheit der Geschlechtsverfassung konnte sich der Gemeinfreie nur durch Eintritt in ein Dienstverhältnis, sei es beim König, sei es bei den Seniores, den Großen, lösen. Begab sich einer der in Dorfgemeinden ansässigen Geschlechtsgenossen in königlichen oder auch Privatdienst, so mußten es sich die anderen Genossen gefallen lassen, daß er unter dem Schutze seines neuen Herrn einen Teil der gemeinsamen Felder für sich in Anspruch nahm und damit seinen Privatbesitz, das Allodium seiner Deszendenz, begründete. Die Könige haben diese Entwicklung im eigenen Interesse, zur Mehrung ihrer Dienstleute, begünstigt. Auch ein großer Teil der königlichen Domänen geht im dreizehnten Jahrhundert in den Besitz der Mittelklasse über, die für ihre Kriegsdienste vom Könige Dörfer oder Teilgüter der Komitate erhält. Die neuen Besitzer heißen ihrem Ursprung ge-

mäß „des Königs Diener“ (servientes regis), sie unterstehen der königlichen Gerichtsbarkeit und bilden von Anbeginn an eine Stütze des Thrones den Großen gegenüber.

Die weitere Entwicklung ist durch die Schwäche des Königtums im dreizehnten Jahrhundert beeinflusst worden. Infolge ihrer wirtschaftlichen Verselbständigung fiel es den Dienstmannen des Königs nicht schwer, politischen Einfluß zu erlangen. Als die Auflösung der königlichen Domänenwirtschaft die Einheit der nationalen Staatlichkeit gefährdete, fiel die Wahrung der nationalen Autonomie der aufstrebenden Klasse der königlichen Dienstleute zu. Die Unsicherheit der Rechtszustände, verursacht durch das Schwinden der königlichen Organe im Lande, mußte am schwersten von diesen kleinen und mittleren Grundbesitzern empfunden werden. Die Art, wie sie den eingerissenen Mißständen abzuhelpen suchten, spricht eindringlich für die politische Energie des ungarischen Volkstums. Im Jahre 1232 hielten die königlichen Dienstleute in einem Komitat eine Versammlung ab, auf der sie den König ersuchten, er möge ihnen erlauben, sich gegen Übergriffe der Großgrundbesitzer selbst zu verteidigen, da der König, ihr natürlicher Schutzherr, so weit von ihnen entfernt sei. Im Besitze der gewünschten Erlaubnis beeilen sie sich, einen jener übermächtigen Großen vor ihren neukonstituierten Gerichtshof zu laden. Gewiß ist es der im Mittelalter allgemein verbreitete Genossenschaftsgedanke, der die kleinen Freien angesichts der Übermacht der Großen zusammenführte, für die ungarische Entwicklung scheint aber charakteristisch zu sein, daß der Zusammenschluß unter des Königs Obhut im Rahmen der Komitatseinteilung vor sich ging. Wir stehen damit vor einer der individuellsten Erscheinungen des ungarischen Verfassungslebens, dem adeligen Komitat. Die königlichen Komitate, diese ursprünglichen Domäneneinheiten, verwandeln sich jetzt in

Genossenschaften der königlichen Dienstleute, und diese wiederum vereinigen sich zu einem Stande, der dann im Laufe der Zeit zu einem Hauptträger der nationalstaatlichen Entwicklung geworden ist.

Hier erhielt das bisher rein private Dienstverhältnis der Freien zum König einen öffentlich-rechtlichen Charakter, dementsprechend taucht für die Benennung der königlichen Dienstleute als neuer Ausdruck „Adlige des Reiches“ (*nobiles regni*) auf. Bei ihrem Zusammenschluß bezweckten sie zwar die Schwächung der übermütigen Großen, doch gingen ihre Wünsche so hoch, daß sie auch vom Königtum erkämpft werden mußten. Dies geschah 1222, als König Andreas II. von seinen Dienstleuten gezwungen wurde, ihnen als Adligen allgemein gültige Privilegien in der „Goldenen Bulle“ zu erteilen. Die Goldene Bulle enthält die grundlegenden Freiheiten des adligen Standes, die bis 1848 in Geltung blieben: erstens Steuerfreiheit des adligen Grundbesitzes, dann persönliche Freiheit der Adligen, die man vor gerichtlicher Urteilsfällung nicht gefangensetzen darf. Da bei königlichen Schenkungen bisher gewisse Einschränkungen des Besitzrechtes von seiten des Königs vorbehalten worden waren, so gab jetzt Andreas II. auch die Donationsgüter vollkommen in die Hand des Adels und verlieh ihm das freie testamentarische Verfügungsrecht darüber. *) Die Adligen unterstanden zwar der Gerichtsbarkeit des Palatins als Oberrichter des Reiches, doch durfte in Fällen, die den Ver-

*) Seit der Verfügung Ludwigs des Großen von 1351 trat an Stelle der freien testamentarischen Disposition beim Erlöschen des Mannesstammes einer Familie das unbedingte Heimfallsrecht des Königs. Für die Schenkungsgüter trat das Heimfallsrecht erst nach dem Tode aller Deszendenten des Donatars, also des gemeinsamen Ahnherrn (*avus*), in Kraft. Dies ist die feudale Institution der *Ultimogenitur* gewesen.

lust des Lebens oder Vermögens des Adligen nach sich zogen, nur der König entscheiden. Steuerfreiheit, persönliche Freiheit, ausschließlich königliche Gerichtsbarkeit, volles Besitzrecht sind die Privilegien, die den Stand des Landadels in Ungarn charakterisieren. Sie sind die Grundpfeiler des Ständetums gewesen, und solange der Staat auf ständischen Grundlagen ruhte, auch die Grundpfeiler der ungarischen Verfassung.

Die Vereinheitlichung und Uniformierung der adligen Rechte im ganzen Bereiche des Staates ist nur langsam vor sich gegangen, noch im vierzehnten Jahrhundert finden wir in verschiedenen Landesteilen verschieden privilegierte adlige Kreise, in einigen Gegenden, wie z. B. in Siebenbürgen, bestanden sogar bis zum neunzehnten Jahrhundert in dieser Hinsicht Besonderheiten. Eine einheitliche politische Betätigung des neuen Reichsstandes im Rahmen der Komitate ist indessen erst seit der Goldenen Bulle möglich geworden. Die Komitate werden jetzt von der Masse der im betreffenden früheren domanialen Raume wohnhaften Adligen gebildet und heißen deswegen „adlige Gemeinschaften“ (*universitates nobilium*); dieser Umwandlung entsprechend werden die königlichen Organe durch solche des Adels ersetzt. Die militärische und Gerichtsverwaltung samt der lokalen Finanz-administration geht aus den Händen der früheren königlichen Komitatsbeamten in jene des adligen Komitates über und wird von diesem auf Grund der Privilegien der ihn konstituierenden Edelleute unter einem vom König ernannten Aufsichtsorgan, dem Obergespan des betreffenden Komitates, ausgeübt. Die königliche Administration niederer Instanz verschwindet und das Land wird von den Versammlungen (Kongregationen) der adligen Komitate verwaltet. Die Komitatsorgane werden mit der einzigen Ausnahme des Obergespans von den Versammlungen des Adels ge-

wählt, sie repräsentieren den in den Komitaten organisierten Stand der Adligen. Die nationale Autonomie funktioniert also auch nach der Schwächung des nationalen Königtums ungestört weiter, sie wird jetzt von neuen Kräften, von dem nationalen Ständetum, getragen. In den Komitaten sind neue Körperschaften entstanden, die ihre Lebenskraft der politischen Energie der ungarischen Adligen verdanken, die als ein im ganzen Lande gleichmäßig bevorrechteter Reichsstand die Einheit des Reiches und der staatlichen Entwicklung in gleicher Weise zu wahren wußten, wie früher das Königtum. Die privilegierte Stellung des Adels verschafft ihm aus den Reihen der Nichtadligen und der Stadtbewohner andauernd neuen Zuzug; diesen erscheint es als erstrebenswert, in die Reihen des freien Komitatsadels zu treten, was sie infolge königlicher Schenkungen, aber auch einfacher Exemption und seit Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts mittels Wappenbriefes erreichen können. In den nördlichen und östlichen Teilen des Landes sind von den Königen zahlreiche Slawen und Rumänen dem Rahmen der adligen Komitate eingefügt worden, wo sie dann inmitten des ungarischen Adels sich der ungarischen Nation allmählich assimiliert haben. Andererseits blieb der Adel auch im engen Kontakte mit der ihm zins- und arbeitspflichtigen bäuerlichen Bevölkerung. Sein Besitz wird nur zum geringen Teil in Eigenbetrieb bewirtschaftet, der überwiegende Teil von den in verschiedenartig abgestuften Rechtsverhältnissen angesiedelten Zinsbauern, Hintersassen, Pächtern usw. bebaut und im Rahmen der Dorfgemeinschaft bewirtschaftet, die einen Teil ihres Arbeitsertrags an den Grundherrschaften abführen. Die bäuerlichen Verhältnisse erfuhren im vierzehnten Jahrhundert teilweise eine einheitliche Regelung. Die Bauern unterstanden zwar der gutherrlichen Gerichtsbarkeit, doch blieb ihnen das Recht der Freizügigkeit gewahrt. Es

entsprach den tatsächlichen Verhältnissen, wenn man damals die Lage der Hörigen in Ungarn für günstiger hielt als z. B. jene der Bauern in Polen.

Seit dem vierzehnten Jahrhundert wurden also die staatserhaltenden Funktionen von den drei Ständen: geistlichen Würdenträgern, weltlichen Baronen und Adligen des Reichs im Vereine mit dem Könige ausgeübt. Die große Krise, die der Feudalismus in der westlichen christlichen Welt heraufbeschworen, hat auch Ungarn in Mitleidenschaft gezogen, ihre Wirkungen sind hier aber nicht so zersetzend gewesen, da die feudalen Institutionen in Ungarn nicht zur vollen Entfaltung gelangten. Aus dem mittelalterlichen Feudalismus ist hier weder eine übermächtige Zentralgewalt wie in Frankreich, noch eine Reihe von Territorialfürstentümern wie in Deutschland hervorgegangen. Die Vermutung, daß Ungarn für eine territoriale Zerstückelung zu klein gewesen sei, entspricht nicht der Realität des historischen Geschehens. Schlesien war noch kleiner und konnte doch erst durch äußere Einwirkungen zu einem einheitlichen Staatengebilde zusammengefaßt werden. Daß in Ungarn der Niedergang der Zentralgewalt der Arpaden die staatliche Einheit und mit ihr auch die Eigenstaatlichkeit nicht zu Fall brachte, kann nur durch die einheitlich nationale Unterlage des Staatswesens erklärt werden. Königtum und Ständetum wurzeln im gleichen Boden, in dem des ungarischen Volkstums, sie vermochten ohne besondere Schwierigkeiten zu einem Kompromiß zu gelangen. Der weitere Gang der Geschichte hing nun davon ab, wie die beiden Träger der nationalen Entwicklung, Königtum und Ständewesen, einander das Gleichgewicht halten würden.

B. Expansion und Niedergang des ständischen Einheitsstaates

Die schwere Aufgabe, einen Ständestaat zu regieren, ist nach dem Aussterben der Arpaden durchwegs fremden Königen zugefallen. Unter ihnen befanden sich von 1301 bis 1526 vier Neapolitaner aus dem Hause Anjou, ein Luxemburger, zwei Habsburger und drei Jagellonen aus Polen und Böhmen. Eigenes Blut haben die Ungarn nur einmal, in der Person des Matthias Hunyadi, genannt Corvinus, auf ihren Thron gesetzt. In diesen unsteten Verhältnissen eines Wahlkönigreiches bildete die Thronfolgefrage ein Betätigungsfeld für die in Widerstreit liegenden Kräfte des Ständestaates. Was die früheren Stadien betrifft, so herrschte bei den Arpaden ein Geblüthronfolge-recht, innerhalb dessen der Grundsatz der Primogenitur mit jenem des Seniorates nicht ohne innere Zwistigkeiten zur Geltung kam. In die königlichen Rechtsbefugnisse traten aber Arpads thronberechtigte Nachkommen erst durch die kirchliche Krönung mit Stefans des Heiligen Krone und durch Aklamation des zum kirchlichen Akte zusammenge-strömten Volkes. Eine wichtige Neuerung war es, als die Großen des Reiches bereits zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts versuchten, ihre Anerkennung des neuen Königs an gewisse Bedingungen zu knüpfen. Damit begründeten sie das für das Ständewesen aller Länder charakteristische System der Wahlkapitulationen. Es ist Sitte und seit dem fünfzehnten Jahrhundert Gewohnheitsrecht geworden, daß der König, bevor ihm die heilige Krone aufs Haupt gesetzt wurde, auf die vom Reichstag formulierten Bedingungen einen Eid ablegte und sein Versprechen, gesetzmäßig zu regieren, in einer feierlichen Urkunde, dem später so genannten Inauguraldiplom, niederlegte. Die

Wünsche der Stände betrafen gewöhnlich die Aufrechterhaltung der bestehenden Rechtsverhältnisse, die Bekräftigung ihrer Freiheiten, nicht selten auch die Forderung, Ungarn solle durch Einheimische, nicht durch Fremde regiert und verwaltet werden. In dieser Richtung erzielten bereits im Mittelalter die an die Krönung geknüpften Vorgänge eine Sicherung des Nationalstaates und der eigenstaatlichen Entwicklung. Der ständischen Art entsprechend kommen auch andererseits Fälle vor, wo die Stände die Abstellung jener Verfügungen der früheren Regierungen fordern, die sie ihrer privilegierten Stellung als nachteilig erachteten. Zu Ende des ständischen Zeitalters, z. B. bei der Krönung 1490, bezeugten sie die gleiche Starrheit und Engherzigkeit staatlichen Aufgaben gegenüber wie die Stände anderer Länder.

Neben Krönungseid und Wahlkapitulation erscheint in Ungarn frühzeitig auch eine andere Verfassungsgarantie des Ständestaates, das Widerstandsrecht (*ius resistendi*) dem Herrscher gegenüber. Es wurde zum erstenmal in der Goldenen Bulle von 1222 schriftlich fixiert, als König Andreas II. seinen Großen und Ablichen das Recht des bewaffneten Widerstandes einräumte, falls er nicht gesetzmäßig regieren werde. Dies Widerstandsrecht blieb bis 1687 in Geltung, jeder König mußte es bei der Thronbesteigung als Grundgesetz anerkennen, doch erfuhr es niemals eine genaue Definition, wann und wo das Recht des Widerstandes beginne und in welchem Falle es nur eine unmotivierter Auflehnung gegenüber der königlichen Prerogative bedeute. In seiner allgemein gehaltenen Fassung war das ungarische Widerstandsrecht ein typisches Produkt der ständischen Entwicklung West- und Mitteleuropas.

Der Teilung der Rechte zwischen König und Ständen fehlte es eben das ganze Mittelalter hindurch in allen Staaten Europas an Klarheit und begrifflicher Schärfe, so

daß der Kampf der um die Herrschaft ringenden Gewalten in jedem gegebenen Falle von neuem ausgefochten werden mußte. Dementsprechend hing auch in Ungarn das verfassungsrechtliche Gleichgewicht der einzelnen Faktoren und mit ihm das Gedeihen des Staates und seines eigentlichen Trägers, der ungarischen Nation, von dem realen Kräfteverhältnis zwischen Königtum, Reichsbaronen und Adligen ab. Bestieg ein kraftvoller Herrscher den Thron, so versuchte er, den Interessenkampf der Großen und der Komitate untereinander zum Stillstand zu bringen, und falls ihm dies gelang, so stand ihm der Weg offen zur Zusammenfassung aller Kräfte des reichen Landes für Ziele, die er selbst bestimmen konnte. War das Königtum durch schwache oder unmündige Herrscher vertreten, so wurden die staatlichen Angelegenheiten von den Ständen, insbesondere den Reichsbaronen und dem Komitatsadel, geleitet. Neben starken und einsichtsvollen Herrschern finden wir in königslosen Zeiten weise und politisch reife Stände, die den inneren Frieden und die äußere Verteidigung gleichgütig zu organisieren wußten. Diesem Umstande ist es zu verdanken, daß sich in der ungarischen Geschichte des Mittelalters immer noch mehr Lichtpunkte finden als in derjenigen des polnischen oder auch der deutschen Ständestaaten.

Ungarn war damals ein ausgedehntes, reiches, politisch vollkommen homogenes Land, und seine Könige aus fremdem Hause verwandelten sich auf dem Throne zu Ungarn in Sprache und seelischer Konstitution. Mit Ausnahme des Kaisers Siegmund wohnten sie beständig in Ungarn, auch wenn sie andere Kronen trugen, wie z.B. Ludwig der Große jene Polens und Albrecht von Habsburg die deutsche Kaiserkrone. Freigewählte, inmitten der Nation regierende Könige standen an der Spitze des Staates, von Bevorzugung der Fremden oder gar von nationaler Hintansetzung haben die

stolzen Großen und die Komitate damals noch nichts gespürt. Auch der nationale Bestand des Ungartums war um vieles größer als je zuvor oder hernach. Die türkischen Brüdervölker, Petschenegen, Jazygen, Rumanen sind bereits im ungarischen Volksstamm aufgegangen, die herrschende Nation erhielt ferner aus den Walachen, Slowaken, Ruthenen und aus den deutschen Städten ständigen Zuwachs. Pannonien, dann die Donau-Theiß-Niederung von Kaschau und der Marmarosch bis zur unteren Donau und Save bei Belgrad bildeten ein ununterbrochenes ungarisches Besiedlungsgebiet mit reichen, Ackerbau und Viehzucht treibenden Dorfgemeinden. Im damaligen europäischen Staatensystem galt das abgerundete und homogene Ungarn als wichtiger Machtfaktor, dessen Herrscher es wiederholt versucht haben, alle Quellen des Landes in den Dienst einer europäischen ausgreifenden Politik zu stellen.

Am meisten gelang dies den beiden großen Angiowinen Karl I. und Ludwig I. Infolge des neugeregelten Kriegsdienstes der Stände und der teilweise zurückerworbenen Krongüter standen ihnen Mittel zur Verfügung, die sie von der Verpflichtung entlasteten, für ihre Kriegszwecke bei den Ständen von Fall zu Fall Unterstützungen zu suchen. Während ihrer langen Regierungszeit haben sie fast keine Reichstage abgehalten, alles verfügten sie aus eigener Machtvollkommenheit unter Zuziehung eines aus den geistlichen und weltlichen Würdenträgern des Reiches gebildeten geschworenen Rates (*iuratum consilium*). Unter König Siegmund sank die königliche Macht, da ihn die Angelegenheiten des Deutschen Reiches und der Christenheit jahrelang von Ungarn fernhielten. Mit dem Verfall der materiellen Grundlagen des Königtums unter seiner Regierung wuchs die Macht der Stände, sie verlangten Teilnahme an der Regierung und ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht in allen politischen An-

gelegenheiten. Siegmund mußte sich bequemen, die Verwaltung mit Hilfe der Stände zu ändern und denselben neue Privilegien zu erteilen, die ihre Stellung auf Kosten des Königs und der nichtprivilegierten Bauern bedeutend verstärkten. Sogar ein Teil der Kriegslast ist vom Adel auf die Schultern der Hörigen überwält worden; die nichtprivilegierten Bauern wurden durch Reichstagsbeschlüsse verpflichtet, außer Steuerzahlung auch Kriegsdienst zu leisten. Als um die Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts Matthias Corvinus (1458 bis 1490) den Thron bestieg, stieß er bei den Ständen auf größere Schwierigkeiten als seine Vorgänger. Nicht nur einzelne Große, sondern ganze Landesteile lehnten sich gegen seine Regierung auf, es entstanden Verschwörungen und Aufstände, die nichts anderes bezweckten, als die Wiederherstellung der von Matthias mißachteten ständischen Freiheiten unter der milden Herrschaft eines Schattenkönigs. Die Gegenkandidaten holten sich die Stände bezeichnenderweise aus Polen: die zügellose und staatsfeindliche Freiheit der polnischen Stände schien den Ungarn bereits erstrebenswert. Matthias hat den Verfall des Ständestaates eine Zeitlang aufgehalten. Er zwang die Großen noch einmal zum Gehorsam, bewog die Stände zur Steuerleistung und schuf sich ein ständiges, aus Infanterie bestehendes Heer. Wohl lastete seine Hand schwer auf den privilegierten Klassen, in der Folgezeit ist aber trotzdem kein Name in Ungarn mehr gefeiert worden als der seine. Das Volk, die kleinen Adligen und Hörigen, errieten seine Absicht, die Macht der eigennützigen Großen der Erstarbung des Gemeinwesens, der Sicherung der inneren und äußeren Staatsordnung dienstbar zu machen. Bei den kleinen Leuten hieß er Matthias der Gerechte, man beweinte seinen Tod in den Wirren des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts, zur Zeit der nationalen Katastrophen, als gleichbedeutend mit dem Auf-

hören der Gerechtigkeit und dem Ende der eigenstaatlichen Entwicklung Ungarns. Ein Beweis, daß ein wahrhaft nationaler Herrscher jederzeit auf seine Nation zählen konnte. Darin unterscheidet sich die ungarische Entwicklung von der polnischen, deren Trägern die politische Diszipliniertheit bis zum Untergang ihres Staatswesens abging. Trotz ausgebildetem Ständewesen, trotz gesetzlich garantiertem Widerstandsrecht sahen die Ungarn in der Person des gekrönten Herrschers ihren natürlichen Führer. Sankt Stefans Lebenswerk war nicht vergebens gewesen, das herrenlose Reitervolk hatte sich endgültig in eine königstreue Nation umgewandelt.

Auf diese Eigenschaft des ungarischen Volkes stützten sich die Könige zur Zeit der ständischen Kämpfe, als ihre Autorität durch die beengenden Verfügungen der Reichstände gefährdet erschien. Es treten uns bereits im dreizehnten Jahrhundert Fälle entgegen, wo vom König die Anhänglichkeit des Volkes an den Herrscher mit dem Hinweis darauf angerufen wird, daß er mit der heiligen Krone Stefans gekrönt, sein Ansehen folglich unantastbar sei. Der Gedanke, daß der jeweilige Herrscher als Träger der heiligen Krone Stefans auf die gleichen Machtbefugnisse Anspruch habe wie der heilige König selbst, befestigte und vertiefte die königstreue Anhänglichkeit und religiöse Gesinnung des Volkes und war von nachhaltigem Einfluß auf die Ausgestaltung des Begriffs der heiligen Krone. Dem Krönungsakte wohnte in allen Staatswesen des europäischen Mittelalters eine religiöse Weihe inne, die in Ungarn infolge der Heiligkeit und der besonderen Ehrfurcht erheischenden Autorität der Stefanskronen noch beträchtlich gesteigert wurde. Seit Ludwig dem Großen wird es immer häufiger, daß der König sich auf die Rechte seiner heiligen Krone, aber auch „der heiligen Krone des Reiches“ beruft und das Legimitäts-

prinzip wie die Erweiterung seiner Herrscherrechte aus dem Krönungsakte mit der heiligen Krone ableitet. In der Folgezeit tritt die Krone immer mehr in den Vordergrund, sie wird zunächst zum Symbol ihres Trägers, und bald gelten des Königs Sachen als der Krone Sachen. Das Reich wird vom König bald als sein Reich, bald aber auch als das Reich der heiligen Krone, als deren Eigentum bezeichnet. Der im ständischen Zeitalter aufkommende Ausdruck *totum corpus sacrae coronae* bedeutet ebenso den unteilbaren Flächenraum des Staates als all die politischen Faktoren, auf denen das Staatsleben beruht, in erster Reihe also den König und die Stände. Dementsprechend heißen die südlichen Provinzen, Kroatien, Dalmatien und Slavonien, die Länder der heiligen Krone, und zwar anfangs „unterworfenen Teile der Krone“, später „vereinigte Teile“ derselben. Der Sprachgebrauch folgte der einheitlichen Entwicklung des Nationalstaates, übte aber umgekehrt auf die Ausbildung des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Ungarn insofern eine bedeutsame Wirkung aus, als die Untrennbarkeit und Unteilbarkeit des Staates darin einen prägnanten und wirksamen Ausdruck erhielt. Die ständischen Elemente treten am deutlichsten in jenem Begriffe zutage, der kurz vor Untergang des ungeteilten Nationalstaates von dem Rechtsgelehrten und Verfechter der ständischen Rechte Verböczy formuliert wurde. Danach wird die politische Nation, das adlige Volk, zum eigentlichen Träger der Staatsgewalt; von der Nation erhält der König zur Ausübung der Staatsgewalt das Symbol und die Quelle allen Rechtes, die heilige Krone. Der König übt daher seine Rechte als Vertreter der heiligen Krone aus im Auftrage der Nation, der er die Krone zu verdanken hat. Ohne Zweifel liegt hier eine überaus scharfsinnige Formulierung des Sages: Alles Recht vom Volke, vor, eine Formulierung freilich im ständischen

Sinne, die aber den weiten Weg beleuchtet, den der ungarische Staat seit der karolingischen Auffassung der Arpaden im Laufe einiger Jahrhunderte zurückgelegt hatte. Andererseits muß der starke nationale Zug in der Formel hervorgehoben werden: Alle Kräfte des Staates werden durch das Symbol der heiligen Krone zusammengefaßt, die vom ungarischen Volke gegeben und vom ungarischen König getragen wird. Für die Zukunft erhielten Wahlkönigtum und Königstreue in der Verböcysz'schen Formel einen berechneten Ausdruck, sie sind das Vermächtnis des ungarischen Mittelalters an die Neuzeit gewesen, auf ihnen ist das Verfassungsleben der heranbrechenden Neuzeit aufgebaut worden. Wenn auch in der Folgezeit die Gegensätze zwischen Königtum und Ständen mitunter noch so tief gewesen sind, so fanden sich beide nach schweren Kämpfen doch immer wieder, geeinigt durch das historische Symbol der ungarischen Einheitsentwicklung.

Wahlkönigtum, Krönungseid mit Inauguraldiplom, ein allgemein gefaßtes Widerstandsrecht gegen den Herrscher, ständischer Reichstag, Militärpflicht und Steuerfreiheit der Stände, eine eigentümlich dezentralisierte Organisation des Adels in den Komitaten sind die ausschlaggebenden Kennzeichen des ungarischen Verfassungslebens am Ausgang des Mittelalters. Bevor wir ihre Geschichte im sechzehnten Jahrhundert kennen lernen, werfen wir einen Blick auf die Resultate, die das Zusammenwirken von Königtum und Ständewesen in den äußeren Begebenheiten vor 1526 gezeitigt hat.

Das frühmittelalterliche Ungarn war in der glücklichen Lage, von allen Seiten her an kleine, schwache Nachbarstaaten anzugrenzen. Es hatte weder von den russischen Teilsfürstentümern im Norden, noch von den chaotischen süd-slawischen Staatsgebilden im Süden etwas zu befürchten.

Polen und Böhmen waren andauernd von inneren Kämpfen heimgesucht und an der konsequenten Ausübung einer Expansionspolitik auf Kosten Ungarns behindert. Die Babenberger und ihre Nachfolger, das „Haus Österreich“ der Habsburger in Wien, waren anderweitig in Anspruch genommen und haben die Entwicklung Ungarns zu dieser Zeit wenig beeinflusst. Der erste König aus Habsburgs Stamme, Rudolf, hat mit Hilfe des Ungarkönigs Ladislaus IV. die Machtstellung Böhmens gebrochen, doch versuchten die Ungarn nie ernstlich, ihre Macht nach Westen hin auszudehnen. Die ungarische Expansionspolitik erwuchs aus dem Gebote der Verteidigung gegen die Gefahren im Süden. Wohl war das heutige Rumänien damals noch spärlich bewohnt und bildete ein Kolonisationsgebiet, auf dessen Boden die ungarischen Könige mehrere katholische Bistümer errichteten, wohl war auch von Serbien keine Gefahr zu befürchten. Doch mußte Ungarn sich gerade an der heutigen rumänisch-serbischen Grenze zum Kampfe rüsten, da von hier aus Expansionsbestrebungen des byzantinischen Reiches und des im dreizehnten Jahrhundert wieder erstarkten Bulgariens drohten. Nach dem zurückgeschlagenen Angriff der Byzantiner im zwölften Jahrhundert drängt Ungarn selbst vor und besetzt zeitweilig die Gebiete von der unteren Donau bis zum Höhenzuge des Balkengebirges. Seither führen die ungarischen Herrscher den Titel eines Königs von Bulgarien, Serbien, Rama (ein Teil Bosniens) und Rumänien (die heutige Moldau). Zu einer dauernden Besetzung ist es indessen nur in den an der Donau gelegenen Gegenden gekommen, die unter einem vom König ernannten Oberbeamten, dem Banus, eine militärische Organisation erhielten.

Die Expansion nach Süden ist von den Angiowinen fortgesetzt worden. Sie verbanden damit die Absicht, die

eroberten Gebiete von der Kezerei der Bogumilen, wahrscheinlich einer gnostisch-manichäischen Sekte, zu säubern und der abendländischen Kirche zu gewinnen. Der Erfolg war gering, auch sind die Angiovinen bald durch dynastische Gesichtspunkte von hier abgelenkt worden und haben sich ihrem Stammland, Italien, zugewendet. Sie eroberten das Königreich Neapel, setzten hier eigene Statthalter mit ungarischen Reiterescharen und deutschen Söldnern ein, schlugen mehrmals die Beherrscherin der Adria, Venedig, und zwangen es zur Tributleistung. Karl I. erlangte infolge seiner diplomatischen Geschicklichkeit eine ansehnliche Vermittlerrolle im böhmisch-österreichisch-polnischen Staatensystem, Ludwig der Große aber erwarb auf friedlichem Wege die Krone Polens. Das erstarkte Ungarn vermochte diese Unternehmungen ohne besondere Kraftanstrengung zu vollbringen, es erwarb dabei Ruhm, doch keinen dauernden Erfolg. Die Lebensinteressen der Nation blieben außer Spiel, sie sind von den scharfblickenden Angiovinen nie gefährdet worden. Anders wurde es im fünfzehnten Jahrhundert, seit dem Heranwachsen des türkischen Reiches.

Seitdem der Islam im vierzehnten Jahrhundert das europäische Festland betreten hatte, bezwang er mit unheimlicher Sicherheit die europäischen Gebiete des byzantinischen Reiches und näherte sich rasch den südlichen Nachbarländern Ungarns. Mit furchtbarem Ernst zeigte sich jetzt das Schicksal Ungarns: Damm und Schutzwehr der abendländischen Christenheit gegen ihre Bedrohung von Osten her zu sein. Wenn unter den Angiovinen die ungarischen Truppen, gesegnet von der römischen Kirche, wie zu froher Fahrt auf den Balkan zogen, so ist der Kampf im fünfzehnten Jahrhundert ernst und schwer geworden. Sie mußten jetzt den Drang eines übermächtigen, immer schlagfertigen Eroberers aufhalten, die kleinen christlichen Völker: Serben,

Albanesen, Bulgaren vor ihm beschützen und womöglich auch das byzantinische Reich aus der ihm drohenden tödlichen Umklammerung erretten. Die Aufgabe war schwerer als jene der westlichen Völker, die sich im zehnten Jahrhundert der Ungarn zu erwehren hatten. Der Türkenstaat war kein loser Verband von Nomadenstämmen, sondern die größte Militärmacht des Mittelalters, eine von religiösem Fanatismus getragene unbeschränkte Monarchie, in der alle Kräfte auf die aggressive Tendenz eingestellt waren. Sie bezweckte kein momentanes Überfluten, um sich dann vollgesättigt in die Steppen Osteuropas zurückzuziehen, sie mußte erobern, und wo ein Hindernis vorhanden war, mußte sie es niederrennen. Demgegenüber war Ungarn ein Ständestaat mit allen Gebrechen eines solchen, dessen Verteidigung von dem schwerfälligen Ineinandergreifen verschiedener Kräfte abhing, während die türkischen Angriffe ein einziger Wille mit furchtbarer Plötzlichkeit vortrug. Auf äußere Hilfe war nicht zu rechnen, die Bemühungen der Päpste, eine gemeinsame Aktion nach dem Vorbild der Kreuzzüge zustande zu bringen, fruchteten nichts, sie waren unzeitgemäß, und Ungarn blieb auf sich angewiesen; es mußte den Kampf um sein Dasein und um die Sicherheit Mitteleuropas allein ausfechten.

Ehrlich und lange, bis zu seinem Untergang verrichtete es seine Arbeit. Das ungarische Ständewesen hat sich in den Türkenkriegen des Mittelalters unvergängliche Verdienste erworben und bewiesen, daß die ständische Verfassung zu gegebener Zeit in Erfüllung der Staatszwecke ebenso leistungsfähig sein kann als die absolute Monarchie oder der moderne konstitutionelle Staat. Die Stände: weltliche und geistliche Große und Adlige, die Truppenkontingente der Städte und der Hörigen, sie alle folgten dem Rufe des Königs und vergossen ihr Blut an der walachischen Donau,

auf den Schlachtfeldern von Nikopoli und Varna, im unwirtlichen Balkangebirge. In der königslosen Zeit um die Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts taten sich die Reichsbarone zusammen, stellten ihre privaten Unstimmigkeiten beiseite und versuchten unter Führung Johann Hunyadi, einer der heldenhaftesten Gestalten der ungarischen Geschichte, die Macht der Türken nicht nur aufzuhalten, sondern endgültig zu brechen. Hunyadi befreite die walachischen und serbischen Stämme vom Türkenjoch, indem er auf mehreren Heereszügen tief in das heutige Bulgarien und Mazedonien eindrang. Seine letzte Tat war die Errettung Belgrads, des starken Bollwerks Ungarns und der Christenheit. Der übermächtige Sultan mußte vor Hunyadis Scharen, die von dem heldenmütigen Franziskaner Johann von Kapistran angefeuert wurden, in Eile das Schlachtfeld räumen. Ungarns Kräfte waren aber ohne äußere Hilfe doch zu gering, um einen entscheidenden Sieg davonzutragen, deshalb blieben die großen Angriffszüge unter Siegmund, Wladislaus I. und Johann Hunyadi mehr nur vereinzelte Energieentladungen, während die eigentlich dauernden Leistungen in der Organisation der Defensiv lagen. Zu dieser Zeit erhielten die südlichen Provinzen des Reiches eine militärische Organisation, die über ein Jahrhundert lang dem Sturme der Osmanen standhielt. Zweck der ganzen Einrichtung war die militärische Sicherung der gefährdeten „Länder der heiligen Krone“, also Südungarns und der Nebenländer Kroatien, Dalmatien und Slawonien, deren Vorgelände, südlich der Donau und Save, durch militärische Verwaltungseinheiten, die sogenannten Banate, gesichert wurde. In Nordbosnien bestanden die Banate von Ozora und Só, weiter südlich um die Festung Jajce der gleichnamige Banat, in Serbien die Banate von Mačsó (Mačva) und Belgrad, in der Kleinen Walachei der von Jewrin (Szörény, Severinu) vom Eisernen

Vor der Donau bis zum Altfluß hinunter. Der Banus eines solchen Gebietes wurde vom König aus der Reihe der Reichsbarone ernannt, ihm unterstand die gesamte Verwaltung des Landes, er sorgte für die Verteidigung der königlichen Festungen, deren ungarische Besatzungen aus der Kriegssteuer Ungarns bezahlt wurden. Auf der ganzen Linie hielten Truppenkontingente ununterbrochen Wacht, die Donau war von einer ständigen Flotte kleiner beweglicher Fahrzeuge, den „Nazaden“, befahren. In den wichtigen Festungen, wie in Belgrad, saßen gewöhnlich zwei einander gleichgestellte Bane oder Reichshauptleute.

Nach dem Untergang des serbischen Reiches kam diesem Verteidigungssystem eine erhöhte Bedeutung zu. Der serbische Despot fand in Ungarn Zuflucht, erhielt hier ausgedehnte Besitztümer und wurde in die Reihe der Reichsbarone aufgenommen. Auch der König von Bosnien schloß sich Ungarn an, später haben die ungarischen Könige ihre Reichsbarone zum Herzog oder König von Bosnien ernannt. Die türkische Flut drohte jetzt unmittelbar die südlichen Pforten des Landes zu erreichen. Die Bevölkerung Alt-Kroatiens floh aus ihren Stammsitzen südlich der Anna weiter nach dem Norden und besetzte die ehemals ungarischen Gebiete des heutigen Kroatien. Es hätte nur ein großangelegter Heereszug aller westlichen Völker helfen können, dazu aber kam es nicht. Johann Hunyadis Sohn, König Matthias Corvinus, versuchte mehrmals rettend einzugreifen, es gelang ihm auch, vorübergehend den Banat Tazce in Bosnien wiederherzustellen, er eroberte Šabac in Serbien zurück — die Belagerung der Festung ist noch lange nachher von den Ungarn besungen worden, — doch genügte das alles nicht gegenüber der überwältigenden Macht und konsequenten Eroberungspolitik der Osmanen. Mehr zu leisten verbot Matthias seine nach dem Westen orientierte Politik.

Er erhielt in seiner Jugend eine gründliche humanistische Bildung, der er noch in seinem späteren Lebensalter sein inniges Verhältniß zu Wissenschaften und Künsten verdankte. Keine Aufgabe schien ihm zu groß, hielt er sich doch berufen, alle Kräfte Mitteleuropas unter seiner Herrschaft zu vereinigen. In dieser Hinsicht ist er ein Vorläufer eines anderen Renaissanceherrschers, Maximilians, gewesen, der zu seiner Kaiserwürde und habsburgischen Hausmacht noch die Krone Ungarns erwerben wollte, um an der Spitze des ganzen mitteleuropäischen Blocks die Türken zurückzudrängen. Matthias beabsichtigte die gleiche Machtstellung, aber von Ungarn her, zu erlangen. Zunächst griff er in die böhmisch-österreichischen Wirren ein, kämpfte gegen Friedrich III. und suchte dann Anhang im Deutschen Reiche, um die Kaiserkrone zu gewinnen. Gestützt auf sein ständiges Heer, eroberte er Böhmen, Schlesien, Mähren und Niederösterreich, am Ende seines Lebens konnte er in Wien residieren. Ein Leben voll großer Thaten und noch größerer Pläne, getragen von einer kraftvollen Persönlichkeit, ging mit ihm dahin.

Mit seinem Tode zerrann auch die politische Arbeit seines Lebens. Während das niedere Volk ihn in seinen Sagen dankbar verewigt hat — wohl ein seltener Fall bei einem Renaissancefürsten! — beeilten sich die Stände, ihre geschmälernten Freiheiten in vollem Umfang wiederherzustellen und womöglich auszudehnen. Gegen die von Matthias energisch vertretenen Staatszwecke setzte jetzt im Interesse der ständischen Sonderbestrebungen eine heftige Reaktion ein. Die Großen des Reiches haben den energielosen Jagellonen Vladislaus von Böhmen zum König gewählt, um, wie sie selbst sagten, seinen Schopf in ihrer Hand zu halten. Die ständische Herrschaft unter Vladislaus und seinem jugendlichen Sohne Ludwig II. läßt sich denn auch in der That an Eigennutz, Parteigeist und Parteilichkeit wie an Ver-

kennung der staatlichen und nationalen Interessen nur mit den traurigsten Epochen der polnischen Geschichte vergleichen. Ein blutiger Bauernaufstand, die Vernichtung jeglicher Autorität und zügellose Parteikämpfe sind die Früchte der ständischen Reaktion, während die äußere Lage durch den endgültigen Verfall des altungarischen Verteidigungssystems im Süden gekennzeichnet ist. Die Grenzfestungen wurden vernachlässigt, der König, dem niemand Kriegsteuer leisten wollte und dessen Hofhaltung das Bild trostloser Armut zeigte, vermochte die Grenzbesatzungen nicht mehr zu besolden, die Türken drangen siegreich vor und überfluteten jährlich sengend und brennend die südlichen Reichsteile. 1521 fiel Belgrad, die Hauptfestung des letzten ungarischen Grenzbanates, in die Hände Solimans des Prächtigen. Die Frucht schien reif zu sein, und sie zu pflücken kam der Sultan selbst einige Jahre darauf. Das weite Ungarland vermochte zur Stunde der höchsten Gefahr nicht mehr als 26 000 Mann aufzubringen, der blutjunge König Ludwig II. stellte sich, seiner Würde eingedenk, an die Spitze des Heeres und fiel bei Mohács am 29. August 1526, mit ihm beinahe das ganze Aufgebot, darunter zahlreiche Bischöfe und Reichsbarone. Der Führer der ständischen Opposition, Johann Szapolyai, Voivode von Siebenbürgen, wich auf die Nachricht der Niederlage mit seinem verspätet zusammengezogenen Heere nach Siebenbürgen zurück. Der ständische Nationalstaat lag vernichtet da, Soliman zog in Ofen, der alten Residenzstadt Ungarns, ein und verließ kurze Zeit danach das wehrlose und zertretene Land. In diesem Zustande fand die heranbrechende Neuzeit Ungarn vor.

IV.

Staat und Nation zur Zeit der Dreiteilung des Landes

Der ungarische Ständestaat ist von der militärisch organisierten Weltmacht der Osmanen nach hundertjährigem Kampfe vernichtet worden. Die inneren Verhältnisse trieben eine Generation hindurch einer Katastrophe zu, doch gaben letzten Endes außenpolitische Ereignisse den Ausschlag. Wohl war man während des fünfzehnten Jahrhunderts von der unbedingten Notwendigkeit der Erhaltung Ungarns als des Bollwerks der Christenheit allgemein überzeugt, auch erweckten Johann Hunyadis Siegeszüge in ganz Europa freudigen Widerhall. Vom Gefühl und von der Erkenntnis führte aber ein weiter Weg bis zur That. Die christliche Gemeinschaft verfügte über keine gepanzerte Faust, die ihren Lebensinteressen hätte Geltung verschaffen können. Ungarn mußte langsam verbluten und in letzter Stunde erleben, daß der letzte Stoß gerade von christlicher Hand gegen sein Leben geführt wurde. Französische Schriftsteller heben mit Recht die Vorurteilslosigkeit Franz I. von Frankreich hervor, der in seinem politischen Kampfe gegen Karl V. den Türken zu seinem Bundesgenossen erkor. Der Entschluß des allerchristlichsten Königs übte auf die Staatenbildung und auf die Machtverhältnisse Europas eine nachhaltige Wirkung aus. West und Ost, die dem Absolutismus zustrebende Monarchie Frankreichs und das isla-

mitische Sultanat der Türken, schlossen ein Bündnis gegen die Völker und Staaten Mitteleuropas, das zwar die vorherrschende Stellung Frankreichs im nahen Orient begründete, gleichzeitig aber auch eine Interessengemeinschaft zwischen Ungarn und dem Heiligen Römischen Reiche und für die Machtstellung Habsburgs einen zusammenhängenden Block von Belgien bis nach Siebenbürgen schuf, gegen dessen Ost- und Westfront anderthalb Jahrhunderte hindurch Franzosen und Türken anrannten. Ungarn war der Amboss, auf den der türkische Hammer, geführt vom Expansionsbedürfnis des osmanischen Reiches, aber auch von der Hand der französischen Diplomatie, unaufhörlich niederfiel. Der Weg nach Wien ging über Ungarn, von wo aus Frankreich den Habsburger tödlich zu treffen hoffte.

Die von König Franz eingeschlagene Politik hat zunächst reiche Erfolge gebracht: der erste Heereszug, den die Türken auf Frankreichs Anstiften hin unternahmen, vernichtete den alten Ungarstaat und zertrümmerte das bisherige Bollwerk der Christenheit — gerade in dem Moment, als die politische Scheidung zwischen Randstaaten und Zentralstaaten Europas einsetzte. Für Ungarn war es besonders verhängnisvoll, daß es in den neuen mittleren Block nur Teile seines früheren Bestandes hinüberretten konnte. Das Land vermochte von jetzt ab nur einen geringen Teil seiner ehemaligen Machtmittel in den Dienst der mittleren Gemeinschaft zu stellen: die große Ebene zwischen Donau und Theiß bis zu dem siebenbürgischen Hochland geriet unter die Herrschaft des Sultans und wurde dem Pascha von Ofen zugewiesen. Die östlichen Teile umfaßten das ungarische Fürstentum Siebenbürgen, welches zwar unter türkischer Oberherrschaft stand, doch gegen Entrichtung eines jährlichen Tributs innerlich unabhängig blieb und in der Folgezeit zum Träger des nationalen politischen Ge-

danke wurde. Das Königreich Ungarn beschränkte sich auf einen schmalen Streifen im Westen und Norden unter der Herrschaft der Habsburger; es war tatsächlich nichts anderes als ein kümmerlicher Drittel des ehemaligen Ganzen.

A. Die Türkenherrschaft und das Fürstentum Siebenbürgen

Nach der Schlacht bei Mohács schloß sich der größte Teil des Adels dem Voivoden von Siebenbürgen, Johann Szapolyai, an; einige Magnaten und Würdenträger sowie die Mehrzahl der Städte scharten sich um den Erzherzog von Österreich, Ferdinand, den sie trotz Szapolyais Wahl und Krönung zum König erhoben. Die Gegenkönige bekämpften einander anfangs mit wechselndem Glück, bis es Ferdinand gelang, seinen Gegner entscheidend zu schlagen und ihn nach Polen zu drängen, worauf sich König Johann an Soliman wandte und ihn um Hilfe bat. Der innere Kampf zweier Gegenkönige erweiterte sich dadurch zu einer nationalen Katastrophe. Der Grozherr der Türken kam Johann zu Hilfe und eroberte in mehreren Heereszügen das Hügelland auf dem rechten Donauufer und die Donau-Theiß-Ebene. Seinen Schützling ließ er als Schattenkönig zurück, bis Johann im Jahre 1541 starb und sein Sohn von Soliman nach Siebenbürgen verwiesen wurde. In diesem Jahre sind die fruchtbarsten Gegenden Ungarns türkisches Gebiet geworden, von da an datiert die Türkenherrschaft in Ungarn und dauert bis zur Wiedereroberung Ofens im Jahre 1686.

In dieser Zeit erfuhr das türkische Gebiet auf Kosten Siebenbürgens und des habsburgischen Ungarns eine langsame, aber fortdauernde Erweiterung. Auf ehemals unga-

rischem Boden entstanden nacheinander vier türkische Provinzen, die Wilajete von Ofen, Erlau, Temesvár, Groß-Ranizsa. Zur Zeit ihrer größten Ausdehnung reichte die türkische Herrschaft im Norden bis knapp vor die Tore der oberungarischen Bergstädte, im Westen aber bis zur ungarisch-Steirischen Grenze. Auch Neuhäusel und im Osten Großwardein wurden schließlich von den Türken erobert. Die eigentlichen Stammlande des ungarischen Volkstums sind auf solche Weise aus ihrem natürlichen staatlichen Zusammenhang gerissen worden, und es blieb ihnen einzig und allein die Pflege der Nationalität übrig, soweit dies vom Eroberer und seinem Regierungssystem zugelassen wurde.

Die türkische Eroberungspolitik beruhte auf Prinzipien, die sich aus der Natur der expansiven Militärmonarchie des Islams ergaben. Da dieser eine ununterbrochene Ausdehnung der Reichsgrenzen forderte, konnte der Kampf an den Grenzen eigentlich nie, auch nicht in sogenannten Friedenszeiten, zur Ruhe kommen. Die Grenzen schützte eine zusammenhängende Kette von größeren und kleineren Festungen, sie gewährten die Möglichkeit, im geeigneten Augenblick selbst zum Angriff überzugehen. Die Grenzgebiete waren diesem Zustand entsprechend einer fortwährenden Verwüstung ausgesetzt. Da jede Partei den feindlichen Festungen die Zufuhr von Lebensmitteln und Munition zu unterbinden trachtete, wurden die umliegenden Dörfer, deren Bewohner zu Burgwerk, zu Hand- und Spanndiensten gehalten waren, allmählich dem Erdboden gleichgemacht. Auf solche Weise sind Ungarns schönste und reichste Gegenden, die wahren Reservoirs des ungarischen Volkstums, verwüstet worden, so die Plattenseegegend, dann die Umgebung von Ofen, Stuhlweißenburg, Raab, Erlau, Gran, wo die blühenden Bauerngemeinden des Mittelalters auf lange Zeit verschwanden. Ein ähnliches

Schicksal war den südlichen Komitaten beschieden, die bereits vor 1526 viel von den Türkeneinfällen zu leiden hatten. Aus der Temesvárer Gegend, der Bácska und aus Syrmien floh die seit der Besiznahme des Landes hier ansässige Bevölkerung, und an ihre Stelle kamen Serben, die sich den türkischen Raubzügen angeschlossen hatten und als irreguläre Truppen der osmanischen Heere das eigentliche Plünderungswerk besorgten.

Wohl waren die Folgen der Zurückdrängung des Ungarums für die spätere Entwicklung von schwerwiegender Bedeutung, doch wäre unsere Darstellung allzu einseitig, wenn wir nicht auch jener Eigenheiten der türkischen Herrschaft gedenken würden, welche dasselbe nicht nur geschoht, sondern auch bis zu einem gewissen Grade gestärkt haben. Dies ist der türkischen Bodenpolitik zu verdanken.

Die Türken haben als Eroberer den ganzen Flächenraum der eroberten Provinzen für sich in Anspruch genommen und das Eigentumsrecht der Unterworfenen vollständig aufgehoben. Der Boden gehörte einzig und allein dem Sultan, der einen Teil für sein Arar und für religiöse Stiftungen behielt, den anderen Teil aber seinen Soldaten und Beamten zu Lehen gab. Der reguläre Grenzsoldat, die Mannschaften in den Festungsgarnisonen, die militärischen Würdenträger wie auch die Beamten, die ausnahmslos militärischen Rang innehatten, sie alle sind durch des Sultans Gunst zu Lehensträgern und Grundherren des ungarischen Bodens geworden. Die früheren Besizer derselben, die Adligen, verschwanden vom türkischen Gebiet, sie wanderten in das habsburgische Königreich oder nach Siebenbürgen ab, eine beträchtliche Anzahl adliger Familien starb in diesen kriegerischen Zeiten aus. Nur der Bauer blieb zurück, und da die neuen Grundherren infolge ihrer militärischen Beschäftigung nicht auf dem flachen Lande, sondern in Burgen

und Städten wohnten, war für die bäuerliche Bevölkerung das neue Untertanenverhältnis nicht allzu drückend. Solange die ungarischen Hörigen die Abgaben und Frondienste ertragen konnten, verblieben sie unbehelligt auf ihrem heimatlichen Boden, im Besitze ihrer Nationalität und angestammten Religion. Unter diesen Umständen fand auch zwischen Eroberern und Unterworfenen keine Blutmischung in größerem Maße statt. Freilich waren die Steuern und Bedrückungen nicht selten so schwer, daß ganze Dorfgemeinden auswanderten und verödeten. Hier und da fand sich dann ein türkischer Grundherr, der dieselben durch Kolonisation mit Serben und Rumänen neubevölkerte. So entstanden an Stelle rein ungarischer Gebiete am Maros, bei Arad und südlich davon ganze Strecken mit walachischen und serbischen Gemeinden.

Günstigere Schicksale waren jenen Gemeinden beschieden, die zur Grundherrschaft des Sultans bzw. des türkischen Arars gehörten. Solche türkische Kammergüter waren die großen Städte der Donau-Theiß-Ebene, die heute mit Recht als Quelle des ungarischen Volkstums gelten, darunter Kecskemét, Nagy-Rörös, Eger, Jászberény, Mezötúr u. a. Sie waren zwar denselben Steuern, Abgaben, Lieferungen und Diensten unterworfen wie die Dörfer der privaten Grundherren, doch widerfuhr ihnen eine mildere Behandlung seitens der kaiserlichen Beamten, die bis zur inneren Schwächung des Sultanats von den Zentralstellen in strenger Zucht gehalten wurden. Die zu Beginn der Türkenherrschaft unbedeutenden Gemeinden erwuchsen mit der Zeit durch Zuwanderung von Bauern privater Grundherrschaften zu wahren Städten. Sie erhielten als privilegierte Kammergüter das Recht, die Acker- und Weideländer der verödeten Dorfgemeinden ihrer Umgebung der eigenen Gemarkung einzuverleiben, wodurch

dieselbe vielfach den Umfang eines kleineren Komitates erreichte. Mit der Zahl der Bewohner wuchs auch ihr Reichthum, und sie bildeten noch in den Tagen der Gegenwart ein unerschöpfliches Reservoir der materiellen und sittlichen Kräfte des Ungarthums.

Wo die ungarische Nationalität unter der Türkenherrschaft weiter fortdauerte und stellenweise sogar erstarkte, ist dies der ruhigen Bähigkeit der ungarischen Bauern, ihrer angestammten Liebe zur väterlichen Scholle, ihren konservativen Eigenschaften sowie ihrer physischen Leistungsfähigkeit zu verdanken. Der auf sich gestellte Bauer wußte auch getrennt vom politisch reiferen Adel den nationalen Charakter seiner Heimat zu wahren; sein Verdienst ist es, daß der reichste Drittheil Ungarns unter der Fremdherrschaft im wesentlichen ungarisch verblieb. Unter der lang andauernden Fremdherrschaft hat der ungarische Bauer wahrlich eine stille, entsagungsvolle Arbeit geleistet und bewiesen, daß er fähig ist, seine eigene Nationalität unter den schwierigsten Verhältnissen auch ohne Stütze von Seiten der eigenen Staatlichkeit aufrechtzuerhalten.

Staatlichkeit und Nationalität erfreuten sich im östlichen Drittheil des Landes, im Fürstenthum Siebenbürgen, günstigeren Lebensbedingungen. Auf drei Seiten vom türkischen Reich umgeben, hing Siebenbürgen nur im Norden, bei Raßchau, mit dem habsburgischen Ungarn zusammen. Infolge seiner geographischen Lage war es an dem großen Kampfe zwischen Habsburg und den Türken jeden Augenblick interessiert, und es bedurfte hervorragender staatsmännischer Klugheit, um von den beiden Weltreichen nicht zerdrückt zu werden. Siebenbürgens Fürsten wurden vom Landtage gewählt, mußten aber ihre Wahl vom Sultan bestätigen lassen, dem sie einen jährlichen Tribut entrichteten. Wenn je Friede und Wohlfahrt eines Landes von der äußeren poli-

tischen Konstellation abhingen, so war dies in Siebenbürgen der Fall. Die Mehrzahl der Fürsten entfaltete eine geschickte und erfolgreiche diplomatische Tätigkeit. Die Báthory im sechzehnten Jahrhundert, dann Gabriel Bethlen und die beiden Georg Rákóczi wußten die Unabhängigkeit ihres Landes sicherzustellen. Siebenbürgen sah jahrzehntelang keinen Feind innerhalb seiner Grenzen; seine Fürsten haben die kriegerischen Verwicklungen außerhalb desselben ausge tragen. Unter ihrer Herrschaft nahm die nationale und staatliche Entwicklung, trotz mancher Hemmungen, einen stetigen Verlauf, der dem kleinen Lande eine ausgeprägte Staatsindividualität verlieh.

Das politische Staatsgefüge des siebenbürgischen Fürstentums ist ein Werk des Kardinals Georg Martinuzzi gewesen, der nach dem Tode König Johannis im Jahre 1541 dessen unmündigen Sohn nach Siebenbürgen begleitete und als Statthalter desselben die Grundlagen zur Eigenstaatlichkeit des Landes legte. Martinuzzi knüpfte dabei an die von altersher bestehende Vereinigung der drei „Universitäten“, d. h. der ständischen Körperschaften des ungarischen Komitatsadels, der Székler und der Sachsen an, die zur Wahrung ihrer ständischen Privilegien gegen Voivode, König und Bauern seit einem Jahrhundert mehrere Unionen miteinander geschlossen hatten und jetzt, zur Zeit des selbständigen Fürstentums, als die drei „Nationen“ der Ungarn, Székler und Sachsen zum Träger der Staatsgewalt wurden. Die Nationen traten auf den Landtagen zusammen, wo sie den Fürsten wählten, Steuern ausschrieben, Militärdienste bestimmten und im ganzen so ausgedehnte Befugnisse ausübten, wie sie bei anderen Ständetagen dieser Zeit nicht oft zu finden sind. Die Nation der Sachsen bestand aus dem Städtebürgertum und der auf „Königsboden“ wohnenden bäuerlichen Bevölkerung, die Székler waren größtenteils

Bauern, später stieg der begüterte Teil derselben in die Reihen des Adels auf, während die Nation der Ungarn sich aus den Komitatsadligen zusammensetzte. Infolge Teilnahme der ländlichen und städtischen Bevölkerung an dem politischen Leben erhielt dasselbe eine breitere Basis, und die ausgedehnten Freiheiten der Städte kamen den kulturellen Fortschritten des Landes zugute. Nach anfänglichen Religionsstreitigkeiten konstituierten sich vier staatlich anerkannte Konfessionen, neben der katholischen die lutherische, die kalvinische und seit 1571 die unitarische, die gleich den drei Nationen vollkommene Autonomie besaßen, eine Erscheinung, die im sechzehnten Jahrhundert höchstens noch in der schweizerischen und holländischen Entwicklung ihre Parallelen findet. Bei aller Ähnlichkeit mit den schweizerischen und niederländischen Zuständen besaß aber Siebenbürgen in seiner Regierungsform ein charakteristisches Merkmal der Bodenständigkeit.

Die scheinbar republikanischen Formen verdeckten in Siebenbürgen trotz der breiten ständischen Grundlagen eine starke monarchische Gewalt. Dem Fürsten stand zwar ein vom Landtag gewählter Rat zur Seite, dessen Mitglieder sich jedoch in der Regel dem Fürsten unterordneten. Die Stellung des Fürsten war von seiner dynastischen Hausmacht abhängig; jene Fürsten, die über ausgedehnten Familienbesitz verfügten, vermochten einen selbständigen politischen Weg einzuschlagen und Rat und Landtag unschwer zur Befolgung ihrer Pläne zu bewegen. Für das Fürstentum ist es bezeichnend gewesen, daß seine eigentlichen Machtquellen außerhalb des siebenbürgischen Hochlandes, in der nördlichen Theisebene und in Oberungarn lagen. Aus diesen Gegenden stammten seine mächtigsten Fürsten, Stefan Báthory, der spätere König von Polen, Bocskay, Bethlen und die Rákóczi. Sie alle stützten sich auf diese Landstriche, wo sich

die Mittelpunkte ihrer dynastischen Hausmacht befanden. Die außersevenbürgischen Dependenz des Fürstentums, also die seven Komitate an der oberen Theiß, der Komitat Bihar mit Großwardein und einige kleinere Landstriche südlich und nördlich davon, verliehen dem Fürstentum einen beträchtlichen Machtzuwachs und sicherten seine Unabhängigkeit der Verproviantierung. Als dann in späteren Zeiten die Türken von der Theiß her immer weiter vordrangen und 1662 auch Großwardein unter ihre Herrschaft geriet, wurde damit die Lebensader des Fürstentums durchschnitten; der Grundlagen seiner Militärmacht und seiner Proviantkammer beraubt, führte es bis zu seinem Untergang nur mehr ein Schattendasein.

Die hier geschilderte Verteilung der Machtquellen zwischen dem Gebirgsland und den ihm angegliederten Komitaten macht den ausschließlich ungarischen Zug der sevenbürgischen Politik verständlich. Mit dem habsburgischen Ungarn bestanden während der ganzen Fürstenzeit enge Beziehungen. In Siebenbürgen herrschten Fürsten aus den ältesten ungarischen Geschlechtern, seine Bewohner waren mit Ungarn durch Sprache, Abstammung und ständigen Verkehr verbunden. Kein Wunder also, daß anstatt separatistischer Bestrebungen ein warmes Gemeingefühl mit dem eigentlichen Ungarn sich entwickelte. Dementsprechend spielte Siebenbürgen in der ungarischen Geschichte dieses Zeitalters eine maßgebende, manchmal entscheidende Rolle. Wir werden die Anlässe im folgenden Kapitel näher ins Auge fassen können, die Siebenbürgen im Interesse Ungarns wiederholt zu den Waffen riefen, hier genügt es, festzustellen, daß das Fürstentum im Laufe der Zeit ein Gegengewicht gegen die katholisch-germanisierenden Tendenzen in Ungarn bildete. Ungarische Nationalität und religiöse Freiheit waren die Worte, die seit

Bocskay auf Siebenbürgens Fahnen standen, nicht für das Fürstentum, denn beide waren dort längst verwirklicht, sondern für das Königreich Ungarn, das sie aus eigener Kraft nicht zu erlangen vermochte.

Unter Gabriel Bethlen und Georg Rákóczi befand sich Siebenbürgen während des Dreißigjährigen Krieges in den Reihen der Gegner des Kaisers. Die Machtstellung des Landes war unter türkischer Oberherrschaft so weit gesichert und unabhängig, daß es als gleichberechtigte Partei einen Bund mit den kaiserfeindlichen Staaten, mit Schweden und Brandenburg, eingehen konnte. Gabriel Bethlen erkor sich eine Markgräfin von Brandenburg zur Gemahlin und kämpfte mit den Schweden gegen Wallenstein. Siebenbürgen war nicht nur durch politische Interessen, sondern auch durch Bande der Kultur mit dem Westen verbunden. Die Ungarn und Sachsen besuchten regelmäßig deutsche und holländische Universitäten und brachten von dort die neuen geistigen Errungenschaften früher nach Siebenbürgen, als sie nach Ungarn oder in die östlichen Teile des Kaiserreichs gelangten. An den theologischen Disputationen am Hofe Bethlens und Georg Rákóczis beteiligten sich Presbyterianer, Independenten, Cartesianer und Coccejaner. Die noch heute bestehende Geistesgemeinschaft des ungarländischen Protestantismus mit dem deutschen und niederländischen ist damals im türkischen Siebenbürgen begründet worden.

Diese geistige Regsamkeit ist auch dem Rumänentum Siebenbürgens zugute gekommen. Die frühesten Anregungen zur Schaffung einer rumänischen Schriftsprache gingen von den siebenbürgischen Fürsten aus, die sich dabei vor allem von politischen und religiösen Erwägungen leiten ließen. Die ersten Bücher, die in rumänischer Sprache überhaupt erschienen, sind im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert in Siebenbürgen mit Geldunterstützung der Fürsten und

ungarischer Magnaten gedruckt und von lutherischen Sachsen und kalvinischen Ungarn verfaßt worden. Dabei war die Bekehrung des orthodoxen Rumänentums zum Protestantismus das hochgesteckte Ziel der sächsischen Kirche und insbesondere der kalvinischen Ungarn. Fürst Georg Rákóczi I. dehnte seine Bestrebungen auch auf die Walachei aus, wo er den Kalvinismus mittels rumänischer Bibelübersetzungen zu verbreiten trachtete. Ungarn und Sachsen konnten ihr Ziel nicht erreichen, begründeten aber durch ihre Bemühungen Schriftsprache und Literatur der Rumänen in Siebenbürgen wie im späteren Königreich Rumänien.

National, kulturell und politisch gehörte Siebenbürgen zweifellos dem Ungartum an und bildete mit ihm den östlichsten Teil der damaligen mittleren Kulturgemeinschaft Europas. Daß dies überhaupt möglich war, beweist zur Genüge, daß das Türkenjoch auf dem Lande nicht allzu schwer lastete. Das Vasallenstaatsystem der Pforte ließ den Fürsten genügend Spielraum zu politischer Betätigung, die sich darin als würdige Nachfolger der großen ungarischen Könige des Mittelalters zeigten. Ihre Politik hat ein türkischer Zeitgenosse treffend geschildert, als er von Gabriel Bethlen sagte: „Dieser Ungläubige hat den Armeen des Islams nie geholfen, er hat immer nur an sein eigenes Land gedacht.“ Der unabhängige Staat Siebenbürgen mußte zwar, als für Ungarn die Stunde der Befreiung schlug, untergehen, es gelang ihm aber, bis dahin die Erbschaft der Arpaden, Nationalität und Staatlichkeit Ungarns, unversehrt zu erhalten.

B. Das Königreich der Habsburger

Die Wahl des Erzherzogs Ferdinand zum König von Ungarn verwirklichte einen langgehegten Wunsch des Hauses Habsburg. Seitdem Albrecht von Habsburg 1437—39 die

Stefanskrone getragen, haben seine Nachfolger in Österreich, die Kaiser Friedrich III. und Maximilian I., beständig danach getrachtet, dem Erzhaus durch Verträge die Erbfolge in Ungarn zu sichern. Das hatte zur Folge, daß in Ungarn, besonders unter den Magnaten, die an der Westgrenze begütert waren, eine Partei entstand, die sich energisch für die Verwirklichung dieser Wünsche einsetzte. Auf die Vereinigung Ungarns mit der Kaiserkrone hat Maximilians romantisch veranlagter Geist noch große Hoffnungen gesetzt. Er erwartete von ihr nichts weniger als eine Wiederbelebung der Kreuzzüge gegen die europäische Machtstellung der Türken. Mit nüchternerem Blicke sah die Dinge sein junges Enkelkind, Erzherzog Ferdinand. Ihm war die innere Zerrüttung Ungarns kein Geheimnis, und er erkannte den organischen Zusammenhang, der Ungarns Staatlichkeit mit dem Wohle seiner westlichen Nachbarn verband. Er wußte, daß eine Katastrophe Ungarns unbedingt auch seine österreichischen Länder in Mitleidenschaft ziehen würde. Arm, wie er in seinen kleinen Herzogtümern war, flehte er den mächtigen Bruder, Kaiser Karl, wiederholt um Hilfe für seinen Schwager Ludwig II. von Ungarn an, sein ständiger Ausdruck lautete dabei: „la perdicion du royaume de Hongrie et par consequent de mes pays d'Autriche.“ Hilfe war nicht zu erhalten — nach der Schlacht von Mohács bestieg er selbst den Thron des zerstückelten Königreichs.

Es ist bei seiner Wahl für die Stände entscheidend gewesen, daß sie von ihm und von seinem Bruder eine nachhaltige Hilfe gegen die Türken erwarteten. Die Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Die politischen und sozialen Verhältnisse Deutschlands waren damals nicht danach angetan, daß sie einen großangelegten, einheitlich geführten Heereszug erlaubt hätten. Kaiser Karl V. hat von Anbeginn seiner Regierung sein ganzes Interesse den westlichen, spanisch-

französisch-italienischen Fragen zugewendet, dann kam die große Religionspaltung, die jede einheitliche Aktion auf Jahrzehnte hinaus unmöglich machte. Was einst der junge Erzherzog von seinem Bruder eindringlich gefordert hatte, das vermochte er selber als Kaiser nicht zu gewähren. Die einzige ernstlich gemeinte Unternehmung des Deutschen Reiches zur Errettung Ungarns, der Türkenzug von 1542 unter dem Markgrafen Joachim von Brandenburg, verlief wirkungslos und endete mit kläglicher Auflösung des Heeres. Die Tatsache, daß Ungarn auch unter der habsburgischen Herrschaft anderthalb Jahrhunderte lang ohne Hilfe blieb, zeigt aufs deutlichste die Mängel, welche dem damaligen mitteleuropäischen Gemeinwesen anhafteten.

Nach seiner Krönung in Stuhlweißenburg verblieb Ferdinand I. sieben Monate lang in Ungarn, bewohnte die alten Königsburgen seiner Vorgänger in Ofen, Gran und Stuhlweißenburg, erledigte die Staatsgeschäfte im königlichen Räte und regierte im großen ganzen nach Art seiner Vorgänger. Vor den Türken zog er sich zurück und schlug seine Residenz in Wien auf. Nach dem Zerfalle Ungarns in drei Teile und seit der Besetzung Ofens durch die Türken ahmten seine Nachfolger seinem Beispiel nach und residierten weiterhin abwechselnd in Wien und in Prag. Ungarn sah sich dadurch vor eine neue Situation gestellt: es hatte jetzt einen König, der nicht im Lande wohnte. Die dauernde Abwesenheit des Königs, des einen Faktors des ständischen Verfassungslebens, mußte begreiflicherweise ein einheitliches Zusammenwirken des Königtums und der Stände empfindlich beeinträchtigen. Tatsächlich hörte jetzt das frühere Gleichgewichtssystem auf und es begann ein neues Zeitalter, jenes der Verfassungskämpfe zwischen dem nationalen Ständetum und dem auswärts wohnenden, notwendigerweise fremden Gesichtspunkten und Einflüssen zugänglichen

Königtum. Der Kampf verlief zunächst, im sechzehnten Jahrhundert, ohne Blutvergießen, im Rahmen des Verwaltungsapparates und in den Verhandlungen auf dem Reichstag, aus dem folgenden Jahrhundert sind jedoch mehrere Fälle des bewaffneten Widerstandes gegen das Königtum zu verzeichnen. Wir wollen zunächst die Brennpunkte des Verfassungskampfes des sechzehnten Jahrhunderts einer Betrachtung unterziehen.

Was zunächst die Zentralstellen des Königreichs betrifft, so hatten sich diese vor den Türken nach Preßburg geflüchtet, wo ihre Organisation eine gründliche Umgestaltung erfuhr. Die vom mittelalterlichen Nationalstaat überlieferten Formen der Zentralgewalt vermochten sich in doppelter Hinsicht nicht lange zu halten. Entscheidend wirkte darauf einerseits die tatsächliche Verbindung Ungarns mit den habsburgischen Erbländern, dann aber der allgemeine reformatorische Geist, der, von Frankreich und Burgund ausgehend, den Zentralbehörden bald in allen deutschen Territorien eine veränderte Gestalt gab.

Das Band, das seit Ferdinands Krönung zum König von Ungarn diesen Staat mit den anderen Besitztümern des Hauses Habsburg vereinigte, war rechtlich zunächst jenes einer einfachen Personalunion. Infolge der Krönung erlitt der souveräne Charakter des Königs von Ungarn ebenso wenig eine Schmälerung wie etwa seine Rechtsstellung als Erzherzog von Österreich. Der Fall einer Personalunion Ungarns mit anderen Ländern war an sich nichts Neues, als frühere Beispiele dafür können die Verbindung Ungarns mit Polen unter Ludwig I., mit Schlesien und Mähren unter Matthias Corvinus, dann mit Böhmen unter den böhmischen Jagellonen gelten. Auch mit den habsburgischen Erbländern bestand bereits eine Personalunion zur Zeit König Albrechts. In all diesen

Fällen war die Union eine an und für sich indifferente, die Staatlichkeit Ungarns nicht berührende Tatsache gewesen. Jetzt mußten aber die Türkenherrschaft und die Aufteilung des Staatsgebietes unerwartete und von niemandem vorgesehene Wirkungen auslösen. In die neue Union trat nämlich nicht mehr der frühere mächtige Nationalstaat ein mit seinem abgerundeten, geographisch abgeschlossenen Gebiete, sondern nur ein kleines Bruchstück desselben, das nicht einmal ein Drittel des früheren Staates ausmachte. „Königreich Ungarn“ hieß nunmehr der schmale Streifen, der, dem Halbkreis der österreichischen Erbländer von der Adria bis nach Oberungarn vorgelagert, einer abnehmenden Mond-sichel glich und infolge der türkischen Angriffe tatsächlich auch fortwährend abnahm. Im Verhältnis zu den Besitzungen der Habsburger, der Träger der römisch-deutschen Kaiserwürde, war Ungarn augenfällig der kleinere und schwächere Teil, und, was noch schwerer in die Waagschale fiel, es mußte verteidigt und zurückerobert werden.

Die Schlacht von Mohács und die darauffolgende Aufteilung des ungarischen Staatsgebietes hatten unzweideutig dargelegt, daß Ungarn aus eigener Kraft sich nicht mehr erheben könne. Seitdem Ferdinand seinen Sitz nach Wien verlegt hatte, erwuchs den an seinem Hofe vereinigten Zentralbehörden aus dieser Erwägung heraus die Aufgabe, Ungarns Kräfte mit denen der Erbländer und des Deutschen Reiches zusammenzufassen und gegen die Türken in Bewegung zu setzen. Dadurch gewannen die deutschen Staatsmänner Ferdinands gegenüber den ungarischen Behörden bereits die Oberhand. Da die letzteren nur über die an sich unzureichenden Kräfte des Königreichs geboten, rissen jene Personen die Führung an sich, die über alle Kräfte der unter Habsburgs Szepter stehenden Länder verfügten, von deren politischem Urteil es also abhing, in welcher Weise die

Kräfte Ungarns nach Maßgabe der allgemeinen mitteleuropäischen Situation zu verwerten seien. Mit anderen Worten: die ungarischen Zentralbehörden mußten es über sich ergehen lassen, daß sich zwischen sie und den Träger der Krone andere, fremde Behörden einschoben.

Bei diesem Prozesse war zunächst in den Regierungskreisen Wiens kein bewußter Zentralisierungswille vorhanden. Weder Ferdinand I. noch seine unmittelbaren Nachfolger waren Zentralisten in dem Sinne, der diesem Begriffe seit dem Zeitalter der absoluten Monarchie, seit der Entstehung der französischen Centralisation beigelegt wird. Sie haben nie die Absicht gehabt, die überlieferten ständischen Verfassungen zu vernichten und durch Zusammenschweißen der einzelnen Königreiche und Länder ein zentralisiertes Reich aufzubauen. Solche Bestrebungen in der deutschen Fürstenpolitik des sechzehnten Jahrhunderts zu suchen, wäre ein platter Anachronismus. Auch die schlimmen Erfahrungen, die Ungarn unter König Rudolfs Regierung machen mußte, beruhen nicht auf Zentralisierungsabsichten. Rudolfs weltfremde Zurückgezogenheit führte im Gegenteile anstatt zur Zentralisierung beinahe zur Auflösung der bestehenden Personalunion. Die Tatsache, daß die Zentralbehörden Ungarns ihre unabhängige Stellung nicht infolge der Zentralisationsbestrebungen, sondern infolge der verminderten Machtmittel des Staatskörpers einbüßten, muß zwecks klarer Scheidung der einzelnen Entwicklungsphasen festgehalten werden, was aber nichts an dem vom Standpunkte des Nationalstaates traurigen Umstande ändert, daß die Kompetenz der nationalen Behörden zugunsten der fremden tatsächlich stark eingeengt wurde.

Die allgemeine Reformtätigkeit Ferdinands hat die bisherige Behördenorganisation Ungarns wesentlich umgestaltet. Im ungarischen Ständestaat gehörte die Errichtung und

Befetzung der königlichen Kanzlei, der Finanz- und Militärbehörden zu den königlichen Hoheitsrechten (Regalien), die für gewöhnlich ohne Mitwirkung der Stände ausgeübt wurden. Dem König stand also der Weg offen, die Reform der Verwaltung nach den damals herrschenden Prinzipien vorzunehmen. Die Finanzangelegenheiten wurden ihrer bisherigen Kompetenz, dem Schatzmeister, entzogen und einer kollegialen Behörde, der ungarischen Kammer, zugewiesen, die später den Titel Hofkammer erhielt und ihren Sitz in Preßburg hatte. Als ihre Filiale wurde die Zipser Kammer in Kaschau errichtet. Für den Finanzdienst hat Ferdinand einen ausgezeichneten Beamtenstab aus geborenen Ungarn großgezogen, die ungarischen Kammerräte haben sich — bis zum Niedergang der Institution unter Rudolf — durch Sachkenntnis, Königstreue und Gesetzesachtung ausgezeichnet. Da aber die Einkünfte der ungarischen Kammer nur einen Teil der Einkünfte des Monarchen ausmachten, konnte sich die oberste Finanzbehörde Ungarns der Einwirkung der Wiener allgemeinen Hofkammer nicht entziehen, sie wurde der Wiener Behörde unterstellt, die ihre Befugnisse möglichst auszudehnen trachtete. Die Bergwerke des Königreichs Ungarn sind denn auch alsbald von der ungarischen Verwaltung losgelöst und direkt der Wiener Hofkammer zugewiesen worden.

Ähnliche Vorgänge sind auf dem Gebiete des Heereswesens zu verzeichnen. Auch hier ließ sich Ferdinand nicht von Zentralisationserwägungen, sondern rein praktisch von der Macht der Tatsachen leiten. Da er das Königreich ungeschützt und seines Verteidigungsgürtels an der Donau-Save-Linie entblößt übernommen hatte, galt es, den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen und eine neue Linie vom Plattensee über Komorn und Erlau bis nach Kaschau zur Verteidigung gegen die Türken einzurichten.

Dies gelang den vereinten Bemühungen des Königs und der Stände in erstaunlich kurzer Zeit: königliche Festungen und Burgen der Magnaten erstanden bald in ununterbrochener Folge nebeneinander. Der Ausbau des ganzen Systems wurde vom König mit Umsicht und Eifer betrieben, Ferdinands Regierung erreichte darin Erfolge, die jenen der Arpaden bei der Ausgestaltung des mittelalterlichen Grenzsystms gleichen. Er wies einen Teil der geistlichen Einkünfte der Erhaltung der Festungen zu und trug auch für die Befoldung der Besatzungen Sorge. Daneben blieben auch die früheren Formen der Verteidigung: Militärdienst des Adels, Aufgebot der Bauern, Bandlerialpflicht der Großgrundbesitzer aufrechterhalten. Die ungarischen Streitkräfte unterstanden den Reichshauptleuten, die rechtlich des obersten Heerführers, des Palatins, Stellvertreter waren, in Wirklichkeit jedoch vom Hofkriegsrate in Wien, einer neuen Zentralbehörde, abhingen. Die Schmälerung der Eigenstaatlichkeit war somit auch auf diesem Gebiete eine Folge der Türkenherrschaft. Ungarns Kriegsmacht vermochte ohne äußere Hilfe ihre Aufgaben gegen die Türken nicht mehr zu erfüllen, es mußten zu diesem Zwecke aus den Erbländern und aus dem Deutschen Reiche Truppen abgezogen werden, die gleich den heimischen Streitkräften unter dem Kommando des Hofkriegsrates verblieben. Für die zeitweilige Hilfe Mitteleuropas mußte demnach Ungarn gerade die wichtigsten Bestandteile seiner Eigenstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Finanzen und des Heerwesens, opfern.

Dies alles kam auf friedlichem Wege unter der Regierung eines Königs zustande, dessen persönliches Wohlwollen seine Ungarn kannten und hochschätzten. An eine Änderung der bestehenden Verhältnisse war, solange die Türken im Lande weilten, nicht zu denken. Nur zu vereinzelten Besserungsversuchen war die Möglichkeit vorhanden, sie kamen

naturgemäß von dem verfassungsmäßigen Gegengewicht des Königtums, von den Ständen.

Wir haben die Entstehung des ungarischen Ständewesens von Anbeginn verfolgt und gesehen, wie es sich zu einem dem deutschen Ständetum ähnlichen, aber gleichzeitig spezifisch ungarischen Gebilde entwickelt hatte. Zur Zeit der habsburgischen Herrschaft erschien dieser ungarische Zug noch stärker ausgeprägt. Die beginnenden Ständekämpfe dürfen nur unter Beachtung ihrer besonderen Eigenart mit den Verfassungstreitigkeiten in Frankreich oder Deutschland verglichen werden. Es handelt sich um zwei grundverschiedene Prozesse, die lediglich eine äußere Verwandtschaft miteinander aufweisen. Wohl haben die Ungarn ihre ständischen Privilegien ebenso zäh verteidigt wie die französischen oder brandenburgischen Stände, sie taten das aber gegen fremde, außerhalb der Staatsgrenzen residierende Behörden; sie verteidigten außer ihren Privilegien auch das Selbstbestimmungsrecht ihres Staates, die Eigenstaatlichkeit ihrer Nation. Auch nachdem die französischen Stände von Ludwig XIV., die brandenburgischen von Friedrich dem Großen endgültig vernichtet worden waren, stand den einzelnen Ständemitgliedern in diesen Ländern noch immer die Möglichkeit offen, im ungeschmälerten Besitz ihrer Nationalität als Beamte, Staatsmänner oder Feldherren des Königs an dem Weiterausbau ihres Staates mitzuwirken. Anders lagen die Dinge in Ungarn. Verloren hier einmal die Stände ihre privilegierte Stellung im Verfassungsleben, so wurden ihre Funktionen durch ein neues und fremdes Element, die Zentralbehörden in Wien, ersetzt. Im Beamtenkörper der Wiener Hofkammer und dem Hofkriegsrat war jahrhundertlang kein Ungar zu finden, beide Körperschaften standen der ungarischen Rechtsentwicklung und der nationalen Kultur fremd, nicht selten feindlich gegenüber.

Eine Niederlage des Ständetums wäre daher gleichbedeutend mit dem Aufhören der nationalen Autonomie des Ungartums gewesen. Der tiefbegründete Unterschied in der Stellung des ungarischen und westlichen Ständetums erhellt auch daraus, daß beispielsweise die Niederwerfung der französischen Stände unter Richelieu und Ludwig XIV. nicht mit der Vernichtung der nationalen Autonomie des französischen Volkstums gleichgesetzt werden kann. Dort standen eben an der Seite des Ständetums noch andere nationale Kräfte, in Ungarn hingegen waren infolge der türkischen Katastrophe und der dadurch veranlaßten Übersiedlung des Königtums nach Wien die Stände die einzigen nationalpolitischen Faktoren.

Die ganze Tragik der neueren ungarischen Geschichte beruht auf der Tatsache, daß diese nationale Seite des ungarischen Ständetums von den Staatsmännern der Habsburger nicht erkannt und noch weniger berücksichtigt worden ist. Für Ferdinands Ratgeber, lauter erprobte Arbeiter, alte Praktiker der maximilianischen Schule, lag das Problem gar nicht kompliziert. Infolge der Krönung ihres Herrn zum König von Ungarn wurde, ihrer Ansicht nach, der vorhandene Besitzkomplex, zugleich auch das Feld ihrer Verwaltungstätigkeit, um ein neues Territorium erweitert. Sie erachteten es nun als ihre Aufgabe, die neue Erwerbung nach den in den österreichischen Ländern bewährten Grundsätzen zu verwalten und die Machtquellen des Landes der kaiserlichen Politik dienstbar zu machen. Die politische Zentralbehörde, der niederösterreichische Hofrat, hielt sich zum Nutzen ihres Herrn von Anfang an für verpflichtet, ihren Einfluß auch auf Ungarn auszudehnen. Das eigentliche Problem, die Interessen des gemeinsamen Herrschers und der gemeinsamen Verteidigung mit jenen der Eigenstaatlichkeit Ungarns in Einklang zu bringen, war viel zu kompliziert, als daß es von der Staatskunst jener Jahrhunderte hätte gelöst

werden können. Der Begriff der nationalen Autonomie war der Staatsräson von damals unbekannt, und die Wiener Staatsmänner konnten und wollten von ihrem zentralen Standpunkte aus mit Ungarn keine Ausnahme machen. Sie sahen in den beredten und hartnäckigen Vorstellungen der ungarischen Reichstage nur Übergriffe ständischer Annäherung, die sie ebenso zurückweisen zu müssen glaubten wie etwa die Wünsche der oberösterreichischen oder schlesischen Stände.

Andererseits war der Reichstag selbst an einer wirksamen Verteidigung der Eigenstaatlichkeit durch seine eigene ständische Struktur behindert. Der Schwerpunkt des Ständetums lag auch zu dieser Zeit in den Komitaten, es war eigentlich ein dezentralisiertes Ständewesen, dem es an einer kraftvollen zentralen Vertretung seiner Interessen fehlte. Dementsprechend ist auch die Eigenstaatlichkeit Ungarns mehr in den niederen Schichten der Verwaltung und weniger im Kreise der Zentralleitung, in den obersten Staatsbehörden, gewahrt worden. Die Komitatsverwaltung verblieb ungestört in den Händen der adligen Universitäten, die ihre eigene und die nationale Autonomie vollauf zu beschützen wußten. Dies ist ein nicht hoch genug einzuschätzendes Verdienst des Adels gewesen, ähnlich jenem der Bauernstädte unter türkischer Oberhoheit. Mit geringerem Erfolg funktionierte das eigentliche zentrale Organ des Ständetums, der Reichstag, auf dem die Komitatsadligen anfangs persönlich erschienen, später sich durch Ablegaten der einzelnen Komitate vertreten ließen, wobei jeder Komitat über eine Stimme verfügte. Die Magnaten und die hohe Geistlichkeit konstituierten sich in einer eigenen, der oberen Tafel. Der so beschaffene Preßburger Reichstag war aber weit entfernt von einer nachhaltigen Vertretung der nationalen Staatlichkeit gegenüber den Wiener Behörden. Die Städte fanden auf ihm nur eine formelle, keine faktisch wirksame

Vertretung. Die Ständetage des Fürstentums Siebenbürgen mit ihrer Vertretung der sächsischen Städte und der bäuerlichen Bevölkerung des Széklerlandes unterschieden sich darin grundsätzlich vom Preßburger Reichstage, der nach echt ständischer Art unzählige Wünsche, Proteste und Forderungen in einem wirren Durcheinander vorbrachte, um dann nach stürmischen Sitzungen unverrichteter Dinge auseinanderzugehen und die Textierung der Beschlüsse stillschweigend den Hofbehörden zu überlassen.

Die nationalen Gegensätze zwischen den Wiener Regierungsbehörden und der ständisch konstituierten Nation wurden im sechzehnten Jahrhundert, wie bereits angedeutet, in Versammlungslokalen und Amtszimmern ausgetragen, ohne eine dauernde Schlichtung zu erfahren. Wohl war man einige Male nahe daran, aus der Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung die praktischen Konsequenzen zu ziehen, doch schien die von der Regierung vorgeschlagene Form der staatlichen Selbständigkeit Ungarns allzu bedrohlich. Unter Ferdinands Nachfolgern versuchte man zwischen „rein ungarischen“ und „gemischten“ Angelegenheiten zu scheiden; zu den ersteren (*mere Hungarica*) zählte man die inneren und ständischen Sachen, die von der ungarischen Hofkanzlei und den alten ungarischen Zentralämtern erledigt werden sollten, zu den letzteren (*mixta*) die gesamte Finanz- und Heeresverwaltung, die man der obersten Leitung der Wiener Hofkammer und dem Hofkriegsrate zu überlassen gedachte. Diesem Entwurfe zufolge wäre Ungarn nur ein sehr beschränktes Mitbestimmungsrecht in den eigenen Angelegenheiten verblieben, gewiß ein weiter Abstand von der Eigenstaatlichkeit, die es vor 1526 besessen hatte.

Zu solch gesetzlicher Schmälerung der nationalen Autonomie haben die Stände ihre Zustimmung doch verweigert, sie vermochten aber die tatsächliche, außergesetzliche und

nicht selten ungesegliche Einwirkung der Hofkammer, des Hofkriegsrates und des ausschließlich aus Nichtigungen bestehenden Geheimen Rates nicht hintanzuhalten. Sie protestierten zwar andauernd, doch konnten sie sich zu schöpferischer Betätigung und zu einer konsequenten Verfolgung positiver Ziele nicht aufraffen. Sie duldeten, daß die Stelle des obersten Kriegsführers, des Palatins, jahrzehntelang unbefetzt blieb, sie haben den zu einer beratenden Stelle herabgesunkenen ungarischen Rat nicht mit der nötigen Folgerichtigkeit unterstützt und seinen Ausbau und seine Emanzipierung von dem geheimen Hofrat nicht durchzusetzen vermocht. Sie waren eben ständische Körperschaften und als solche ihrer ganzen Zusammensetzung wie ihrer Verhandlungsmethode nach zur Verteidigung einer nationalen Eigenstaatlichkeit wenig geeignet und einem so zähen und konsequenten Gegner nicht gewachsen.

Die Zustände verschlimmerten sich, als unter König Rudolf der ständige Sitz des Königs nach Prag verlegt wurde. Zwischen Nation und Herrscher schoben sich jetzt noch mehr Verwaltungsstellen ein. Die ungarischen Angelegenheiten gelangten von den früheren Zentralbehörden Ungarns in Preßburg erst an die mit der Stellvertretung Rudolfs betrauten Erzherzoge und an die in Wien „hinterlassenen“ nichtungarischen Behörden und von hier an die Prager Exposituren der Wiener Ämter, um endlich im Geheimen Rate Rudolfs von vier oder fünf Staatsmännern fremder Herkunft erledigt zu werden — ein Schulbeispiel für die Schwerfälligkeit des ganzen ständisch-kollegialen Apparates, der jetzt in Ermangelung der ordnenden Hand des Herrschers vollkommen durcheinander geriet. Die nächste Folge davon war die Lockerung der Disziplin in den von Ferdinand errichteten Ämtern. Die eigenmächtige und egoistische Gebarung der nicht kontrollierten Behörden er-

zeugte eine Rechtsunsicherheit, von der gerade die konservativ gesinnten begüterten Elemente schwer betroffen wurden. Die Abwesenheit und apathische Abgeschlossenheit Rudolfs wurden von der Preßburger Kammer, den Prager Behörden und einzelnen fremden Heerführern wie Giorgio Basta und Belgiojoso zur Ausbildung eines ganzen Systems von Konfiskationen und ungesetzlichen Besitzprozessen ausgenützt, deren Folgen Erbitterung und ein allgemeines Unsicherheitsgefühl der besitzenden Klassen gewesen sind.

Zu blutigen Waffengängen reiften aber die Gegensätze erst heran, als sie durch religiöse Beschwerden verschärft wurden. Ein Teil des Ungartums hatte im Laufe des sechzehnten Jahrhunderts die Lehren Luthers und Kalvins angenommen: die Ungarn der nördlichen Landesteile und die deutschen Städte schlossen sich Luthers Lehre an, während die Bewohner der Donau-Theiß-Ebene sich Kalvins strenge Anschauungen zu eigen machten. Die von Wien aus unter Rudolfs Regierung einsetzende großangelegte Bewegung der Gegenreform mußte hier auf heftigen Widerstand stoßen. Dabei fanden die ungarländischen Protestanten in dem religiös gleichgesinnten Fürstentum Siebenbürgen nicht nur Sympathien, sondern auch tatkräftige Unterstützung. Siebenbürgen faßte jetzt all seine Kräfte zusammen, um den nationalen und religiösen Beschwerden des westlichen Ungartums mit Waffengewalt Abhilfe zu schaffen.

Der erste, der die vereinigten siebenbürgischen und oberungarischen Streitkräfte zu diesem Zwecke mit Erfolg gegen die Wiener Regierung aufbot, war der siebenbürgische Fürst Stefan Bocskay (1604—06). Ihm folgten Gabriel Bethlen und Georg Rákóczi der Ältere. In schneidigem Angriff erreichten ihre gut organisierten Kontingente öfters die mährisch-österreichische Grenze und verbrannten die Dörfer in Wiens Umgebung. Die Wiener Staatsmänner bequemen

sich jedesmal zur Unterzeichnung eines Friedensinstrumentes (Wiener Friede 1606, Nikolsburger 1621, zweiter Wiener 1624, Linzer 1645 usw.), das Ungarns nationale und religiöse Freiheiten von neuem garantierte. Die Macht der Thaten erwies sich aber stärker als alle Zusicherungen auf dem Papier, da die Habsburger, als Führer der katholischen Partei, in Ungarn nicht nach anderen Grundsätzen als in Deutschland handeln konnten. Das ungarisch-siebenbürgische Staatensystem war im siebzehnten Jahrhundert stark genug, um die ungarische Staatlichkeit vor dem Untergange, wie er den böhmischen Ständestaat nach der Schlacht am Weißen Berge ereilte, zu schützen, es war aber außerstande, die vollkommene Eigenstaatlichkeit der früheren Zeiten wiederherzustellen. Auch war Siebenbürgen viel zu sehr von der momentanen Laune seines türkischen Schutzherrn abhängig — von Gabriel Bethlen hören wir bittere Klagen über unzeitgemäße Verbote des Sultans, weiter gegen Wien vorzudringen. Siebenbürgen mochte noch so geschickt die diplomatischen Fäden mit den protestantischen Mächten Deutschlands weiterspinnen, die eigene Kraft reichte zur Neubegründung des nationalen Einheitsstaates nicht aus. Dies hat Vocskays scharfer Blick auch erkannt, als er die vom Türken angebotene Krone Ungarns zurückwies. Bei einer Wiedervereinigung Ungarns von Siebenbürgen her wären derartige Bestrebungen auch bei den westlichen Ungarn auf schärfsten Widerstand gestoßen, die trotz ihrer Zurückdrängung aus der obersten Leitung des Reiches in alter Treue auf Seiten des Königs standen.

Die westlichen Gebiete Ungarns blieben nämlich überwiegend katholisch und schlossen sich den Siebenbürgern nicht an. Dies war eine folgenschwere Tatsache, die zu einer tiefgehenden Spaltung des nationalen Gefühlslebens, zu einem klaffenden Riß zwischen den habsburgfeindlichen prote-

stantischen Ungarn der östlichen Teile und jenen des Königreichs führte, die als treue Untertanen ihres Königs sich gegen die eigenen Brüder zur Wehr setzen mußten. Nichts ist in diesen traurigen Zeiten so tragisch gewesen als das Schicksal jener Westungarn. Sie lebten andauernd in schweren Pflichtenkollisionen, sie suchten das Ideal der nationalen Autonomie ohne Inanspruchnahme des gesetzlichen Widerstandsrechtes, im Einverständnis mit dem König und seiner Wiener Regierung, zu verwirklichen, wofür sie den Hohn und Haß ihrer Stammesbrüder auf sich luden und von ihnen nur zu häufig als Verräter an der nationalen Sache gebrandmarkt wurden. Ihre Besitzungen sind von den siebenbürgischen Heereskörpern mit Vorliebe eingeäschert worden. Sie waren aber auch den Wiener Staatsmännern nicht weniger verdächtig, die ihnen in Verkennung ihrer nationalen Beweggründe eine aufrichtige Gesinnung nicht zu trauen wollten. Von rechts und von links zurückgestoßen, waren die königstreuen Politiker Westungarns im Gegensatz zu den Siebenbürgern die eigentlichen „Großungarn“, die an Stelle des siebenbürgisch-ungarischen Staatensystems eine Wiedervereinigung aller nationalen Kräfte unter dem rechtmäßigen Herrscher, dem gekrönten Habsburger, herbeifehrten. Ihre Bestrebungen zur Rückeroberung Siebenbürgens endeten aber 1551 und zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts mit einem Mißerfolg. Solange in Ofen noch türkische Paschas residierten, war an eine dauernde Wiedervereinigung Siebenbürgens mit Ungarn nicht zu denken.

Dabei lastete auf dem Königreich der unausgesetzte Druck der osmanischen Militärmonarchie. In den Türkenkämpfen fand sich das ganze Ungartum des Westens, vom ersten Reichsbaron bis zum letzten Hörigen, der als Heiðucke beim Fußvolk diente, zusammen. Königliche Kontingente, Komitatstruppen, Burgvolk und Hofgesinde der Grund-

herrschaften standen während dieses Zeitraumes ohne Unterlaß in Waffen. Sie dienten nicht nur um Geld, kämpften nicht nur für die Sicherheit der österreichischen Länder und Mitteleuropas, sondern in erster Reihe für den Wiederaufbau der bei Mohács zerschlagenen nationalen Staatlichkeit. Dabei waren die deutschen und mitteleuropäischen Interessen, wie sie in Wien vertreten wurden, gar nicht auf Rückeroberung der von den Türken besetzten Gebiete gerichtet. Der Wiener Regierung waren die inneren Schwächen des Kaisertums nur zu wohl bekannt, und sie ließ sich daher nicht gern in entscheidende Kämpfe mit den Türken ein. Die österreichisch-böhmischen Erbländer versprachen zwar finanzielle Leistungen zur Sicherung der Grenzen, doch war ihre Beteiligung auch in jenen seltenen Fällen ungenügend, in denen die Kriegshilfe wirklich und nicht bloß auf dem Papier zustande kam. Die als Besatzung der Festungen nach Ungarn entsandten kaiserlichen Truppen bestanden aus Soldaten verschiedener Herkunft, neben reichsdeutschen Truppen hauptsächlich aus Wallonen, Italienern und Spaniern, die ihre Kriegsdienste mit der Gleichgültigkeit des Söldners verrichteten und wenig zur wirksamen Verteidigung, wohl aber desto mehr zur Verwüstung des Landes beitrugen. Um so schwerer drückte die Blut- und Geldsteuer auf das Ungartum, das für die eigene Sache kämpfte. Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Feständigkeit der Türkenkämpfe und die Erbitterung, mit der sie geführt wurden, zu verstehen. Ein Kampf auf Leben und Tod war es, um die höchsten Güter der Nation, für die ein Geschlecht nach dem anderen sein Leben hingab. Kaiser und Sultan mochten noch so oft Frieden schließen und einander den ruhigen Besitz der ungarischen Landesteile verbürgen, die Ungarn hörten nicht auf, weiterzukämpfen. In einer zu „Friedenszeit“ gelieferten Schlacht fielen allein vier Mit-

glieder der Familie Esterházy. Die Wiener Regierung hielt dies für unnütze Kraftvergeudung, doch haben erst solche Taten die neue nationale Autonomie vorbereitet. Aus der Erinnerung an die heldenhafte, bis zum letzten Blutstropfen ausdauernde Verteidigung Nikolaus Brinyis in Szigetvár, Dobó in Erlau, Losonczy in Temesvár, aus dem beständigen Beispiel der ersten Familien des Reiches, der Nádasdy, Pálffy, Batthyányi, Forgách und ebenso aus der harten Pflichterfüllung jedes letzten Heiden und Donaumatrofen erwuchsen erst jene Gefühlswerte, die in der Folge die Wiederaufrichtung des nationalen Einheitsstaates vorbereiteten.

Indessen steuerten West und Ost des Ungartums auf verschiedenen Wegen demselben Ziele zu. Die Schriftsteller und Dichter des sechzehnten Jahrhunderts streiten erbittert über die Frage, wer den Niedergang des Ungartums verschuldet habe: Katholiken und Protestanten klagen einander in der heftigsten Weise an, doch sind sich beide darin einig, daß Ungarn sich im Zustande eines beklagenswerten Verfalles befinde. Sie betrauern den Sturz des Nationalstaates und schreiben in der Art des Zeitalters ergreifende „Jeremiaden“, in denen sie die Hilfe des alten Ungargottes zur Errettung aus der „großen Traurigkeit“ erflehen. Staat und Nation lagen noch wund zu Boden, als am Beginn des siebzehnten Jahrhunderts der Erzbischof von Gran, Peter Pázmány, der geistige Führer der ungarischen Gegenreformation, mit seinen urwüchsigen ungarischen Büchern die einheitliche ungarische Literatursprache begründete. Sein Ziehsohn, der Feldherr Nikolaus Brinyi der Jüngere, besang in ungarischer Sprache die Taten seines Ahnherrn bei Szigetvárs Verteidigung: im ersten nationalen Heldengedicht waren die Lehren der Türkenkriege vollkommen erfasst und der Weg zur Wiedervereinigung Ungarns unter Anschluß an den Westen gewiesen.

Der Ständestaat im Zeitalter des Absolutismus

Der vorhergehende Abschnitt unserer Darlegungen hat gezeigt, daß die geteilten, einander bekämpfenden Kräfte Ungarns nicht ausreichten, um die Eigenstaatlichkeit des Landes zu verwirklichen, und daß der freien Entfaltung seiner Eigenstaatlichkeit unüberwindbare Hindernisse im Wege standen. So ist Siebenbürgen zum Vasallenstaat der Türken geworden, und das Königreich Ungarn mußte sich, wenn auch nicht rechtlich, doch faktisch in wichtigen Fragen seiner Existenz einer fremden Monarchie unterordnen. Alle Versuche, dieser Entwicklung auf friedlichem Wege oder mit bewaffnetem Widerstand, mit Gesetzen und Friedensurkunden Halt zu gebieten, blieben fruchtlos.

Eine tiefgehende Veränderung brachte erst die Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft zu Ende des siebenzehnten Jahrhunderts und seine Wiedervereinigung unter dem rechtmäßigen Träger der heiligen Krone mit sich. Damit war also die erste materielle Grundlage der nationalen Staatlichkeit, die ursprüngliche Gesamtfläche wiederum vorhanden, und es wäre jetzt möglich gewesen, die Eigenstaatlichkeit nach dem Muster vor 1526 wiederherzustellen.

Dies ist aber nicht geschehen. Die Wiedereroberung Ungarns fiel zeitlich mit dem Höhepunkte des absolutistischen Zeitalters in Westeuropa zusammen. In der zweiten Hälfte

des siebzehnten Jahrhunderts sind die von Richelieu und Ludwig XIV. in Frankreich verwirklichten Prinzipien auch in die Regierungsstuben der Wiener Behörden eingezogen. So fand sich das neuerstandene Ungarn absolutistischen Bestrebungen einer Centralgewalt gegenüber, die ihre Politik von außen her, mit Hilfe eines fremden Verwaltungsapparates, durchzusetzen suchte. Die von der Türkenherrschaft befreite Eigenstaatlichkeit geriet dadurch neuerdings in Gefahr und sah sich gezwungen, den Selbsterhaltungskampf mit allen Kräften aufzunehmen. Dieser nahm je nach der Natur des Angriffs verschiedene Formen an. Im leopoldinischen Zeitalter gelangten in Wien Männer an die leitenden Stellen, die als überzeugte Bewunderer Ludwigs XIV. versuchten, aus den unter Habsburgs Zephter stehenden Königreichen und Ländern ein einheitlich organisiertes, absolut regiertes Reich zu schaffen. Sie sahen im Ständetum ein veraltetes, den modernen Staatsinteressen schädliches Gebilde, gegen dessen hervorragendsten Repräsentanten, das im ungarischen Staatswesen verkörperte ungarische Ständetum, sich daher ihre Angriffe mit besonderer Heftigkeit richteten. Infolge dieser absolutistischen Eingriffe brachen in Ungarn unter Leopold I. Unruhen aus, die sich mehrmals bis zum bewaffneten Widerstand steigerten. Die erste Periode des Kampfes endete mit dem Vertrage von Szatmár im Jahre 1711. Ruhiger war die zweite Periode, in deren Verlauf, wie im sechzehnten Jahrhundert, die Gegensätze in Reichstagsverhandlungen und Komitatsversammlungen ausgetragen wurden. Die rein praktisch veranlagte Regierungsmethode der Herrscher des achtzehnten Jahrhunderts begnügte sich nach Art des patriarchalen Absolutismus mit der Zurückdrängung des Ständetums, ohne die Hauptformen desselben anzutasten. Eine Ausnahme bildet allein die kurze, aber heftige Explosionszeit des

josefinischen Absolutismus. Im folgenden wollen wir beide Perioden kurz skizzieren, um dann die gewonnenen Ergebnisse bei Schilderung der letzten Phase, der Entstehung des modernen Nationalstaates, zu verwerten.

A. Die Befreiung von der Türkenherrschaft und der Leopoldinische Absolutismus

Die Befreiung Ungarns von den Türken war ein Lebensinteresse nicht nur für Ungarn, sondern für das ganze zentral gelegene europäische Staatensystem. Solange die Erbländer des Habsburgerreiches einer ständigen Türkengefahr ausgesetzt blieben, solange einige Tagereisen von Wien entfernt türkische Festungen bestanden, war an eine innerliche Festigung der habsburgischen Ländermacht und an eine konsequente Betätigung ihrer Kräfte auf den westlichen Schauplätzen der europäischen Politik nicht zu denken. Ein türkischer Pascha in Ofen — das bedeutete für die Habsburger nichts weniger, als daß sie ihre Politik in das System der türkisch-venezianisch-polnischen Welt einfügen und auf Verwirklichung ihrer hochgehenden Absichten in Deutschland und Italien verzichten mußten. Die türkische Herrschaft in Ungarn war eines der wirksamsten Hindernisse, das der Entfaltung der Großmachtsbestrebungen des Wiener Hofes im Wege stand.

Ganz neue Verhältnisse schuf dann das große Ereignis der Befreiung Ungarns von den Türken unter Leopold I. Die langersehnte Tat ist in einem Augenblick vollbracht worden, in dem sie weder von Freundes- noch von Feindeseite vorgesehen war. Unter dem Eindruck des unfäglichen Elends, das der Dreißigjährige Krieg in allen Gauen Deutschlands und der habsburgischen Erbländer heraufbeschworen hatte, war man in Westeuropa schon seit langem

geneigt, die Kräfte des mittleren Blockes zu unterschätzen. In Wirklichkeit waren aber in den Ländern von Lüttich und Namur bis nach Raskau und Siebenbürgen ganz beträchtliche Mengen von moralischen Energien aufgespeichert, die nach Betätigung, in diesen kriegerischen Zeiten also nach waffenmäßiger Expansion drangen. Bis zum Westfälischen Frieden bekämpften sich diese Kräfte untereinander, das zentrale Europa glich jenem ungeschlachten, ziel- und vernunftlos handelnden Vater, der seine eigenen Kinder auffraß. Die seit Jahrhunderten verworrenen staatsrechtlichen Verhältnisse des ungeheuren Ländergebietes, dann die religiösen Gegensätze gaben andauernd zu neuen Streitigkeiten Anlaß, wobei die einzelnen einander befehdenen Teile der Gemeinschaft sich von fremden Triebfedern für fremde Interessen bewegen ließen. Die Protestanten handelten nach Frankreichs Gebot, brachten fremde Herrscher ins Land, die dann nicht mehr zu entfernen waren. Die habsburgische Reichspolitik wiederum ward von spanischen Gesichtspunkten geleitet. Mit seiner italienischen Politik wollte das Haus Österreich anfangs nicht so sehr eigenstaatlichen Zwecken dienen, als vielmehr einem überwiegenden spanischen Einfluß in Italien die Wege ebnen. Erst vor und nach dem Westfälischen Frieden trat eine Abspannung, eine Ruhepause ein: die religiösen Gegensätze hörten allmählich auf, als bestimmende Ursachen der Kriegspolitik mitzuspielen, es wurden Kräfte für positivere Betätigung frei, und das mittlere Gemeinwesen begann sich schärfer von den östlichen und westlichen Nachbarn zu sondern. Ludwig XIV. versuchte wohl bei der Kaiserwahl Leopolds noch einmal seinen Einfluß auf das römisch-deutsche Kaiserreich geltend zu machen, er mußte aber bald die Geschlossenheit der Grenzen Mitteleuropas gegen Westen erkennen und einsehen, daß ihm nur die blanke Waffe Eingang in das anscheinend dem

Zusammensturz nahe Gebäude des Kaiserreiches verschaffen werde.

Die tatsächliche Erstarkung des mittleren Blocks forderte gebieterisch auch eine endgültige Lösung des ungarisch-türkischen Problems. Gegen die straff organisierte Monarchie Ludwigs XIV. vermochte das Kaiserreich mit den Türken im Rücken nur schwer aufzukommen. Die Zeitgenossen besaßen klaren Einblick in das Zusammenspiel der europäischen Randstaaten gegen die in der Mitte gelegenen, trauten sich aber nicht, das Osmanenreich zum Entscheidungskampf zu veranlassen. Als aber der türkische Großwesir bei der Belagerung Wiens 1683 eine entscheidende Niederlage erlitt, ward der Kräfteverfall der islamitischen Monarchie mit einem Male offenkundig, und die Staaten des mittleren Blocks schickten sich an, die so lange sich selbst überlassenen Ungarn den Händen der Osmanen zu entreißen. Die historische Bedeutung des Unternehmens hat wohl Ludwigs Minister Louvois am klarsten erkannt, als er auf die Nachricht von Ofens Belagerung durch die Kaiserlichen in die Worte ausbrach: „Nous sommes perdus!“ Das französisch-türkische System befand sich in höchster Gefahr, als Mitteleuropa es endlich versuchte, Ungarn in die alte Kulturgemeinschaft zurückzuführen.

An dem Unternehmen beteiligten sich unter tatkräftiger Mitwirkung des Papstes alle Stämme des Deutschen Reiches. In erster Reihe standen neben Ungarn die an einem Erfolg am stärksten interessierten böhmisch-österreichischen Erbländer, ihre Kriegsmacht kämpfte vereint mit den ungarischen und deutschen Truppen. An der Belagerung und Erstürmung Ofens beteiligte sich außer den Esterházy's, Pálffy's, Esákys, Batthyányis, deren Familien in den Türkenkriegen schon so viel geblutet hatten, auch die Jugend der besten Adelsgeschlechter aller deutschen Gaue. Unter der Leitung des

Herzogs von Lothringen und des Kurfürsten von Bayern, des Markgrafen von Baden kämpften hier die Herren von Dohna, Fürstenberg, Raunitz, Bismarck, Herberstein, Falkenhayn, Lamberg, Trauttmannsdorff, Königsegg, Latour, Haugwitz, Thun, Starhemberg, Ottingen, von denen eine große Anzahl fiel oder verwundet wurde. Auf den Zinnen der ehemaligen Königsburg in Ofen pflanzten Brandenburger zusammen mit ungarischen Heiducken die Christenfahne auf. Ofens Eroberung bildete die Einleitung zu den großen Heereszügen, die von Karl von Lothringen, Ludwig von Baden, zuletzt aber vom Feldherrngenius des Prinzen von Savoyen geführt, bald ganz Ungarn, vorübergehend auch das nördliche Bosnien und Serbien den Türken entriß. Siebenbürgen, dessen Entstehung und Bestand von der Dauer der Türkenherrschaft in Mittelungarn bedingt war, verlor seine Selbstständigkeit und kehrte unter die Herrschaft des Königs von Ungarn zurück. Nach einem fast zwanzigjährigen Befreiungskriege wurde die Rückeroberung Ungarns im Frieden von Karlowitz 1699 besiegelt, in welchem der Türke Ungarn samt seinen Nebenländern Kroatien und Slawonien, mit Ausnahme des Temescher Banates, dem Habsburger zurückgab. Somit war Kaiser Leopold seit 1526 der erste Herrscher, der ganz Ungarn unter seiner königlichen Gewalt vereinigte. Die Voraussetzungen des früheren nationalen Königreiches waren wiederum erfüllt, nur bestand ein gewaltiger Unterschied zwischen den Verhältnissen der leopoldinischen und der ferdinandeischen Zeit.

Als Ferdinand I. den Thron Ungarns bestieg, besaß er als Erzherzog von Österreich eine verhältnismäßig geringe Hausmacht, die im ganzen nur einen Bruchteil des Königreichs Ungarn darstellte. Der Besitz Ungarns bedeutete für ihn einen beträchtlichen Machtzuwachs, dieser Sachlage entsprechend kam er ins Land und begann nach Art der

früheren Könige daselbst zu regieren. Auf dem Throne eines ungetheilten, von der Türkenherrschaft befreiten Ungarn hätte Ferdinand zum Gründer einer neuen national-ungarischen Dynastie werden können, wie das bei Karl I. aus dem Neapolitaner Hause der Fall gewesen war. Auch die Habsburger sind im Mittelalter bereits in der zweiten Generation auf dem Throne ungarisch geworden: Ladislaus V., der Sohn König Albrechts von Habsburg, gehörte nicht mehr dem österreichischen Deutschtum, sondern seiner neuen ungarischen Heimat an. Ferdinand selbst genoß eine spanische Erziehung, kam mehr oder weniger als Fremder nach seinen österreichischen Ländern, wo er sein Regiment mit harten Gewaltmaßregeln befestigen mußte: ihn banden anfänglich nicht allzuviel Interessen und Gefühle an das deutsche Österreich; im Besitze des mächtigen ungarischen Staates hätte er nicht viel Grund gehabt, sich der ungarischen Lebensweise fernzuhalten. Anders bei Kaiser Leopold, zu dessen Zeiten das Österreichertum der Habsburger bereits zu einem festen Gebilde, zu einer Tradition geworden war, die ihn infolge seiner Erziehung und gefühlsmäßiger Erwägungen ganz anders beeinflusste, als seine Vorfahren vor einem Jahrhundert. Auch die außerungarische Machtstellung der Habsburger war jetzt viel ausgedehnter und gesicherter als jene des Erzherzogs von Österreich im Jahre 1526. Er besaß in seinen Erbländern ein zusammenhängendes Machtgebiet, das seit der Niederwerfung des böhmischen Ständestaates ein verhältnismäßig festes Gefüge aufwies und als Grundlage einer Großmachtstellung dienen konnte. Die Richtung der habsburgischen Politik war zu dieser Zeit zum Teil durch die römisch-deutsche Kaiserwürde, zum Teil durch die spanische Blutsverwandtschaft bestimmt. Frankreich war noch immer der gefährlichste Gegner sowohl des Reiches wie der spanischen Ansprüche auf Italien. Leopold

selbst besaß damals wertvolle Teile Italiens und rüstete sich, die Erbschaft nach dem im Aussterben begriffenen spanischen Zweige der Habsburger anzutreten. Alle Umstände wiesen mithin die Wiener Regierung auf den deutsch-französischen Westen und italienischen Süden als ihr eigentliches politisches Betätigungsfeld hin. Im Verhältnis zu diesem westlichen Besitz- und Interessenkomplexe erschien den Machthabern die ungarische Frage als eine untergeordnete. Für Leopold wäre es gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die westliche Großmachtstellung seiner Monarchie gewesen, wenn er, den alten ungarischen Königen folgend, seinen Sitz in Ofen aufgeschlagen hätte. Wohl versuchte er während der Befreiungskriege gelegentlich jene ungarische Politik des Mittelalters neu zu beleben, als deren Grundsatz die militärische und kulturelle Betätigung auf dem Balkan gegolten hatte. Er trat in Serbien und Albanien als König von Ungarn auf und beanspruchte in seinen Proklamationen an die Bevölkerung jener Länder den Besitz derselben auf Grund der unverjährbaren Rechte der heiligen Krone. Von einer Wiederaufnahme der Politik der Arpaden und Anjous hielten ihn indessen seine politischen Pläne in Spanien und Italien ab, für die das wiedereroberte Ungarn nicht einen Wert an und für sich, sondern bloß ein Element darstellte, dessen Wert einzig und allein von den Mitteln abhängig erschien, die es zur kräftigen Fortsetzung der Politik im Westen, zur Erstarkung Habsburgs als deutsch-italienisch-spanischer Großmacht beisteuern könne. Die rein ungarischen Gesichtspunkte mußten vor den Großmachtsbestrebungen zurücktreten, und die Entfaltung der nationalen Eigenstaatlichkeit ward unter solchem Drucke wiederum hinausgeschoben.

Das alles waren objektive, in der tatsächlichen europäischen Lage begründete Voraussetzungen jener stiefmütterlichen Behandlung, die der nationalen Eigenstaatlichkeit

Ungarns nach dessen Befreiung von der Türkenherrschaft widerfuhr. Die nächstliegende Ursache des Zerwürfnisses zwischen Ungarn und der Wiener Regierung war aber die zufällige Tatsache, daß die Wiedereroberung und Befreiung Ungarns mit dem Aufkommen des absolutistischen Regierungssystems in Wien zusammenfiel. Hier muß nachdrücklich hervorgehoben werden, daß das neue System ein ausländisches, kein bodenständiges ungarisches Produkt war. Wenn es von einem wahrhaft nationalen Königtum vom Schlage eines Matthias Corvinus vertreten worden wäre, hätte die ungarische Entwicklung vielleicht einen der preussischen und französischen ähnlichen Weg eingeschlagen, wo das Ständewesen von nationalen Königen beiseite geschoben und dadurch ein rascher Fortschritt auf dem Gebiete der materiellen und geistigen Kultur ermöglicht wurde. Einer ungarischen Regierung, wie es jene der Arpaden gewesen, wäre dies wahrscheinlich auch gelungen. In Wirklichkeit kamen die absolutistischen Fortschrittstendenzen von einer fremden Regierung her, sie waren zu Leopolds Zeiten einfach Wiener Importware und blieben es bis zum Ausgang des absolutistischen Zeitalters. Die vom Ständewesen getragene nationale Staatlichkeit geriet in Gegensatz zu dem Absolutismus, und die Auseinandersetzung der gegnerischen Kräfte bildet fortan durch anderthalb Jahrhunderte den politischen Inhalt der ungarischen Geschichte. Daß der Absolutismus im Gange der Entwicklung nicht selten zeitgemäß und das Ständewesen manchmal rückständig und im ganzen veraltet war, ist dabei nebensächlich gewesen; entscheidend war und blieb in diesem Kampfe das nationale Prinzip, welches mit den absolutistischen Tendenzen nach Geltendmachung der Eigenstaatlichkeit rang.

Die ersten Vorkämpfer des neuen Prinzips, der in der Person des Herrschers verkörperten Staatsallmacht, waren

die fähigsten Politiker an Leopolds Hofe, welche die Wiener Zentralregierung seit langem aufzuweisen hatte. Unter ihnen ragten durch Tatkraft und unbeirrbares politisches Sinn der österreichische Hofkanzler Hoher, dann sein Gehilfe, der spätere Hofkammerpräsident Abele, hervor, während die zusammenfassende Leitung der ganzen absolutistischen Bewegung dem Minister Lobkowitz und dem Feldherrn Montecuccoli oblag. Sie alle standen an politischen Fähigkeiten den durch Erfolg ausgezeichneten Ministern Ludwigs XIV. nicht nach, ihre Stellung am Hofe und im Verwaltungsapparate war aber von jener der Pariser Absolutisten grundverschieden. Leopold I. war kein überzeugter Anhänger der modernen Ideen, wie sie ein Ludwig XIV. verkörperte. Die Machtstellung seines Hauses beruhte auf einer lebendigen Vielfältigkeit der Ständestaaten, von dieser Grundlage ist Leopold Zeit seines Lebens theoretisch nicht abgegangen. Er ließ demnach seine Minister so lange nach ihren modernen Prinzipien frei schalten, als die Dinge nicht allzu schief gingen, dann griff er selbst ein und kam auf die früheren ständischen Einrichtungen zurück. Daß sich dieses Hin und Her zwischen Absolutismus und Ständetum in der entscheidenden leopoldinischen Periode mehrmals wiederholte, läßt erkennen, daß die absolutistische Bewegung in der habsburgischen Monarchie von vornherein mit Hindernissen zu kämpfen hatte. Nicht nur am Hofe, auch in den traditionellen ständischen Regierungskreisen war der Absolutismus ein fremdes Gewächs, das rasch zu welken begann, sobald es sich aus den Bureaus Hohers in das mannigfaltig bewegte Leben der einzelnen Staaten hinauswagte. Am nächstliegenden wäre es wohl gewesen, das neue Staatsideal wenigstens im Kreise des in Wien konzentrierten kleinen Ständestaates, im Erzherzogtum Österreich unter der Enns, zu verwirklichen. Die Männer der neuen

Richtung vermochten jedoch ihre Ziele nicht einmal hier zu erreichen. Die Stände Niederösterreichs befanden sich zu Ende der Regierungszeit Leopolds noch immer im vollen Besitze der wichtigsten ständischen Verfassungsgarantien, so des Steuerbewilligungs- und des Beschwerderechtes. Sie suchten sogar die militärischen Hoheitsrechte des Herrschers zu beschränken, indem sie die ausschließliche Besetzung der militärischen Stellen mit Einheimischen forderten. Bei solcher Zähigkeit der kleinen Erbländer war nicht einmal an den ersten Schritt zur Zentralisierung, an die Uniformierung der ständischen Rechte in den verschiedenen Ländern, zu denken. Der führende Träger der absolutistischen Ideen, die Wiener Hofkammer, drang mit dem Vorschlage, die verschiedenen Erbländer zu einer gemeinsamen Beratung zu bewegen, nicht durch, die kleinen Ständestaaten konnten den Vorschlag ungestraft ablehnen.

Haben die Wiener Absolutisten den festen Zusammenhang der kleinen erbländischen Ständestaaten verkannt, so irrten sie noch gewaltiger, als sie ihre Angriffe gegen den Ständestaat Ungarn richteten. Zur Unterschätzung des Ständetums gesellte sich hier die Verkennung des nationalen Prinzips. Darin sind die Hohers und Abeles weniger zu entschuldigen als die Staatsmänner Ferdinands I. Was noch um 1530 mit freiem Auge schwer zu erkennen war, die politisch wirksamen Kräfte des nationalen Gedankens, das war im Zeitalter Leopolds kein Geheimnis mehr. Die nationalen Lehren der inzwischen erfolgten Konstituierung der niederländischen Generalstaaten waren bereits jedermann zugänglich, auch in den englischen Vorgängen des Jahrhunderts gab es Momente, die vor einer Unterschätzung und Mißachtung der nationalen Staatlichkeit warnen mußten. Die Träger des Wiener Absolutismus drangen aber mit ungeduldiger Energie auf Verwirklichung ihrer politischen

Ideale und ließen sich von solchen Bedenken nicht abhalten.

Beim Zusammenprallen der absolutistischen und nationalen Tendenzen zeigten die Führer beider Parteien seltene Klarheit des Blickes, vereint mit logischer Folgerichtigkeit des Handelns. Das Verlangen nach Abschaffung der ungarischen ständischen Verfassung war bereits von Montecuccoli erhoben worden, der die Gesetze Ungarns nur so weit bestätigte wissen wollte, als sich ihre Brauchbarkeit für den Aufbau der absoluten Monarchie ergeben würde. Die Palatinswürde sei nicht mehr zu besetzen, in die Festungen gehörten statt ungarischer Truppen deutsche. Die letztgenannte Forderung läßt erkennen, wie sehr man sich bereits des Zusammenhanges zwischen Nationalität und Staatlichkeit des Ungartums bewußt war. Der Fehler der Absolutisten lag eben darin, daß sie den einmal erfaßten Zusammenhang, anstatt ihn anzuerkennen und mit den mitteleuropäischen Interessen in Einklang zu bringen, einfach zerstören wollten. Verschiedene Regierungsschriften, eine aus Hohers Umgebung, die andere vom Kardinal Koltonitsch, nennen bereits unumwunden als Mittel zum Zurückdrängen des ungarischen Ständetums die Vernichtung seines nationalen Charakters. Der eine entdeckt sogar die analoge Natur der ungarischen Zustände mit den holländischen zur Zeit Philipps II., nur erfahren die Lehren der niederländischen Geschichte von seiten des Wiener Absolutisten eine ganz eigenartige Anwendung. Danach stützte sich die spanische Machtstellung in Belgien auf Gewalt; in dem Augenblick, als die Härte dort aufhörte, war es mit Spaniens Herrschaft vorbei. Mithin sei auch gegenüber dem Ständetum Ungarns Härte anzuwenden, mit Härte müsse man den Kampf beginnen. Da aber das größte Hindernis gegen die Einführung des absolutistischen Systems in Ungarn in der Nationalität des Ungartums

liege, so erachtet der Staatsmann die künstliche Veränderung der Nationalität durch Germanisierung für notwendig und hofft, in einiger Zeit die Ungarn anstatt Ungarisch Deutsch reden zu hören.

Unsere Darstellung hat die Interessengemeinschaft Ungarns mit der deutschen Mitte als das eine Lebensprinzip seiner Entwicklung hervorgehoben. Diese Harmonie der Kräfte und Ziele wurde jetzt von den Absolutisten im Dienste eines abstrakten staatsrechtlichen Lehrsatzes und zugunsten der Forderung einer zukünftigen Großmachtsstellung gestört. Das Bestreben einer gewaltsamen Germanisierung bedeutete einen Bruch zwischen Mitteleuropa und seiner neuen Gefährtin, der ungarischen Nation: dies war die erste Frucht des auf die ungarischen Verhältnisse übertragenen Absolutismus. Dazu gesellten sich andere schwerwiegende Tatsachen. Schon früher hatte man in Wien versucht, die Türkengefahr zur Niederhaltung des Ungarturns auszunützen, indem man die Kräfte des siebenbürgischen Fürstentums, die wirksamste Stütze der ungarischen Staatlichkeit, durch die Türken zu paralisieren trachtete. Dem Fürsten sollte von seinem Schutzherrn, dem Sultan, verboten werden, sich in die ungarischen Geschäfte weiter einzumischen, dafür aber sollten die türkischen Wünsche hinsichtlich Ungarns nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Diese Theorie fing bald an, in der Kriegspolitik ihre Wirkungen zu zeitigen. Vorzeitig lahmgelayte Offensivstöße, in der Kriegslage nicht begründete Nachgiebigkeit bei Friedensschlüssen ließen den enttäuschten Ungarn die Vermutung aufkommen, ihre Befreiung von der Türkenherrschaft gehöre derzeit nicht zu den naheliegenden Zielen der Wiener Politik.

Dann kamen die von der unwiderstehlichen Energie Mitteleuropas getragenen Befreiungskriege, deren Bedeutung für die Großmachtsstellung der Monarchie von den

Abolutisten rasch erfasst wurde. Ein mit vorwiegend kaiserlichen Truppen zurückerobertes Ungarn bot ihnen eher Aussicht auf erfolgreiche Germanisierung und auf Verschmelzung mit der absolutistischen Monarchie als das frühere, vom siebenbürgisch-türkischen Staatensystem gestützte Königreich. In Verfolgung ihres Zieles haben sie es zu verhindern gewußt, daß die Komitatsverfassung in den zurückeroberten Gegenden wiederhergestellt und die rechtlichen Grundlagen des ungarischen Staatslebens, wie sie vor 1526 bestanden, reorganisiert wurden. Die zurückeroberten Teile wurden jetzt als „neoacquisita“ der Wiener Hofkammer unterstellt, die die Besiedlung und wirtschaftliche Aufbarmachung der verödeten Landstriche in Angriff nahm. Als Hauptzweck galt es dabei, der absolutistischen Großmachtsstellung eine materielle Grundlage zu schaffen, was den schweren Verlust des Ungartums an seinem nationalen Besitzstande mit sich brachte. Wir erinnern uns daran, daß die Bevölkerung in den südlichen Teilen der Donau-Theiß-Ebene bereits unter der Türkenherrschaft beträchtlich abgenommen hatte und das ungarische Volkselement aus diesen Gebieten fast vollständig verschwunden war. Der zwanzigjährige Sturm der Befreiungskriege hat dann die ganze Ebene von Kaschau, Erlau und Neuhäusel an bis zur Save und Donau menschenmordend und güterzerstörend durchgefegt; wie vor der Besiznahme des Landes entstanden hier menschenleere Steppen und unwirtliche Sümpfe, die neuerdings der Kultur erschlossen werden mußten. Bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Gegenden hat die Wiener Regierung aus den erwähnten Gründen auf die Mitwirkung des ungarischen Volkselementes verzichtet; im Verlaufe der großangelegten Kolonisationsarbeit sind die verödeten Landstriche planmäßig mit nicht-ungarischen Kolonisten besiedelt worden. An Stelle des ausgestorbenen Ungartums kam jetzt vom Plattensee bis nach

Ofen und Erlau, in die nördlichen Teile des Temescher Banates und in die Bácska die fleißige deutsche Bevölkerung der „Schwaben“, deren Zuzug mit Unterbrechungen bis in die zweite Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts fort-dauerte. In die Marosgegend brachte man Slowaken aus den Karpathen. All diese Ansiedlungen fanden in einfachen Dorfgemeinden statt, ohne höhere politische oder kirchliche Organisation, infolgedessen gerieten sie mit der Zeit in den Strom der ungarischen Entwicklung und bereiteten ihr keine weiteren Schwierigkeiten. Die „Schwaben“ in den ur-eigensten ungarischen Gegenden, wie bei Stuhlweißenburg und in der Nähe von Budapest, dann jene des Banates haben ihre nationale Eigenart und Sprache bis heute be-wahrt, sie sind jederzeit redliche Helfer am Ausbau der nationalungarischen Staatlichkeit gewesen.

Die Absolutisten erreichten also mit der deutschen An-siedlung keineswegs ihr Ziel, der nationalstaatlichen Ent-wicklung einen künstlichen Damm entgegenzustellen. Er-folgreicher war ihr Versuch mit den Serben. Als während der Befreiungskriege die kaiserlichen Truppen Serbien nach vorübergehender Besetzung wieder räumen mußten, kamen mit ihnen aus Furcht vor den Türken mehrere tausend ser-bische Familien unter Führung des Patriarchen von Ipek nach Ungarn. Als Wohnsitz wurde ihnen hauptsächlich Syrmien zugewiesen, ihr Patriarch schlug seine Residenz in Karlowitz auf. Sie erhielten von Leopold Privilegien, auf Grund deren sie mittels ihrer kirchlichen Organisation unter eigenen Bischöfen und Patriarchen eine geschlossene Masse, beinahe einen Staat im Staate bildeten. Im Be-sitze von besonderen Handelsbegünstigungen, verbreiteten sie sich auch in den Städten, bald entstanden serbische Vor-städte in Ofen, Komorn, Stuhlweißenburg, in denen die orthodoxen Kirchen zum Mittelpunkt eines fremden Kultur-

kreises wurden. Eine wichtige Aufgabe ist den Serben bei der Neuordnung der militärischen Verhältnisse zugefallen, als es galt, an der neuen türkischen Grenze ein neues Befestigungssystem zu errichten. Die ungarischen Mannschaften der früheren, jetzt infolge der Grenzverschiebung gegenstandslos gewordenen Befestigungslinie wurden nicht dazu herangezogen, sie erhielten in Massen ihren Abschied und zogen sich beschäftigungs- und brotlos in die Steppen und Wälder zurück, um die Zahl der Unzufriedenen zu vermehren. Der neue Grenzgürtel von der Anna bis nach Siebenbürgen erhielt anstatt ungarischer serbische und teilweise walachische Besatzungen, diese wurden in militärisch organisierten Verbänden angesiedelt, von der Komitatsverwaltung eximiert und direkt dem Wiener Hofkriegsrat unterstellt.

Fassen wir alle Prinzipien der Absolutisten zusammen, so sind die Grundlinien einer beabsichtigten Fremdherrschaft auf dem alten ungarischen Boden unschwer zu erkennen. Gewiß war vieles im ständischen Organismus Ungarns veraltet und entsprach den Anforderungen der Neuzeit nicht mehr; wir haben ja gesehen, wie das Ständetum bereits im fünfzehnten Jahrhundert in sich abgeschlossen dastand, es bot also jetzt, nach zwei Jahrhunderten, reichlich Anlaß zu praktischen Reformvorschlägen. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß der Plan der Absolutisten im Falle seines Gelingens eine wohlfundierte Basis der Großmachtstellung der habsburgischen Monarchie abgegeben hätte. Er mußte aber fehlschlagen, denn er besaß keine Verbindung mit der Realität des historisch Gewordenen, er bestand lediglich aus theoretischen Erwägungen ohne Bodenständigkeit und ohne Lebenskraft. Positive Arbeit haben die Absolutisten nur am Aufbau der westlichen Großmachtstellung geleistet, doch vermochte die habsburgische Monarchie auch hier erst dann wirklich zu erstarken, als sie auf die Erbschaft der Absolutisten,

die niederländisch-spanisch-italienischen Aspirationen, verzichtete. Bleibendes haben sie dagegen in negativer Hinsicht geschaffen. Hier ist von ihnen zunächst der Abfall eines großen Teiles des Ungartums von der Sache des mittleren Gemeinwesens bewirkt worden. Infolge der gegen die Eigenstaatlichkeit Ungarns gerichteten Wiener Bestrebungen wandten sich die Unzufriedenen an Frankreich, welchem damit an Stelle der geschwächten Türkei ein neuer Bundesgenosse im Osten erstand. Eine noch verhängnisvollere Folge der offen betriebenen Germanisierungstendenzen war die Entfremdung, die im ungarischen Volke gegen die von Wien her vertretene deutsche Sache Platz griff. Die Absolutisten sind die unbewußten und ungewollten Geburtshelfer des fälschlich so genannten „Deutschenhasses“ in Ungarn gewesen, der aber weder mit Haß noch mit dem Deutschtum viel zu tun hat, sondern lediglich ein politisches Abwehrgefühl gegen die Wiener absolutistisch-germanisierenden Beherrschungsbestrebungen darstellt. Daß diese Abneigung von Leopolds Zeit an bis in die jüngste Vergangenheit als politischer Faktor eine Rolle spielen durfte, ist vielleicht das wichtigste und ganz sicher das traurigste Resultat der absolutistischen Politik in Ungarn gewesen.

Die Spuren dieses jetzt mit elementarer Kraft ausbrechenden Gefühles lassen sich bis zum Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts zurückverfolgen. Kaiser Siegmund war der erste ungarische Herrscher, der seine verschiedenen staatsrechtlichen Würden in ihrer Ausübung nicht klar voneinander getrennt hat. Er regierte im Deutschen Reich mit seinen Ungarn und Böhmen, in Ungarn mit seinen böhmischen und deutschen Staatsmännern. Wie im Reiche, so konnte auch in Ungarn der fremde Einfluß nur Unzufriedenheit erregen. Sein Nachfolger, Albrecht, der gleichfalls die deutsche Kaiserwürde innehatte, mußte bereits versprechen,

Ungarn nur mit Einheimischen zu regieren. Seither erzeugte jede Einmischung der unmittelbaren westlichen Nachbarn, der „Deutschen“, eine Gefühlsreaktion, die in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts durch die Bestrebungen Kaiser Friedrichs III. und Maximilians, die Krone Ungarns für das Haus Österreich zu erlangen, beträchtlich gesteigert wurde. Am meisten haben die Abneigung Maximilians Gesandte zu spüren bekommen, als sie für ihren Herrn die Krone auf den stürmisch bewegten ungarischen Reichstagen beanspruchten. Dabei richtete sich die Antipathie vorwiegend gegen jene Politiker, von denen man wußte, daß sie nach politischem Einfluß auf die ungarischen Geschäfte strebten. Also eine Reaktion der auf ihre Eigenstaatlichkeit stolzen, aber auch auf sie angewiesenen Nation, ein Zeichen gesunden politischen Sinnes, kein nationaler oder Rassenhaß. Dies macht es verständlich, daß unter ihrer Abneigung ebensowenig unpolitische Kaufleute aus dem Deutschen Reiche wie die ungarländischen Deutschen zu leiden hatten.

Ein neues Moment tauchte im sechzehnten Jahrhundert auf. In den Grenzfestungen, aber auch in den Winterquartieren auf dem flachen Lande lagen zur Türkenzeit beständig kaiserliche Truppen, die zwar nur zum Teil aus Deutschen, größtenteils aus Wallonen, Italienern und Spaniern bestanden, jedoch als Truppen des Deutschen Reiches allgemein als Deutsche bezeichnet wurden. Als Söldnerheere besaßen sie keine besondere Nationalität und benahmen sich in Ungarn gerade so unmenschlich wie in Deutschland während des Dreißigjährigen Krieges. Infolge der andauernden Geldverlegenheiten der Regierung erhielten sie wenig oder gar keinen Sold und konnten von ihren, den Ungarn nicht selten freundlich gesinnten Führern beim besten Willen nicht im Zaum gehalten werden. Sie bildeten eine wahre Landplage und einen Greuel für die Bevölkerung,

die, statt dreißig Jahre, länger als ein Jahrhundert darunter leiden mußte. Als sie im Befreiungskriege ganz Ungarn mit ihrem Unwesen heimsuchten, steigerte sich die Abneigung gegen den fälschlich gebrauchten deutschen Namen noch mehr, sie loderte aber erst unter dem Druck der absolutistischen Politiker in hellen Flammen auf. Zur politischen und materiellen Gefahr gesellte sich alles überragend die nationale: die Germanisierungsbestrebungen erweckten im Volke das Gefühl der Zusammengehörigkeit; Volkslieder und Kunstdichtungen sind seit dieser Zeit erfüllt von Invektiven gegen die Deutschen und ihre politische Beherrschung Ungarns.

Es kann kein Zufall sein, daß in den schweren Stunden der Gefahr die Führer der nationalen Bewegung eine höhere staatsmännische Befähigung und mehr politischen Wirklichkeitsinn bezeugten als die Vertreter des fremden Absolutismus. Nicht Hoher und Abele, sondern die Ungarn, deren Händen man soeben die politische Leitung ihres Landes entreißen wollte, haben Ungarns Staatsnotwendigkeiten und seine historische Interessengemeinschaft mit dem deutschen Mitteleuropa erfaßt. Sie waren die positiv schaffenden Realpolitiker, die, nachdem sie die Gebrechen des Bestehenden erkannt, auf Verbesserung und auf Reformen drangen. Es ist eine charakteristische Erscheinung der ungarischen Entwicklung, daß in kritischen Zeiten den Führern der Nation eine gesunde, positive Selbstkritik eignet, die es ermöglicht, daß die veralteten Institutionen nicht von fremden, sondern von nationalen Kräften abgetragen werden, so daß das neue Gebäude auf heimischem Boden erstehen kann. In dieser Hinsicht sind die Aufforderungen zur Selbstprüfung und zu nationalen Reformen jener Tage die Vorläufer des Széchenyischen Reformgedankens, und sie sprechen laut dafür, daß der ungarische

116

Staat in der Neuzeit ebenso wie unter den Arpaden ein ureigenes Produkt der ungarischen Nation war.

Der eine Führer, dessen Äußerungen als Gegenstück zu jenen der Absolutisten gelten können, Franz Nádasdy (1625—1671), der Reichsrichter unter Leopold I., hat die Bestrebungen der Absolutisten in einer „Oration“ an sein Volk leidenschaftlich, geradezu aufreizend aufgedeckt; er warf ihnen vor, daß sie keine Wehr gegen die Türken bieten wollten, sondern dieselben auf Kosten der Ungarn begünstigten. Dabei vergaß er auch die Fehler der eigenen Nation nicht. Er vermisse in den ungarischen Ständen die höheren Gesichtspunkte und die wahre, tätige Vaterlandsliebe, sie alle, Große, Städte und Adlige, seien träge, faul und egoistisch, der Adel mit unwürdigen Elementen durchsetzt, unter ihnen viele Advokaten und Krämer, die ihre militärischen Pflichten vernachlässigten. Im Gegensatz zu den negativen Vernichtungstendenzen der Absolutisten rechnet also der nationale Staatsmann mit den bestehenden Kräften, die durch Selbsterkenntnis, Stärkung und Gesundung in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden sollen.

Noch klarer spiegeln sich die Forderungen der Zeit im Geiste des Dichters Nikolaus Brinyi des Jüngeren (1620 bis 1664). Er stand bereits an der Schwelle des gelobten Landes, eines von der Türkenherrschaft befreiten Ungarn, vor seinen Augen tauchte herrlich und stolz das Ideal des starken, geeinten Nationalstaates, jenes des Matthias Corvinus, auf. Als Urgrund aller tragischen Begebenheiten der letzten Jahrhunderte bezeichnete er den Mangel an einem nationalen Herrscher, an einem König, der im Lande wohne und sich mit der Nation eins fühle. „Unter Matthias war der Ungar am glücklichsten, denn er besaß einen nationalen König.“ Königstreu aber, wie Brinyi war, wendete er sich keineswegs von Habsburg ab, sondern ver-

suchte mit realem Sinn die tatsächlichen Grundlagen eines geeinten nationalen Königreiches wiederherzustellen. Nie hat jemand so überzeugend für die Errettung Ungarns aus der Türkennot und für seinen Wiederanschluß an die westliche Gemeinschaft gesprochen wie Brinyi, der Dichter, Schriftsteller und Heerführer. Den Worten entsprachen seine Thaten. In offenem Gegensatz zu Montecuccoli hat er einen kräftigen Angriffskrieg gegen die Osmanen nach Art Johann Hunyadi mit Aufbietung aller Kräfte gefordert, bis das große Werk der Befreiung vollbracht sei. Während Montecuccoli, der damaligen Kriegswissenschaft getreu, unter Kriegführung Schonung des Materials, daher Ausweichen, Hin- und Hermarschieren verstand, griff Brinyi auf die alte ungarische Methode des wuchtigen Dreinschlagens zurück. Es gelang ihm, tief ins Türkische einzudringen und die Hauptverkehrsader der Türken für ihre ungarischen Feldzüge, die Draubridge bei Esseg, zu zerstören. Mit seinem Vorschlage, die kaiserlichen Söldnerheere aus Ungarn zurückzuziehen und ein ständiges nationales Heer gegen die Türken zu schaffen, vermochte er bei Leopold gegen Montecuccoli nicht durchzudringen.

Kaiser Leopold, der die Entscheidung in all diesen Fragen zu treffen hatte, bevorzugte keine der beiden Parteien mit seiner ständigen Gunst. Wie er das Oberkommando in einem Jahre Montecuccoli, im anderen Brinyi übertrug, so ließ er auch zeitweilig den Absolutisten freie Hand, um dann, unter dem Drucke neuer Unruhen, wiederum die Stände zum Reichstag zusammenzuberufen. Auf dem von 1687 zeigten sich die Stände Ungarns für die Zurückeroberung Ofens dankbar: sie verstärkten das Band, das die Nation mit dem Hause Habsburg vereinigte, indem sie einerseits auf das freie Wahlrecht verzichteten und damit das Erbrecht der männlichen Deszendenz des

Hauses Habsburg auf den Thron von Ungarn anerkannten, andererseits auch das Recht des bewaffneten Widerstandes preisgaben. Dies alles hat die Absolutisten weder ent-
waffnet noch zu einer Revision ihrer Politik veranlaßt. Man setzte im Gegenteil allmählich den ganzen admini-
strativen und vor allem finanztechnischen Apparat der absolu-
tistischen Monarchie in Betrieb. Zu den Einquartierungen
fremder Söldner gesellten sich neue Steuern und besonders
drückend empfundene indirekte Abgaben, die von der Wiener
Hofkammer mit Umgehung des ständischen Steuerbewilli-
gungsrechtes eingehoben wurden. Gelegentlich versuchte
man von den nach Wien berufenen Prälaten und Magnaten
eine Revision der Verfassung zu erwirken, die aber in ihrer
Antwort auf den verfassungsmäßigen Rechten des Reichs-
tages bestanden. Inzwischen bekam man auch die Härten
des neuen Regimes zu spüren. Die herrenlosen Güter der
zurückeroberten Gegenden wurden den Nachkommen der
früheren Besitzer, die ihre Rechte urkundlich beweisen konnten,
nicht zurückgegeben, sondern an Ausländer verschenkt und
verkauft. Hohe Militärs und Lieferanten der Hofkammer
erhielten ganze Komitate fruchtbarsten ungarischen Bodens.
Infolge der starren Anwendung eines Religionsgesetzes suchte
man die Ansiedlung von Protestanten, also der urwüchsigsten
Ungarn, in den zurückeroberten Gebieten zu verhindern.
Auch die Jurisdiktion der ungarischen Behörden ward plan-
mäßig untergraben: man bildete besondere Gerichtshöfe
unter kaiserlichen Feldherren, ein solches, das „Blutgericht“
Caraffas zu Eperjes, erlangte traurige Berühmtheit, indem
es über zahlreiche Zipser Bürger und ungarische Edelleute
Todesstrafen und Vermögensverluste in schrankenloser Will-
für verhängte. Zahlreiche protestantische Geistliche sind von
solchen Gerichtshöfen zu Galeerenstrafen in den italienischen
Gewässern verurteilt worden.

Gegen die mannigfaltigen und zielbewußten Angriffe der Absolutisten vermochte sich die Nation nur mit Mühe zu verteidigen. Die wichtigste Verfassungsgarantie der früheren Zeiten, die Hilfe des siebenbürgischen Fürstentums, stand den Ungarn jetzt nicht mehr zur Verfügung. Mit dem Untergang der Türkenherrschaft hatte Siebenbürgen seine historische Rolle ausgespielt; wir haben gesehen, wie es in den letzten Jahren seines Daseins einer inneren konstitutiven Schwäche anheimfiel. Von hier war also keine Hilfe zu erwarten, Ungarn mußte sich aus eigener Kraft erwehren. Der Mittelpunkt der nationalen Reaktion wurde in den stürmischen Jahren 1670—1711 der an Siebenbürgen und Polen angrenzende Teil Oberungarns. Ihr Träger war die gesamte Bevölkerung, ohne Klassen- und Sprachenunterschied. Ungarn, Deutsche und Ruthenen, verabschiedete Soldaten, protestantische Geistliche mit ihren Gemeinden, Weinbauer der Tokajer Hegyalja, Bergarbeiter unter Führung ihrer deutschen Beamten, Alpenhirten der Marmarosch: aus all diesen Kreisen rekrutierten sich die Truppen der Kuruzzen, die zunächst unter Emmerich Thököly gegen die Wiener Regierungstendenzen in offenen Kampf traten.

Die Kuruzzenkriege unterschieden sich von den Kämpfen Bocskays und Bethlens nicht nur dadurch, daß das Fürstentum Siebenbürgen ihren Teilnehmern keinen materiellen Rückhalt mehr bot. Die früheren Kämpfe richteten sich zwar auch auf Erstarkung der nationalen Eigenstaatlichkeit des Ungartums, ihre näheren Ziele waren aber gewisse positive Verfassungs- und Religionsgarantien, die man in der Sicherung der Rechte des ständischen Reichstages zu gewinnen glaubte. Jetzt aber, als von Wien her wirkliche Entnationalisierungsbestrebungen auf den Plan traten, mußte sich die Bewegung angesichts der drohenden Gefahr voll und ganz auf den nationalen Boden stellen. Dementsprechend treten

ständische Rechte und Religionsbeschwerden im Verhältnis zur früheren Periode in den Hintergrund, zum Hauptproblem wird die nationale Selbsterhaltung, die Errettung der Nationalität und Eigenstaatlichkeit des Ungartums. So erklärt sich die lange Dauer, die Heftigkeit und Erbitterung, mit der die Kämpfe geführt wurden. Die kaiserlichen Truppen mochten heute einige schlechtbewaffnete Bauern und verlaufene Heiden in die Wälder verjagen, morgen traten bereits die ersten Magnaten des Landes an deren Stelle und setzten selbst den kaiserlichen Befehlshaber gefangen. Der nationalen Erhebung folgte jedesmal ein kalt berechneter Gegenstoß der Absolutisten, der aber infolge der vollständigen Verkennung der im Kampfe stehenden nationalen Kräfte das Feuer desto heftiger schürte. Der Reichsrichter Nádasdy und der Bruder Nikolaus Brinyis wurden auf Hochers Betreiben von einem ungesetzlichen Gerichtshofe außerhalb der Reichsgrenzen verurteilt und hingerichtet, man suspendierte in aller Form die ungarische Verfassung und setzte einen Gouverneur ein, worauf die erste Kuruzzenbewegung unter Thököly mit elementarer Gewalt losbrach. Wiederherstellung der Verfassung, neuerliches Eingreifen der Absolutisten und weiteres Erstarken der nationalen Triebkräfte kennzeichnen die einzelnen Phasen der Bewegung. In den Jahren 1703—1711 scharte sich fast ganz Ungarn unter den Fahnen Franz Rátóczi II., des Stiefföhnes Thökölyis, zusammen, auch die früher königstreuen Gegenden des Westens schlossen sich ihm an, Mitglieder alter habsburgisch gesinnter Familien fochten als Kuruzzengenerale gegen Absolutismus und Entnationalisierung. Die Versuche der Absolutisten, fremde Prinzipien ohne Rücksicht auf das historisch Gewordene zu verwirklichen, führten also beinahe zur Auflösung des Bandes, das Ungarn an Habsburg und die deutschen Mittelmächte knüpfte.

Nicht weniger tragisch war die Lage der nationalen Sache, seitdem sie sich von der mitteleuropäischen Gemeinschaft abgedrängt sah und sich gegen diese verteidigen mußte. Unter Rákóczi kämpften zwar fast alle Ungarn gemeinsam mit den deutschen Städten und mit den slowakischen und ruthenischen Bauern, doch reichten ihre Kräfte gegen die militärische Großmacht der Habsburger noch lange nicht aus. Bereits Thökölyi sah sich also um Hilfe um, er glaubte sie bei den Türken zu finden. Er mußte aber am eigenen Leibe erfahren, daß ein aufrichtiges Bündnis zwischen Eroberern und Unterworfenen unmöglich sei. Thökölyi ward zwar zum König von Oberungarn ausgerufen, sein Königtum blieb aber eine Scheinherrschaft unter türkischem Schutze, er selbst wurde später von einem türkischen Befehlshaber gefangen gesetzt und beendete seine Tage als Verbannter in einem Dorfe Kleinasiens.

Einen gleichfalls widernatürlichen und dementsprechend wirkungslosen Beistand leistete der nationalen Bewegung der andere Feind Mitteleuropas, Frankreich. Bereits Franz Nádasdy und Peter Brinyi erhielten vom französischen Gesandten am Kaiserhofe heimliche Versprechungen, König Ludwig werde das Ungarntum vor Germanisierung und politischer Vernichtung schützen. Seit dieser Zeit blieb die Ausnützung der ungarischen „Malkontenten“ ein ständiger Faktor in den weitgesponnenen Berechnungen der französischen Diplomatie. Thökölyi und Rákóczi fanden neben mehr oder weniger durchsichtigen Verheißungen bereits materielle Unterstützung; es kamen auch französische Offiziere und Artilleristen nach Ungarn, um die nationalen Scharen für den Kampf gegen die kaiserliche Armee auszubilden. Vom Standpunkte Frankreichs war dies die direkte Fortsetzung der türkischen Politik Franz I., nur daß jetzt anstatt der Türken die Ungarn sich bereit zeigten, an dem Doppel-

angriff gegen Mitteleuropa teilzunehmen. Mit Vorspiegelung eines regelrechten, die ungarischen Wünsche garantierenden Bündnisses gelang es Ludwig XIV., die hochherzige, diplomatischem Ränkespiel weniger gewachsene Persönlichkeit Rákóczi zu bewegen, das Haus Habsburg auf dem Reichstag zu Onod des Thrones verlustig zu erklären. Ein großer Erfolg Frankreichs, denn jetzt schien es für die Ungarn kein Zurück mehr zu geben.

Eine Ausnützung des Erfolges blieb Frankreich infolge seines eigenen Egoismus versagt. Die Ungarn erhielten keine tatkräftige Unterstützung; Ludwig XIV. hat den Bündnisvertrag, den versprochenen Lohn der Onoder Abrenuntiation, nie unterzeichnet. Die neue Kombination also, mit türkischer, dann mit französischer Hilfe die nationale Staatlichkeit Ungarns zu verwirklichen, erwies sich als trügerisch, die Politik, den ungarischen Staat mit fremder Hilfe wiederherzustellen, als unzulänglich. Ungarns Grundlage war einzig und allein in der staaterhaltenden Nation samt ihrem Könige zu finden, nur aus sich selbst heraus konnte der Staat erneuert werden. Das Land hatte in den endlosen inneren Kriegen unendlich gelitten, die kaiserliche Macht war dagegen seit der Niederlage Frankreichs in stetem Wachsen begriffen. Angesichts dieser Tatsachen erkannten Rákóczi's Parteigänger die Notwendigkeit eines Vergleiches an. Zwei Ungarn, Rákóczi's General Alexander Károlyi und der kaiserliche Feldmarschall Johann Pálffy, schlossen daher 1711 zu Szatmár einen Vertrag, der die frühere ständische Verfassung unter dem Erbkönigtum Habsburgs wiederherstellte und der langen Periode der nationalen Kämpfe ein Ende setzte. Ungarn kehrte zur mittleren Kulturgemeinschaft zurück und versuchte von nun an, die alt-hergebrachten nationalen Forderungen im Einklang mit dieser Gemeinschaft zu verwirklichen. Rákóczi selbst hielt an

der Forderung eines selbständigen siebenbürgischen Fürstentums fest, denn ohne diese einzig wirksame Verfassungsgarantie des siebzehnten Jahrhunderts glaubte er nicht gegen die Wiener Regierung bestehen zu können; als letzter Vertreter des siebenbürgisch-ungarischen Staatensystems ging er in die Verbannung und starb am Gestade des Marmarameeres, in der Türkei, die jetzt nach drei Jahrhunderten endgültig aufhörte, die nationale Staatlichkeit Ungarns hemmend oder fördernd zu beeinflussen. Das Jahr 1711 führte Ungarn wiederum in den Kreis zurück, aus dem es die Katastrophe von 1526 herausgerissen hatte; die Folgen der Schlacht bei Mohács wurden erst jetzt überwunden, und man konnte endlich daran denken, die in schweren Kämpfen geschlagenen Wunden heilen zu lassen.

B. Ständestaat und Absolutismus im achtzehnten Jahrhundert

Der Szatmärer Vertrag unterschied sich von den früheren siebenbürgisch-ungarischen Friedensinstrumenten dadurch, daß er außer der königlichen Bestätigung keine besonderen Garantien seiner Gültigkeit besaß, er stand nicht mehr unter dem Schutz und Schirm der siebenbürgischen Staatlichkeit und wies daher anscheinend keinerlei Bürgschaften für die Einhaltung seiner Bestimmungen auf. Trotz dieser scheinbaren Schwäche leitete er eine neue, lange dauernde Friedensperiode ein, denn er war das Resultat der tatsächlichen Kräfteverhältnisse, er versprach nichts weniger und nichts mehr, als sich mit beiderseitiger Mäßigung durchführen ließ. Die tragischen Kämpfe der vorhergehenden Zeit erhielten in ihm einen kompromißartigen Abschluß, und der Kompromißgedanke bleibt seither auch für die folgenden Zeiten charakteristisch.

Zunächst mußten sich die Absolutisten der Wiener Regierung zu einem solchen bequemen. Die Thökölyischen und Rákóczi'schen Kämpfe hatten die Ausichtslosigkeit und Schädlichkeit der absolutistischen Tendenzen schärfster Richtung zur Genüge erwiesen; der neue Herrscher, Karl III., Leopolds Sohn, konnte keine Ratgeber brauchen, die die Großmacht der Monarchie auf den Trümmern des ungarischen Ständestaates errichten wollten. Die rücksichtslosen Gegner des Ungartums von Hochers Schlage verschwanden, und die neuen Regierungsmänner unternahmen keine gewaltsamen Versuche mehr, seine nationale Staatlichkeit zu unterdrücken. Die erste Folge des Kompromißsystems war also die Fernhaltung der inneren Kämpfe, die Sicherung eines friedlichen Entwicklungsganges. Ungarn erfreute sich von 1711 bis 1848 eines nur durch die josefinischen Ereignisse unterbrochenen inneren Friedens.

Andererseits war auch die nationale Richtung gezwungen, den unabweisbaren Folgen der jüngsten Vergangenheit Rechnung zu tragen. Die führenden Männer des Ungartums lernten einsehen, daß der Platz ihrer Nation unabänderlich an der Seite der deutschen Mittelmächte sei. Von den Türken niedergeworfen und verlassen, von den Franzosen getäuscht und verraten, blieb zwar der erste und einzige Versuch, sich von der Mitte Europas zu trennen, für die Ungarn eine Episode ohne tatsächliche Folgen, doch mit schwerwiegenden ernststen Lehren. Dasselbe Geschlecht, welches zu Onod auf französischen Wunsch den Thronverlust der Habsburger aussprach, erkannte bald darauf in der Untrennbarkeit Ungarns von den habsburgischen Ländern eine Staatsnotwendigkeit und zeigte sich bereit, die gewonnene Erkenntnis auch staatsrechtlich zu bekräftigen. Seit dieser Zeit lastete auf den Schultern jedes wahrhaft schöpferischen Staatsmannes in Ungarn eine doppelte Auf-

gabe: einerseits die nationale Eigenstaatlichkeit unverfehrt zu erhalten, andererseits dieselbe mit den historisch-realen Forderungen einer Verbindung mit dem deutsch-österreichisch-habsburgischen Machtkomplex in Einklang zu bringen. Eine schwere, aber auch dankbare Aufgabe für Ungarns politische Köpfe, denen es im Laufe der Zeit mehrmals beschieden war, den dornenvollen Weg zwischen Volks- und Herrschergunst im Interesse ihrer Nation und der zentralen Kulturgemeinschaft zu beschreiten.

Die Wiederherstellung der Verfassung war im Vertrage von 1711 nur ganz allgemein ausgesprochen worden. Kaiser Karl VI. legte als König Karl III. in Ungarn den Eid auf die Verfassung ab und versprach dann neuerlich in den auf dem Reichstag von 1715 erlassenen Gesetzen, daß er das Land nur mit Einhaltung der ungarischen Reichsgesetze regieren wolle. Damit erschien die im leopoldinischen Zeitalter mehrmals unterbundene nationale Eigenstaatlichkeit gesichert, und die Ungarn konnten jetzt an die dauernde Regelung ihres Verhältnisses zur habsburgischen Monarchie im Sinne der Neuorientierung denken. Anlaß dazu bot der Umstand, daß Karl keine thronberechtigten männlichen Erben besaß, so daß Ungarn nach seinem Tode das freie Königswahlrecht zurück-erhalten hätte. Kaiser Karl bestimmte bereits im Hausgesetz von 1713, daß alle von ihm beherrschten Länder in Ermangelung der männlichen Deszendenten an die weibliche Linie seines Hauses fallen sollten, ein Hausgesetz, das auch von den einzelnen Ständestaaten angenommen wurde. Doch behielt sich Ungarn in der ganzen Sache eine selbständige Stellungnahme vor, indem es auf dem Reichstag von 1722—23 die weibliche Erbfolge Habsburgs anerkannte, gleichzeitig aber auch eine „Union“ zwischen Ungarn und den deutschösterreichischen Erbländern feststellte, mit denen es „zu gemeinsamer Verteidigung auch gegen äußere Gewalt untrennbar und un-

126

teilbar“ verbunden sei. Diese Feststellung fehlt dem habsburgischen Hausgesetze ebenso wie allen Texten der ständischen Beitrittserklärungen. Die sogenannte Pragmatische Sanktion als Grundlage der Zusammengehörigkeit der habsburgisch-österreichischen Erbländer mit dem Königreich Ungarn ist also nichts anderes als ein vom ungarischen Reichstag aufgestelltes Postulat, das gleichzeitig im Gesetzartikel 1—3 des Reichstages von 1722/23 verwirklicht worden ist. Das seit 1526 bestehende Verhältnis erhielt erst hiedurch seine rechtliche Begründung; der ungarische Gesetzartikel ist infolgedessen zum Ausgangspunkt der ganzen späteren Entwicklung geworden. Die Pragmatische Sanktion war die erste freiwillige, aus eigener Initiative hervorgegangene Tat der geeinten ungarischen Nation; sie zeigte die politischen Fähigkeiten der Ungarn trotz zweihundertjähriger Unterbrechung der nationalen Staatlichkeit in ihrer vollen Reife: die ersten Schritte des geeinten Ungarns galten der Festigung des mittleren Staatensystems, dem Anschluß an die mitteleuropäische Kulturgemeinschaft.

Wiederherstellung der Verfassung und Pragmatische Sanktion stehen am Beginn der neuen Ära. Weitere Schritte hätten einerseits die institutionsmäßige Sicherung der gemeinsamen Aufgaben und Interessen, andererseits die zeitgemäße Lösung des ständisch-nationalen Problems im Einvernehmen und unter tätiger Mithilfe des Königtums zum Ziele haben müssen, beides Staatsnotwendigkeiten, von deren glücklicher Lösung der Abschluß der ständischen und nationalen Kämpfe zu erwarten war. Einsichtige Zeitgenossen haben dies bereits damals erkannt, sie vermochten jedoch den Weg zu ihrer Verwirklichung nicht zu finden. Beim Aus- und Umbau eines Staatswesens ist die Erbschaft der Vergangenheit, die Macht der Überlieferung immer mitbestimmend, diese Binsen-

wahrheit der politischen Geschichte wird auch von der neueren Entwicklung Ungarns bestätigt.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist nicht leicht geworden. Das leopoldinische Zeitalter hinterließ innerlich und äußerlich Zustände, die den Weg zur Lösung des gekennzeichneten Doppelproblems auf Schritt und Tritt verlegten. Es war ein Ding der Unmöglichkeit, Ungarns Verhältnis zum habsburgischen Bloke in allen Einzelheiten zu regeln, bevor dies aus dem Kaisertum, den Erbländern und den Territorien bestehende Staatensystem in seinem inneren Gefüge nicht selbst geordnet war. Der Auflösungsprozeß des Heiligen Römischen Reiches war noch lange nicht abgeschlossen, die Beziehungen der einzelnen Reichsteile zueinander und zum Staatsoberhaupte blieben auch jetzt verworren und ungeklärt. Die Erbländer bildeten noch immer Teile des deutschen Kaiserreiches, dessen Grenzen aber auch die Souveränität des neuen Preußenkönigs umfaßten. War Preußen eben im Begriffe, eine deutsche Großmacht zu werden, so bewegten sich die habsburgischen Erbländer, seit dem spanischen Erbfolgekrieg um Teile Ober- und Mittelitaliens, beider Sizilien und der spanischen Niederlande vermehrt, in entgegengesetzter Richtung, und die Grundlagen der habsburgischen Großmacht verschoben sich damit vom deutschen Boden auf spanisch-italienisch-niederländisches Gebiet. Die außerdeutschen Interessen verzögerten die Lösung der ungarischen Frage, da Form und Inhalt der Wiener Großmachtpolitik im Verhältnis zur leopoldinischen Zeit keine entscheidende Änderung erfuhren.

Tatsächlich befanden sich die Wiener Staatsmänner des achtzehnten Jahrhunderts in einer ähnlichen Lage wie ihre Vorgänger, die im Interesse der angestrebten spanisch-italienischen Großmachtstellung eine einheitliche Zusammenfassung der erbländisch-ungarischen Kräfte benötig-

ten. Um die neuen Eroberungen in Italien bis nach Sizilien hinunter behaupten zu können, bedurfte es fortwährend der Kräfte der zentralen Länder, ihrer Soldaten und Steuern; sie aus dem erbländisch-ungarischen Boden herauszuholen war die Pflicht der Wiener Staatsmänner, die sich bloß in der Art ihres Vorgehens von ihren leopoldinischen Vorgängern unterschieden. Die neuen Männer waren über die Fähigkeit des ungarischen Ständetums wohl unterrichtet, enthielten sich daher gewaltsamer Anschläge auf die ständischen Einrichtungen und versuchten in friedlicher Weise, auf Umwegen eine Neugestaltung der Ständestaaten im Dienste der Großmachtsstellung herbeizuführen. Ihr Absolutismus war nicht mehr von der gewalttätigen Art Richelieus und Ludwigs XIV., er wies die Formen des patriarchalischen Absolutismus auf. Nach dieser Richtung hin erfuhr der Absolutismus in den habsburgischen Ländern eine Umbildung: er verzichtete auf eindeutige Maßnahmen und suchte im Einvernehmen mit den bestehenden Ständestaaten vorzugehen. Also kein Sonnenkönigtum Ludwigs, sondern landesväterliche Fürsorge, dabei ein beharrliches Streben nach Uniformierung der einzelnen Ständestaaten, nach friedlichem Zurückdrängen des ständischen Einflusses und nach Erweiterung der Zentralgewalt. Dies System erhielt jetzt infolge seiner innigen Verbindung mit den staatlichen Wohlfahrtsideen des achtzehnten Jahrhunderts eine tiefere moralische Begründung. Bereits Karl VI. erstrebte in seiner Monarchie die Hebung des Finanzwesens, das Emporbringen des kontinentalen, ja sogar des überseeischen Handels; noch weiter reichten die Absichten seiner Tochter Maria Theresia, die ihre Länder auf das Niveau des blühenden Zustandes der damaligen Zivilisation zu bringen suchte. Die Träger des neuen Absolutismus sind hochgebildete, den Kulturbesitz ihrer Zeit vollkommen be-

herrschende Männer gewesen, die, von den Herrschern sorgfältig ausgewählt, ihr bestes Können in den Dienst der Verbesserungsideen stellten. Es beginnt jetzt unter Bartensteins, dann unter Haugwitzens und Raunizens Führung eine außerordentlich rege Tätigkeit auf den verschiedenartigsten Verwaltungs- und Wirtschaftsgebieten, wobei die opponierenden Stände beiseite geschoben werden. Die absolutistische Zentralgewalt erzielte in den nichtungarischen Ländern bei äußerlicher Schonung der ständischen Verfassungen nicht geringe Ergebnisse, wie die Aufhebung der Leibeigenschaft und der Steuerfreiheit der privilegierten Klassen. Unter ihrem Drucke mußten die ständischen Körperschaften, Landtage und Ausschüsse, zurückweichen: die Befugnisse derselben sind dann teilweise auf die Wiener Zentralbehörden, teilweise auf die Subernien und Kreisämter übergegangen, welche letztere, im ganzen Bereiche der deutsch-böhmischen Erbländer errichtet, den ersten Erfolg der Uniformierung darstellten.

Eine ganz besondere Gestaltung erfuhren die Verhältnisse unter dem Einfluß des patriarchalen Absolutismus in Ungarn. Hier herrschte trotz des Szatmärer Vertrages ein tiefes Mißtrauen zwischen den breiten Schichten der Nation und der Regierung. Die Abneigung gegen das von den Wiener Politikern repräsentierte „Deutschtum“ war in der ungarischen Bevölkerung bereits zu tief eingewurzelt, ihrerseits verfolgte die Wiener Regierung die ständischen nationalen Regungen des Ungartums als eines „rebellischen“ Volkes mit wenig Wohlwollen. Der neue Absolutismus sah in der ständischen Verfassung Ungarns ebenso seinen Feind wie der alte, nur die Form seiner Bekämpfung hatte sich geändert. Man hoffte jetzt den Ständestaat anstatt durch plötzliche Zertrümmerung durch langsame Zermürbung wehrlos zu machen. Diesem Bestreben entsprangen alle Maßnahmen,

130

die zunächst eine territoriale Schmälerung des ungarischen Verfassungsstaates mit sich brachten. So ist das Fürstentum Siebenbürgen nicht wie es vor 1526 bzw. 1541 der Fall war, mit Ungarn vereinigt, sondern als Großfürstentum von Wien aus mit Umgehung der ungarischen Behörden verwaltet worden. Obgleich die Rechte des Königs von Ungarn darauf im ungarischen Gesetzbuche ausdrücklich festgelegt wurden, übertrug man trotzdem die Verwaltung des Landes neuerrichteten speziellen Behörden: der Siebenbürgischen Hofkanzlei in Wien und dem Subernium und Thesaurariat in Siebenbürgen. Tatsächlich entstanden dadurch auf dem Boden des einheitlichen Ständestaates Ungarn zwei kleinere Ständestaaten: das eigentliche Königreich Ungarn und das Großfürstentum Siebenbürgen. Dies bildete eine empfindliche Schädigung der einheitlichen Eigenstaatlichkeit. Eine neuerliche verhängnisvolle Unterbindung erfuhr dieselbe nach dem Türkenkriege von 1717—18, als das sogenannte Temescher Banat den Türken entrißen und der besonderen Verwaltung der Wiener Zentralbehörden unterstellt wurde. Ebenso wie in den früheren „neoacquisita“ fand auch hier der wirtschaftliche Aufbau unter Leitung der Wiener Hofkammer, des Hofkriegsrates, dann einer in Wien errichteten besonderen illyrischen Hofdeputation statt, wobei neben wirtschaftlichen Maßnahmen die Stärkung des fremden Elementes auf Kosten des ungarischen den Hauptzweck bildete. Auf den verödeten, vor der Türkenherrschaft mit ungarischen Dörfern besiedelten Landstrichen erstand infolge einer zielbewußten Kolonisationspolitik der frühere Wohlstand wieder, doch war die neue Bevölkerung nicht mehr ungarisch, sondern im nördlichen Teile deutsch, weiter südlich walachisch, vor allem aber serbisch. Ein ähnliches Schicksal war dem neuerrichteten Militärgrenzgebiet an der Save- und unteren Donaulinie beschieden, das als ein von der ungari-

ischen Verfassung und Kultur vollkommen emanzipiertes Gebilde gedacht war und das trotz der militärischen Tüchtigkeit seiner Bewohner eine schwere Schädigung des ungarischen Staatsgedankens zur Folge hatte. Die südlichen Teile des Reiches wurden damit von der Entwicklungseinheit ausgeschlossen und den ständisch-nationalen Idealen des Ungartums entrückt. In welchem Maße sich durch solche Verwaltungsmaßnahmen die Möglichkeiten der ungarischen Entwicklung verringerten, erhellt aus der Tatsache, daß die gesamte Einwohnerzahl des Temescher Banats zur Zeit des Szatmärer Friedens nur 25 000, im Jahre 1780 aber bereits über 300 000 Seelen zählte, die dem ungarischen Staatsgedanken lange Zeit fremd gegenüberstanden. Die Grenze des geschlossenen Ungartums verschob sich solcherart, im Vergleich zum Mittelalter, weiter nach Norden, von der ursprünglichen Save-Donau-Linie bis zur Drau und Maros. So schrumpften die von dem Ungartum besetzten Räume zusammen, das war die politisch-nationale Folge der Türkenherrschaft und der sonst wirtschaftlich großzügig angelegten Kolonisationspolitik der Wiener Regierung.

Den eigentlichen Ständestaat bildete also zu dieser Zeit das um Siebenbürgen, das Temescher Banat und die Militärgrenze verminderte Ungarn, dem auch die Nebenländer Kroatien und Slawonien mit ihren Provinziallandtagen und ihrer Vertretung auf dem ungarischen Reichstag angehörten. Der ständische Gesetzgebungskörper des Reiches verblieb weiterhin in Preßburg, in der Nähe Wiens; in der alten Hauptstadt Ofen siedelte man einige der neuen Zentralbehörden an. Zur Erledigung der inneren Angelegenheiten Ungarns wurde daselbst unter Vorsitz des Palatins die königliche Statthalterei nach dem Muster der erbländischen landesfürstlichen Behörden errichtet; auch das Justizwesen erfuhr eine zeitgemäße Regelung, dabei behielten sich aber

132

die Wiener Behörden ihren Einfluß auf die ungarischen Angelegenheiten im früheren Umfange vor. Das gesamte Montanwesen Ungarns verwaltete auch weiterhin die Wiener Kammer, die ihre Kontrolle über die ungarische Kammer aufrecht erhielt und über ihre Geldgebarung ein tatsächliches, nirgends rechtlich begründetes Budgetbestimmungsrecht ausübte, ja sogar die finanziellen Vorschläge der Regierung für die ungarischen Reichstage ausarbeitete. Eine ähnliche Stellung nahm der Hofkriegsrat auf dem Gebiete des Militärwesens ein. Allerdings wäre es möglich gewesen, aus dem in der Pragmatischen Sanktion aufgestellten Prinzip der gemeinsamen Verteidigung eine gewisse Gemeinsamkeit auf dem Gebiete des Militär- und Finanzwesens abzuleiten, nur konnte das hier geschilderte Verwaltungssystem doch nicht „gemeinsam“ und den Prinzipien der Pragmatischen Sanktion entsprechend genannt werden, da es von Behörden ausgeübt wurde, die, von dem Gesetzgebungskörper Ungarns vollkommen unabhängig, ihrem Sitze und ihrer Zusammensetzung nach nichtungarische, fremde Körperschaften waren. Die gemeinsame Verteidigung leitete ausschließlich der nichtungarische Hofkriegsrat, die vom Reichstag bewilligten ungarischen Mannschaften bildeten als „ungarische Regimenter“ Teile einer kaiserlichen und nicht einer gemeinsamen Armee. Auch die neuen Finanzinstitute, die man zur Ordnung des staatlichen Schuldenwesens in Wien errichtet hatte, die Wiener Stadtbank und Universalbankalität, waren Schöpfungen, deren Einwirkung auf Ungarns Finanzwesen sich nicht aufhalten ließ.

Es entsprach den Tendenzen des Wiener Absolutismus, die als gemeinsam bezeichneten Angelegenheiten dem Einfluß der ungarischen politischen Faktoren zu entziehen und nicht-ungarischen Behörden zu unterstellen. Unter solchen Umständen war es nur natürlich, daß der ungarische Einfluß

von der obersten Leitung der jungen habsburgischen Großmacht ausgeschlossen blieb. Im sechzehnten Jahrhundert übte die Funktionen eines Staatsministeriums der Geheime Rat aus, in ihm war Ungarn überhaupt nicht vertreten. Später wuchs die Zahl der Geheimen Räte, es kamen auch Ungarn hinzu, doch verlor die Körperschaft mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl bald jeglichen Einfluß, die Stelle eines Geheimen Rates ward zur Würde ohne wirklichen Sitz in der obersten Behörde, die nur mehr die Spitzen der Wiener Zentralämter und einige Vertrauensmänner des Herrschers umfaßte. Diese hieß dann abwechselnd Geheime Konferenz, Konferenzministerium, auch Geheimes Deputiertenkollegium, in dem der österreichische Hofkanzler und die Präsidenten der allgemeinen Hofkammer und des Hofkriegsrates das entscheidende Wort führten.

Der Palatin und der ungarische Hofkanzler erschienen bei Beratungen der gemeinsamen, also die ganze habsburgische Monarchie interessierenden Fragen nicht, sie wurden nur zu Spezialberatungen in rein ungarischen Angelegenheiten zugezogen. Als dann unter Maria Theresia für die auswärtigen Geschäfte die Staatskanzlei und für die beratende und richtunggebende Behandlung der inneren Angelegenheiten der Staatsrat errichtet wurde, blieb auch hier der Einfluß Ungarns ausgeschaltet, obwohl die ungarischen Behörden, Hofkanzlei, Kammer und Statthalterei, die königliche Entscheidung ihrer Vorträge nur nach Begutachtung seitens des Staatsrats erlangen konnten.

So ist der Geltungsbereich der ständisch-nationalen Verfassung langsam und auf friedlichem Wege eingeschnürt worden. Hierzu glaubten sich die neuen Absolutisten vom allgemein menschlichen Standpunkte berechtigt, denn nach ihrer Ansicht bestand die Aufgabe des Staates in der tunlichsten Förderung des Wohles der Allgemeinheit der Untertanen,

und in dieser Beziehung vermochte der Ständestaat Ungarn in seinem damaligen Zustand den Staatszweck wahrlich nicht zu verwirklichen. Die ständische Verfassung des achtzehnten Jahrhunderts war ein Gebilde von hohem Alter, das im Laufe der Jahrhunderte seine Elastizität und seine Anpassungsfähigkeit an die modernen Ideen eingebüßt hatte. Sie hat den Wiener Centralisationsmaßnahmen keinen erfolgreichen Widerstand leisten können. Zwar wurde infolge ihrer Bitten, Forderungen und Proteste der Temescher Banat 1778 wieder unter die ungarische Komitatsverwaltung gebracht, doch blieb die Abhängigkeit der Militärgrenze von Wien und die Sonderstellung Siebenbürgens bis zum Ende des ständischen Zeitalters, 1848, aufrechterhalten. Rechtlich gaben wohl die Stände die Forderung nach einem vollkommen selbständigen Ungarn, wie es vor 1526 bestanden, niemals preis, sie brachten aber die zu ihrer Durchführung erforderlichen Energien nicht auf. Infolge Mangels an Initiative und aktiver Energie bildete sich ein für das ungarische Ständewesen charakteristisches System in der Behandlung staatsrechtlicher Fragen heraus. Die Stände konzentrierten ihre Bemühungen auf die formelle Aufrechterhaltung der Verfassung, und indem sie auf dem Standpunkt einer ununterbrochenen und ungeschmälerten Verfassungsmäßigkeit beharrten, achteten sie wenig auf Tatsachen, die das Gegentheil bekundeten. Ihr Wunsch ging dahin, die „althergebrachte“ Verfassung, wie sie im Gesetzbuche, im Korpus juris und im Verböczy'schen Tripartitum fixiert war, ohne jede Veränderung beizubehalten. Sie haben jeden Angriff der Regierung auf das „Althergebrachte“ prompt und fest zurückgewiesen. Hauptsache blieb dabei jedoch, daß es auf dem Papier, im Gesetzbuche ungeschmälert bleibe. Die modernen Fragen des Staatslebens aber, für die im Korpus juris keine Normen

zu finden waren, wurden von den Ständen stillschweigend oder unter lauten und nutzlosen Protesten der Regierung und den Wiener Zentralbehörden zur Lösung überlassen. Zeigte dann die Regierung auf dem engeren Gebiete der ständischen Vorrechte ein gewisses Entgegenkommen, so war der Friede wohlbegründet. Die Stände erfreuten sich nach wie vor einer privilegierten Sonderstellung und kümmerten sich im übrigen wenig um die tatsächliche Aufrechterhaltung der nationalen Staatlichkeit. Dem Komitatsadel fehlte es zudem auf seinen Kongregationen an staatsmännischer Bildung und an Weite des Gesichtskreises, um dem Einfluß des Staatsrates, der Konferenz, der Bancodeputation auf allen Gebieten des komplizierten modernen Staatswesens wirksam begegnen zu können.

So hat man denn den Fortbestand der veralteten und unzulänglichen Verfassung wenigstens nach innen in formaler Weise gesichert. Nach außen war das nicht der Fall. Die geschilderte psychische Veranlagung des Ständetums blieb den Wiener Politikern kein Geheimnis, sie beließen entsprechend den ständischen Wünschen die veralteten Gesetze des Ständestaates in Geltung und versuchten nunmehr ihre Zentralisierungsbestrebungen mit Ausnützung der Lücken, welche die ungarische Verfassung aufwies, zu verwirklichen. Hier mag ein Beispiel zur Erläuterung des ganzen Systems genügen. Kaiser Josef II. hatte als Mitregent vorgeschlagen, einen hohen ungarischen Beamten in den Staatsrat zu berufen, in jene Körperschaft, die als oberste innere Behörde gleichzeitig auch für Ungarn fungierte. Die Kaiserin fand das aber unzulässig, denn ein Ungar gehöre nicht in ein Amt, das nach den ungarischen Gesetzen kein ungarisches sei. Später wünschten dann die Ungarn selbst eine Vertretung im Staatsrat, es wurden auch wirklich ungarische Beamte zu Staatsräten ernannt, jedoch

keineswegs als Repräsentanten der Stände, so daß also dem Ständestaat nach wie vor jede Einflußnahme auf die Wiener Behörde vorenthalten blieb. Kurz, die ständische Verfassung hatte nur im Lande und innerhalb ihrer engen Grenzen Gültigkeit, all das aber, wofür sich in der Verfassung keine Normen fanden, wurde von den absolutistischen Regierungsbehörden ohne Mitwirkung der Stände erledigt. Daß diese Art des Regierens dem wahren Sinne der Pragmatischen Sanktion und der von ihr festgesetzten Union widersprach, blieb ohne Einfluß auf die Ereignisse.

Diese passiv-konservativen Tendenzen des Ständetums begünstigten die aktiven Wohlfahrtsideen der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete. In den österreichischen Erbländern bedingten die Großmachtstellung, die fortschreitende Geldwirtschaft, das moderne Geld- und Schuldenwesen seit langem eine Revision des ständisch verwalteten Finanzsystems und der ständischen Sozial- und Wirtschaftsverhältnisse. Mit warmem Herzen bemühte sich Maria Theresia, die Lage der untertänigen Bauern zu bessern; es gelang ihr auch, eine gleichmäßigere Besteuerung der privilegierten Klassen durchzuführen und dem Staate damit eine reiche Finanzquelle zu erschließen. Nach langen Vorbereitungen suchte sie dann auch die ungarischen Stände zu Steuerleistungen und zur Abschaffung der Leibeigenschaft zu bewegen. Die Antwort der Stände, die kurz vorher die Steuerfreiheit des adligen Grundes zum unabänderlichen Gesetz für alle Zeiten erhoben hatten, ihrerseits aber bei der Regierung die territoriale Wiederherstellung Ungarns nicht erwirken konnten, war ein schroffes Nein. Die Folge war, daß Maria Theresia nach Zurückweisung ihrer Forderungen den Reichstag nicht mehr zusammenberief; sie schaffte die Leibeigenschaft im Verordnungswege ab und trachtete die verweigerten direkten Steuern durch Maßnahmen auf

dem Gebiete des Zoll- und Mautwesens einzubringen. Der althergebrachten Verfassung gemäß bestand zwischen Ungarn und den deutschen Erbländern eine doppelte Zolllinie: die österreichische, die von der Wiener allgemeinen Hofkammer eingerichtet und verwaltet wurde, und die ungarische. Die Verwaltung der letzteren gehörte seit jeher zu den königlichen Rechten, Regalien, die die Könige durch ihre ungarischen Finanzbehörden, ursprünglich also durch den Schatzmeister, seit 1526 durch die ungarische Kammer ausüben ließen. Da aber die ungarische Kammer in verschiedenen Zweigen dem Einfluß der Wiener Hofkammer unterstand, konnte das Zoll- und Mautwesen Ungarns ohne Schwierigkeiten nach Wiener Gesichtspunkten eingerichtet werden, denen es als eine Forderung der Billigkeit erschien, die mit Steuern stärker belasteten Erbländer vor dem „steuerfreien“ Ungarn zu bevorzugen. So kam es, daß der Zolltarif Ungarns unter voller Wahrung der ständischen Verfassungsformen nach dem Geheiß der Wiener Behörden entworfen und Ungarn dabei als Kolonialland der industriell stärkeren Erbländer behandelt wurde. Die Naturprodukte Ungarns, Korn, Wein, Vieh, Wolle, gelangten zu billigen Preisen nach den Erbländern, wogegen das Land als konkurrenzloses Absatzgebiet der erbländischen Manufakturen diente. Am klarsten hat jenen Grundsatz der Hofkommerzialsratspräsident Kollowrat vertreten: „Im allgemeinen sei, solange Ungarn nicht in gleicher Weise wie die deutschen Erblande zu den gemeinsamen Staatslasten beitrage, das Aufkommen ungarischer Konkurrenzfabriken neben den erbländischen in keiner Weise zu begünstigen, da erstere nur von steuer- und zollfreien Grundherren errichtet und betrieben würden.“ Wenn man auch deshalb „die Errichtung von Fabriken in Ungarn geschehen lassen müsse, so sei es doch nicht ratsam, die ungarische Industrie auf Kosten der deutschen Erblande durch

Zollnachlässe zu unterstützen“. Diese Prinzipien blieben bis zur Aufhebung der ständischen Steuerfreiheit im Jahre 1848 in Geltung.

Die von der Pragmatischen Sanktion nicht geregelten gemeinsamen Angelegenheiten, die tatsächliche Erstarrung der veralteten ständischen Verfassung und die Verständnislosigkeit der absolutistischen Regierung nationalstaatlichen Wünschen gegenüber trugen Schuld daran, daß Ungarn auch nach dem Aufhören der Türkenherrschaft in materieller Hinsicht hinter den Erbländern zurückblieb. Während andere Staaten in der Blütezeit des merkantilen Zeitalters die Grundlagen ihrer späteren Handels- und Finanzstärke, ihres bürgerlichen Wohlstandes legten, blieb Ungarn weiterhin ein Agrarstaat mit rückständigen Wirtschaftsformen. Auch sein Bürgerstand konnte sich nicht frei entfalten, die gewerbetreibenden deutschen Städte, insbesondere jene der Zips, verarmten unter dem Drucke des Wiener Zollsystems, ganze blühende Handelszweige, der Tuch- und Leinenhandel der deutschen Städte, der Weinhandel Oberungarns, fielen der adligen Steuerfreiheit und dem kurzfristigen Vergeltungssystem der Wiener Finanzverwaltung zum Opfer. Im Interesse eines günstigeren Staatsvoranschlages suchte man den ungarischen Staat von Jahr zu Jahr gewaltsam in seinem mittelalterlichen Zustand zu konservieren und ihm die Möglichkeit einer modernen Entwicklung zu entziehen.

Die natürlichen Folgen der langen Friedenszeit waren indessen trotz schwerer politischer Fehler auf beiden Seiten überaus günstig. Die Bevölkerungszahl Ungarns, Siebenbürgen nicht eingerechnet, wuchs von 2½ Millionen um 1711 auf 7 Millionen im Jahre 1785, auf 8 700 000 im Jahre 1805. Neben reichem Zuzug deutscher Kolonisten und schnellem natürlichen Zuwachs der Walachen und Slawen nahm auch

die Zahl der ungarischen Bevölkerung beträchtlich zu. Ein besonderer Aufschwung fand in der Donau-Theiß-Ebene, in den unter der Türkenherrschaft entstandenen großen Marktflecken und auf den ausgedehnten weltlichen und geistlichen Grundherrschaften des rechten Donauufers statt, wo in der Folgezeit das bäuerliche Element als neuer Träger der nationalen Autonomie an die Stelle des überlebten Ständetums treten sollte.

Einstweilen teilten noch die Stände die Regierungsgewalt mit den Wiener Behörden. Um das Jahr 1800 gab es in Ungarn 3400 Zivilstaatsbeamte, d. h. solche, die von den Zentralstellen auf Grund der königlichen Prärogative eingesetzt waren; neben ihnen dienten im Komitatsapparate nicht weniger als 5500 Beamte, alle gewählt von den General-kongregationen der einzelnen Komitate. Die eigentliche Verwaltung des Landes oblag in Wirklichkeit den Komitaten, ein jeder von ihnen stellte einen kleinen Ständestaat mit eigener Gerichtsbarkeit und eigener Finanzgebarung (Domestikalkasse) dar. Die Dezentralisation des ungarischen Ständetums erreichte jetzt erst ihren Höhepunkt, sie diente aber gleichzeitig zur Befestigung der einheitlichen Entwicklung, indem die Staatsbedürfnisse keineswegs abgelehnt, sondern stetig Vorsorge für ihre Erfüllung getroffen wurde. Die Einhebung der Steuern, die Stellung von Soldaten, die Militärverpflegung gehörten zu den Obliegenheiten der Komitatsadministration, sie sind von den gewählten Beamten des Komitatsadels gehandhabt worden.

Man kann nicht behaupten, daß dieser Landadel den Sinn der neuen Zeit verstanden hätte. Die Zeiten waren längst vorbei, in denen das Ständetum die staatlichen Interessen nach innen und außen gleichmäßig vertreten hatte. Nicht hohe Ziele, nicht staatliche Ideale schwebten den Komitatsadligen vor, sie gaben sich vielmehr damit zufrieden,

ihren Grundbesitz bebaut, ihre Untertanen vom Staate mit Steuerleistungen und Militärdiensten nicht zu sehr belastet zu wissen. Sie hegten keine besonderen Wünsche außer der Erhaltung der ständischen Verfassung. Die Neuordnung und Modernisierung des Schulwesens überließen sie der Regierung, wobei das nationale Interesse ganz und gar außer acht gelassen wurde. Dieser Schlafzustand bedeutete aber trotzdem für die Zukunft eine Sicherung der nationalen Entwicklung. Erst jetzt konnten die Folgen jenes Zwiespalts beseitigt werden, der seit der Türkenherrschaft im Seelenleben der Nation eingerissen war. Während der langen Friedenszeit genossen die Nachkommen der Kuruzzen und ihrer königstreuen Gegner, der „Labanzen“, in gleichem Maße die Vorteile eines und desselben privilegierten Standes, sie fanden sich auf den Reichstagen und in den Komitatskongregationen zusammen, bei Zurückweisung der absolutistischen Regierungsmaßnahmen und in Ausübung der administrativen Komitatspflichten. Infolge dieses Zusammenwirkens begann sich eine Art von öffentlicher Meinung zu entwickeln, die bereits auf das ganze Land, auf die königstreuen Komitate des Westens ebenso wie auf die radikalen Oberungarns und der Theißgegend Einfluß erlangte. Damit ist die Wiederherstellung der vor 1526 bestandenen Einheit der ungarischen Nation vorbereitet und die Grundlage einer einheitlichen Entwicklung geschaffen worden. Die erste Frucht dieser Vorgänge war die Durchsetzung des ganzen Adels mit den bereits geschilderten konservativ-ständischen Grundsätzen, von hier aus war es dann ein Leichtes, den Anschluß an die national-fortschrittliche Richtung zu finden.

Auch die tatenlose Gleichgültigkeit in nationalen Fragen bereitete im stillen den plötzlichen Aufschwung des neunzehnten Jahrhunderts vor. Sie hat die Assimilierung nicht-

ungarischer Elemente an das ständische Ungartum erleichtert, auch die von den Ständen unentwegt beibehaltene lateinische Sprache der Administration und des gesellschaftlichen Lebens bildete in dieser Hinsicht ein Bindemittel. Wir haben darauf hingewiesen, daß im leopoldinischen Zeitalter die ungarisch-nationalen Bestrebungen von den Deutschen, Slowaken und Ruthenen kräftig unterstützt wurden. Diese Ansätze erhielten jetzt infolge der vorläufigen schwächeren Betonung nationaler Fragen und des Hervortretens gemeinsamer ständischer Interessen eine unerwartete und bis heute nicht genug gewürdigte Verstärkung. An der fortschreitenden geistigen Vereinheitlichung ist auch der Katholizismus beteiligt gewesen, der seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts zur eigentlichen Staatsreligion und als solche zu einem Hauptvertreter des ungarischen Staatsgedankens geworden ist. Die kirchliche Weihe des Herrschers zum König von Ungarn offenbarte bereits aller Welt die Eigenstaatlichkeit Ungarns, die ganze Staatsauffassung der katholischen Kirche bedingte ferner die Selbstständigkeit eines unter Habsburgs verfassungsmäßiger Herrschaft stehenden ungarischen Staates. Daß Ungarn nach Beendigung der Türkenherrschaft nicht in die Reihe der ständischen Erbländer hinabsank, sondern trotz Schmälerung seiner Eigenstaatlichkeit doch die Physiognomie einer eigenen, auf sich gestellten Staatspersönlichkeit beibehielt, ist nicht zuletzt das Verdienst der katholischen Kirche, ihrer das ganze Land umspannenden Energien gewesen. Die Entwicklung knüpfte an die nationalen Momente der Gegenreformation an: die Anschauungen und Forderungen eines Pázmány, Nikolaus Esterházy und Brinyi werden jetzt in der Konstruktion eines „Regnum Marianum“ verwirklicht, derzufolge der katholische Staat Ungarn mit seinem apostolischen Herrscher aus Habsburgs Stamme unter der Patronanz der

Mutter Gottes steht, gleichzeitig aber als der richtige Nachfolger des mittelalterlichen, vollkommen souveränen Nationalstaates erscheint. So ist der ungarische Katholizismus im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts zum starken Hebel der einheitlichen Entwicklung des Ungartums geworden, und es gelang ihm auch, die nichtungarischen Elemente in den Dienst der ungarischen Staatsidee zu stellen.

Die vierzig Regierungsjahre Maria Theresias haben diese Vorgänge kräftig gefördert. Sie verstand es, ihre Uniformierungspolitik unter Schonung der bestehenden ständischen Privilegien durchzusetzen und die seit ihrem Regierungsantritt mit königlich frauenhafter Anmut erworbenen Sympathien des Ungartums bis zum Ende zu bewahren. Als ihr Thron im österreichischen Erbfolgekrieg gefährdet schien, boten die Ungarn auf dem Preßburger Reichstag „vitam et sanguinem“, ihr Leben und ihr Blut dar und erkämpften die Erhaltung und den Fortbestand des österreichisch-erbländischen Komplexes. Besonders innig gestaltete sich das Verhältnis zwischen dem Hochadel und Maria Theresias Hofhaltung. Die ungarischen Magnaten zogen nach Wien, ließen sich kulturell von den dortigen Hofansprüchen beeinflussen und verloren damit vielfach den lebendigen Zusammenhang mit dem auf der väterlichen Scholle zurückgebliebenen Landadel. Der zu Ende der thesesianischen Zeit bereits 65 000 Familien zählende Landadel blieb aber auch ohne Mitwirkung des Hochadels Träger des ständisch-nationalen Lebens, zumal während der Sturmpériode unter Josef II. Der von echten Humanitätsideen geleitete Kaiser ließ sich nicht zum König von Ungarn krönen, um den Eid auf die ständische Verfassung, das Objekt seines Vernichtungskampfes, nicht ablegen zu müssen. Mit der strengen Konsequenz eines dogmatischen Theoretikers versuchte er alle bestehenden ständischen Gebilde zu ver-

nichten: die niederländischen Ständestaaten und die „Universität“ der sächsischen Nation in Siebenbürgen ebenso wie den Ständestaat Ungarn. Josefs Ideal war ein streng zentralisierter, im Sinne der Aufklärungsideen geformter absoluter Staat mit vorherrschendem deutschem Element, der an Stelle der bunten ständischen und nationalen Einheiten das ganze Gebiet der habsburgischen Herrschaft umfassen sollte. Der Kaiser gab für sein Ideal sein Herzblut hin, er scheiterte aber an dem Widerstand, der seinen Ideen von ständisch nationaler Seite begegnete. In der Abwehr fanden sich Komitate und Zentralämter zusammen; der ungarische Hofkanzler Esterházy protestierte „mit heißen Zähnen in den Augen“ gegen die Neuerungen. Im Türkenkrieg verweigerten die Komitate die Militärverpflegung, das absolutistische System erlitt in Ungarn und in den österreichischen Niederlanden Schiffbruch, der Kaiser zog daher seine Reformen auf dem Sterbebette zurück. Unter seinem Nachfolger, Leopold II., wurde die ständisch-nationale Verfassung im Gesetzartikel 10 des Jahres 1790/91 in allem bestätigt: der König versprach, Ungarn „nach seinen eigenen Gesetzen und nicht nach dem Muster anderer Länder zu regieren“. Die Stände konnten also ihre Privilegien auch weiterhin genießen, unbekümmert um den tatsächlichen Einfluß der Wiener Zentralstellen. Sie glaubten ihre Heimat vor der neuen sozialen Entwicklung hermetisch verschlossen zu haben, indessen läuteten bereits die Sturmglöken der französischen Revolution, und auch Ungarn ging einer gewaltigen Umwälzung entgegen.

Die Entstehung des modernen Verfassungsstaates.

Vom feudalen Ständestaat zum Verfassungsstaat: der mit Revolutionen und Staatsstreichcn, mit Napoleonischen Kriegen und heiligen Allianzen bestreute Weg wurde in Westeuropa von der städtischen Bevölkerung geebnet. Zunehmende kapitalistische Wirtschaft, Zuzug der ländlichen Bevölkerung in die Städte, gleichmäßigere Bildung, die eine gleich intensive Wirkung der Ideen ermöglichte, sind die Voraussetzungen des modernen Staates, wie sie im absolutistischen Zeitalter heranreiften. Unsere Darlegungen lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß diese Voraussetzungen in Ungarn nicht vorhanden waren. Der ungarische Ständestaat ist nie durch die harte Schule des Absolutismus eines unumschränkt wirkenden Herrschers von der Art Ludwigs XIV. oder Friedrichs des Großen gegangen, er war verfassungsrechtlich und wirtschaftlich derselbe geblieben wie im sechzehnten Jahrhundert. Die Theresianischen Urbarialverordnungen wurden zwar vom Reichstag 1790/91 gutgeheißen, womit auch in Ungarn die seit langem nicht mehr streng gehandhabte Leibeigenschaft aufhörte, doch waren infolge der Türkenherrschaft und der oben erwähnten handelspolitischen Regierungsmaßnahmen weder Handel und Industrie noch Industriezentren vorhanden, es konnte daher weder ein wohlhabender gebildeter Bürgerstand, noch ein städtisches Proletariat entstehen. Wer sollte denn unter

solchen Umständen zum Träger der neuen Entwicklung werden? Im modernen Umgestaltungsprozeß der europäischen Staaten hat bekanntlich der Adel eine sekundäre, mehr hemmende als fördernde Rolle gespielt: die Junker machten gewöhnlich erst am Ende gute Miene zum bösen Spiel, als es zur Abschaffung ihrer Privilegien, zum Umbau des ständischen Staates in den Verfassungsstaat kam. Trotzdem waren es in Ungarn gerade die adligen Kreise, die ihr Land einer neuen Zukunft entgegenführten.

Der im Wiener Kulturkreis lebende Hochadel kam dabei weniger in Betracht, aber auch von der Masse des Landadels war zunächst kaum eine Initiative zu erwarten. Er lebte auf seinen Gütern im vollen Besitze seiner verfassungsmäßigen Vorrechte, zufrieden und wunschlos, da sein Gesichtskreis nicht über die Grenzen seines Komitates reichte. Von dem ihm unbekannten Lebensreichtum Europas hatte er nichts für sich zu wünschen, im Gegenteil — stolz auf seinen Mikrokosmos, bemitleidete er andere Völker, die es nicht so gut hatten wie er. Die Worte „*Extra Hungariam non est vita*“ spiegeln wohl die seelische Grundstimmung des ungarischen Landadels jener Tage am getreuesten wider.

Den ersten Anstoß zur modernen Umgestaltung Ungarns haben weder die Bodenpolitik des Großgrundbesizes noch wirtschaftliche Maßnahmen des Absolutismus, auch nicht geldwirtschaftliche Voraussetzungen gegeben, sondern einfach die Kulturbedürfnisse einiger vereinzelter, größtenteils armen Adligen, die zufällig die reifen Früchte der westlichen Kultur gekostet und die selbstverständlichsste Tatsache der Welt erkannt hatten, daß es auch außerhalb der Grenzen Ungarns ein Leben gebe, und zwar ein schöneres, menschenwürdigeres als zu Hause. Damit war der neuen Bewegung bereits Ziel und Richtung gewiesen, sie mußte folgerichtig eine vollständige Umgestaltung der ständischen Welt bewirken,

nicht nur des Staates, sondern auch der Nationalität. Staatlichkeit und Nationalität zeigen sich auch in dieser Periode eng vereint, und es war für den modernen Staat Ungarn von entscheidender Bedeutung, daß der Prozeß der nationalen Renaissance früher zum Durchbruch gelangte als die Verfassungsreform und daß er das große politische und wirtschaftliche Reformwerk der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts vorbereiten half.

Die Rückständigkeit der ungarischen Kultur war bereits den jungen Adligen, die Maria Theresia als ihre ungarischen Gardisten nach Wien gezogen hatte, zum Bewußtsein gelangt. Sie hatten sich bereits die Erneuerung der ungarischen Literatur und Nationalität zum Ziele gesetzt, ihre Bestrebungen blieben aber, fern von der Heimat, ohne tiefere Wirkung. Der Mann, der ihre Gedanken übernahm und dann in jahrzehntelanger Arbeit die ganze literarische und sprachliche Renaissance des Ungariums begründete, war ein armer Adliger der oberen Theilsebene, Franz Rácz (1759—1831). In jungen Jahren begeisterter Anhänger der Humanitätsideen Josefs II., büßte er das Lesen eines revolutionären Katechismus mit sechsjähriger Festungshaft. Die französischen Revolutionsideen haben aber auf seine Entwicklung keinen merklichen Einfluß ausgeübt, wie sie denn als Motive der nationalen Renaissance in Ungarn überhaupt nicht in Betracht kommen. Rácz war ein genauer Kenner und Bewunderer der deutschen Literatur, und er versuchte in Ungarn eine ähnlich hochstehende Literatur in eigener Sprache ins Leben zu rufen. Infolge der politischen Herrschaft der lateinischen Sprache war die ungarische den Forderungen eines mit modernem Inhalt erfüllten Schrifttums nicht gewachsen. Ihm selber blieben die Schwierigkeiten seines Unternehmens nicht verborgen. „Alles ist unvorbereitet,“ äußerte er, „unser Sprachschak

eng, unsere arme Grammatik schwankend und mangelhaft, unsere Stilistik starr und ungeschickt. Wir besitzen keine Buchdrucker, keine Buchhändler, die Bücher werden nur von den Schriftstellern gelesen, alles hindert uns, niemand hilft uns. Es war aber auch anderswo nicht besser, und es ging trotzdem.“ Es wird auch in Ungarn gehen, diese Überzeugung verlieh dem schwächlichen Manne Kraft, buchstäblich sein ganzes Leben dem Dienst der Sache, dem sprachlichen und literarischen Aufbau der Nationalität, zu opfern. Im Sinne seines großzügigen Planes ging die Erneuerung des Sprachschates voran, die Erweiterung, Verfeinerung und Differenzierung der ungarischen Ausdrucksweise für die modernen Begriffskreise. Nach dieser Richtung hin war Razinczy's agitatorische Tätigkeit von ungewöhnlicher Wirkung. Obgleich selbst kein schöpferischer Künstler, schrieb er eine ganze Bibliothek zusammen; durch seinen regen Briefwechsel unterhielt er mit allen regsamten Köpfen des Landes innigen Verkehr, und der Einfluß, der von ihm ausging, äußerte sich bald in einer heftigen Reaktion der beleidigten ständisch-nationalen Eigenliebe, in einem organisierten literarischen Feldzug der Konservativen gegen die Verächter der „althergebrachten“ Sprache, gegen den verwegenen Verneiner des Spruches *Extra Hungariam*. Der ganze Vorgang zeigte die gleiche Tendenz, die sich seit Stefans des Heiligen politischem Schaffen an jeder entscheidenden Wendung der ungarischen Geschichte erkennen läßt: den Stillstand und die Rückständigkeit durch Einimpfung westlicher Kultur zu korrigieren. Die ersten Werke, die Razinczy dem ungarischen Publikum in seiner Muttersprache vorlegte, waren Übersetzungen aus Klopstock, Götter, Herder, Weber, Wieland, Lessing, dann aus Schiller und Goethe. Das Ungaricum sollte den deutschen Inhalt übernehmen, in eigener Sprache bearbeiten und in

eine nationale Form umgießen. Als es Razinczy nach langen Versuchen gelang, in ungarischer Sprache das erste Sonett zu schreiben, ging eine freudige Bewegung durch die Schar seiner Jünger: war doch damit der Beweis erbracht, daß die ungarische Sprache gleiche Ausdrucks- und Entwicklungsfähigkeit besitze wie nur irgendeine der hochentwickelten westlichen Sprachen. Razinczy hatte das auch tatsächlich bewiesen, nach ihm konnte an der Zukunft der ungarischen Sprache, Literatur und Nationalität nicht mehr gezweifelt werden.

Die nationale Bewegung mochte aber noch so sehr in den Kulturbedürfnissen wurzeln, es lag in der Natur der Sache, daß sie bald auf das Gebiet der Gesellschaft und Verfassung übergriff. Die Idee der literarischen Renaissance selbst mußte in Ungarn, wo ja die ungarische Nation die Trägerin der staatlichen Entwicklung gewesen, mit den Vergangenheits- und Zukunftsfragen der Nation und des Staates aufs innigste verbunden sein. Das bei Razinczy überwiegende literarische Interesse brachte es mit sich, daß ihm zu Beginn der Bewegung auch Anhänger der bestehenden Verfassung, sogar heftige Verfechter der adligen Privilegien beitraten, die später zunächst in schmollende, dann in offene Opposition gedrängt wurden. An Stelle der Bewunderung der Verfassung von heute trat die Begeisterung für die ferne Vergangenheit, nach Razinczy kamen die Romantiker, deren Auftreten auch für Ungarn eine stürmische Umwälzung der Ansichten und Lebensformen bedeutete. Die ersten Romantiker, unter ihnen der gottbegnadete Dichter Vörösmarty, scharten sich in dankbarer Verehrung um den „heiligen Alten“, der zwar an den künstlerischen Vorbildern seiner Jugend, an Gekner und Matthiisson, bis zum Ende festhielt, jedoch die Verdienste der neueren Richtungen um die nationale Sache verständnis-

voll anerkannte. Tatsächlich ist im Laufe eines Menschenalters aus literarischen Fehden eine gewaltige nationale Bewegung hervorgegangen, in deren weiterem Verlaufe dann Männer der Politik als Führer auftraten. Hier war alles auf die nationale Sache gestellt, am klarsten geht das aus der Wahrnehmung hervor, daß der ungarischen Romantik, dieser jüngeren Schwester der deutschen, ein wesentlicher Bestandteil der letzteren, das religiöse Moment vollkommen fehlt. Die ungarische Romantik beschränkte sich so sehr auf die nationale Vergangenheit und Gegenwart, daß sie aus ihren Kreisen das allgemein-menschlich Religiöse ausschloß. Zum beliebtesten Helden der romantischen Darstellung ist Arpad, der Führer der Nation, der Begründer der ungarischen Eigenstaatlichkeit, geworden. Als seine Gestalt, verklärt von der Kunst und der prächtigen Diktion Örösmartys, in der beschränkten Welt des überlebten Ständestaates auftauchte, mußte es jedermann zur Gewißheit werden, daß das Ungartum noch ganz andere Ideale besitze als jene des ständischen Staates. Der Mann, der die Reformgedanken auf das soziale und politische Gebiet hinüberzuleiten berufen war, knüpfte bezeichnenderweise an die literarische Bewegung an. Auf der ständischen Versammlung des Jahres 1825 bot ein junger Rittmeister, Graf Stefan Széchenyi (1791—1860), zur Errichtung einer national-literarischen Akademie das einjährige Erträgnis aller seiner Güter an. Die Anstalt ist tatsächlich aus nationalen Spenden ohne Mittun der Regierung zustande gekommen, denn der Rittmeister war ein Mann der Tat; man hat ihn in der Folgezeit den „größten Ungarn“ genannt.

In der Geschichte der nationalen Staatlichkeit hat Stefan Széchenyi seine Rolle mit einem Erfolge gespielt, wie seit dem heiligen Stefan kein zweiter Ungar. Ein echter Sohn seines Standes, ein Vollblutaristokrat mit westeuro-

päischer Bildung, war er in seinem Innern bloß für nationalpolitische Fragen, für diese aber in höchster Potenz empfänglich. Sein reiches seelisches Leben war mit diesen Elementen durch und durch verwoben, noch nie ist das Schicksal der ungarischen Nation in solcher Art zum innersten und ausschließlichen Erlebnis einer Seele geworden, wie es bei Széchenyi der Fall war. In seinem ganzen Wesen war die Wertschätzung der höheren Kulturen, besonders Frankreichs und Englands, und die Erkenntnis der trostlosen Zurückgebliebenheit des ungarischen Ständestaates noch tiefer verankert als in Ráczzy, und diese Erkenntnisse wurden von einem überaus reizbaren und empfänglichen Geiste verarbeitet. Széchenyis Gedanken, in schwerem innerem Ringen geboren, fanden in einer abgerissenen, mit wilden Sprüngen, moralischem Pathos und heißender Ironie erfüllten Sprech- und Schreibart ihren Ausdruck. Wahrlich keine günstige psychische Anlage für einen Politiker im gewöhnlichen Sinne des Wortes, der seine Tätigkeit den Umständen fortwährend anzupassen hat. Széchenyi ist auch kein Politiker in solchem Sinn gewesen, er war mehr: die Verkörperung der moralischen Energie, der Selbstzucht und des Gewissens einer ganzen Nation. Sein Name bedeutet in der Entwicklung der ungarischen Staatlichkeit und Nationalität ebensoviel wie jener eines Freiherrn vom Stein in der deutschen Entwicklungsreihe.

Die Schaffung eines literarischen Mittelpunktes der nationalen Bewegung war für Széchenyi gleichsam eine symbolische Handlung, mit der er an das bereits Vorhandene herantrat. Er hatte vor seinem Auftreten geschworen, seine Nation zu neuem Leben zu erwecken. „Die Probe ist ein Menschenleben wert,“ schrieb er seinem Freunde, dem Baron Nikolaus Wesselényi. Von dieser Zeit an entfaltete er eine ununterbrochene soziale und literarische Tätigkeit im Dienste

seiner Ideale. Obgleich des Ungarischen anfangs nicht ganz mächtig, schrieb er zahlreiche Bücher in dieser Sprache, in denen er sein Programm in wenig kunstvoller Form, aber gemeinverständlich und eindringlich darlegte. Seine Nation bekam von ihm bittere Wahrheiten zu hören, die sie aus ihrer bisherigen Gemütsruhe und Selbstzufriedenheit aufrüttelten. Zur Bezeichnung der nationalen Mängel prägte er Ausdrücke, die in ständigen Gebrauch übergingen: er sprach von den „Mängeln der ungarischen Konstitution“, beabsichtigte die „Veredlung unseres Adels“ und die Vermehrung der Zahl jener, die „bürgerliche Tugenden besitzen“, hob die Forderungen des „kalten Verstandes“ hervor und ging ohne Umschweife auf sein Ziel, „eine Reformation, mild und ohne Konvulsion“, los. In seinem ersten Buche schrieb er: „Man kann wahrhaft nicht ohne innere Rührung die Reformationen der anderen Nationen betrachten.“ „Wer den jetzigen Zustand des Auslandes und mancher Gegenden trotz ihrer ungünstigen Lage staunenswürdiges Blühen kennt und dann den traurigen Zustand unseres Vaterlandes betrachtet und bemerkt, wie dieses Land in allem in jahrhundertweiter Entfernung anderen Nationen nachschleicht, der muß wahrlich, wenn er auch der Froheste, der Stärkste wäre, sich betrüben und erweichen.“ Hier könne nur eine vollständige Reform des Bestehenden helfen, daher müsse der erste Schritt mit der schonungslosen Aufdeckung der Mängel beginnen.

Széchenyis wirkliche Größe bestand darin, daß er sich mit der Besserung der sozialen, wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Institutionen nicht begnügte, sondern, das Übel tiefer anfassend, die ganze seelische Konstitution seiner Nation als krank behandelte. Dadurch erst ist die von der literarischen Bewegung angestrebte nationale Renaissance verwirklicht und diese selbst zu seinem Lebens-

werk geworden, während er die Durchführung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen unter dem Druck der Verhältnisse teils der radikalen Partei, teils dem nachher einsetzenden Absolutismus überlassen mußte. Von seinem Volke forderte er strenge Selbsterkenntnis und harte Selbstdisziplin, er hielt ihm einen Spiegel vor, auf daß es alle seine Fehler erkennen möge. Denn Ungarn sei kein Dorado und kein Utopia, und „zu sagen, außer Ungarn sei kein Leben, ist eine unnütze und Lachen oder Mitleid erregende Rede“. In Wirklichkeit sei Ungarn trotz seiner Naturschätze ein zurückgebliebenes Land, seine Bevölkerung habe enge, beschränkte Ansichten, führe eine gebundene, kulturlose Lebensweise, der Staat selbst liege in den Fesseln des Ständewesens. Széchenyi scheute sogar vor Verletzung des nationalen Stolzes nicht zurück. Er geißelte die nationalen Untugenden, unter anderem den Neid und Rachedurst, die falsche Auffassung der Ritterlichkeit. An der Bildung des Nationalgeistes müsse man zielbewußt arbeiten, er sei nie so ausgebildet und vollkommen, daß solche Arbeit nicht mehr nöttue. „Kommt er schon vollkommen zur Welt wie irgend-ein Tier? Wird er auf einmal gebaden wie eine Semmel? Oder fängt er erst im reifen Alter an, sogleich zu atmen und zu leben wie Pygmalions Marmorsäule, oder aber entsteht er nur langsam, wächst und entwickelt er sich nur allmählich?“

Wenn wir mit einem modernen Forscher die Nationalität als die höchste Steigerung des Volkstums bezeichnen, als „das feinste und komplizierteste Gebilde, welches die geschichtliche Entwicklung zu schaffen vermag“, durch welches erst „die tatsächlich bestehende Einheit in einen bewußten, aktiven und schöpferischen Willen“ umgesetzt wird, so läßt sich erst von hier aus die ganze Bedeutung Széchenyis für die nationale Entwicklung Ungarns ermessen. Zur Zeit eines selbstzufriedenen und unproduktiven Ständetums trat

er auf, der einzige, der einen bewußten aktiven und schöpferischen Willen besaß, um aus den starren ständischen Formen und aus dem rückständigen Volkstum eine hochentwickelte, den großen westlichen ebenbürtige Nationalität zu schaffen. Mit klarem Blick erfaßte er die feinsten und kleinsten Verästelungen, die von der Nation in die Individuen hinüberführen und deren Gesamtheit den eigentlichen Inhalt des Begriffes „Nationalität“ ausmacht. Darunter ist nach Széchenyi nichts anderes zu verstehen als „eine in alle Kräfte und in die innersten Geheimnisse der Seele des menschlichen Wesens verwebte natürliche Eigenschaft, die ohne Vernichtung der Selbstwürde ebenso unmöglich ausgerottet werden kann, als wir, wenn uns das Herz aus dem Leibe genommen wird, in dieser Welt nicht mehr leben können“. Daß diese, dem einzelnen innewohnende Eigenschaft tätig sein muß, daß erst aus solcher Betätigung einzelner Individuen die Nation hervorgehe, und daß endlich die Betätigung planvoll und mit bewußtem Willen in schöpferischer Absicht vor sich gehen müsse, das alles ist in Ungarn einzig und allein von Széchenyi erkannt, durchdacht und ausgeführt worden. Er ist der wahre Schöpfer der modernen Nation, denn er war der einzige, der sich mit klarem Blicke vom Alten lossagte und alles von der tätigen Arbeit der Zukunft erhoffte. „Das Vergangene entzog sich unserer Herrschaft, doch die Zukunft liegt in unserer Macht. Plagen wir uns daher nicht mit fruchtlosen Reminiszenzen. Viele meinen: Ungarn sei gewesen — ich glaube lieber: es werde sein!“

Széchenyis Mittel zur Erreichung seiner Ziele waren durch die beschränkten ständischen Verhältnisse bedingt. Die Journalistik stand ihm infolge der Zensur nicht zur Verfügung, er schrieb daher Bücher und suchte auf Reichstagen, Komitatskongregationen und freundschaftlichen Zusammenkünften durch persönliche Agitation Einfluß zu gewinnen, wobei, wie nicht

anders zu erwarten, seine zunächstliegenden Ziele den Zeitgenossen vielfach als kleinlich erscheinen mußten. Errichtung eines adligen Rasinovereines, Veranstaltung von Wettrennen nach englischem Vorbild in Wien und Ungarn, womit er die Vereinigung der höheren Stände in hauptstädtischen Zentren erreichen wollte, Donau- und Theißregulierung, Dampfschiffahrt waren die ersten Forderungen, die er in erzieherischer Absicht erhob. Mit besonderem Eifer agitierte er für den Bau einer ständigen Brücke über die Donau, der heutigen „Kettenbrücke“ in Budapest, welche die erste Bresche in die alte ständische Verfassung schlug, da beim Überschreiten derselben auch die Adligen zur Entrichtung des Brückenzolls verpflichtet wurden. Seine Konnationalen behandelte er als verwöhnte kleine Kinder, er sagte ihnen zwar die Wahrheit, doch wollte er sie durch vorschnelles Handeln nicht abschrecken, vielmehr durch kleinere Proben auch zu größeren Wagnissen ermutigen. Sein Programm umfaßte die Aufhebung der Steuerfreiheit, Mobilmachung des adligen Grundbesitzes durch Abschaffung der Privilegien, Schaffung eines modernen Wechselrechtes, neuer Handels- und Verkehrszustände, eine Vereinigung des ungarischen Gesetzbuches, denn „die Gesetze des elften und vierzehnten Jahrhunderts waren unzulänglich und fehlerhaft für die Bedürfnisse des siebzehnten Jahrhunderts, und so sind die des siebzehnten Jahrhunderts unzulänglich und fehlerhaft für diejenigen des neunzehnten Jahrhunderts“. Deshalb muß die ganze Verfassung modernisiert und es sollen die politischen Rechte auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt werden. Mit Wärme trat Széchenyi für die Befreiung der Hörigen ein, jener 9 Millionen umfassenden Klasse, welche allein die Steuerlast trug und, seitdem die Einberufung des adligen Aufgebotes eingestellt war, das Vaterland ganz allein zu verteidigen hatte. „Die weitere

Ausschließung dieser 9 Millionen Menschen würde unfehlbar den Tod für unsere Mutter, die Heimatserde, bedeuten, dies ist für mich ein Gewissenswort.“

Bei der Durchführung seiner tiefgreifenden Reformideen rechnete Széchenyi auf die freiwillige Mitarbeit der privilegierten Klassen. „Die angenehmste Seite unseres Loses ist die, daß wir alles, was wir zum Fortschritte des Vaterlandes tun wollen, freiwillig tun.“ Unerläßlich sei es, daß die steuer- und militärfreien Stände die Umgestaltung der Verfassung selbst in die Hand nähmen, denn „wir — sagt Széchenyi von seinem eigenen Stande — wir vermögenden Grundbesitzer sind die Haupthindernisse des Fortschrittes und Emporkommens unseres Vaterlandes“. Mit königstreuer Gesinnung warnt er davor, die Verfassung ohne Mitwirkung des Königtums einer Revision zu unterziehen. Wenn alles nach seinem Plane ginge, könne Ungarn seine Verjüngung in einigen Jahrzehnten aus eigener Kraft und ohne irgendwelche Erschütterung erreichen.

Széchenyis Auftreten hat in der ständisch-konservativen Welt Ungarns eine gewaltige Wirkung ausgelöst. Unbekannte Begriffe, ungeahnte Zusammenhänge, eine ganz neue Auffassung des Alten, von dem man geglaubt hatte, es genügend zu kennen, das alles mußte belebend, aber auch wieder konsternierend auf die scheintote Ruhe des Ständewesens wirken. Die Freunde des Althergebrachten setzten sich kräftig zur Wehr: Széchenyi wurde als Neuerer, Unruhestifter, Verderber der Nation verschrien, bald gelang es aber seiner rastlosen literarischen und gesellschaftlichen Tätigkeit, für seine Ideen im Kreise des bemittelten, gebildeten Landadels eine beträchtliche Anzahl regsamer Männer zu gewinnen. Die von Razinczy entfaltete literarische Bewegung jubelte Széchenyis Beginnen begeistert zu, die Vereinigung der politisch-sozialen Reformbewegung mit der

156

romantisch-nationalen Richtung sicherte ihm von 1825 an durch ungefähr zwei Jahrzehnte die Herrschaft über die Seelen des bildungsfähigen ständischen Elementes.

Für die Nation und das Königtum, aber auch für den Kaiserstaat Österreich war es gleich verhängnisvoll, daß eine Verständigung zwischen der neuen Bewegung und der Regierung nicht zustande kam. Im allgemeinen enthielt Széchenyi's Programm gerade in den grundlegenden Fragen nichts, wozu die Regierung auch vom Standpunkte der habsburgischen Monarchie nicht ohne weiteres ihre Zustimmung hätte geben können. Zur Zeit Maria Theresias und Josefs II. sind sogar mehrere jetzt von Széchenyi gestellte Forderungen als Regierungsprogramm vorgeschlagen worden, so die Aufhebung der ständischen Steuerfreiheit, eine gerechtere Verteilung der militärischen und wirtschaftlichen Lasten, Modernisierung der adligen Besitzformen, Sicherung der bäuerlichen Rechte auf Besitz und freie Arbeit. Wohl bestand in der nationalen Frage zwischen Széchenyi und den absolutistischen Regierungen des achtzehnten Jahrhunderts ein tiefer Unterschied, da aber Széchenyi eine Entfaltung der ungarischen Nationalität nur unter Mitwirkung des Königtums anstrebte, wäre auch diese Verschiedenheit leicht zu beseitigen gewesen.

Wesen und Form der Széchenyi'schen Bewegung waren von Anfang an aristokratisch, loyal und königstreu, die Schuld an der Vereitelung einer gemeinsamen Reformarbeit trifft daher nicht ihn, sondern die damalige Regierung, die jetzt wesentlich andere Ansichten und Ziele vertrat als die Absolutisten des achtzehnten Jahrhunderts. Uns interessiert hier bloß die Stellungnahme des vormärzlichen Regierungssystems zu den ungarischen Reformbestrebungen. Wir haben bereits früher gesehen, auf welche Weise es dem patriarchalischen Absolutismus gelungen war,

mit dem Ständestaat Ungarn einen bequemen, beide Teile befriedigenden Modus vivendi zu schaffen. Der Form nach, entsprechend den Buchstaben des ungarischen Gesetzbuches, gab es wohl eine unabhängige ständische Verfassung, in Wirklichkeit aber ein in handelspolitische Abhängigkeit geratenes Kolonialland, welches, wenn auch nicht rechtlich, doch faktisch auf die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes gerade in den wichtigsten Fragen des Staatslebens, in den militärischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen, verzichten mußte.

Nach der endgültigen Ablehnung eines zeitgemäßen Reformwerkes seitens der Stände glaubte man in jener zwiespältigen Form ein Auslangen gefunden zu haben. Dann kamen die Napoleonischen Kriege, 1809 ist das adlige Aufgebot mit seinen ungeübten und schlecht bewaffneten Massen zum letztenmal mit traurigem Mißerfolg aufgerufen worden. Damit verlor das Ständetum auch äußerlich den letzten Rest seiner Existenzberechtigung. Gleichzeitig erhielt auch das römisch-deutsche Reich den Todesstoß. Kaiser Franz schuf aus seinen Erbländern ein neues Reich, das Kaisertum Österreich, und legte die deutsche Kaiserwürde nieder (1804—06). Die aus diesem Anlasse an die ungarischen Behörden erlassenen Patente versicherten ausdrücklich, die neue Schöpfung berühre die Souveränität des Königreichs Ungarn keineswegs, doch wurde diese Tatsache nach außen hin nicht nur nicht betont, sondern auch durch den Umstand, daß ausschließlich die kaiserlich österreichischen Behörden die mit Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten weiter fortführten, der Anschein erweckt, als ob Ungarn mit Siebenbürgen und der Militärgrenze einen integrierenden Bestandteil des neuen Kaiserreichs bilde. Nach Auffassung der Wiener Zentralbehörden wurde im Jahre 1804 eine neue Souveränität, die des österreichischen Kaisers, konstituiert und die

Souveränität des Königs von Ungarn, trotz Fortbestehens der ständischen Verfassung, trotz neuerlicher Bestätigung des X. Artikels vom Jahre 1790, der neuen tatsächlich untergeordnet. Die Zwiespältigkeit in der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten war bereits so weit gediehen, daß die infolge der Kriegsschuldenlast notwendig gewordenen Finanzmaßnahmen, nachdem sie der Reichstag abgelehnt, im Verordnungsweg durchgeführt und trotz Protestes der Komitate aufrechterhalten wurden. Auch Rekrutenaushreibungen und Steuerausreibungen fanden bereits ohne Reichstag statt; die Regierung versuchte sogar die vereinzelt protestierenden Komitate durch Einsetzung königlicher Kommissäre zum Schweigen zu bringen. Das geschah im tiefsten Frieden, die großen Massen der Adelligen rührten sich nicht, um den Bestand einer Verfassung zu sichern, deren Daseinsberechtigung nur auf dem Papier beruhte.

Den Wiener Behörden galt die ungarische Verfassung freilich als ideales Werkzeug zur Fortführung eines ruhigen, vor Aufregungen und Überraschungen gesicherten Regierungssystems. Sie brauchten nur die ständischen Vorrechte zu wahren, einige Formfragen nicht zu verletzen, dann konnten sie mit Recht beruhigt sein: in Ungarn waren keine Revolutionen, keine demokratischen Bewegungen zu befürchten. In den Regierungsmaßnahmen der franziszeischen Epoche läßt sich dieser Zeitgedanke unschwer erkennen, er war auch im sogenannten Metternichschen System, soweit es Ungarn betraf, vorherrschend. Fürst Metternich hat über die ungarischen Verhältnisse tiefer nachgedacht als irgendein anderer Vertreter der Zentralregierung, er ist auch in manchen Fragen zu anderen, von den traditionell-konservativen Ansichten abweichenden Resultaten gelangt. Als im Jahre 1811 die ungarischen Stände sich weigerten, die finanziellen Maßnahmen der Regierung gutzuheißen,

und einige Ratgeber den Kaiser zum Sturz der ungarischen Verfassung bewegen wollten, trat Metternich entschieden für die Erhaltung, aber auch für die Reform der ständischen Verfassung ein. Er sprach „von dem großen Werke einer möglichen Zivilisation von Ungarn“, die „mit Zeit und Gelegenheit, mit kalter Übersicht und unbefangener Ruhe“ zu unternehmen wäre. Die „Zivilisation“ Ungarns bedeutete für ihn weniger die Modernisierung der veralteten Struktur der Verfassung als die Hebung des allgemeinen Kulturzustandes. In dieser Hinsicht wäre demnach ein Zusammenarbeiten mit Széchenyi nicht undenkbar gewesen. Metternich ist jedoch von der Verwirklichung seiner Ideen dadurch abgehalten worden, daß er zeitlebens vor allem Diplomat blieb und ihm in Fragen der inneren Verwaltung die schöpferische Kraft abging. Andererseits war er neben Kaiser Franz gerade in den inneren Angelegenheiten nicht immer jene allmächtige Persönlichkeit, zu der ihn die bürgerlich-liberale Geschichtschreibung des neunzehnten Jahrhunderts mit Vorliebe stempeln will. Kaiser Franz war unter dem übermächtigen Eindruck der Unglücksfälle, die sein Reich infolge der französischen Revolution heimgesucht hatten, während seiner langen Regierung der entschiedenste Gegner aller Neuerungen und aller Reformwerke, gerade auch im Hinblick auf die ungarische Verfassung, dies konservative Produkt eines Jahrtausends. Als einmal im Laufe einer freundschaftlichen Besprechung Metternich von Napoleon den guten Ratsschlag erhielt, Ungarn zu „reformieren“, denn ohne eine Reform Ungarns „wäret ihr nie wirklich stark“, wußte er sich auf die Ansichten seines Herrschers zu berufen, der gewohnt sei, eine so tiefgreifende Maßnahme erst nach genauer Erwägung aller Mittel und Wege zu unternehmen. Die bestehenden Verhältnisse gewährten aber Franz I. die Möglichkeit eines ruhigen, revolutions-

freien Regierens, deshalb verzichteten die Regierungskreise einstweilen auf die Vorbereitungen des Reformwerkes.

Während die Regierung in Untätigkeit verharrte, begann Széchenyi sein Reformwerk. Gleich zu Anfang versuchte er, Metternich für seine Ideen zu interessieren. Als Magnat mochte der Rittmeister mit dem Staatskanzler als mit seinesgleichen frei und ungezwungen reden, nach Metternichs Aufzeichnungen bemerkte er dem Leiter der Monarchie gegenüber, „sein Kummer sei bereits seit langem auf dem Grunde gänzlicher Seichtheit und Abgespanntheit der ungarischen Magnaten gestanden; die Stumpfsheit des Nachwuchses sei ihm nicht minder peinlich gewesen, nun habe er sich vorgenommen, diese Jugend zu beleben; ihr Los sei, stets irre zu gehen, daher bedürfe sie eines Führers; diese Stelle fordere viele Rücksichten und Bedingungen, die erste liege für einen eifrigen Diener des wahren Guten, für einen treuen Untertan im Rufe eines Patrioten“. Diese Metternichs Terminologie recht fernstehenden Sätze beweisen, daß ihm Széchenyi einen tiefen Einblick in den moralischen Unterbau seines Lebenswerkes gewährte. Die Erziehung der geborenen Führer der Nation zum wahren Guten, d. h. zur Erfüllung der Pflichten dem König und dem Vaterland gegenüber, sollte den Ausgangspunkt einer „milden und konvulsionsfreien“ Reformation bilden. In Széchenyi trat der ganze sittliche Ernst einer Nation, die sich erneuern will, Metternich gegenüber und lud die bisher abseits stehende Regierung zur freudigen Mitarbeit am großen Werke ein. „Nach einer dreistündigen Unterredung,“ schrieb dann Metternich, „verließ er mich tiefbewegt und in einer sehr niedergeschlagenen Stimmung.“ Der Staatskanzler bedeutete dem jungen Aristokraten, er gehe in sein Verderben, wenn er an solchen Zielen festhalte; all das sei unnötig und unnütz, es genüge, wenn man auf dem bisherigen

Wege weiterwandle. „So wird es fortan gehen, wenn man von Oben festhält und frei die Wahrheit spricht. Ganz andere Dinge als den Preßburger Saumel hat diese bereits besiegt.“ Dabei dachte der gefeierte Staatsmann an den glänzendsten Erfolg seines Lebens, die diplomatische Vernichtung Napoleons, ohne die Macht jener Kräfte zu ahnen, die jetzt von Széchenyi in absonderlicher, nervöser Erregung zusammengefaßt, in sein eigenes Lebenswerk Bresche legen sollten. Széchenyi erhielt auf sein schriftlich vorgelegtes Programm hin von Metternich, der die unveränderte Erhaltung der ständischen Verfassung als Regierungspflicht bezeichnete, eine entschiedene Absage. „Die Erhaltung der ungarischen Verfassung erkenne ich in jeder Hinsicht für eine so strenge Pflicht des Staatsdieners und gleichzeitig für ein so bestimmtes Gebot des Rechtes wie der Klugheit, daß ich mein ganzes politisches Leben vernichten müßte, um dem Gegenteile auch nur Gehör zu geben.“ Gefahren drohten der Verfassung nach Metternichs Ansicht nicht vom Herrscher und nicht von der Regierung, sondern „von den Gebilden der Zeit“, worunter er gerade die in Széchenyi verkörperten nationalen Energien verstand.

Metternichs ablehnende Haltung bedeutete nichts weniger, als daß die Reformbewegung in die Opposition gedrängt und der Nation die Gewißheit wurde, ihre Bestrebungen fänden bei der Regierung nicht nur keinen Rückhalt, sondern sie würden mit allen Mitteln von ihr bekämpft. Diese Erkenntnis mußte dann logischerweise von Folgen begleitet sein, die das seit 1711 mühsam hergestellte Einvernehmen zwischen Regierung und ständischer Nation gefährdet, letzten Endes zerstört haben. Mit Gewaltmitteln und diplomatischen Kunstgriffen war die ungarische Bewegung ebensowenig mehr einzudämmen wie die gleichzeitigen deutschen und italienischen Einheits- und Kulturbestrebungen. Wir

162

haben bereits die spezifisch nationalen Quellen kennen gelernt, aus denen sie in Ungarn hervorprudelte: die sprachlich-literarische Renaissance samt den in Széchenyi verkörperten moralischen Potenzen eines Volkstums, welches seit tausend Jahren Träger eines auf sich gestellten Staates gewesen war: sie standen an der Wiege der neuen Zeit, und durch sie unterschieden sich die Vorgänge in Ungarn im allgemeinen von den aus altrömischen Reminiszzenzen und modernem Demokratismus gespeisten italienischen, aber auch von den deutschen Begebenheiten, die nach der ersten Blütezeit von 1814 gerade jetzt auf allen Gebieten des nationalen Lebens die große Periode Bismarcks vorbereiteten. In dem Moment aber, wo die Bewegung in Ungarn sich genötigt sah, zur Erlangung ihrer Ziele oppositionelle Wege zu wandeln, gewann sie eine fortwährend wachsende Ähnlichkeit mit ihren deutschen und italienischen Schwestern, die von Metternich gleichfalls mit allen Mitteln des absolutistischen Polizeistaates verfolgt wurden. Die von Széchenyi geplante Reformation, unter Mitwirkung der kulturellen Oberschicht der privilegierten Klassen, war nur mit Unterstützung der Regierung denkbar, und sie vermochte nur im Einvernehmen mit allen ständischen Faktoren auf einen ruhigen, ungestörten Fortgang zu rechnen, da sie von Anfang an auf die Mitarbeit der unteren Volksschichten verzichtete. Sie gedachte ihnen Freiheit, Kultur und Wohlstand zu bringen, aber nach einem Plane, auf dessen Feststellung die zu Befreienden keinen Einfluß nehmen sollten und dessen Durchführung eine längere Dauer erfordert hätte, als es die schwüle politische Atmosphäre des Vormärz gestattete. Die langsame Entwicklung nach Széchenyis Programm ließ sich also nur mit Hilfe der Regierung verwirklichen; nur die weithin sichtbaren Zeichen ihres Wohlwollens wären imstande gewesen, die Umgestaltung des Staatswesens aus den innersten

Tiefen der Nationalität heraus ohne Komplikationen zu bewerkstelligen. So kam es, daß dem Reformwerk aus seinen anfangs ungeduldbigen Helfern in Ungarn bald eine radikalere Opposition erwuchs. Die von Széchenyi entfachte Bewegung ließ sich von ihm ohne Mitwirkung der Regierung nicht länger zügeln, er vermochte seinen Einfluß auf die Umgestaltung der ständisch-sozialen Verhältnisse nicht weiter geltend zu machen und sah sich bald von der radikalen Opposition in den Hintergrund gedrängt.

Die Vorgänge innerhalb der Zeit von 1840 bis 1848 erhielten ihr Gepräge von dem oppositionellen Charakter der nationalen Bewegung, die infolge der ablehnenden Haltung der Regierung immer mehr an Kraft gewann und immer rascher und heftiger vorwärts drängte. Das Lager der Konservativen, die gegen Széchenyi die unveränderte ständische Verfassung verteidigten, schrumpfte zusammen, bald kämpfte nur mehr die Regierung mit einem Teil des ungebildeten, armen Landadels für die Aufrechterhaltung der alten Verfassung. Die oppositionelle Richtung ermöglichte die Übernahme der modernen liberalen und demokratischen Ideen des Westens, ihnen hat eigentlich Metternich mit seiner Ablehnung des langsamen aristokratischen Reformwerkes Tür und Tor geöffnet. Jene Ideen sind zunächst von den fähigsten Köpfen in Széchenyis Umgebung übernommen worden, die damit, gleichzeitig vom Führer sich lossagend, die radikaleren Richtungen der Opposition verstärkten. Der junge Baron Josef Eötvös (1813—1871), Verfasser eines Romans „Der Dorfnotar“, einer tragischen Satire auf die von den Ständen so hochgehaltene Komitatsverfassung, stellte bereits die Forderung nach parlamentarischer Vertretung und Ministerverantwortlichkeit auf. Dabei haben sie nicht an die Verantwortlichkeit des in Wien residierenden Staatsrats oder Hofkriegsrats gedacht — die Zeiten waren vorbei, wo die

164

ungarischen Stände ihre Kontrolle auf die Wiener Zentralbehörden ausdehnen wollten — seit dem Einsetzen der nationalen Bewegung war es selbstverständlich, daß Ungarn als Verfassungsstaat seinen Mittelpunkt ebenso innerhalb der Landesgrenzen haben müsse wie vor 1526, zur Zeit des ungeteilten Nationalstaates des Mittelalters. Auch das vom Führer der ständischen Opposition Franz Deák (1803—1876) als Sammelplatz zur Vereinigung aller nationalen Kräfte aufgestellte Programm enthielt Forderungen, die die ungeschmälerte Souveränität des ungarischen Staates zur Voraussetzung hatten und entschieden eine liberal-demokratische Färbung nach westlichem Muster aufwiesen.

Der Kampf der Wiener Regierung und der nationalen Opposition nahm in Ungarn dieselben Formen an wie in Deutschland und Italien. Hochverratsprozesse und Verurteilungen zu Festungshaft, Polizei, Zensur, die bis in die gelehrten Gesellschaften eindrang, waren die Mittel der Regierung zur Bekämpfung aller Neuerungen. Unter solchen Umständen war die Vermittlung Széchenyi und des als Patriarchen verehrten Palatins, Erzherzog Josefs, ganz vergeblich. Das Regierungssystem wurde von Metternich mit Konsequenz aufrechterhalten, inzwischen wuchs die demokratische Bewegung unaufhaltsam, sie erhielt von einem eben entstehenden Zeitungswesen Beistand und Förderung. Als erster Redakteur nach westlichem Zuschnitt, der Herz und Wille seiner Leser gleich zu beherrschen wußte, erschien Ludwig Kossuth; in ihm erstand Ungarn bald der glänzendste liberale Rhetor des Zeitalters.

Der Entwicklungsgang dieser entscheidenden Jahre weist einige Eigentümlichkeiten auf, die für die Zukunft der Nation und des Staates von hoher Bedeutung geworden sind. Dazu muß vor allem die Erweiterung der ständischen Nation zu einem alle Schichten des Ungartums umfassenden

Gebilde gezählt werden. Die neue Entwicklung knüpfte hierbei an die Resultate des achtzehnten Jahrhunderts an, in dessen Verlaufe die politischen und kulturellen Unterschiede zwischen Ost- und Westungarn, zwischen der protestantisch-siebenbürgisch-türkischen Partei und den habsburgisch gesinnten Katholiken verwischt und die seelische Einheit des Ständetums wieder hergestellt worden war. Nach Széchenyis Konzeption sollte die neue Entwicklung von dem wohlhabenderen Teile jener bereits im ganzen Lande verbreiteten einheitlichen Volkschicht getragen werden, von den Adligen, die, im Besitze mittlerer und großer Güter, infolge ihrer gesicherten materiellen Lage für Kultureindrücke besonders empfänglich erschienen. Ihnen diente das Reformwerk nicht als Broterwerb, sie haben es unternommen und fortgesetzt, weil sie dazu durch Széchenyis Beispiel und durch ihre eigenen Kulturbedürfnisse getrieben wurden. Der kulturelle Ausgangspunkt: die literarische Renaissance der Nationalität wirkte hier mitbestimmend. Gerade infolge ihrer nationalen Grundrichtung mußte die neue Bewegung auf alle, die Ungarisch sprachen, ohne Unterschied des Standes und der Religion, früher oder später gleichmäßig einwirken. Gewiß hat auch die demokratische Färbung der neuen Ideen zur Erweiterung der ständischen Nation das Ihrige beigetragen, daß es aber ohne innere Umwälzung, auf friedlichem Wege ging, ist dem kulturellen Ursprung der Bewegung zu verdanken. Bei der summarischen Abrechnung mit den mittelalterlichen Zuständen sind fast in allen Staaten Europas wirtschaftspolitische und soziale Klippen aufgetaucht, an denen die Staatsschiffe nur selten ungefährdet vorübergingen; wie viele Revolutionen haben die europäischen Länder, von Frankreich angefangen bis zu den kleinen italienischen und deutschen Staaten, während dieser Zeit nicht durchmachen müssen. Die vornehmlich kulturelle Bewegung in

Ungarn konnte jene Klippen um so leichter vermeiden, je gesicherter die Stellung der ungarischen Bauern seit den großen Reformen Maria Theresias war, die sich nun infolge ihrer günstigen wirtschaftlichen Lage den nationalen Einwirkungen ihrer Gutsherrschaften zugänglicher zeigten. Demgemäß vollzog sich die Erweiterung der ständischen zu einer modernen Nation ohne Klassenkämpfe, eine Tatsache, die für die Wiener Staatsmänner eine große Überraschung bildete. Metternich selbst befürchtete infolge der fortgesetzten Tätigkeit der begüterten Klassen einen Bauernaufstand. „Kommt es in Ungarn zu einer Revolution, so wird sie Ströme von Blut kosten und zur Erhebung der untersten Schichten des Volkes gegen die Besitzenden führen“ — Beispiele dafür lieferte ihm der Vormärz in Hülle und Fülle, von den kleinen norddeutschen Bauernaufständen bis zum blutigen polnischen Klassenkampfe. In Ungarn verlief aber das kritische Stadium ohne Störungen: die liberal-modernen oberen Klassen und die Bauern vereinigten sich hier zu einem einheitlichen nationalen Ganzen, wobei die niederen Adligen, die in vollkommen bäuerlichen Verhältnissen ganze Dörfer bewohnten, dabei aber sich der adligen Vorrechte erfreuten, ein besonders wirksames Ferment bildeten. Ihre Söhne stiegen vielfach in die Intelligenz-Klassen auf und förderten dadurch die gedankliche Vereinheitlichung des höheren Landadels und der unteren Bauernschichten.

Je mehr Erfolge aber der bemittelte Landadel in seiner nationalen Verbearbeit aufwies, desto weniger vermochte er die alleinige Führung der Bewegung zu behalten: er mußte sie mit den neuerweckten Klassen teilen, die auf einzelnen Gebieten selbst die Führung übernahmen und ihre Anschauungen dem Landadel einprägten. Am raschesten schritt die Entwicklung auf literarischem Gebiete vor. Noch

waren seitdem keine zwanzig Jahre vergangen, daß Kázmey's Jünger gleichzeitig für nationale Wiedergeburt und Herrschaft der privilegierten Klassen geschwärmt hatten, jetzt traten bereits die Klassiker der ungarischen Literatur Petöfi (1823—1849) und Arany (1817—1882) vor die Öffentlichkeit, beide Söhne der nichtprivilegierten Klassen, beide menschlich und künstlerisch volle Vertreter der modernen, nicht mehr ständischen Nation. Vor neunhundert Jahren waren alle Werte, alle politischen und kulturellen Besitztümer der Nation in der Person des Herrschers konzentriert, jetzt fand die Nation ihre Verkörperung in Arany's Lieblingsgestalt Tolbi, im vollkommenen Ebenmaß des ungarischen Bauern der Theißgegenden. In diesem Sinne hat die nationale Entwicklung des Ungartums in den vierziger Jahren bereits ihren Höhepunkt erreicht; für eine staatlose Nation, wie z. B. die provençalische, wäre dies die Erfüllung der Zeiten gewesen, über die hinaus es keinen höheren Aufstieg mehr gab. Die innere Gestaltung der modernen Nation selbst war abgeschlossen; jetzt harrete aber noch das große Doppelproblem der Lösung, wie der ständische Staat für die moderne Nation wohnhaft gemacht und das Verhältnis des neu zu gestaltenden Staates zur zentralen Gemeinschaft dauernd geregelt werden könnte.

Die Lösung dieser beiden Fragen ist von der damaligen Generation eifrig versucht worden. Die führenden Politiker, die neben Széchenyi herangewachsen waren, begnügten sich nicht mit seiner zurückhaltenden Stellungnahme gegenüber den Verfassungsfragen. Sie glaubten in den liberal-demokratischen Ideen, wie sie im französischen Parlament vertreten wurden, die Mittel zur Lösung der politischen Probleme auch für Ungarn gefunden zu haben. In den vierziger Jahren mündet die ungarische Entwicklung in den großen Fluß der liberal-demokratischen Bewegung der west-

und mitteleuropäischen Länder, demzufolge nimmt sie auch denselben reizend schnellen Fortgang. Es kochte bereits in Deutschland, ebenso in Italien; alles drängte mit Hefigkeit vorwärts und, da die Gegenkräfte keineswegs nachließen, zur Katastrophe. Auf die pochenden Aberschläge der Zeit reagierte in Ungarn nur Széchenyi's Seele. Er hat die Katastrophe vorausgesehen: in seinen wachen Träumen und seiner traumhaften Hellseherei sah er „Blut und Blut überall“, es stiegen vor seinem Geiste die Schatten der Revolution auf, die sein friedliches Lebenswerk, die neugeschaffene Nationalität seines Volkes, zu verdunkeln drohten. Er raffte alle seine Kräfte zusammen, um das heftige Fortschrittstempo zu dämpfen: Széchenyi, der Vater der Neuerung, ist zum Gegner des weiteren Fortschrittes geworden, er griff die liberale Demokratie an, die, von der früheren Széchenyi'schen Reformpartei abzweigend, vornehmlich durch Landadlige und Advokaten verstärkt, auf den Reichstagen und in den Komitatskongregationen mit den Methoden des französischen Parlamentarismus arbeitete. In diesem Kampfe vertrat Széchenyi einen überwundenen, zur Niederlage bestimmten Standpunkt. Zum Repräsentanten der neuen Generation ist der Führer der liberalen Richtung, Kossuth, geworden, dessen alles mit sich fortreißender Willenskraft es gelang, Ungarn in die letzte Phase der westlichen Verfassungsentwicklung hinüberzuleiten, in der die nationalen Kräfte konzentriert in parlamentarischen Körpern mit unaufhaltsamer Eile zur Liquidierung der ganzen Erbschaft des mittelalterlichen Ständetums und des neuzeitlichen Absolutismus drängten.

Solchen Kräften gegenüber waren alle Regierungen, auch die Wiener, ohnmächtig. Diese hatte gleichzeitig drei Bewegungen, in Deutschland, Italien und in Ungarn, niederzuhalten. Anstatt mit den bestehenden Verhältnissen zu

rechnen und mit dem neuen Geiste ernstlich ein Abkommen zu treffen, hielt man an der alten Konzeption der deutsch-italienischen Großmacht fest: man brachte weiterhin unzählige Opfer für die Hebung des Kulturzustandes der italienischen Provinzen, vernachlässigte die ungarischen Verhältnisse und setzte die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft in Deutschland fort. Seit dem Tode Franz' I. aber waren keine Erfolge wahrzunehmen. An Stelle Kaiser Ferdinands I. regierte der Staatsrat und die Staatskonferenz, beide mehreremale umgestaltet, je nach den persönlichen Anschauungen Metternichs oder Kollowrats, der führenden Minister, die miteinander um die Vorherrschaft im Kabinett kämpften. Die Zentralleitung verlor ihre Festigkeit, da niemand die Energie zu ihrer zeitgemäßen Umgestaltung aufbrachte. Für Metternich war das kein Geheimnis, er selbst verfügte aber in seinem hohen Alter nicht mehr über die nötige Kraft, gestaltend einzugreifen. Die eigentliche Regierung sollte die Staatskonferenz darstellen, sie entfernte sich aber, nach den Worten eines ihrer Mitglieder, „außer der Polizei von allem, was sie über die Bedürfnisse, die Schwierigkeiten, die Mittel, sie zu überwinden, die eigentümlichen Verhältnisse unterrichten könnte“. Man begreift demnach, daß angesichts der fortschreitenden Macht der Opposition in Ungarn die von Széchenyi geforderten Maßnahmen zu spät kamen. Als man sich endlich entschloß, von dem starren Festhalten an der ständischen Verfassung abzugehen, als man die fortschrittlich gesinnten Grafen Apponyi und Desseloffy mit der Durchführung eines offiziellen Reformwerkes betraute und für Széchenyi in der ungarischen Statthalterei eine eigene Sektion, jene des Verkehrs wesens, errichtete, da war die liberale Opposition mit diesen Maßnahmen nicht mehr zufriedenzustellen, und es nahte bereits der Sturm der Februarrevolution.

Ein Gegenstück zur ungarischen Renaissance bildet das Erwachen der nichtungarischen Völkerschaften Ungarns, mit dem wir uns jetzt einen Augenblick befassen müssen. Unter ihnen kommen zunächst die Kroaten und Serben, die Slowaken und die Rumänen, weniger aber die Deutschen in Betracht. Ein Teil der Deutschen, darunter hauptsächlich die Siebenbürger Sachsen, besaß bereits seine historisch gewordenen autonomen Institutionen, die ihnen außer politischen Vorrechten auch die Teilnahme am deutschen Geistesleben seit der Reformation gewährleisteten. Der andere Teil, und zumal die städtische Bürgerschaft in Ungarn, schmiegte sich hingegen an das Ungartum an, übernahm von ihm die neuen Ideen, mit ihnen auch die ungarische Sprache und Nationalität. Die Umwandlung der größtenteils deutschen Städte in ungarische vollzog sich unbewußt und unbemerkt, wie denn viele Führer der liberalen ungarischen Bewegung aus ehemals deutschen Bürgerfamilien stammten.

Einen wesentlich anderen Gang nahm die Entwicklung bei den slawischen und rumänischen Völkern. Ihren Bestrebungen, einem Ergebnis des seit den Napoleonischen Kriegen in Europa verbreiteten nationalen Gedankens, ging weder eine tausendjährige eigenstaatliche Geschichte, noch die heroische Kur eines Széchenyi voraus. Bei allen lebten die vollstlichen Bestandteile räumlich über verschiedene Staatsgebiete verstreut, dies gab der Entwicklung von Anfang an einen bestimmten Grundton. Die Kroaten waren außer in dem „dreieinigem“ Königreich Kroatien-Dalmatien-Slawonien auch in den österreichischen Erbländern und im türkischen Bosnien ansässig, die Serben außer in Ungarn im jungen Fürstentum Serbien, die Rumänen in Siebenbürgen und in den walachischen Donaufürstentümern, im späteren Königreich Rumänien. Von den Slowaken

Nordungarns glaubte man, daß sie mit den Tschoslawen eines Stammes seien. Die Staatsgrenzen Ungarns fielen also mit den Nationalitätsgrenzen dieser Völker nicht zusammen, ihre ethnographische Lagerung mußte demnach im Laufe der Zeit für das ungarische Staatswesen schwerwiegende Folgen zeitigen. Solche Erwägungen sind zunächst gegenstandslos gewesen, da sich die Zentren der literarisch-kulturellen Bewegung nicht in den außerungarischen Gebieten, sondern in Ungarn selbst befanden. Das nationale Erwachen des Serbentums ging von den ungarländischen Serben aus, die bei ihrer Aktion sich Formen und Ziele der ungarischen Renaissance zum Vorbild nahmen und von dieser stetig Anregungen erhielten. Das Zentrum der rumänischen Bewegung lag gleichfalls innerhalb der ungarischen Grenzen, ihre Vertreter waren ungarisch-siebenbürgische Walachen, sie besaß aber von Anfang an eine gegen die ungarische Staatlichkeit gerichtete Spitze. Dem Ursprung nach beruhte sie, nicht unähnlich der italienischen Bewegung, auf einer geschichtlichen Grundlage, nur beruhte dieselbe im Gegensatz zur Wirklichkeit der Entwicklung auf willkürlich erdachten historischen Konstruktionen, denen zufolge die Walachen als die autochthone Bevölkerung Siebenbürgens daselbst lange vor Ankunft der Ungarn ein mächtiges dakoromanisches Reich begründet hätten. Als Wiege des walachischen Volkstums gehöre also Siebenbürgen ihnen, und es wäre nur ihr gutes historisches Recht, wenn sie die Verwaltung des Landes mit Außerkraftsetzung der bestehenden ungarisch-sächsischen Institutionen selber in die Hand nähmen. Bedeutsam war es, daß die nationale Richtung des Rumänentums in der mächtigen Organisation der rumänisch-nationalen Kirche Siebenbürgens eine Stütze fand, während die serbischen Bestrebungen von dem reichen serbisch-orthodoxen Patriarchat zu Karlowitz gefördert wurden.

Entstammten die Phantome der rumänischen Volksbewegung den trüben Quellen geschichtlicher Träumerei, so sprach für die Kroaten die historische Entwicklung klarer und bestimmter. Sie besaßen bereits vor der ungarischen Eroberung im elften Jahrhundert ein selbständiges Staatswesen, erfreuten sich auch seither ununterbrochen als Nebenländer der heiligen Krone einer ausgedehnten Autonomie. Ihre nationalen Bestrebungen wären demnach mit dem ungarischen Staatsgedanken auf historischer Grundlage leicht vereinbar gewesen. Nun hat aber der nationale Gedanke in seiner stürmischen Jugend auf die historische Entwicklung wenig Rücksicht genommen. Die kroatische Kulturbewegung beschränkte sich nicht darauf, eben eine kroatische zu sein und in den Grenzen des vorhandenen ungarischen Staatswesens zu bleiben, sondern sie setzte sich zum Ziel, alle „Illyrier“, d. h. Südslawen, in einem zunächst kulturellen, früher oder später aber auch politischen Gemeinwesen zu vereinigen. Als Vorbild erschien ihr dabei das illyrische Königreich Napoleons, welches vorübergehend die südlich und östlich der deutschen und italienischen Sprachgrenze wohnenden Slawen des Adriatischen Meeres auf dem Gebiete des österreichischen Kaisertums und der heiligen Krone Ungarns vereinigt hatte. Das Ziel der illyrischen Bewegung ließ sich also ohne Sprengung des ungarischen Staatsgebietes nicht erreichen.

Man kann sich leicht vorstellen, welche Bedeutung in all diesen Fragen der Entschliebung der Wiener Regierung zukam. Sie mußte zwischen dem von der ungarischen Renaissance getragenen Staatsgedanken und den Sonderbestrebungen der nichtungarischen Völker wählen, wobei ihr aber eigentlich keine freie Wahl zustand, denn sie hatte sich bereits zu Beginn der Széchenyi'schen Periode gegen die ungarische Bewegung erklärt. Es war nur folgerichtig,

wenn sie jetzt dem Erwachen der nichtungarischen Völker nicht so zurückhaltend und ablehnend gegenüberstand als der Renaissance des Ungartums. Tatsächlich trat sie mit dem illyrischen Führer Ludwig Gaj in Verhandlungen und entschloß sich, die kroatische Bewegung zu unterstützen. Als infolge Einführung der ungarischen Sprache als Staatssprache an Stelle der lateinischen Differenzen unter den Kroaten und Ungarn entstanden, erschien die Wiener Regierung als Beschützerin der nationalen Sache in Kroatien, obgleich ihr diese Rolle während der Herrschaft des Metternichschen Systems wenig zusagen mochte. Mitbestimmend für den Anschluß der Kroaten an die Wiener Regierung war auch die tatkräftige Förderung, die die wissenschaftlichen Bahnbrecher des Slawentums von Wiener gelehrten Kreisen erfuhren. Hofbibliothek und Universität in Wien sind zu Wiegestätten der serbokroatischen, aber auch der slowakischen Sprach- und Altertumswissenschaft geworden. Die Slowaken Oberungarns blieben am längsten in der Entwicklung zurück, sie sind nur schwer zur Bildung einer eigenen Schriftsprache gelangt, doch standen ihre Führer bereits mit Wiener Gelehrten und mit tschechischen Nationalisten in Fühlung.

Die hier geschilderten zentrifugalen Tendenzen erschienen den damaligen Zuschauern nicht allzu bedeutend, man vermochte die Gefahren, die sie in sich bargen, nicht leicht zu einer Zeit zu ermessen, in der die nationalen Staatswesen Rumänien und Serbien sich noch in den Kinderschuhen befanden und keine Anziehungskraft auf ihre ungarländischen Konnationalen besaßen. Die auswärtigen Folgen der ganzen Entwicklung sind daher weder in Wien noch in Ungarn ihrer vollen Tragweite nach erkannt worden. Wenn die Wiener Regierung angesichts der ungarischen nationalen Bewegung von Kurz-

sichtigkeit und Unterschätzung nicht freizusprechen ist, so sind wiederum die oppositionellen Politiker des Ungartums den nichtungarischen, insbesondere kroatischen Strömungen gegenüber in ähnliche Fehler verfallen. Man hat zwar hie und da das Wort für eine friedliche Verständigung erhoben, es wurde ihr aber von keiner Seite in nachdrücklicher Weise stattgegeben. Einzelne Führer der ungarischen Reformarbeit befürworteten eine sehr liberale Behandlung der nichtungarischen Völker, die seither im ungarischen Sprachgebrauch zum Unterschiede von der ungarischen Staatsnation die „Nationalitäten“ genannt werden. Zur Verwirklichung der Ideen eines Cötvös und eines Wesselényi ließen jedoch die seit der Februarrevolution sich überstürzenden Ereignisse keine Zeit mehr, eine Rede Széchenyis, in der er für das Einvernehmen mit den nichtungarischen Nationalitäten eintrat, bedrohte sogar den „größten Ungar“ in seiner Heimat mit dem Verlust seiner Volkstümlichkeit.

Das Jahr 1848 fand die nichtungarischen Völker noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung, das Ungartum aber in der vollen Blüte seiner Verjüngung. In der sehnstichtigen Verehrung eines nach liberalen Grundsätzen verwirklichten ungarischen Staatsgedankens fanden sich alle sozialen Schichten des Ungartums, mit ihnen auch die deutsche städtische und die Landbevölkerung, beinahe alle gebildeten Kreise des Serbentums; eine Gegenbewegung durfte auch bei den großen Massen der Slowaken und Ruthenen nicht auf Unterstützung hoffen. Als infolge der Februarrevolution das absolutistische System in ganz Europa ins Schwanken geriet, als in Österreich unter dem Drucke der Wiener Märzrevolution Metternich flüchten mußte und die parlamentarische Regierungsform eingeführt wurde, fiel auch die reife Frucht des ungarischen Verfassungsstaates der Nation zu.

Auf die erste Nachricht der Wiener Ereignisse ward von der Universitätsjugend in Pest unter Petöfis Führung die Preßfreiheit proklamiert. Die Umwälzung verlief ohne Blutvergießen und unter stürmischer Begeisterung in den herkömmlichen Formen der liberalen Verfassungsliquidation. Der letzte ständische Reichstag zu Preßburg nahm eine nach dem belgischen Muster ausgearbeitete Verfassung an, die dann von König Ferdinand V. am 11. April 1848 sanktioniert wurde. Die Aprilgesetze bestimmen für den Staat Ungarn eine parlamentarische Regierungsform mit Volksvertretung und Ministerverantwortlichkeit, die Aufhebung der Privilegien, der Militär- und Steuerfreiheit des Adels, also die allgemeine Gleichheit der Besitzrechte und der öffentlichen Lasten, ferner Preßfreiheit und allgemeine Religionsfreiheit. Siebenbürgen hörte auf als Großfürstentum zu bestehen und wurde mit Ungarn vereinigt, so wie es vor der Errichtung des siebenbürgischen Fürstentums der Fall gewesen. Zum Präsidenten des ersten ungarischen Ministeriums wurde vom König Graf Ludwig Batthyányi (1806—1849), der Führer der liberalen Opposition der letzten ständischen Reichstage, ernannt. In seinem Kabinett vertraten Széchenyi, Deák, Kossuth, Eötvös alle Schattierungen der nationalen Reformbewegung, die sich jetzt mit Recht am Ziele sah, war es ihr doch gelungen, Nation und König in gemeinsamer Mitarbeit an der Bildung des Nationalstaates zu vereinigen. Die hohen Ziele der Aprilgesetzgebung werden in der Vorrede zu den Gesetzartikeln dargelegt: Vereinigung der gesamten ungarischen Nation durch gleiche Rechte und Interessen, gesetzliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Reiches, Regelung seiner Beziehungen zu den durch die Pragmatische Sanktion unlösbar mit ihm vereinigten Provinzen und endlich die durch die Forderungen der Zeit und dringende Umstände notwendig gewordene Kon-

stitutionelle Entfaltung des Nationallebens. Die neue Verfassung bezweckte also im allgemeinen nichts anderes als die Wiederherstellung der Selbständigkeit des Staates in Verbindung mit einer Neubelebung desselben nach liberalen Grundsätzen, womit die definitive Regelung des Verhältnisses zu Österreich auf Grundlage der Pragmatischen Sanction Hand in Hand gehen sollte. In der That erklärte sich das ungarische Ministerium bereit, die mit Österreich gemeinsamen Angelegenheiten zu ordnen, und ersuchte zu diesem Behufe das österreichische Ministerium Pillersdorf um Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Erörterung jener Fragen, die im gemeinsamen Interesse Österreichs und Ungarns eine gegenseitige Behandlung erheischten. An die Stelle einer in Wien zentralisierten, aus ständischen Staaten bestehenden Monarchie trat jetzt ein neues Gebilde: zwei voneinander getrennte, aber ihrer gemeinsamen Interessen sich bewußte Staaten unter einem Herrscher. Die dualistische Formung der Monarchie war im Sommer 1848 bereits fertig, und zunächst suchten beide Staaten den Weg zu einer friedlichen Ausgestaltung derselben zu betreten.

Dazwischen trat jedoch die Gegenrevolution, getragen von hohen Militärs und von ihrer bisherigen Gesinnung abtrünnigen Wiener Demokraten, die noch vor nicht langer Zeit Metternich von seinem Sitze verdrängt hatten. Der kranke Kaiser Ferdinand trat am 2. Dezember 1848 zurück, die Ratgeber seines Nachfolgers, des jungen Kaisers Franz Josef I., versuchten jetzt mit ungewöhnlicher Energie die Entwicklung der Dinge zurückzuschrauben und das Warten der Aprilgesetze in Ungarn und der mit diesen korrespondierenden Pillersdorfschen Verfassung in Österreich zu verhindern. Als Handhabe hiezuhiente ihnen zunächst die Nationalitätenfrage, die in Ungarn von der April-

gesetzgebung noch nicht gelöst worden war. Die Reaktion stellte die slawischen Nationalitäten in den Dienst ihrer absolutistischen und zentralisierenden Tendenzen gegen den ungarischen Verfassungsstaat. Die Rumänen waren mit der Wiedervereinigung Siebenbürgens unzufrieden, sie und die Kroaten führten den ersten Schlag gegen die Aprilgesetze. Der Banus von Kroatien, Tellačić, drang mit seinen Truppen gegen den Sitz der neuen Regierung, nach Budapest, vor. Als der Palatin Erzherzog Stefan, der gesetzmäßige Vermittler zwischen König und Nation, ihn zur Umkehr aufforderte, gab ihm der Banus zu verstehen, daß er Wiener Befehlen gemäß handle. Zu dieser Zeit kämpften die ungarischen Regimenter größtenteils unter Radeky in Oberitalien, es standen der ungarischen Regierung wenig Truppen zur Verfügung, die aber Tellačić doch zurückschlugen, worauf dieser nach Wien flüchtete. Während die ungarische Regierung sich gegen Tellačić wehren mußte, erhielt sie seitens der österreichischen Regierung die Aufforderung, zur Unterdrückung des italienischen Aufstandes neue Truppen ausheben zu lassen. Da aber die Verbindung Tellačićs mit den Wiener Kreisen gleichzeitig die innere Auflösung der österreichischen Verfassung und die Wiedererstarkung der absolutistischen Tendenzen aufdeckte, war es im Interesse der nationalen Selbsterhaltung nicht anders möglich, als daß die neu ausgehobenen Truppen anstatt in Italien im Lande selbst gegen die aufständischen Kroaten und Serben verwendet wurden. Als dann Tellačić seine fliehenden Scharen mit denen des kaiserlichen Oberkommandierenden Windisch-Graetz vereinigte und dieser das revolutionierte Wien zu belagern begann, war es jedermann klar, daß in Österreich die Sache der Verfassung verloren gegangen sei und der neue Absolutismus sich bald auch gegen Ungarn wenden werde. So wurde das ungarische Volk zum Freiheitskampf, zum

Kampf um seine nationale Existenz gezwungen. Széchenyi's Lebensziel, das friedliche Reformwerk, brach vollständig unter den blutigen Schatten des Herbstes 1848 zusammen, die Ereignisse haben selbst den Urheber der Entwicklung nicht verschont — in geistiger Amnachtung endete er in einer Irrenanstalt durch Selbstmord.

Wie im leopoldinischen Zeitalter ging auch jetzt wiederum der Kampf um Staat und Nation. Da bei der Abdankung Ferdinands auf die Staatlichkeit Ungarns keine Rücksicht genommen wurde, hielt die ungarische Regierung zunächst an der Fiktion der weiteren ferdinandischen Regierung fest, doch war es natürlich auf die Dauer ausgeschlossen, ohne König königstreu zu regieren. Die von allen Seiten umstellte Nation übertrug die Leitung einem „Landesverteidigungsausschuß“, zu dessen Präsidenten Kossuth gewählt wurde. Unter dem Namen der „Honvéds“ ward zur „Verteidigung des Vaterlandes“ eine nationale Armee errichtet, ihren Grundstock bildeten die in Ungarn zufällig vorhandenen ungarischen Regimente der gemeinsamen Armee. In der Organisation der Verteidigung hat Kossuth Gewaltiges geleistet: mit zündenden Reden fachte er auf Agitationsreisen die Begeisterung der ungarischen Bauernschaft an; zu dieser Zeit schrieb er seinen Namen unauslöschbar in die Seele der Bevölkerung der Donau-Theiß-Gegenden. In Wien trat jetzt, im Gegensatz zu Metternichs System, der Zentralismus unverhüllt hervor. In der Märzverfassung 1849 proklamierte man einen einheitlichen Kaiserstaat Österreich, der auch das „Kronland“ Ungarn umfassen sollte, und im allgemeinen nicht mehr auf ständischen, sondern einstweilen noch auf modernen repräsentativen Grundlagen beruhte. Damit war ein entscheidender Schritt nicht nur in der vormärzlichen Richtung, sondern zur restlosen Vernichtung des ungarischen Staates getan, wie man ihn seit Josef II. nicht wieder

gewagt hatte. Die Märzverfassung wollte nicht bloß die im österreichischen Reichstag der Pillersdorffschen Verfassung vertretenen Länder, sondern auch die Länder der heiligen Krone in einem Gesamtverbande umschließen, sie feierte die „Wiedergeburt eines einheitlichen Österreichs“, welches den ganzen historischen Staat Ungarn mit all seinen Nebenländern in sich gefaßt hätte. Inzwischen errang aber die junge Honvédarmee unter Arthur Görgeys Führung über die österreichischen Feldherren entscheidende Siege; nach Besserung der militärischen Lage erklärte der ungarische Reichstag als Antwort auf die Märzverfassung die Dynastie auf Kossuths Drängen des Thrones verlustig — wohl der verhängnisvollste Schritt seines Lebens. Er selbst wurde zum „Gouverneur“ Ungarns erwählt. Damit war jede friedliche Beilegung des Streites unmöglich geworden: Österreich nahm die von Jar Nikolaus I. angebotene Hilfe an, und der ungarische Freiheitskrieg wurde nach anderthalbjähriger Dauer von den russischen und österreichischen Heeren niedergeschlagen. General Haynau ließ dreizehn Honvédgeneräle zu Arad hinrichten, ein gleiches Schicksal widerfuhr dem ersten Ministerpräsidenten Ungarns, Graf Ludwig Batthyányi. Ein großer Teil der politisch kompromittierten Patrioten, unter ihnen Kossuth, floh ins Ausland. Man verwirklichte die Märzverfassung von 1849: Ungarn verschwand als Staat, Siebenbürgen und die Militärgrenze wurden wieder von ihm abgetrennt, aus dem Banat und der Bácska eine besondere Provinz, die serbische Großwoiwodschafft, errichtet, die übrigen Teile Ungarns bildeten nur ein Kronland des österreichischen Kaiserstaates.

Auf den Trümmern des ungarischen Staates blieb auch die Siegerin, die Märzverfassung, nicht lange bestehen. Das Ministerium Schwarzenberg versprach bereits am 20. August 1851 ihre Beseitigung, die dann in den Silvester-
180

patenten 1851 erfolgte. Das Ministerium blieb fortan ausschließlich dem jetzt erst absolutistisch gewordenen Herrscher verantwortlich, dem neben seinen Ministern auch ein von ihm ernannter Reichsrat mit Ratschlägen zu dienen hatte. Die österreichischen und ungarischen Länder bildeten unter dieser Regierung „die untrennbaren Bestandteile der österreichischen kaiserlichen Gesamtmonarchie“ und waren gleichzeitig das Feld für die Tätigkeit eines unbeschränkten Beamtenabsolutismus. Die innere Verwaltung lag in den Händen Alexander Bachs, des früheren Wiener demokratischen Advokaten. Ihm fiel die Aufgabe zu, das Erbe der Revolution in Ordnung zu bringen, aber auch, da die 1848er Gesetzgebung nur allgemeine Richtlinien aufgestellt und zu deren Durchführung keine Zeit mehr gehabt hatte, die Hinterlassenschaft des Ständestaates zu liquidieren. Bach hat während seiner Tätigkeit an den Gesichtspunkten des neuen einheitlichen Kaiserstaates festgehalten, die ungarischen Interessen sind von ihm vernachlässigt und zurückgestellt worden, da nach seiner Auffassung die Ungarn ihr Recht auf Eigenstaatlichkeit „verwirkt“ hatten. In dem von Bach stammenden Motivenbericht zu den neuen Landesstatuten heißt es: „An die Stelle der durch offene Empörung und Revolution rechtlich verlustig gewordenen konstitutionellen Einrichtungen des Königreichs Ungarn sollen aus kaiserlicher Gnade und Machtvollkommenheit für die fünf Verwaltungsgebiete Vertretungen ins Leben gerufen werden.“ Nach Ansicht der auch in diesen Zeiten loyal gebliebenen Ungarn, unter ihnen des Reichsrates und gewesenen ungarischen Hofvizekanzlers v. Szögyény-Marich (1806—1893), war zwar in Bachs „Verwirkungstheorie“ kein hinreichender Rechtsgrund, sondern nur ein advokatorischer Handgriff zu finden, da der legitime Herrscher sein eigenes Land nicht erobern, höchstens bestrafen und nach der Bestrafung weiter gesetzmäßig regieren

könne, doch blieb die Macht von 1849—1859 ununterbrochen in Bachs Händen. Die österreichischen Geschichtsschreiber ergehen sich gern in der Schilderung der Vorzüge seiner Verwaltung, die aber, gerade was Ungarn betrifft, bei näherer Betrachtung beträchtlich zusammenschrumpfen. Das Bachsche System befriedigte weder die Ungarn noch die Nationalitäten, die für ihr Verhalten Belohnung erhofft hatten. Die Schaffung der serbischen „Großwoiwodina“ auf Kosten des ungarischen Staatskörpers stellte weder ihre 407 000 serbischen Einwohner zufrieden noch die 325 000 Deutschen, die 395 000 Rumänen und die 241 000 Ungarn, die darin wohnten. Auf die außenpolitischen Gefahren der Errichtung einer serbischen Provinz wurde vom Reichsrat v. Szögyény vorsichtig und zurückhaltend hingewiesen: „Ob endlich diese Kreation mit Hinblick auf die Verhältnisse der nachbarlichen Donaufürstentümer und des Orientes vom allgemeinen europäisch-diplomatischen Gesichtspunkte für das Gesamtreich als eine politisch vorteilhafte angesehen werden kann, muß ich der Erwägung der hierzu berufenen Staatsmänner überlassen.“ Die beiseite geschobenen ungarischen Staatsmänner bezeugten jetzt mehr realen politischen Sinn als die Absolutisten. Bachs Schöpfung erwies sich letzten Endes für den Bestand nicht nur Ungarns, sondern auch der habsburgischen Monarchie ebenso nachteilig wie 150 Jahre zuvor diejenige Hochers und Abeles.

Außer der serbischen Provinz wurde auch Siebenbürgen von Ungarn losgetrennt, was dann noch übrigblieb, in fünf Verwaltungsgebiete eingeteilt. Die Komitatsverwaltung, die bisher bestandenen Hofkanzleien und die Statthalterei wurden aufgelassen und ganz neue Verwaltungsbehörden eingerichtet, die dem Generalgouvernement in Ofen unterstanden. Als Amtssprache führte man die deutsche ein, die von landesfremden, besonders aus Böhmen nach Ungarn ver-

182

setzten Beamten ohne Rücksicht auf die Sprachenkenntnis der Bevölkerung gehandhabt wurde. Die neue Verwaltung ist also von einem fremden Beamtentum getragen worden, sie arbeitete schlecht und kostete unverhältnismäßig viel. Während eine einzige Komitatsbehörde im Jahre 1847 5000 Aktenstücke zu erledigen hatte, erwuchs deren Zahl jetzt im selben Komitate auf über 11 000. Hatte doch jede neue von der Regierung ernannte Komitatsbehörde alljährlich nicht weniger als 232 periodische Berichte zu erstatten! Die Komitatsverwaltung des Landes kostete 1847 2 600 000 Gulden, 1858 bereits 13 Millionen; der Gesamtaufwand der öffentlichen Verwaltung belief sich 1848 auf $4\frac{1}{2}$ Millionen, erstieg nach dem Staatsvoranschlage von 1857/58 für das Kronland Ungarn allein auf 20 Millionen, für die serbische Woiewodschaft auf 3 600 000 Gulden.

Das Ministerium Bach bekam die unermesslichen Machtquellen eines erst am Beginne seiner Entfaltung stehenden Landes in seine Hände; es brauchte nur die Grundsätze und Methoden der fortgeschrittenen westlichen Staatspolitik und Staatswirtschaft auf Ungarn zu übertragen, um gleich greifbare Erfolge zu erzielen. Die Einführung neuer Zivil- und Strafgesetze, der Ausbau des mittleren und des Hochschulwesens durch Graf Leo Thun sind die wertvollsten Tathachen der Bachschen Periode, sie wären von einer jeden Regierung veranlaßt worden, denn sie gehörten damals bereits zum eisernen Inventar der Zeit. Zur Befestigung der Monarchie auf den neuen Grundlagen reichte aber die staatsmännische Begabung der neuen Absolutisten ebenso wenig aus wie ihrer Vorgänger in der leopoldinischen Zeit. Wir haben bei Gelegenheit darauf hingewiesen, daß Kaiser Leopold sich mehreremal veranlaßt sah, seine absolutistisch-zentralistischen Ratgeber beiseite zu stellen und seine Monarchie vor dem drohenden Zusammenbruch durch Wiederher-

stellung der historischen Verfassung Ungarns zu erretten. Der junge, nur auf das Wohl seiner Untertanen bedachte Kaiser Franz Josef I. hat für seine politische Erfahrung noch größere Enttäuschungen erleben müssen: nach Bachs elfjährigem unumschränkten Walten stand die Monarchie im Innern vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und vor einem Aufstand der unzufriedenen Untertanen, nach außen hin trotz der Tapferkeit der Armee vor einem gänzlichen Mißerfolg. Die Schwierigkeiten drohten das Gefüge des absolutistischen Staates zu erdrücken, und sie waren es auch, die Bachs Sturz herbeiführten. Die neuen Ratgeber des Kaisers kamen mit neuen Experimenten und Provisorien, nur auf die Zufriedenstellung und Benützung der lebendigen historischen Kräfte haben sie ihn nicht aufmerksam gemacht. Das Oktoberdiplom (vom 20. Oktober 1860) und das zu seiner Ergänzung erlassene Februarpatent (vom 26. Februar 1861) kehrten bezüglich der einzelnen Länder zu den ständischen Verfassungen des Vormärz zurück, hinsichtlich der Centralgewalt zum repräsentativen System. Ungarn erhielt wiederum seine Hofkanzlei, die königliche Kurie als oberste Justizbehörde und einen Landtag, für dessen Einberufung das kaiserliche Handschreiben den I. Gesetzartikel des Jahres 1608 als maßgebend bezeichnete. Dank des Bachschen Absolutismus war nach dreizehn Jahren die Rückkehr zu den Einrichtungen des Jahres 1847 vollständig geworden; der Landtag trat zwar zusammen, doch weigerte er sich, die vormärzliche ständische Grundlage anzuerkennen. Als Führer des Landes trat hier Franz Deák auf, von ihm wurde der Wunsch des Ungartums nach Wiederherstellung der 1848er Aprilgesetze formuliert. Beide Parteien haben bereits den ersten Schritt getan: der Herrscher verzichtete auf den Absolutismus, die Ungarn betrachteten ihrerseits die revolutionäre Tätigkeit des 1848er

Parlaments, die Dethronisation der Habsburger, als null und nichtig. Eine Verständigung war aber zu dieser Zeit doch nicht zu erzielen; an dem vom Oktoberdiplom errichteten Zentralparlament konnten die Ungarn nicht teilnehmen, ohne die Selbständigkeit ihres historischen Staates nicht preiszugeben. Und das wollten sie jetzt ebensowenig wie einst zur leopoldinischen Zeit. Von den 343 Reichsratsmandaten hätten die Ungarn 85, die Kroaten 9 zu beschicken gehabt, die Mandate blieben jedoch unbesezt und der ungarische Landtag mußte aufgelöst werden.

Das Land wurde jetzt von der Hofkanzlei und von einem Statthalter regiert. Die Unzufriedenheit stieg wiederum, auch infolge der Agitationen der Emigranten, deren Haupt Kossuth sich hauptsächlich bei Cavour und Napoleon III. um Beistand im Falle einer Volkserhebung in Ungarn bemühte. Auch Bismarck sah in den ungarischen Emigranten zeitweilig ein brauchbares Mittel, um Österreich zu schädigen. Im Lande selbst drang die Überzeugung mit jedem Tage mehr durch, daß das Oktoberdiplom nur eine halbe Maßregel sei, die weder Regierende noch Regierte befriedigen könne. Jene Magnaten, auf die man bei der Rückkehr zur ständischen Verfassung hauptsächlich gerechnet hatte, die sogenannten Altkonservativen, zogen sich jetzt verstimmt zurück, da sie die staatliche Selbständigkeit Ungarns, wie sie vor 1848 tatsächlich anerkannt war, im Rahmen des Oktoberdiploms und des Februarpatentes nicht verwirklicht fanden. Ihr reichbegabter Führer, der gewesene Hofkanzler Graf Georg Apponyi, schlug bereits im Jahre 1863 dem Kaiser die Wiederherstellung der 1848er Gesetze vor und beantragte eine Revision derselben im Hinblick auf die mit Österreich gemeinsamen Angelegenheiten. In seinem Vorschlag liegt das Hauptgewicht auf dem „koordinierten Dualismus“ beider Parteien, der deutsch-österreichischen Erbländer und der

Länder der heiligen Stefanskronen; die gesetzgebenden Körper beider Länder hätten aus ihrer Mitte eine „Delegation“ zu erwählen, von der die gemeinsamen Angelegenheiten in „vollkommener Parität“, ohne die Möglichkeit einer Majorisierung der anderen Partei verhandelt werden sollten. Mit dem Apponyischen Memorandum schufen die Altkonservativen eine positive Grundlage für die Verhandlungen, die auf persönlichen Wunsch des Kaisers eifrig betrieben wurden. Der Vertrauensmann der Nation, Franz Deák, und ihr bester politischer Kopf, der im Jahre 1849 wegen seiner Teilnahme an der Revolution in effigie zum Tode verurteilte Graf Julius Andrássy (1823—1890), fanden bald Gelegenheit, dem Kaiser die Voraussetzungen eines Ausgleichs mündlich mitzuteilen. Am 17. September 1865 ward der ungarische Reichstag wieder einberufen, am 20. September die Wirksamkeit des Februarpatentes suspendiert. In der Thronrede vom 14. Dezember 1865 verzichtete der Monarch ausdrücklich auf die Bachsche Formel der Rechtsverwirkung und stellte sich ausschließlich auf die Grundlage der Pragmatischen Sanktion. Der Reichstag wählte dann auf Deáks Antrag zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten einen Ausschuß, der seine Arbeit noch vor Ausbruch des 1866er Krieges beendete: das Operat des Fünfzehnerausschusses, das dem Ausgleichsgesetze den eigentlichen Inhalt gab, lag bereits gedruckt vor, als die Hiobspost von der Schlacht bei Königgrätz nach Ungarn gelangte.

Der 1867er „Ausgleich“ ist die logische Folge der historischen Unmöglichkeit, Österreich und Ungarn von Wien aus zentralistisch — einerlei ob absolutistisch, ständisch oder modern repräsentativ — zu regieren, eine Unmöglichkeit, die von Bach und seinen Nachfolgern in den Jahren 1849 bis 1865 hinlänglich bewiesen worden ist. Er ist aber auch der Abschluß jenes doppelten historischen Prozesses, dessen

186

Wirkungen wir in der Staatlichkeit des Ungartums und in seinen Beziehungen zum deutschen Westen von Stefans des Heiligen Zeiten an ununterbrochen verfolgen konnten. Seit zwei Jahrhunderten haben Generationen aus der Situation, die der leopoldinische Absolutismus geschaffen, vergeblich einen Ausweg gesucht: man hat an der Konzeption einer italienisch-deutschen Großmacht festgehalten, die jedoch mit der Idee der ungarischen Nationalstaatlichkeit nicht zu vereinbaren war. Die Gegensätze blieben lange Zeit unausgeglichen, bis sie hie und da zu heftigen Ausbrüchen führten, deren heftigste, die Periode von 1848 bis 1866, endlich die Lösung des Problems vorbereitete. Das durch die Bachiſche Regierung innerlich geschwächte Österreich verlor 1859 und 1866 seine italienischen Provinzen, 1866 seine Vormachtstellung in Deutschland. Die Konzeption des leopoldinischen Absolutismus versank damit in die Vergangenheit zurück, und der zentrale Teil Europas erhielt erst jetzt ein festes Gefüge, indem die auf seinen weiten Räumen vorhandenen Staatenbildungen aufhörten, in ihrem formlosen, verworrenen Nebeneinander sich gegenseitig hemmend zu beeinflussen. Die historisch-nationalen Kräfte vermochten wieder gestaltend einzuwirken, sie haben drei selbständigen Staatspersönlichkeiten, der deutschen im Jahre 1870—71, der österreichischen und ungarischen im Jahre 1867, Leben eingehaucht. Drei Entwicklungsreihen fanden darin, man kann sagen, gleichzeitig ihren Abschluß, ein Beweis des innigen Zusammenhanges der mitteleuropäischen Staaten-geschichte. Das geeinte, starke Deutschland und das von seinen lombardo-venezianischen Ländern befreite neuerstarkte Österreich bedingten zur eigenen Ergänzung den unabhängigen Staat Ungarn.

Die unter Deáks Führung getroffenen Vereinbarungen des ungarischen Reichstagsausschusses sind vom Kaiser gut-

geheißen und dann im Gesetzartikel XII des Jahres 1867 niedergelegt worden. Im Texte des Gesetzes werden beide Grundlagen umständlich bezeichnet, auf welchen das Ausgleichswerk aufgebaut wird. Erstens die Pragmatische Sanktion, derzufolge die „Verteidigung und Aufrechterhaltung der gemeinsamen Sicherheit mit gemeinsamen Kräften für Ungarn und Österreich eine gemeinsame und wechselseitige Verpflichtung“ bildet; über die zweite Grundlage lassen wir den Text des Gesetzes selbst reden: „Allein nebst dieser so festgestellten Verpflichtung setzte die Pragmatische Sanktion auch ausdrücklich die Bedingung fest, daß die verfassungsmäßige staatsrechtliche und innere administrative Selbständigkeit Ungarns unverfehrt aufrechterhalten werde. Diese zwei Grundideen hat sich der ungarische Reichstag bei Bestimmung jener Verhältnisse vor Augen gehalten, welche Ungarn mit den übrigen unter der Regierung des gemeinsamen Herrschers stehenden Ländern gemeinsam betreffen. Und so wie Ungarn einerseits in der Vergangenheit bereit war und auch in Zukunft immer zur Erfüllung all dessen bereit sein wird, was nach der Pragmatischen Sanktion die Verteidigung und Aufrechterhaltung der gemeinsamen Sicherheit mit vereinter Kraft unumgänglich erfordert, ebenso kann es andererseits solche Verpflichtungen, die sich über dieses Ziel hinaus erstrecken und zu dessen Erreichung nicht unumgänglich notwendig sind, nicht auf sich nehmen.“

Vom Standpunkte der modernen kodifikatorischen Textierung lassen diese Worte die bei konstitutionellen Gesetzen übliche Kürze vermissen, ihrer Form nach sind sie mehr den alten ständischen Enunziationen verwandt, was aber ihren Inhalt betrifft, so stellen sie den gewiß nicht allzu häufigen Fall dar, wo die Vertreter einer Nation Wesen und Sinn ihrer nationalen Geschichte mit tiefem Blick erkannt haben und ihr Werk einzig und allein auf den neuentdeckten

188

historischen Grundlagen errichtet haben. Die Schöpfer des Ausgleichs, vor allem Franz Deák, waren sich vollkommen bewußt, daß sie jetzt einen jahrhundertalten historischen Prozeß auszutragen hätten. Demgegenüber mag an den einzelnen Verfügungen des Gesetzes nach Parteistellung und Weltanschauung noch soviel bemängelt werden, das eine bleibt jedoch dem objektiven Beobachter der ungarischen Staatsgeschichte gewiß, daß der Ausgleich den organischen Abschluß einer langen Entwicklungsreihe, und zwar in einer Form darstellt, wie sie nach den Erfahrungen der Jahre 1848—1866 nicht anders denkbar war.

Diesen beiden ausdrücklich festgestellten Grundlagen gemäß setzen die 1867er Gesetze die liberalen Errungenschaften der 1848er Aprilverfassung wieder in Kraft und verbürgen zugleich die Aufrechterhaltung und ungestörte Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. Die Forderung der Pragmatischen Sanktion nach gemeinsamer Verteidigung wird in § 11 sichergestellt: „Infolge der verfassungsmäßigen Herrscherrechte Seiner Majestät in betreff des Kriegswesens wird all das, was auf die einheitliche Leitung, Führung und innere Organisation der gesamten Armee und somit auch des ungarischen Heeres als eines ergänzenden Teiles der Gesamtarmee Bezug hat, als der Verfügung Seiner Majestät zustehend anerkannt.“ Die Ergänzung des Heeres, das Recht der Rekrutenbewilligung und die Bestimmung der Bedingungen dieser Bewilligung und der Dienstzeit verblieben weiterhin im Wirkungskreise des ungarischen Reichstages. Neben der Verteidigung hat man auch die auswärtige Politik und die Finanzen der gemeinsamen Angelegenheiten als gemeinsam anerkannt und für diese Zweige der Verwaltung drei gemeinsame, mit Ungarn und Österreichern zu besetzende Ministerien, jenes des Außern, des Krieges und der gemeinsamen Finanzen mit dem Sitz in

Wien ins Leben gerufen. Die gemeinsamen Minister sind besonderen Ausschüssen des ungarischen und des österreichischen gesetzgebenden Körpers, den sogenannten Delegationen, verantwortlich, die, im Schoß der betreffenden Parlamente gewählt, voneinander getrennt verhandeln und die Tätigkeit und Gebarung der gemeinsamen Minister überwachen. Im Falle die beiden Delegationen voneinander abweichende Ansichten zeigen, können sie auch eine gemeinsame Sitzung abhalten, aber ohne Debatte, lediglich behufs einfacher Abstimmung. Diese Einrichtung schien die volle Souveränität beider Staaten zu garantieren, den Schatten eines über dem ungarischen und österreichischen Parlamente stehenden Zentralparlamentes nach dem Sinne des Februarpatentes zu bannen, gleichzeitig aber auch die Vereinbarung beider Teile und den ruhigen Gang der Geschäfte sicherzustellen. Neben der gemeinsamen Armee ist eine österreichische Landwehr und in Erinnerung an die nationale Verteidigung von 1848 die ungarische Honvédarmee errichtet worden. Die Voraussetzung des ganzen Ausgleichswerkes war aber, daß — nach den Worten des Gesetzartikels XII — „Seine Majestät auch ihren übrigen Ländern konstitutionelle Rechte zu verleihen geruhten“, d. h. auch in Österreich das moderne parlamentarische System mit Ministerverantwortlichkeit eingeführt werde. Die Durchführung des Ausgleichs ist dann von den beiden Regierungen in Wien und Budapest auf Grundlage der beiderseitigen Staatsouveränitäten im Einverständnisse miteinander geregelt worden. Die kroatische Frage erhielt ihre Ordnung in einem besonderen, 1868 zwischen Ungarn und Kroatien-Slawonien geschlossenen Ausgleich. Dalmatien verblieb bei Österreich, doch sind die Rechte der heiligen Stefanskronen auf dieses Nebenland ausdrücklich festgestellt worden. Als sich Kaiser Franz Josef I. im Jahre 1867 mit der heiligen Krone zum König von Ungarn krönen ließ

190

und nach altem Brauch den Eid auf die Verfassung ablegte, fand damit der lange Prozeß der ungarischen Staatsentwicklung seine glückliche Lösung. Der Versöhnungsministerpräsident von 1867, Graf Julius Andrássy, gestützt auf die edle Denkungsart und die politische Reife des Herrschers, beseitigte dann als Minister des Außern die letzten Spuren des Mißverständnisses zwischen Österreich und Deutschland; ihm war es auch gegeben, mit Bismarck im Zweibund die Form des feierlichen Zusammenwirkens aller mitteleuropäischen Staaten zu finden. Deutschland und Österreich, die modernen Erben des christlich-germanischen Gemeinwesens, haben es gewiß nicht zu bedauern gehabt, daß Ungarn sich ihrem Bunde als selbständiges Glied und vollwertiger Kontrahent angeschlossen hat.

Aber auch für Ungarn selbst bedeutete das von Franz Josef I. und Franz Deák geschaffene Werk einen großen historischen Erfolg. Der Ausgleich sichert die Eigenstaatlichkeit und den Einfluß Ungarns auf die gemeinsamen Geschäfte in ungleich vollkommenerem Maße, als es zur Zeit des ständischen Staates seit 1526 je der Fall gewesen war. Der heute bestehende Dualismus auf Grund der Parität beider Staaten bedeutet für Ungarn nichts Geringeres als die direkte Fortsetzung seiner vor 1526 bestandenen Eigenstaatlichkeit, mit der einzigen Ergänzung der aus der Pragmatischen Sanktion folgenden Interessengemeinschaft mit den österreichischen Ländern, die seit 1526 von derselben Dynastie beherrscht werden. In dieser Hinsicht stellt das Ausgleichswerk historisch eine Verzichtleistung auf die absolutistisch-gesamtstaatlichen Tendenzen dar, wie sie seit Leopolds I. Zeiten in der Struktur der österreichischen Großmacht immer wieder vorherrschten. Ein Zeitgenosse des Ausgleichswerkes, ein Anhänger jener beseitigten Struktur, der Geschichtschreiber v. Arneth, schrieb damals in sein Tagebuch: „Ich kann nicht

leugnen, daß ich gewünscht hätte, Regierung und Reichstag wären etwas weniger nachgiebig gegen die Anforderungen der Ungarn gewesen, als dies wirklich der Fall war. Nachdem aber einmal der Ausgleich auf Basis des Dualismus und der staatlichen Selbständigkeit Ungarns in gesetzlicher Weise zustande kam, darf man meines Erachtens auf beiden Seiten nichts anderes tun, als gewissenhaft an ihm festhalten.“

Dies haben jene Männer auch getan, die noch aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten kannten, aus denen der Ausgleich den einzig möglichen Ausweg gefunden hatte. Seither sind inzwischen fünfzig Jahre dahingegangen, in deren Verlauf die jüngere und jüngste Generation einen ungestörten Frieden genießen und einzelne Lücken und Mängel der bestehenden Verfassung deutlicher erkennen konnte. In Österreich war die Erinnerung an die einstige deutsch-italienische Großmacht stets lebendig geblieben, und bei jeder Anspannung und Entladung der Energien kamen dann Wünsche zum Vorschein, die im Interesse eines starken und stärkeren Österreichs die Veränderung des Ausgleiches und die Einfügung des ungarischen Staates in einen Gesamtstaat auf irgendeine Weise befürworteten. Diese Anschauung machte es begreiflich, daß Ausgleich und Dualismus mitunter nicht als erhaltende, sondern als hindernde und zu beseitigende Elemente betrachtet wurden, eine Auffassung, die auch in mehrere historische Darlegungen des Ausgleichswerkes Eingang gefunden hat. In Ungarn wiederum erwuchs der ausgleichstreuen Mehrheit der Nation eine oppositionelle Minderheit, seitdem Ludwig Kossuth aus seiner freiwilligen Verbannung Deáks Werk zurückgewiesen und das Ausharren bei seinen unveränderten Idealen zum politischen Programm erhoben hatte. Auch hier wirkten die Erinnerungen an die durch das Versöhnungs-

192

werk von 1867 vollkommen begrabene Vergangenheit nach. Das Andenken der von Haynau hingerichteten Opfer erhielt sich in den breitesten Schichten der Bevölkerung und trug dazu bei, daß sich die Ausgestaltung eines wärmeren freundschaftlichen Verhältnisses zum neuen österreichischen Genossen verzögerte. Die im Ausgleich vorgesehene periodische Festsetzung der gemeinsamen Beiträge, Quote genannt, und verschiedener Vereinbarungen und Verträge gaben zudem fortwährend Anlaß zu neuen, mitunter heftigen Verhandlungen zwischen den beiden Staaten.

Die politischen Schwierigkeiten des letzten Halbjahrhunderts lassen sich aber nur von einer oberflächlichen oder nicht ganz uninteressierten Betrachtungsweise auf die dualistische Struktur der Monarchie zurückführen, in Wirklichkeit haben sie viel tieferliegende Gründe, die auf anderen Gebieten gesucht werden müssen.

Wir alle leben in dem Verfassungsstaat, wie er nach den bürgerlich-liberalen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts errichtet wurde, doch sind wir hinsichtlich des uns umgebenden und beherrschenden Staates heute bereits zu einer historischen Perspektive gelangt. Die Erkenntnis von der Relativität der Staatsformen ist nicht nur in gelehrten Kreisen verbreitet, man weiß, daß der Verfassungsstaat wie seine Vorgänger, der absolutistische und der Ständestaat, ein historisches Produkt darstellt, das den Gesetzen des Werdens und Vergehens ebenso unterworfen ist wie alle anderen Lebensformen. Von dieser historischen Perspektive aus lassen sich seine Vorzüge, aber auch seine Unzulänglichkeiten deutlicher erkennen. Die Schwierigkeiten, die seit 1867 im politischen Leben Österreichs und Ungarns aufgetaucht sind, lassen sich also teilweise auf die bestehende Form des Verfassungsstaates zurückführen, welcher eben als menschliches Werk keine voll-

kommene Maschine sein kann. Wohl beruht die parlamentarische Regierungsweise auf demokratischen Grundsätzen, sie wird aber in der Praxis von politischen Parteien mit starker Disziplin getragen, die einem Außenstehenden nicht als Teile eines Ganzen, sondern als ein eigenes Leben führende Individuen erscheinen. Das Parteiwesen Österreichs und Ungarns in den letzten fünfzig Jahren wird der objektiven wissenschaftlichen Betrachtung gewiß wertvolles Material zur Kenntnis des Verfassungsstaates liefern können, zumal die Lebenskraft der Parteien beider Staaten durch die nationale Frage gesteigert und vom Staatswesen anscheinend mit moralischer Begründung unabhängig gemacht wird. Der Verfassungsstaat Österreich konnte sich in die spezifischen nationalen Zustände nur langsam hineinfinden, er mußte sich erst akklimatisieren. Die Lösung des Nationalitätenproblems ist auch dem ungarischen Verfassungsstaat nicht vollkommen gelungen, ebensowenig dem preußischen Staat: hier und dort hieß es nationale Minderheiten zufriedenzustellen, die von Anbeginn ihres politischen Selbstbewußtseins dem Staatswesen mehr oder weniger ablehnend gegenüberstanden. Das Aufgeben der ablehnenden Haltung dürfte von sich selbst den Weg zu einer friedlichen Verständigung anbahnen. In der Vergangenheit vertraute die ungarische Nation ausschließlich ihrem Staatswesen, während die Nationalitäten, darunter vor allem die rumänische und die serbische, sich auf die kirchliche Organisation und wirtschaftliche Betätigung stützten. Die griechisch-orthodoxen Kirchen der Rumänen und Serben besitzen in Ungarn ausgedehnte Vorrechte, die ihnen eine nationalpolitische Betätigung in weitem Kreise ermöglichen. Ihre Volks- und Mittelschulen, ihre Lehrerbildungs- und geistlichen Erziehungsanstalten mit eigener Sprache konnten sich, ohne durch die Staatsgewalt eine Hemmung zu erfahren, frei entfalten.

Die rumänischen Geldinstitute betrieben eine ausschließlich rumänische Bodenpolitik, womit sie beträchtliche Teile Siebenbürgens und der Marosgegend der ungarischen und sächsischen Entwicklung entzogen haben. Demgegenüber ist in den Maßnahmen der ungarisch-nationalen Regierungen seit 1867 keine großzügige Bodenpolitik zur Stärkung des Angartums, zur materiellen Hebung der ungarischen Bauern zu finden, ein Beweis, daß der Verfassungsstaat in seiner jetzigen Form doch nicht allen Fragen des nationalen Lebens zu genügen vermag, sondern daß daneben eine zielbewußte Organisation der Kräfte auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Wege unter allen Umständen erforderlich ist.

Der andere Grund der Entwicklungsschwierigkeiten ist nicht minder allgemeiner Natur, er liegt in der in ganz Europa vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftsform. Diese neue Form ist in Ungarn direkt auf den Trümmern des ständischen Staates, ohne Vermittlung des absolutistisch-merkantilen Zeitalters, wie in Westeuropa und auch in Österreich, vor sich gegangen. Schon allein an dieser Tatsache können wir das rasche Tempo des Fortschrittes der letzten Jahrzehnte ermessen, gleichzeitig aber auch verstehen, daß Unebenheiten und Schwierigkeiten die notwendigen Begleiterscheinungen eines so unvermittelt schnellen Aufschwungs sein mußten. Nach Beseitigung des Ständewesens sind den westlichen sozialen und kulturellen Kräften Tür und Tor geöffnet worden, die man nach echt liberalen Grundsätzen frei schalten und walten ließ, wie dies auch nicht anders möglich war. Der ungarische Landadel ist infolge der absolutistischen Regierungsmaßnahmen aus dem Prozesse der Bodenbefreiung viel zu geschwächt hervorgegangen, der sich langsam zusammenschließende ungarische Mittelstand wiederum fand gegen die ungestüm hereinbrechende kapitalistische Zeit nirgends Hilfe und vermochte nicht

sich zu einem vermögenden Bürgerstand auszubilden. Die nationale Kultur wird infolgedessen von wirtschaftlich schwachen Klassen getragen: von den Nachfolgern des kleinen Adels und von den in die Intelligenzkreise aufgestiegenen Bauernfamilien sowie von den ungarischen Nachkommen der deutschen städtischen Bevölkerung. Hinter ihnen stehen die breiten Schichten der bodenständigen, festgewurzelten ungarischen Bauernbevölkerung, die die eigentliche Trägerin des nationalen Staates ist. Der Aufbau des nationalgefinnten und politisch äußerst tätigen Großgrundbesitzes und des Großkapitals zeigt im allgemeinen dieselben Linien wie in den anderen Staaten kapitalistischer Wirtschaftsform. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die neuen Kräfte, die infolge der kapitalistischen Zeit aufgetreten sind, in ihrem stürmischen Drängen das Bestehende stärker angegriffen und zerklüftet haben, als es bei staatlicher Voraussicht notwendig gewesen wäre. Sie haben neue Gebilde hervorgebracht, die mit dem historisch Gewordenen noch nicht organisch verbunden sind. Wirtschaft und geistige Kultur haben sich auf breiten Grundlagen aufgebaut, doch zeigt die Gesellschaft in ihrem Aufbau Risse und Sprünge, die auf ein gleichzeitiges Einwirken heterogener Kräfte zurückzuführen sind. In Staaten, wo nicht so viel nachzuholen war, wie beispielsweise in Deutschland, wirken all diese geistigen und wirtschaftlichen Kräfte langsam und nacheinander, sie stauen sich nicht und stören einander weniger. Jetzt wäre es Zeit, diese Schwierigkeiten zu überwinden, — ob dazu der Verfassungsstaat mit seinem überlieferten Mechanismus und in der kapitalistischen Wirtschaftsform imstande sein wird, ist die Frage der Zukunft nicht nur für Ungarn, sondern für alle Staaten unseres zerrissenen europäischen Gemeinwesens.

Quellen- und Literaturnachweis

Die in ungarischer Sprache erschienenen Bücher und Abhandlungen werden durch ein (u.) kenntlich gemacht.

Die erzählenden Quellen der Frühgeschichte sind von J. Pauler und Alex. Szilágyi im Auftrag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften als „Quellen zur Geschichte der ungarischen Landnahme“ herausgegeben worden. Historiker und Philologen haben sich in gleich entsagungsvoller Arbeit um die Deutung dieser lückenhaften und verworrenen Nachrichten bemüht, ohne daß es ihnen damit gelungen wäre, unsere Kenntnisse der ursprünglichen Zustände des ungarischen Volkes wesentlich zu bereichern. Viel mehr Klarheit hat in diesen Fragen die Sprachforschung geschaffen, deren gegenwärtigen Stand das im Erscheinen begriffene „Ungarische sprachgeschichtliche Wörterbuch“ (u.), herausgegeben von J. Sombocz und J. Melich, veranschaulicht. Ein großer Teil der Tatsachen, auf die ich meine Darstellung gebaut habe, ist denn auch von der ungarischen Sprachwissenschaft beigezeichnet worden. Die vielfach einander widersprechenden Richtungen innerhalb derselben, die finnisch-ugrische und die türkische, erfuhren letzthin durch J. Szinnyey, „Abstammung, Sprache und Kultur der Ungarn. zur Zeit der Landnahme“ (u.), Budapest 1910, bis zu einem gewissen Grade eine Ausgleichung. In Betracht kommt für deutsche Leser vor allem die „Finnisch-ugrische Sprachwissenschaft“ desselben Verfassers in der Sammlung Götschen. Wichtig sind ferner die Untersuchungen von J. Melich über „Die slawischen Elemente der ungarischen Sprache“ (u.), 2 Bde., Budapest 1903, 1905, und von J. Sombocz über „Die bulgarisch-türkischen Lehnwörter in der ungarischen Sprache“, Helsingfors, 1912, herausgegeben von der Finnischen Literaturgesellschaft.

Eine auf zuverlässiger quellenkritischer Grundlage beruhende Darstellung der politischen Geschichte vor und während der Besitznahme des Landes hat J. Pauler in seiner „Geschichte der ungarischen Nation bis auf Stefan den Heiligen“ (u.) gegeben (Budapest 1910), ferner S. Marczali im ersten Bande des Szilágyischen Sammelwerkes „Geschichte der ungarischen Nation“ (u.), Budapest 1895. Eine Darlegung der frühesten Zustände, wie ich sie im ersten und zweiten Kapitel versucht habe, wäre jedoch ohne die Lebensarbeit des Altmeisters der ungarischen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Karl Tagányi, unmöglich gewesen. Auf Grund ausgedehntester Kenntnis des mittelalterlichen Urkundenmaterials, mit Hilfe der modernen diplomatischen und philologischen Kritik, hat Tagányi in zahlreichen Ab-

handlungen die entscheidenden Fragen der ungarischen Verfassungs-, Wirtschafts- und Rechtsgeschichte des Mittelalters ihrer Lösung zugeführt. Eine besonders verdienstliche Seite seiner Tätigkeit bildet die Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen der ungarischen Entwicklung einerseits, den deutschen und slawischen Vorgängen andererseits. Vgl. insbesondere seine „Geschichte der Feldgemeinschaft in Ungarn“ (u.), in deutschem Auszug in der „Ungarischen Revue“ 1895, S. 103 ff., ferner seine grundlegenden Abhandlungen in der Monographie des Komitates Szolnok-Doboka (u.), Dés 1901: I. Die Besitznahme des Landes und die königlichen Komitate. III. Die Entstehung der adeligen autonomen Komitate, sowie die weit ausgreifende Darstellung über die „Entstehung der Komitatsautonomie“ (u.) in den Sitzungsberichten der Ung. Akademie der Wissenschaften, hist. Klasse, Bd. 18. Eine eingehende Erörterung aller streitigen Probleme der mittelalterlichen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ungarns bietet er in der polemischen Aufsatzserie der Zeitschrift „Történelmi Szemle“ 1916, S. 296 ff., 409 ff., 543 ff. Unter den jüngeren Forschern sind hier V. Soman, J. Illés, M. Muner, F. Eckhart und besonders L. Erdélyi zu nennen, der mit der Herausgabe des auf die Benediktinerabteien bezüglichen Urkundenmaterials vielfach den Grund zu weiteren Forschungen legte. Eine Zusammenfassung von der hohen Warte der modernen deutschen Sozialgeschichte aus bietet die Arbeit A. v. Rárolis, „Die Arpaden als Organisatoren des ungarisch nationalen Königtums und der Gesellschaft“, in dem Sammelwerke V. Csánkis, „Arpad und die Arpaden“ (u.). Als Vorläufer der ganzen Richtung und gleichzeitig als Begründer der modernen ungarischen Verfassungs- und Rechtsgeschichte darf Emmerich Hajnik, vor allem mit seinem Werke „Ungarische Gerichtsverfassung und Gerichtsverfahren unter den Arpaden und den Königen aus verschiedenen Häusern“ (u.), Budapest 1899, genannt werden. Vgl. ferner die (u.) Arbeiten Remigius Békefi über die Besitzverhältnisse auf den Gütern der Zisterzienser, dann die Untersuchungen Valentin Soman über die königlichen Einkünfte in seinem grundlegenden Werke „Ungarische Geldgeschichte 1000—1325“ (u.), Budapest 1916.

Von der Geschichtsbetrachtung, wie sie in den Arbeiten Tagányi, Rárolis und auch Erdélyi zum Ausdruck gelangt, unterscheidet sich wesentlich diejenige A. v. Simons in seinem auch in deutscher Sprache erschienenen Werke: „Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte mit Bezug auf die Rechtsentwicklung der westlichen Staaten“, Berlin, 1. Aufl. 1904, 2. Aufl. 1909. Das Verhältnis Simons zu Tagányi entspricht ungefähr demjenigen der historischen Rechtsschule in Deutschland zur modernen verfassungsgeschichtlichen Richtung v. Belows und Rappaport. Von Simon werden die Zustände des späteren Mittelalters, wie sie sich im Verbóczy'schen Tripartitum widerspiegeln, ohne weiteres in die früheren Jahrhunderte zurückverlegt. Er sucht nach demokratischen Einrichtungen, nach verfassungsrechtlicher Gebundenheit des Königtums, nach Reichsver-

sammlungen auf Grund des ständischen Majoritätsprinzips in Zeiten, wo dieselben noch gar nicht vorhanden sein konnten. Seine Methode, die auch in Deutschland Analogien aufzuweisen hat (vgl. darüber H. Spangenberg, „Vom Lehnsstaat zum Ständestaat“, *Hist. Bibl.* 29, S. 4–5, Anm.), ist bereits vor dem Ausbau der Hajnik-Tagányischen Richtung angegriffen worden, besonders die Partien seines Buches über die ältere Geschichte haben vom Universitätsprofessor und späteren Justizminister Eugen Balogh eine scharfe Ablehnung erfahren („*Budapesti Szemle*“ [u.] 1905, Bd. 121, S. 171–197). Wenn also Simons österreichischer Kritiker Harold Steindler („*Mitt. des Instituts für österr. Geschichtsforschung*“, 28, S. 276, und „*Historische Zeitschrift*“, Bd. 113, S. 395) nicht nur über dessen Methode, sondern über die gesamte ungarische Rechtshistorik den Stab brechen zu müssen glaubte, so hat er damit bloß gezeigt, wie wenig ihm Wesen und Wert ihrer mit Hajnik und Tagányi einsetzenden Neuorientierung klar geworden sind. Simons Geschichtsauffassung, auf die der Ausdruck v. Belows über die „*Stilisierung und Kanonisierung einer Demokratie*“ angewendet werden kann (S. v. Below, „*Die deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen*“, 1916, S. 96), bildet eine isolierte Erscheinung, die den Gang der rechtsgeschichtlichen Forschung nach keiner Richtung hin beeinflusst hat. Doch soll nicht verkannt werden, daß sein Buch als Arbeitsleistung gewiß anerkennenswert, in einzelnen Teilen auch lehrreich und als Nachschlagewerk recht brauchbar ist.

Die politische Geschichte des Zeitalters der Arpaden bei J. Pauler, „*Geschichte der ungarischen Nation im Zeitalter der Könige aus Arpads Hause*“ (u.), Budapest 1893, 2 Bde., 2. Auflage 1899. J. Karácsonyi erwähnte („*Századok*“ 1901, S. 1039: „Die Grenzen des ungarischen Staates zur Zeit des heiligen Stefan“) die mit der Grenzverteidigung zusammenhängenden Fragen. Eine Zusammenfassung und Vertiefung erhielt der ganze, auch von J. Pauler, L. v. Thallóczy, J. Holub behandelte Fragenkomplex durch Tagányis „*Gyepű és gyepűelve*“ (die ungarischen Namen der Grenze, indagine) in „*Magyar Nyelv*“ 1913. Über die Kolonisation zuverlässige Daten bei J. Pauler a. a. O. R. F. Raabls „*Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern*“, Bd. 1–3, Gotha 1907 bis 1911, beruht, was Ungarn betrifft, weniger auf selbständigen Forschungen, als auf der nicht immer tendenzlosen Verarbeitung fremder Ergebnisse. Noch voreingenommen gegen das Ungartum ist er in seiner populär gehaltenen „*Geschichte der Deutschen in Ungarn*“, Gotha 1912, über die Siebenbürger Sachsen: S. D. und F. Leutsch, „*Geschichte der Siebenbürger Sachsen für das sächsische Volk*“, 3 Bde., mit Quellen- und Literaturnachweis. Eine umfassende Darstellung der Lage der Slawen und Rumänen gibt J. Karácsonyi, „*Das historische Recht der ungarischen Nation auf den Besitz des Landes*“ (u.), 1916, und „*Die Rumänen in Ungarn*“ („*Ungar. Rundschau*“ 1912, S. 847 ff.). Vgl. ferner J. Melich, „*Über drei Ortsnamen*“ („*Századok*“ 1907, S. 327 ff.).

Die Entwicklung des ungarischen Großgrundbesizes ist von mir behandelt worden: „Die Servienten und Familiaren“ (u.), Sitzungsberichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften 23, Budapest 1912, in deutschem Auszug in der „Ungar. Rundschau“, 1913, S. 524 ff. Dasselbst sind auch die Regierungsmaßnahmen der Angiovinen, dann die ganze, der deutschen Territorialität ähnliche Entwicklung besprochen. Über den Königlichen Rat der Angiovinen Emerich v. Krajner, „Die ursprüngliche Staatsverfassung Ungarns seit der Gründung des Königtums bis zum Jahre 1382“, Wien 1872, S. 468, und A. Luschn v. Ebengreuth, „Die Anfänge der Landstände“ in der „Historischen Zeitschrift“, Bd. 78, S. 443. Für das Thronfolgeproblem: W. Fraňkó, „Die Thronfolgeordnung im Zeitalter der Arpaden“ („Ungar. Rundschau“ 1913, S. 135 ff.). Dazu die Erwiderungen v. Ferdinándys und Domanovszkys (ebenda, S. 757 ff. und 1914, S. 538 ff.). Die zuverlässigste Darstellung der politischen Geschichte im Zeitalter der Anjous bietet Alfons Huber, „Geschichte Österreichs“, Gotha 1885–1896. Zum älteren Begriff der heiligen Krone einige Belege bei Tagányi, „Történelmi Szemle“ 1916, S. 593, wie die Worte König Emmerichs 1197: *Pro corona nostra dimicavit*; 1199: *Ob fidelitatis constantiam coronae nostrae*; Andreas II. 1206: *Ad honorem coronae et regni utilitatem*. Vgl. ferner die Umschrift auf dem ältesten, vermutlich noch auf Andreas II. zurückgehenden Siegel der Hermannstädter Provinz: *Ad retinendam coronam*. Die spätere, von Verböczy formulierte Auffassung wird von Simon a. a. O. ausführlich erörtert; vgl. auch Frik Kern, „Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter“, Leipzig 1914. — Besitzverhältnisse: J. Karácsonyi, „Die ungarischen Geschlechter“ (u.), 4 Bde., Budapest 1900–1903, der 4. Bd. enthält eine Untersuchung über die Geschlechtswappen von J. Esoma, wichtig auch für die Familiengeschichte der unter den Arpaden eingewanderten deutschen Ritter. Die Entwicklung der Komitatsverfassung behandelt Tagányi a. a. O.; vgl. ferner B. Török, „Über die Komitatsverfassung zur Zeit der Angiovinen“ (u.), Klausenburg 1907, und J. Sátor, „Bildung und Funktion der Komitatsinstitutionen unter Ludwig dem Großen“ (u.), Budapest 1911. v. Ferdinándy, „Die ständischen Elemente in der ungarischen Verfassung“ (u.), Budapest 1907, gibt auf beschränktem Raum wertvolle Aufschlüsse. Das Zeitalter König Siegmunds, eine der wichtigsten Übergangsperioden, liegt, da es an publiziertem Urkundenmaterial, aber auch an diplomatischen Vorarbeiten mangelt, fast vollständig brach. Infolgedessen ist auch die richtige Einschätzung der ständischen Reaktion unmittelbar nach Siegmunds Tode und der monarchischen Reaktion unter Matthias Corvinus sehr erschwert. Auch das Städtewesen, welches nach den bis jetzt bekannten Daten erst seit Siegmund in den Kreis der ständischen Verfassung einbezogen zu sein scheint, kann wegen Mangels an Vorarbeiten dergestalt nicht behandelt werden. Wertvolles Material enthalten die städtischen Rechnungsbücher, ein Band, herausgegeben von

L. v. Fejérpataky, 1885, weiters die Ausgaben für Hermannstadt, Raßchau und besonders Kronstadt.

Das Zeitalter des Königs Matthias hat W. Fraňkó in zahlreichen Büchern und Aufsätzen behandelt. Über die äußere Politik des Königs geben die von Fraňkó herausgegebenen Bände seiner politischen Korrespondenz Aufschluß. Ich habe hier ferner zwei Aufsätze Fraňkós benützt: „Die diplomatischen Beziehungen König Matthias' zu den Hohenzollern“ („Történelmi Szemle“ 1914, S. 63 ff.), sowie: „König Matthias Corvinus und der deutsche Kaiserthron“ („Ungar. Rundschau“ 1915, S. 1 ff.). Die ungarisch-türkisch-deutschen Beziehungen hat Graf J. Andrássy, „Interessensolidarität des Deutschtums und Ungartums“, München-Berlin-Leipzig 1916, interessant beleuchtet, eine ausführlichere Charakteristik des Staates zur Zeit der Corvinen gibt er in den betreffenden Partien seines dreibändigen Werkes über die Entwicklung der nationalen Freiheit (u.), die zwei ersten Bände in englischer Übersetzung, „The development of Hungarian Constitutional Liberty“, London 1908, die Abschnitte über die ältere Zeit durch Tagányis Forschungen überholt, sonst viele Gesichtspunkte bietend. D. Csánki, „Ungarns historische Geographie im Zeitalter der Hunyadis“ (u.), 4 Bde. seit 1890, bildet eine unerschöpfliche Fundgrube der mittelalterlichen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Vgl. noch die von L. v. Thallóczy geleiteten Urkundenpublikationen: Thallóczy-A. Hodinka, „Codex dipl. partium regno Hungariae adnexarum I., das kroatische Grenzgebiet 1904; Thallóczy-A. Áldásy, „Ungarn und Serbien“, 1907, Thallóczy-A. Horváth, „Die niederflawonischen Komitate“, 1912, und „Der Banat von Jajce“, 1915.

Für den Verfall des ständischen Einheitsstaates siehe in erster Reihe die Reichstagsakten im ungarischen Corpus juris und bei Kovách, „Vestigia comitorum“, samt 3 Supplementen, ferner W. Fraňkós Arbeiten und D. Szabó, „Geschichte der ungarischen Reichstage zur Zeit Ludwigs II.“ (u.), Budapest 1909; für die Verböczy'sche Konstitution der Volkssouveränität meine „Servienten und Familiaren“, S. 113–121, einige Korrekturen der Timonschen Auffassung bei J. Illés, „Einführung in die ungarische Rechtsgeschichte“ (u.), Budapest 1910.

Türkenzeit: J. Ursu, „La politique orientale de François I^{er} (1515–1547)“, Paris 1908. Grundlegend für alle Bearbeitungen der Türkenzeit in Ungarn ist noch immer F. Salomons Werk: „Ungarn im Zeitalter der Türkenherrschaft“, Leipzig 1887, eine deutsche Übersetzung des im Jahre 1864 erschienenen ungarischen Originals. Salomons Betrachtungsweise wird durch den staatlichen Gesichtspunkt bestimmt: er sah in der Türkenzeit eine Unterbindung der eigenstaatlichen Entwicklung des Ungartums, weshalb seine Schilderungen mitunter düster gefärbt sind. Trotzdem ist er nicht parteiisch: auf ausgedehnter urkundlicher Grundlage fußend, erkennt er viele gute Seiten der türkischen Besitz- und Wirtschaftspolitik an, ihm ver-

danken wir die Klarlegung der Verhältnisse auf den kaiserlichen Kammergütern der Donau-Theiß-Ebene. Die von Salamon entwickelten Gesichtspunkte sind in der Folgezeit von der ungarischen Forschung erweitert worden. Da ich meinen Gegenstand auf die staatliche Entwicklung beschränkt habe, konnte ich die kulturgeschichtlichen Arbeiten eines A. Tatáts, des besten Kenners der ungarischen Türkenzeit, hier nicht verwerten, obgleich seine Forschungen der Türkenzeit viele lichtvolle Seiten abgewonnen haben. An Quellen liegen 9 Bände Akten und Urkundenmaterial, herausgegeben von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, vor, dann 5 Bände ungarische Übersetzungen der türkischen Geschichtsschreiber des fünfzehnten bis siebzehnten Jahrhunderts, 2 Bände Defsters (türkische Steuerrollen) in ungarischer Übersetzung von Velics-Kammerer, weiter die Korrespondenz der türkischen Paschas von Ofen, herausgegeben von A. Tatáts, F. Echart und von mir (s. meine Anzeige, „Correspondance en hongrois des pachas de Bude“ in der Zeitschrift „Turan“, 1917, Januarheft); 400 türkische Aktenstücke in ungarischer Übersetzung aus Konstantinopler Archiven, hauptsächlich verwaltungs- und wirtschaftsgeschichtlichen Inhalts, herausgegeben aus dem Nachlaß E. Karácsony, Budapest 1914. Vgl. noch S. Jacob, „Aus Ungarns Türkenzeit“, Vortrag, gehalten im Hamburgischen Kolonialinstitut, Frankfurt a. M. 1917, leider auf mangelhafter Kenntnis der historischen Quellen aufgebaut. Über die von den türkischen Gutsheern in der Marosgegend angesiedelten serbisch-walachischen Kolonisten s. die aus dem erwähnten Nachlasse E. Karácsony herausgegebenen türkischen Urkunden.

Die siebenbürgische Geschichte war seit jeher ein von der Forschung bevorzugtes Arbeitsfeld. Eine gute Orientierung gibt bereits Jos. Benkő, „Transsilvania sive magnus Transsilvaniae principatus“, 2. Aufl. in 2 Bdn., Klausenburg 1834. Über Martinuzzis Wirksamkeit vgl. die siebenbürgischen Landtagsakten, herausgegeben von Al. Szilágyi („Monumenta comitialia regni Transsilvaniae 1540—1699“, Bb. 1—21, Budapest 1875—1898). Hier sind auch die zur Religionsfreiheit führenden Etappen ersichtlich. Eine noch heute brauchbare Staatsgeschichte Siebenbürgens auf breiter kulturgeschichtlicher Grundlage: Al. Szilágyi, „Geschichte Siebenbürgens“ (u.), 2 Bde., Pest 1866. Die diplomatischen Verbindungen der Fürsten mit den protestantischen Mächten während und nach dem Dreißigjährigen Kriege sind gleichfalls durch die großen Aktenpublikationen Al. Szilágyis erhellt worden; vgl. seine Ausgabe der politischen Korrespondenz Gabriel Bethlens, Budapest 1879, der Briefe G. Bethlens „Történelmi Tár“ (1885), der Briefe und Akten zur Geschichte der orientalischen Verbindungen Georg Rákóczi I., Budapest 1883; ferner seine Aktensammlung zur Geschichte der schwedischen und französischen Bündnisse Georg Rákóczi I., Budapest 1873; sowie: „Transsilvania et bellum Boreo-Orientale, Acta et Documenta“, 2 Bde., Budapest 1890—91; dann die Bände der „Fontes Rerum Transsylvanicarum“, herausgegeben von

A. v. Vereß, darunter die Korrespondenz der siebenbürgischen Jesuiten. Eine ausgezeichnete Darstellung der auswärtigen Beziehungen bei Rod. Groß, „Österreichische Staatsverträge, Fürstentum Siebenbürgen (1526 bis 1690)“, Wien 1911. Für die rumänischen Verhältnisse s. den allgemein orientierenden Aufsatz B. Trócsányis, „Ungarische Kultureinflüsse auf das Rumänentum im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert“ in der „Ungar. Rundschau“ 1913, S. 223 ff. Die zitierten Worte des türkischen Geschichtschreibers über Gabriel Bethlen stammen aus Pecsevis Chronik, herausgegeben von mir in ungarischer Übersetzung aus dem Karácsonischen Nachlaß („Türkische Geschichtschreiber“, 3. Bde., S. 193).

Ein guter Abdruck der Habsburgischen Sukzessionsverträge im *Auctarium Diplomaticum* Abt. Franz Kollars zu seiner *Ursinus-Vellius*-Ausgabe, Wien 1762. Über die Anfänge Ferdinands I. in Ungarn s. St. Smolka, „Ferdinand des Ersten Bemühungen um die Krone von Ungarn“ („Archiv für österreichische Geschichte“, Bd. 57), ferner Paul Jászay, „Die Tage der ungarischen Nation nach der Schlacht bei Mohács“ (u.), Pest 1846, wo die entscheidenden Aktenstücke des Wiener Staatsarchivs erschöpfend benützt sind. Für die zitierten französischen Worte Ferdinands s. W. Bauer, „Die Korrespondenz Ferdinands I.“, Bd. 1: Familienkorrespondenz bis 1526, Wien 1912, S. 32, 36, 40, 58, 63, 89, 130, 145 usw. Die Ausfertigungen König Ferdinands aus der Zeit, wo er noch in Ungarn residierte, sind vollkommen auf Grund der ungarischen Kanzlei Praxis entstanden, wie ich an der Hand der im ungarischen Staatsarchiv und im Archiv des Ungarischen Nationalmuseums zu Budapest vorhandenen Stücke feststellen konnte. Für die spätere Amtsgebarung sind die amtlichen Korrespondenzen des niederösterreichischen Hofrates und der Regierung im Wiener Staatsarchiv wichtig. Die ferdinandische Verwaltungsreform ist bekanntlich von Ed. Rosenthal, „Die Behördenorganisation Kaiser Ferdinands I.“ („Archiv für österreichische Geschichte“, Bd. 69), dann von Th. Fellner und H. Kretschmayr, „Die österreichische Zentralverwaltung“, I. Abteilung, 1. Bd., Wien 1907, dargestellt worden. Die ungarische Kompetenz der Wiener Zentralbehörden bildete bis in die jüngste Zeit einen Gegenstand von vorwiegend politischem Interesse, was der gelehrten Forschung selbstverständlich nicht zugute kam. Von den verschiedenen Verwaltungszweigen ist nur die Geschichte der Finanzverwaltung einigermaßen ins reine gebracht. Siehe die gute, altentworfene Darstellung bei J. Alföldy, „Ungarns Finanzen unter der Regierung Ferdinands I. 1526—64“ (u.), Budapest 1888, ferner dessen „Ungarische Steuergeschichte 1598—1604“ (u.), Sitzungsberichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, historische Klasse, Bd. 20. Theodor Mayer, „Das Verhältnis der Hofkammer zur ungarischen Kammer“, („Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung“, 9. Erg.-Bd., S. 178 ff.) und J. Kérészy, „Beiträge zur Geschichte der ungarischen Kameralfinanzverwaltung“ (u.), Budapest 1916, behandeln

hren Gegenstand nur auf Grund der Instruktionen, ohne die Durchführung der Verordnungen an der Hand der Verwaltungsakten umfassend darzulegen. Dieser weitere, für die Kenntnis der Frage unerlässliche Schritt ist bis jetzt weder von der österreichischen noch von der ungarischen Wissenschaft unternommen worden. Meine Darstellung stützt sich hauptsächlich auf die bereits publizierten Akten, von denen eine große Anzahl zu finden ist in den „*Monumenta comitialia regni Hungariae 1526—1606*“, herausgegeben von W. Fraňkó und A. v. Rárolyi in 12 Bdn., Budapest 1874—1917; die Verhandlungen über die *negotia mere Hungarica und mixta* daselbst, Bd. 6, S. 195, 203, 206, 279, 288 usw. Die schwache Stellung des ungarischen Rates: daselbst, Bd. 4, S. 441, ferner 181, 187, 394; eine Charakteristik der inkonsequenten Haltung des Reichstages in den Kompetenzfragen des ungarischen Rates und der Wiener Behörden von A. v. Rárolyi, ebenda, Bd. 11, S. 323—326. Bei einigen Fragen mußten die Akten des Wiener Staatsarchivs konsultiert werden, so die Geheimratsprotokolle 1565—69, dann die *Hungarica*: 1598 ohne Tag, das Votum des ungarischen Rates wird vom Geheimen Rat überprüft; 1598, 4. November wird eine siebenbürgische Sache im Geheimen Rat *praesentibus Hornsteinio, Corraducio, Meccero, Pezzio* (lauter Richtungarn) entschieden; die Sitzung des Geheimen Rates vom 7. Oktober 1602 entscheidet eine ganze Menge von ungarischen Akten, die die Besitzrechte und das Begnadigungsrecht des ungarischen Königs berühren. Der rechtlich unvermindert bestehende Wirkungskreis des ungarischen Reichstages ist von Franz Deák, „Beiträge zum ungarischen Staatsrecht“ (u.), Pest 1865, auf Grund der Reichstagsbeschlüsse festgestellt worden. Für die *Militaria* s. Al. Takáts, „Die Entstehung der ungarischen Infanterie“ (u.), Budapest 1908. Die tatsächliche Schmälerung der Eigenstaatlichkeit auf dem Felde der auswärtigen Politik hat bereits F. Deák a. a. O. erkannt. Mit dem ungarischen Ständewesen und der ungarischen Kompetenz der Wiener Zentralbehörden hat sich auch Fr. Tezner in mehreren Schriften befaßt, doch sind seine Arbeiten nicht von historisch-wissenschaftlichem, sondern vorwiegend von politisch-publizistischem Interesse getragen. Sein Buch „Technik und Geist des ständisch-monarchischen Staatsrechts“ („Schmollers staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen“, Leipzig 1901) will auf Grund der österreichisch-erbländischen und der ungarischen Entwicklung allgemeingültige Regeln zum Verständnis des mitteleuropäischen Ständewesens aufstellen, doch sind die das deutsch-österreichische Gebiet betreffenden Ausführungen von kompetenter Seite (S. v. Below und F. Radsfahl) zurückgewiesen worden; was die ungarischen Partien des Buches betrifft, so leiden diese an ungenügender Quellenkenntnis — Tezner kennt und benützt nicht einmal die oben angeführten ungarischen Reichstagsakten, so daß ihm insolgedessen jede Autorität abgesprochen werden muß. Vgl. meinen Aufsatz, „Die Geschichtsliteratur zur Kenntnis der österreichischen Zentralverwaltung“,

(„Történelmi Szemle“ 1912, S. 185 ff.), wo mehr die geschichtswissenschaftliche Seite des Streites, und J. v. Blassics, „Das ungarische Verfassungsrecht und die Theorien Tezners und Turbas“ („Ungar. Rundschau“ 1912, S. 713 ff.), wo mehr die politische Seite desselben zusammengefaßt erscheint. Über den mißglückten Befreiungszug des Deutschen Reiches 1542 s. Arpad v. Károlyis Aktenpublikation in „Történelmi Társulat“ 1880, S. 490.

Die Daten über die „Zurückeroberung Ofens“ aus A. v. Károlyis großangelegtem Werk, herausgegeben zur zweihundertsten Wiederkehr des Befreiungsjahres (u.), Budapest 1886, vgl. ferner die Tagebücher des Herzogs Heinrich von Sachsen-Weissenfels, des Kommandanten der brandenburgischen Kavallerie, herausgegeben von A. v. Károlyi, „Történelmi Társulat“, Jahrgang 1886, dann die Briefe Karl Gustavs, Markgrafen von Baden-Durlach, herausgegeben von Lt. Götz, daselbst, Jahrgang 1887. Einen lehrreichen Einblick in das Zusammenspiel der französisch-türkischen Kräfte und in die bedrohte Lage des Kaisers gibt A. Pribram, „Österreich und Brandenburg 1685–86“, Innsbruck 1884; 1688–1700, Prag 1885, auf Leopold hat der spanische Gesandte beständig für einen französischen und gegen einen türkischen Krieg einwirken wollen. Die Gemütsverfassung des Kaisers in den kurzen, aber sehr charakteristischen Äußerungen über die Wesselenzische Verschwörung: „Privatbriefe Kaiser Leopolds I. an den Grafen F. E. Pötting 1662–73“, herausgegeben von A. Pribram und M. Landwehr v. Pragenau, „Fontes Rer. Austriac.“ Bd. 56, 57, Wien 1903, 1904. Für die politischen Ansichten der Wiener Absolutisten s. A. Wolf, „Fürst Wenzel Lobkowitz, erster geheimer Rat Kaiser Leopolds I.“, Wien 1869; Osw. Redlich, „Ein angebliches Gutachten des Hofkanzlers Hofer über die ungarische Magnatenverschwörung (1670 bis 1671)“ in den „Beiträgen zur neueren Geschichte Österreichs“, Heft 4, Wien 1908, S. 119 (das Gutachten halte ich aus inneren Gründen für Abeles Werk); F. Rački, „Acta conjurationem Bani P. a Zrinio et Com. Fr. Frangepani illustrantia“, Zagrabiae 1873, wo für den Standpunkt Hofers und Abeles wichtige Aktenstücke mitgeteilt sind; J. Pauler, „Die Wesselenzische Verschwörung 1664–71“ (u.), Budapest 1876, 2 Bde.; Montecuccolis Ansichten in seinen „Ausgewählten Schriften“, herausgegeben von A. Velké, 4 Bde., Wien und Leipzig 1899–1900, hauptsächlich Bd. 3, S. 449 ff., und „Történelmi Társulat“ 1887, S. 644, seine Auffassung über die Kolonisation als politisches Machtmittel ebenda, Bd. 1, S. 386. Bd. 3, S. 400, wirft Montecuccoli der Hofkammer vor, daß durch sie „der Aufstand in Ungarn, sowie die Hungersnot und die verminderte Autorität des Kaisers“ hervorgerufen worden seien. Über die öffentliche Meinung in Ungarn betreffend die Frage der Fortsetzung des Krieges s. die venezianischen Gesandtschaftsberichte und Montecuccolis Bemerkungen dazu, Bd. 4, S. 81 ff. Brinyis kriegsgeschichtliche Schriften, herausgegeben (u.) von E. Rónai-Horváth, „Oration“, herausgegeben von A. Verešs, „Tör-

ténelmi Tár" (u.) 1896, S. 101 ff. Ständewesen in Niederösterreich: A. F. Pribram, „Die niederösterreichischen Stände und die Krone in der Zeit Kaiser Leopolds I.“ („Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung“ 14, S. 589 ff.). Für die langsamen Fortschritte im Zusammenschluß der österreichischen Erbländer zu einem zisleithanischen Staate charakteristisch das Lehrbuch aus der thesesianischen Zeit: F. F. Schrötter, „Grundriß des österreichischen Staatsrechtes“, Wien 1775, S. 125: „In Ansehung der Landfässigkeit ist nichts weiters zu bemerken, als daß Böhmeim ein souveränes Königrich sei.“ Zeitalter der nationalen Kämpfe: A. Takáts, „Versuche zur Auflösung der ungarischen Heeresmacht“ („Századok“ 1904, S. 177), die (u.) Biographie Thökölyis von D. Ungyal, jene Franz Rátóczi II. von A. Márki (u.). Frhr. v. Hengelmüller, „Franz Rátóczi und sein Kampf für Ungarns Freiheit 1703–11“, Bd. 1, Stuttgart und Berlin 1913, wo auch ein klarer Überblick über die ungarische Geschichte des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts zu finden ist. Die Aussichtslosigkeit des ungarisch-französischen Bündnisgedankens zur Zeit Rátóczi habe ich im Gegensatz zur traditionellen Auffassung des Rátócziforschers und Herausgebers zahlreicher Altentstücke, Koloman v. Thaly, in meinem Buche, „Rátóczi im Exil (1715–35)“ (u.), herausgegeben von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest 1913, dargelegt, über die Schicksale des Buches vgl. die Referate von L. Vittner in der „Historischen Zeitschrift“, 115, 686, von F. Eckhart in den „Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung“ 36, S. 378 ff., und von J. Peisner in der „Ang. Rundschau“ 1914, S. 413 ff. Zur Geschichte des „Deutschenbasses“ ähnliche Ausführungen bei Graf J. Andrássy, „Interessengemeinschaft“ usw. Pragmatische Sanktion: G. Turba, „Die pragmatische Sanktion, mit besonderer Rücksicht auf die Länder der Stefanskronen“, Wien 1906; derselbe, „Die Grundlagen der pragmatischen Sanktion, I. Ungarn“, Leipzig und Wien 1911, wo vom Verfasser mitunter die Anschauungen und Wünsche der Wiener Regierungsmänner in den Text der ungarischen Gesetze hineininterpretiert werden (so z. B. bei der sogenannten Revisionsklausel). Vgl. St. v. Eskezy, „Das ungarische Thronfolgerecht“ (u.), Budapest 1917, der Turbas Ansichten auch in Einzelheiten korrigiert, ferner Wlassics, a. a. O.

Für Maria Theresias Regierungszeit J. Marczali im 8. Bd. des Szilágyischen Sammelwerkes (u.), dann seine „Geschichte Ungarns zur Zeit Josefs II.“ (u.), 3 Bde., Budapest 1881–1888, im ersten Bande eine ausführliche Darstellung der inneren Verhältnisse Ungarns unter Maria Theresia. Die Daten bei Hock, „Der österreichische Staatsrath 1760–1848“, herausgegeben von J. Wiedermann, Wien 1879, habe ich vielfach benützen können. Eine ausgezeichnete Darstellung bietet Alfons Huber, „Geschichte der österreichischen Verwaltungsorganisation bis zum Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts“, Innsbruck 1884. Vgl. außerdem: J. Weidtel, „Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740 bis

1848“, herausgegeben von Alfons Huber, 2 Bde., Innsbruck 1896—97. Über die Kompetenz der verschiedenen Hofkommissionen: Karl Tagányi, „Das Archiv der ungarischen Hofkanzlei“ (u.), Budapest 1898, in der Beschreibung des kgl. ungarischen Staatsarchivs, 2. Heft. J. H. Schwider, „Geschichte der Serben in Ungarn“, Budapest 1880; derselbe, „Geschichte der österreichischen Militärgrenze“, Wien und Teschen 1883. Die quellenmäßige Geschichte der Kolonisation im achtzehnten Jahrhundert liegt einstweilen noch brach. Raindls Werk s. oben. Kollowrats Vortrag, mitgeteilt bei Rud. Sieghart, „Zolltrennung und Zolleinheit, die Geschichte der österreichisch-ungarischen Zwischenzolllinie“, Wien 1915, S. 11, vgl. F. Schart, „Zur Geschichte des gemeinsamen Zollgebietes“ („Ungar. Rundschau“ 1915, S. 396 ff.). Die statistischen Angaben, besonders über die Beamtenzahl, aus M. Schwartners verlässlichem Werke „Statistik des Königreichs Ungarn“, 2 Bde., 2. Aufl., Ofen 1809—11.

Für den Vormärz ist das Hauptwerk trotz seiner einseitigen bürgerlich-liberalen Geschichtsauffassung noch immer jenes von A. Springer, „Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden“, 2 Bde., Leipzig 1863—65, dazu Ed. Wertheimer, „Geschichte Österreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts“, 2 Bde., Leipzig 1884, 1890. Für die Neugestaltung Ungarns sind die Bücher B. Grünwalds, „Das alte Ungarn“ und „Das neue Ungarn“ (u.), Budapest 1888, 1890, grundlegend, das letztere enthält bis jetzt die beste Würdigung von Széchenyis Wirksamkeit. Metternichs Gespräch mit Napoleon über Ungarn, mitgeteilt in: „Aus Metternichs nachgelassenen Papieren“, herausgegeben von R. Fürsten v. Metternich, Bd. 2, S. 334. Metternich nahm vorübergehend, 1812, der ungarischen Verfassung gegenüber einen feindseligen Standpunkt ein, vgl. Ed. v. Wertheimer, „Der ungarische Reichstag 1811—12“ (u.), Budapest 1899. Über die literarischen Verhältnisse gibt es eine ausgedehnte Literatur, deren neueste Zusammenfassung in E. Pintérs „Handbuch der ungarischen Literatur“ (u.) in 4 Bdn. Razinczy's Briefwechsel hat J. Váczy in 21 Bänden herausgegeben. Metternich über die „Zivilisation von Ungarn“ in seinen nachgelassenen Papieren, Bd. 3, S. 64, interessante Ausführungen ebenda S. 66; spätere Reformgedanken ebenda Bd. 6, S. 210, 228, 301, 368, 673; sein Gespräch mit Széchenyi ebenda Bd. 4, S. 239, 246. Széchenyis Aufzeichnungen über dasselbe bei Graf Melchior Lónyay, „Graf Stefan Széchenyi und seine hinterlassenen Schriften“, Budapest 1875. Die Széchenyi-Zitate sind der ziemlich schlechten deutschen Ausgabe des „Kredit“ und den ungarischen Originalausgaben der anderen Schriften entnommen. Über die Errichtung des österreichischen Kaiserstaates siehe das gesamte, die unveränderte Rechtsstellung Ungarns betreffende Aktenmaterial bei J. Illés, „Geschichte des ungarischen Wappens und des Königstitels von 1804 an“ (u.) (Sitz.-Ber. der Ung. Akademie der Wissenschaften, hist. Klasse, Bd. 24, Budapest 1916), wodurch die auf unzureichender Quellenkenntnis

beruhenden Ansichten der österreichischen Rechtsgelehrten überholt werden. Für die Konferenz die „Tagebücher des Karl Friedr. Freih. Rübeck von Rübau“, 2 Bde. samt Supplement, Wien 1909–10, hauptsächlich Bd. 1, S. 357, dann neben H. v. Sybels bekanntem Aufsatz („Historische Zeitschrift“, Bd. 38, S. 385) A. Fournier, „Graf Kolowrat und die österreichische Staatskonferenz von 1836“ (in den „Historischen Studien und Skizzen“, Wien-Leipzig 1912, 3. Reihe, S. 263); hauptsächlich aber Ed. v. Wertheimer, „Fürst Metternich und die Staatskonferenz“ (in der „Österreichischen Rundschau“ 1907, S. 41). Für die Verhandlungen des Ministeriums Batthyányi mit der österreichischen Regierung über die gemeinsamen Geschäfte s. die bei Sieghart a. a. O. mitgeteilten Aktenstücke, besonders S. 174 und 298. Die ungarische Aprilverfassung, die österreichische Märzverfassung, Silvester-Patente, Oktoberdiplom und Februarpatent, abgedruckt bei E. Bernáth, „Die österreichischen Verfassungsgesetze, Leipzig 1906. Szögyénys Ansichten über das Bacsche System in seinem Memorandum an Rechberg im Anhang seiner Tagebücher, herausgegeben von seinen Söhnen, Bd. 2, Budapest 1917. Die Zitate aus dem Ausgleichsgesetze nach Bernáth a. a. O. Zur Geschichte des Ausgleiches vgl. die Reden Franz Deáks (u.), herausgegeben von Emanuel Rónyi in 6 Bdn., Budapest 1882–98, wo auch das gesamte altentworfene Material (darunter Apponyis Memorandum), aber auch wertvolle Tagebücher verschiedener Personen mitgeteilt werden. Eine Würdigung der Tätigkeit Georg Apponyis bei E. v. Halász, „Ein vergangenes Geschlecht“ (u.), Budapest 1911, S. 197; f. ferner die Aufsätze Ed. v. Wertheimers: „Zur Geschichte der ungarischen Altkonservativen“ und „Neue Beiträge“ dazu in der „Ang. Rundschau“, Jahrgang 1913–1915. Maßgebend, unter Verwertung nichtedierter Quellen, E. v. Wertheimer, „Graf Julius Andrássy und seine Zeit“, 3 Bde., Stuttgart und Berlin 1910–1913. Im letzten Teil meiner Arbeit habe ich meine Schlüsse durchwegs aus allgemein bekannten Tatsachen gezogen.

Personen- und Sachregister

Verfahren und Ergebnisse

Verfahren und Ergebnisse

Personen- und Sachregister

(Die ungarischen Ortsnamen sind den entsprechenden deutschen in Klammern beigegeben)

- Aachen** 35.
Abele, Hofkammerpräsident 107 ff., 116, 182, 205.
Abgaben, 37, 40, f. auch *Steuer*.
Abrenunziation 123.
Absolute Monarchie 64, 85, 98 ff., 193.
Absolutismus 10, 98 ff., 124 ff., 153, 163, 178, 181 ff., 184.
 — *josefinischer* 100.
 — *leopoldinischer* 106—113, 118 bis 121, 187, 191, 205.
 — *patriarchalischer* 99, 129—143, 157.
Ackerbau 14, 36, 57.
Adel, *Adlige* (*Romitats-, Land-*) 34, 47 ff., 50 ff., 55 ff., 58 ff., 61, 64, 73, 76, 87, 136, 140 ff., 143, 146, 152, 156, 164, 166 ff., 195 f.
Adria 38, 63, 84, 173.
Agram (*Ságráb*) 38.
Akademie 150.
Aklamation 54.
Albaneſer 64.
Albanien 105.
Albrecht von Habsburg, König von Ungarn 56, 80, 83, 104, 114.
Áldásy, A. 201.
Allodium 48.
Altfluß (*Ölt*) 66.
Altſonſervative 185 f., 208.
Altöſterreich 11.
Andráſſy, Graf Julius 186, 191, 208.
 — *der Jüngere* 201, 206.
Andreanum 36.
Andreas II., König von Ungarn 36, 41, 50, 55, 200.
Angiovinen f. *Anjous*.
Angyal, D. 206.
Anjous von Neapel 44 ff., 54, 63, 105, 200.
Anſäſſigkeit 27.
Apoſtoliſcher König 24.
Apoſtoliſches Kreuz 24.
Apponyi, Graf Georg 170, 185 f., 208.
Aprilgeſetze 176 f., 184, 189, 208.
Arab 74, 180.
Arany 168.
Arneth, v. 191.
Arnulf 13.
Arpad 14 ff., 29, 38, 42, 150.
Arpaden 9, 20 ff., 27 ff., 30, 37, 39, 41, 44 f., 53, 61, 80, 87, 105, 198 f.
Aufklärungsſideen 144.
Augsburg, Schlacht zu 16, 31.
Auner, M. 198.
Ausdehnungspolitik f. *Expansion*.
Ausgleich 11, 186—192, 208.
 — *kroatſcher* 190.
Auswärtige Politik 189, 204.
Avaren 14, 16 f.
Aviſiſität 50, 155, 176.
Avus 50.
Babenberger 62.
Bach, Alexander 181—184, 186 f.
Bacſta 73, 112, 180.

- Baden, Ludwig Markgraf von 103.
 — Karl Gustav, Markgraf von
 Baden-Durlach 205.
 Balkan, Gebirge 62, 65.
 — Halbinsel 30, 38, 63.
 Balogh, Eugen 199.
 Banat s. Temescher Banat
 Banate 62, 65 f.
 Bancodeputation 136.
 Bandlerialverfassung 45 f., 87.
 Banus von Kroatien 38 f.
 Barones s. Reichsbarone.
 Bartenstein 130.
 Bartfeld (Bártfa) 33.
 Batta, Giorgio 93.
 Báthory, Stefan, Fürst von Sieben-
 bürgen, König von Polen 77.
 Batthyányi 97, 102.
 — Graf Ludwig 176, 180, 208.
 Bauer, W. 203.
 Bauern 52, 58, 73, 76 f., 87, 140, 157,
 167 f., 179, 195 f., s. auch Hörige.
 Bauernaufstand 68.
 Bauernbefreiung 137.
 Bayern 16, 21, 37, 43, 103.
 Beidtel, J. 206.
 Békefi, Remigius 198.
 Béla III., König von Ungarn 30, 38.
 — IV. 30, 47.
 Belgien (spanische und österreichische
 Niederlande) 70, 109, 128, 144.
 Belgiojoso 93.
 Belgrad (Nándorfejérvár) 57, 65, 68.
 Below, v. 198 f., 204.
 Benediktiner 25, 198.
 Bentő, Jos. 202.
 Bergregal 37.
 Bergstädte 35.
 Bergwerke 86, 133.
 Bernakiz, E. 208.
 Besitzprozesse 93.
 Besitzrecht, königliches 27.
 Bethlen, Gabriel, Fürst von Sieben-
 bürgen 76 ff., 93 f., 120, 202 f.
 Beutegebiet 13.
 Beutezüge 16 f., 20 f.
 Bevölkerungszunahme 139 f.
 Bibelübersetzung, rumänische 80.
 Bihar, Komitat 78.
 Bischöfe 39, 68, 112.
 Bismarck 11, 103, 163, 185, 191.
 Bistümer 25, 28, 47, 62.
 Bittner, L. 206.
 Blutsgemeinschaft s. Geschlechts-
 genossenschaft.
 Bocskay, Stefan, Fürst von Sieben-
 bürgen 77, 79, 93 f., 120.
 Bogumile 63.
 Böhmen 23, 31, 33, 54, 62, 67, 83,
 182, 206.
 Böhmisches-österreichische Erbländer
 s. Erbländer.
 Boleslaw, Herzog von Böhmen 23.
 Bosnien 62, 66, 103, 171.
 Bourgeois, E. 11.
 Brandenburg 79.
 — Stände von 88 f.
 Brandenburgische Kavallerie 103,
 205.
 Brückenzoll 155.
 Budapest 15, 112, 155, 190.
 Bulgaren (Türkobulgaren) 13 ff.,
 17, 64.
 — in Ungarn 23.
 Bulgarien 62, 65.
 Burgländereien s. Domänen.
 Burgund 83.
 Burzenland (Baczafág) 32, 36.
 Byczan 13, 17, 23, 26, 37 ff., 62 ff.
 Caraffa 119.
 Cartesianer 79.
 Cavour 185.
 Čechoslawen 172.
 Christenheit, christlich-germanisches
 Gemeinwesen 8 ff., 13, 20 f.,
 28, 30, 57, 63, 69 f., 191.
 Christentum in Pannonien 15, 21.

Christianisierung Ungarns 21.
Christlich-monarch. Prinzip 23 ff.
Clausen f. Klausen.
Cluny 21.
Coccejane 79.
Comes f. Gespan.
Comitatus f. Komitat.
Corpus sacrae coronae 60.
Corpus juris f. Korpus juris.
Cordinus f. Matthias.
Csáky 102.
Csáki, D. 198, 201.
Csécsy, St. v. 206.
Csoma, J. 200.
Czegléd 74.

Dakoromanisches Reich 172.
Dalmatien 38, 60, 65, 171, 190.
Deák, Franz 165, 176, 184, 186
bis 189, 192, 204, 208.
Defsters (Steuerrollen) 202.
Dekurionat 28.
Delegationen 186, 190.
Demokratie, demokratische Ideen
164 ff., 168 f., 194.
Dessewffy, Graf 170.
Detronisation 180, 185.
Deutsche in Ungarn 32, 35 ff., 57,
112, 115, 120, 131 f., 142, 171,
175, 182.
Deutschenhaß 114 ff., 130, 206.
Deutschland, Deutsches Reich 8 ff.,
53, 57, 67, 70, 79, 81 f., 84, 87,
94, 100 ff., 115, 128, 187 f., 191;
f. auch römisch-deutsches Reich.
Dienstleute, königliche 25, 48 ff.
— private 26, 43.
Dienstzeit, militärische 189.
Dnjeſtr 13.
Dobó 97.
Dohna 103.
Domänen (Burgländereien), Königin-
liche 27, 34, 40 ff., 48 f., 51, 57.
Domanovszky 200.

Domestikalkasse 140.
Donation f. Schenkung.
Donau 12 ff., 23, 33, 38, 57, 62,
65 f., 111.
Donaudelta 12.
Donauflotte (Magaden) 66.
Donaufürstentümer 182.
Donaumatrosen 97.
Donau-Save-Linie 15, 86, 131 f.
Donau-Theiß-Niederung 13 f., 20,
35, 57, 70 f., 74, 93, 111, 140,
179, 202.
Dorfgemeinden 48, 57, 74, 112.
Dorfgemeinschaft 52.
Dove, Alfred 8.
Drau 14, 38.
Draubrücke 118, 132.
Dreißigjähriger Krieg 79, 100, 115,
202.
Dualismus 177, 185, 191 ff.
Dynastie f. Arpaden, Anjou, Habs-
burger, Hunyadi, Jagellonen.

Eckhart, F. 198, 202, 206 f.
Eisernes Tor 65.
Emigranten 185.
Emmerich, König von Ungarn 200.
— heiliger 29.
England 37, 108, 151.
Eötvös, Baron Josef 164, 175 f.
Eperjes 33, 119.
Erbfolge 126 f.
Erbfolgekrieg, österreichischer 145.
— spanischer 128.
Erbländer (habsburgische, böhmisch-
österreichische) 83 ff., 96, 100,
104, 107 f., 125 ff., 128 ff.,
137 ff., 171, 176 f., 185 ff., 188,
191.
Erbrecht 118.
Erdbefestigungen 27.
Erdélyi, L. 198.
Erlau (Eger) 72, 86, 97, 111 f.
Ernennung von Reichsbeamten 47.

Erzherzog von Österreich 83, 92, 103.
 Esfegg (Eszék) 118.
 Esterházy 97, 102, 144.
 — Nikolaus 142.
 Exemption 52.
 Expansionspolitik 37 ff., 41, 57 ff.,
 62 ff.
 Fabriken 138.
 Falkenhayn 103.
 Familiaren 44.
 Februarpatent 184 f., 190, 208.
 Februarrevolution 170, 175.
 Fejérpatak, L. v. 201.
 Feldgemeinschaft, geschlechtsge-
 nossenschaftliche 25, 47.
 Fellner, Th., 203.
 Ferdinand, Erzherzog von Öster-
 reich, dann I., König von Ungarn
 71, 80—92, 103 f., 203.
 — V., König von Ungarn, I. Kaiser
 von Österreich 170, 176 f., 179.
 Ferdinándy, v. 200.
 Feudalismus, Feudalität 9, 26, 42,
 46, 50, 53.
 — süddeutscher 26.
 Finanzen, Finanzwesen 129, 137,
 159, 183, 189.
 Finanzbehörden 86, 133, 138.
 Finanzverwaltung 91, 133, 203.
 — lokale 51.
 Finnisch-ugrische Elemente im
 Ungarn 12, 35, 197.
 Flandrer 35.
 Flotte s. Donauflotte.
 Forgách 97.
 Fournier, A. 208.
 Fraknoi, W. 200 f., 204.
 Frangepan, Fr. 205.
 Franken 35.
 Fränkische Monarchie 27.
 Frankreich, Franzosen 16, 37, 53,
 69 f., 82 f., 88 f., 101, 114, 122 f.,
 151, 166, 206.

Franz I., König von Frankreich
 69 f., 122, 201.
 — I., König von Ungarn und Kaiser
 von Österreich, II. als deutscher
 Kaiser 158, 160, 170.
 Franz Josef I., König von Ungarn,
 Kaiser von Österreich 8, 177 f.,
 184 ff., 190 f.
 Franziskaner 65.
 Französische Revolution 144, 160.
 Französisch-türkisches Bündnis 69 f.,
 102.
 Freie s. Gemeinfreie.
 Freiheitsauffassung, heidnische 23 f.,
 26.
 Freizügigkeit 52.
 Fremde Truppen 96, 108, 115, 119.
 Fünfzehnerausschuß 186 f.
 Fürstenberg 103.
 Fürstenmacht in Siebenbürgen 77 f.
 Fußvolk 37, 58.
 Gábor, J. 200.
 Gaj, Ludwig 174.
 Gardisten 147.
 Gaugrafschaft 27.
 Geblütssthronfolgerecht 54.
 Gegenreformation 93 f.
 Geheimes Deputiertenkollegium
 134.
 Geheime Konferenz 134 f.
 Geheimer Rat 92, 134, 204.
 Geistliche 87, 90.
 — protestantische 119 f.
 Geldgeschichte 198.
 Geldsteuer 37.
 — der Städte 42.
 Geldwirtschaft 37, 40, 137.
 Gemeinden s. Dorfgemeinden.
 Gemeinfreie 25, 28, 42 f., 47 ff., 50.
 Gemeinsame Angelegenheiten 91,
 133, 138, 158 f., 177, 185 ff.,
 188—191, 208.
 Gemeinsame Armee 133, 189 f.

Gemeinsame Armee, Beiträge s. Quote.
 — Ministerien 189 f.
 — Verteidigung 91, 126, 133, 188 f.
 — Zollgebiet 207.
 Generalgouvernement 182.
 Generalstaaten s. Holland.
 Genossenschaftsgedanke 49.
 Georg, Sankt 22.
 Gerhard, heiliger 29.
 Gerichtsbarkeit 34, 36.
 Gerichtshof, adliger 49.
 — gutherrlicher 52.
 Gerichtsverwaltung 51; s. auch Justizwesen.
 Germanische Kulturgemeinschaft s. christlich-germanisches Gemeinwesen.
 Germanisierung 110 f., 114, 116, 122.
 Gesamtmonarchie 181.
 Geschlechter, ungarische 200.
 Geschlechtsgenossenschaft (Blutsge-
 meinschaft), Geschlechtsverbände
 12, 17, 22 f., 25, 27, 47 ff.
 Geschworener Rat 57.
 Gespan (comes, Graf, ispán, župan)
 34, 39.
 Gegner 148 f.
 Gewohnheitsrecht 25.
 Géza 20 f., 27 f.
 Gleichheitsauffassung, nomadische
 26.
 Goethe 148.
 Goldbergwerke 42.
 Goldene Bulle 50 f., 55.
 Gombocz, J. 197.
 Görgen, Arthur 180.
 Götz, Lt. 205.
 Graf s. Gespan.
 Gran (Esztergom) 45, 72, 82, 97.
 Grenzen 33, 199.
 Grenzfestungen 66, 68, 72, 86 f.,
 96, 113, 115.

Grenzsicherung unter den Arpaden
 30 ff.
 — unter Ferdinand I. 87.
 Griechischer Einfluß in Ungarn 17,
 24; s. auch Byzanz.
 Griechisch-orthodoxe Kirche 194; s.
 auch Serben und Rumänen.
 Großgrundbesitz 42 ff., 45 ff., 49 ff.,
 87, 196, 200.
 — geistlicher 46.
 Großkanizja (Nagykanizsa) 72.
 Großkapital 196.
 Großmachtstellung (habsburgische,
 deutsch-italienische, unter Leo-
 pold I.) 105, 113, 125, 128 f.,
 134, 170, 187, 192.
 Großungarn 95.
 Großwardein (Nagyvárad) 72, 78.
 Großwesir 102.
 Großwoiwodina s. serbische.
 Grundbesitz, königlicher 27, 34,
 41 ff., 47.
 — privater 25.
 — türkischer 73 ff.
 Grundherrliches Verhältnis 52 f.
 Grünwald, B. 207.
 Gubernien, erbländische 130.
 Gubernium, siebenbürgisches 131.
 Habsburger 10, 54, 62, 67, 70 ff.,
 80 ff., 94 f., 104 f., 118 f., 121,
 123, 125 ff., 142, 203 f.
 — spanische 105.
 Habsburgische Erbländer s. Erb-
 länder.
 Hajnik, Emmerich 198 f.
 Handel 112, 129, 155.
 Haugwitz, 103, 130.
 Hausmacht der Arpaden 27.
 — der Fürsten von Siebenbürgen
 77 f.
 — der Habsburger 103 f.
 Haynau 180, 193.
 Heer, ständiges 58, 67, 118.

Heer, ungarisches 189.
 Heeresfolge s. Militärdienst.
 Heeresverwaltung 91.
 Hegyalja 120.
 Heibude 95 f., 103, 121.
 Heilige Krone s. Stefanskronen.
 Helmsfallsrecht 50.
 Heinrich I., deutscher König 16.
 Helfert, v. 11.
 Herberstein 103.
 Herder 148.
 Hermannstadt (Magyszeben) 201.
 Hermannstädter Provinz 36, 200.
 Herrscherhaus s. Dynastie.
 Herrscherrechte s. Hoheitsrechte.
 Hinterlassene Behörden 92.
 Hinterlassen 52.
 Hirtenvölke 12 ff., 18, 36, 39.
 Hof, österreichischer Hofkanzler
 107 ff., 116, 121, 125, 182, 205.
 Hof 206.
 Hofinka, A. 201.
 Hofbehörden 91.
 Hofbibliothek 174.
 Hofdeputation, illyrische 131.
 Hofdienst, privater 26.
 — unter den Habsburgern 67.
 Hofhaltung 39, 68, 143.
 Hofkammer, ungarische 86, 93, 108,
 111 f., 133 f., 138, 203.
 — Wiener allgemeine 86, 88, 91 f.,
 119, 131, 133 f., 138, 203, 205.
 Hofkanzlei (Hofkanzler) österrei-
 chische 134.
 — siebenbürgische 131.
 — ungarische 86, 134, 144, 182 f.
 Hofkommerzialrat s. Kollowrat.
 Hofkriegsrat 87 f., 91 f., 113, 131,
 133 f., 164.
 Hofrat, niederösterreichischer 89, 203.
 — Geheimer 92.
 Hofrichter 39.
 Hofwirtschftsbeamter s. Taver-
 nicus.

Hoheitsrechte (Regalien) 86, 138, 189.
 Hohenzollern 201.
 Holland (Generalstaaten) 77, 79,
 108 f.
 Holub, J. 199.
 Hóman, V. 198.
 Honvéd 179 f., 190.
 Hörige 53, 58, 74, 155 f., s. auch
 Bauern.
 Horváth, A. 201.
 Huber, Alfons 200, 206 f.
 Humanitische Bildung 67.
 Hunnen 14, 16.
 Hunyadi, Johann 65 f., 69, 118, 201.
 — Matthias s. Matthias Corvinus.
 Jakob, G. 202.
 Jagellonen 54, 67, 83.
 Jajce, Banat von 65 f., 201.
 Jászay, Paul 203.
 Jászberény 74.
 Jazygen 31, 35, 57.
 Jellačić 178.
 Jeremiade 97.
 Jesuiten 203.
 Jllés, J. 198, 201, 207.
 Illyrier 173 f.
 Illyrische Hofdeputation s. Hof-
 deputation.
 Inauguraldiplom 54, 61.
 Indagines 199.
 Independenten 79.
 Indirekte Steuern 119.
 Industrie 138.
 Johann, König von Ungarn s. Szapolyai.
 Josef II. 136, 143 f., 157, 179.
 — Erzherzog, Palatin 165.
 Journalistik 154, 165.
 Jpek, Patriarch von 112.
 Islam 63 ff., 72.
 Ispán s. Gespan.
 Italien, Italiener 63, 82, 96,
 100 f., 104 f., 115, 128, 178, 187.

Italienische Einheitsbewegung 162 f.,
169 f., 172.

Jus resistendi 55; s. auch Wider-
standsrecht.

Justizwesen 132, 184.

Kabaren 13.

Kaindl, A. F. 199, 207.

Kalvinisten, kalvinische Religion 77,
80, 93.

Kammer s. Hofkammer und Zipser
Kammer.

Kammergüter, türkische 74 f., 202.

Kanzlei s. Hofkanzlei.

Kapistran, Johann v. 65.

Kapitalismus 195 f.

Kapitel 25, 47.

Karácsoni, E. 202.

Karácsonyi, J. 199 f.

Karantänische Markgrafschaft 14.

Karlowski, Friede von 103.

— Patriarchat von 112, 172.

Karl der Große 17, 21, 23 f.

— V., 69, 81

— I. von Anjou, König von Ungarn
44 ff., 57 ff., 63, 104.

— III. König von Ungarn, VI.
als deutscher Kaiser 125 f., 129.

Karolinger, Karolingische Mon-
archie, Einrichtungen der 14 f.,
23 ff., 28, 61.

Károlyi, Alexander 123.

— Arpad v. 198, 204 f.

Karpathen 12, 33 ff., 112.

Raschau (Rassa) 33, 57, 75, 86,
101, 111, 201.

Rasinoverein 155.

Ratholizismus, Katholiken 77, 94,
97, 142 f., 166.

Raunig 103, 130.

Razinczy, Franz 147 ff., 151, 156,
168, 207.

Recskemet 74.

Récsy, B. 203.

Rern, Fritz 200.

Rettenbrücke 155.

Rhazaren 13.

Kirche, Kulturarbeit der 47.

Klausen (clausa) 31 ff.

Kleinasien 122.

Kleine Walachei 65.

Kloppstock 148.

Klöster, 25, 28, 47.

Knejen 36.

Knin (Tinin) 38.

Kollar, Ad. Fr. 203.

Kollegiale Behördenorganisation
86, 92.

Kollonitsch, Kardinal 109.

Kollowrat, Hofkommerzienratsprä-
sident 138, 207.

— Staatsminister 170.

Koloman, König von Ungarn 30, 38.

Kolonisation, deutsche in Ungarn
33 ff., 199.

— slawische 33.

— türkische 74, 202.

— im 18. Jahrhundert 111 f.,
131 f., 139, 205.

— der Moldau 62.

Komitat (megye, comitatus), kö-
niglicher 27 ff., 36, 38, 41.

— adliger 48 ff., 90, 99, 111, 113,
119, 135, 140 f., 144, 158, 164,
182 f., 198, 200.

Komitatsadel s. Adel.

Kommissäre, königliche 159.

Komorn (Komárom) 33, 86, 112.

Konferenz s. Staatskonferenz.

Konferenzministerium 134.

Kongregationen 51, 141, 154, 169.

Königsgräß 186.

Königsboden 76.

Königssegg 103.

Königstreue 26, 59, 61.

Königswahl 54, 118.

Königtum, nationales 9, 19 ff.,
24.

Königtum, patrimoniales 2 f., 41 ff.,
 51 ff., 83 ff.
 Konrad III. 39.
 Konservative 148, 156, 164.
 Konstantinopel 17; f. auch Byzanz.
 Könyi, Emanuel 208.
 Korpus juris 135, 201.
 Kossuth, Ludwig 165, 169, 176,
 179 f., 185, 192.
 Kovachich 201.
 Krajner, E. v. 200.
 Kreisämter 130.
 Kremnitz (Körmöczbánya) 35.
 Kretschmayr, H. 203.
 Kreuz (Körös), Komitat 38.
 Kreuzzüge 64, 81.
 Kriegsdienst f. Militärdienst.
 Kriegsteuer 66, 68.
 Kroaten, Kroatien 38, 45, 60, 65 f.,
 103, 132, 171, 173 ff., 178, 185,
 190, 201.
 — weiße 34.
 Krone f. Stefanskronen.
 Kronstadt (Brassó) 201.
 Krönung 24, 54, 59 f., 89, 190.
 Krönungsseid 54 f., 61, 191.
 Kübeck, R. Fr. Freiherr v. 208.
 Rumanen 35, 47, 57.
 Rumanien 62.
 Kurie, königliche 184.
 Kuruzzen 120 ff., 141.
 Labanzen 141.
 Ladislaus I., der Heilige, König von
 Ungarn 30, 33, 38.
 — IV. 62.
 — V. 104.
 — Voivode von Siebenbürgen 42.
 Lamberg 103.
 Landadel f. Adels.
 Landeshoheit 46.
 Landesverteidigungsausschuß 179.
 Landtage in Siebenbürgen 75 f.
 Landwehr, österreichische 190.
 218

Landwehr v. Pragenau, M. 205.
 Lateinische Sprache 142, 147, 174.
 Latour 103.
 Leibeigenschaft 130, 137, 145.
 Leinenhandel 138.
 Leo, Kaiser von Byzanz 26.
 Leopold I., König von Ungarn,
 deutscher Kaiser 99 ff., 103 ff.,
 118 ff., 183, 191.
 — II. 144.
 Lessing 148.
 Liberalismus, liberale Ideen, Par-
 tei 164 f., 168 f., 176 f., 189 f.,
 195.
 Linger Friede 94.
 Literatur, Erneuerung der 147 ff.,
 167 f., 207.
 Lobkowitz 107, 205.
 Lombardei 16.
 Lónyay, Graf Melchior 207.
 Losonczy 97.
 Lothringen, Karl von 103.
 Louvois 102.
 Ludwig I. der Große, König von
 Ungarn 45 ff., 56 ff., 63, 83,
 200.
 — II. 67 f., 81.
 — XIV. König von Frankreich 88 f.,
 99, 101 f., 107, 122 f., 129, 145.
 Luschin v. Ebengreuth, A. 200.
 Lutheraner 77, 80, 93.
 Lüttich 101.
 Luxemburg 36; f. auch Siegmund.
 Macsó (Macva), Banat 62.
 Magnaten 81, 86, 90, 119, 121,
 143, 161, 185.
 Magyar (Megyer), Stamm 15, 22.
 Mähren 67, 83.
 Mährisch-pannonisches Reich 13,
 15, 33.
 Maltontenten 122.
 March (Morva) 33.
 Marczalli, H. 197, 206.

Maria Theresia 129, 134 f., 137 f.,
 143, 147, 157, 167, 206.
 Markt, Al. 206.
 Marmarameer 124.
 Marmarosch (Máramaros) 57.
 Maros, 23, 74, 132.
 — gegend 23, 112, 195, 202.
 Martin, Cantt 22.
 Martinuzzi, Georg, Cardinal 76, 202.
 Märzrevolution, Wiener 175.
 Märzverfassung, österreichische
 179 ff., 208.
 Matrikel, ständische 46.
 Matthias Corvinus, Hunyadi, Kö-
 nig von Ungarn 58, 66 f., 83,
 106, 117, 200 f.
 Matthißen 149.
 Maut 37, 42, 148.
 Maximilian I., deutscher Kaiser 67,
 81, 115.
 Mayer, Theodor 205.
 Mazedonien 65.
 Megye s. Komitat.
 Megyer s. Magyar.
 Meinecke, Fr., 11.
 Melich, J. 197, 199.
 Mere Hungarica 91, 204.
 Metternich 159–165, 167, 170,
 174 f., 177, 207 f.
 Mezötúr 74.
 Militärdienst (Heeresfolge) des
 Adels 58, 61, 87, 95, 155, 157,
 176.
 — der Bauern 58, 64, 87, 95, 155.
 — der eingewanderten fremden
 Völker 34.
 — der Gemeinfreien 28, 48.
 — der Großgrundbesitzer 43 ff., 87,
 95.
 — der Städte 37, 64.
 — in Siebenbürgen 76.
 Militärgrenze 65 f., 68, 115, 131 f.,
 135, 158, 180.
 Militärverpflegung 140, 144.

Milites 26.
 Ministerverantwortlichkeit 164, 176,
 181, 190.
 Mitteleuropa, mitteleuropäisches
 Staatensystem 9, 27, 55, 64,
 70, 82, 87, 96, 100 ff., 109 f.,
 114, 116, 122 f., 125, 168, 187,
 191.
 — Begriff 11.
 Mittelungarn 103.
 Mixta 91, 204.
 Mohács, Schlacht zu 68, 71, 81,
 84, 96, 124, 203.
 Moldau 37, 62.
 Monarchisches Prinzip im Mittel-
 alter 23 ff.
 Mönche, griechische 17, 23.
 — abendländische 21.
 Montanwesen s. Bergwerke.
 Monte-Cassino 21.
 Montecuccoli 107, 109, 118, 205.
 Montenegro 38.
 Mosel 35.
 — franken 36.
 Münzprägung und -recht 37.
 Nádasdy 97.
 — Franz 117, 121 f., 205.
 Nagykörös 74.
 Namur 101.
 Napoleon I. 160, 162, 175, 207.
 — III. 185.
 Nation, Begriff 11.
 Nationen in Siebenbürgen 76.
 Nationalität, Begriff 11.
 — Neuschaffung der ungarischen
 147 ff., 153 ff.
 Nationalitäten 175, 177 f., 182, 194.
 Nationalstaat, mittelalterlicher, Be-
 griff 18.
 Nazaden 66.
 Neapel 44, 63.
 Nebenländer der heiligen Krone 63,
 103, 190.

- Neoacquisita 111, 131.
 Neuhäusel (Erfekújvár) 72, 111.
 Neusohl (Besztercebánya) 33.
 Niederlande s. Belgien.
 Niederösterreich 67, 107 f., 206.
 Nikolaus I., Zar 180.
 Nikolsburger Friede 94.
 Nikopoli 65.
 Nobiles regni 50.
 Nomadenstaat 7, 12—18, 22, 29, 64.
 Oberungarn 35, 72, 77, 84, 93, 120, 122, 141, 174.
 Ofen (Buda) 68, 70 ff., 82, 95, 100, 102 f., 105, 112, 118, 132, 182, 202, 205.
 Oktoberdiplom 184 f., 208.
 Onod 122, 125.
 Osmanen s. Türken.
 Österreich, Haus 62.
 — Herzogtum 31.
 — Kaiserstaat 8, 157 f., 173, 179 ff., 187 f., 190 f., 192 ff., 207.
 — unter der Enns s. Niederösterreich.
 Österreichische Länder 81, 89, 96, 104; s. auch Erbländer.
 Osteuropa 64.
 Ottingen 103.
 Otto von Bayern, König von Ungarn 43.
 — der Große 16.
 — von Freising 39.
 Ottonenreich 8.
 Ogora, Banat 65.
 Pächter 52.
 Palatin 39, 87, 92, 108, 132, 134, 165, 178.
 Pálffy 97, 102.
 — Johann 123.
 Pannonien 14 f., 21 f., 32.
 Papst 24, 44, 64, 102.
 Parität 186, 191.
 Parlamentarismus 164, 169, 175 f., 190.
 Passauer Diözese 21.
 Patrimoniale Monarchie 9, 27, 38 ff., 40 ff.
 Pauler, J. 197, 199, 205.
 Pázmány, Peter, Kardinal 97, 142.
 Pecsevi 203.
 Peisner, J. 206.
 Personalunion 83, 85.
 Pest 176.
 Petöfi 168, 176.
 Petschenegen 13, 22, 31, 35, 47, 57.
 Philipp II. 109.
 Pillersdorf 177, 180.
 Pintér, E. 207.
 Plattensee (Balaton) 22, 72, 86, 111.
 Polen 32, 35, 53 f., 56, 62 f., 71, 77, 83, 120, 167.
 Polizei 165, 170.
 — staat 163.
 Prag 82, 92.
 — Behörden 93.
 — Diözese 21.
 Pragmatische Sanktion 127, 135, 137, 139, 176 f., 186 ff., 191, 206.
 Prälaten (praelati) 47, 119.
 Presbyterianer 79.
 Preßburg (Pozsony) 86, 91, 132, 176.
 Pressfreiheit 176.
 Preußen 128, 194.
 Pribram, J. A. 205 f.
 Primogenitur 54.
 Privateigentum 25, 48.
 Privattheereskontingente 46.
 Privilegien, adlige 50 ff., 55, 58.
 Proceres 47.
 Protestanten 79, 93 f., 97, 101, 119, 166.
 Provence 168.
 Quote 193.

Raab (Győr) 72.
 Rachfahl 198, 204.
 Rački 205.
 Radetzky 178.
 Rákóczi, Georg, I., Fürst von
 Siebenbürgen 79 f., 93, 202.
 — beide 76 f.
 — Franz II. 121 ff., 125, 206.
 Rama 62.
 Rat, königlicher 57, 82, 200.
 — ungarischer 92, 204.
 Ravenna 21.
 Redlich, Osw. 205.
 Reformgedanken, nationale 116 f.,
 152 ff., 160 f.
 Regalien s. Hoheitsrechte.
 Regnum Marianum 142 f.
 Reichsbarone (barones) 30, 39, 47,
 56, 65 f., 68, 95.
 Reichsbeamte 47.
 Reichshauptleute 66, 87.
 Reichstat, österreichischer 181, 185.
 Reichsschatzmeister 39.
 Reichstag 54, 57 f., 83, 89 ff., 99,
 115, 118 ff., 123, 126 f., 132 f.,
 137, 141, 143, 145, 154, 159,
 169, 176, 180, 184 f., 186 ff.,
 189 f., 201, 204, 207.
 Reichstagsakten 201, 204.
 Rekrutenstellung, -bewilligung 159,
 189.
 Religionsfreiheit 77 f., 176.
 Renaissance 67.
 Richelieu 99, 129.
 Ritter, deutsche, bayerische, in
 Ungarn 22, 25, 39, 200.
 Romantiker 149 f.
 Römisch-deutsches Kaiserreich 24,
 44, 84, 101, 128, 157; s. auch
 Deutschland.
 Rónai-Görvát, E. 205.
 Rosenthal, Ed. 203.
 Rückkaufsrecht 48.
 Rudolf von Habsburg 44, 62.

Rudolf, König von Ungarn 85, 92 f.
 Rumänen 52, 74, 79 f., 171 f.,
 178, 182, 194 f., 199, 203;
 s. auch Walachen.
 Rumänien 62, 80, 171, 174.
 Russisch-polnische Teilsfürstentümer
 37, 61.
 Ruthenen 57, 120, 122, 142.
 Sabac 66.
 Sachsen in Oberungarn 35.
 — in Siebenbürgen 35 ff., 42,
 76 f., 79, 91, 172.
 — -Weißenfels, H., Herzog von
 205.
 Sachsengraf 36.
 Salamon I. 201 f.
 Salzbergwerke 42.
 Save 12, 14, 38, 57, 65, 111, 151;
 s. auch Donau-Save-Linie.
 Savoyen, Prinz von 103.
 Schatzmeister 86, 138.
 Schemnitz (Selmeczbánya) 33.
 Schenkung (Donation) 41, 43, 47,
 50, 52.
 Schiller 148.
 Schlesien 53, 67, 83.
 Schrötter, F. F. 206.
 Schuldenwesen 141, 183.
 Schultheiß 34.
 Schwaben in Ungarn 112.
 Schwartzner, M. 207.
 Schwarzenberg 180 f.
 Schwarzes Meer 12.
 Schweden 79.
 Schweiz 16, 77.
 Schwider, J. H. 207.
 Senior 26, 48.
 Seniorat 54.
 Serben 63, 64, 66, 73 f.
 — in Ungarn 112 f., 131 f., 171 f.,
 175, 178, 194, 207.
 Serbien (Servien) 62, 103, 105,
 112, 171, 174, 201.

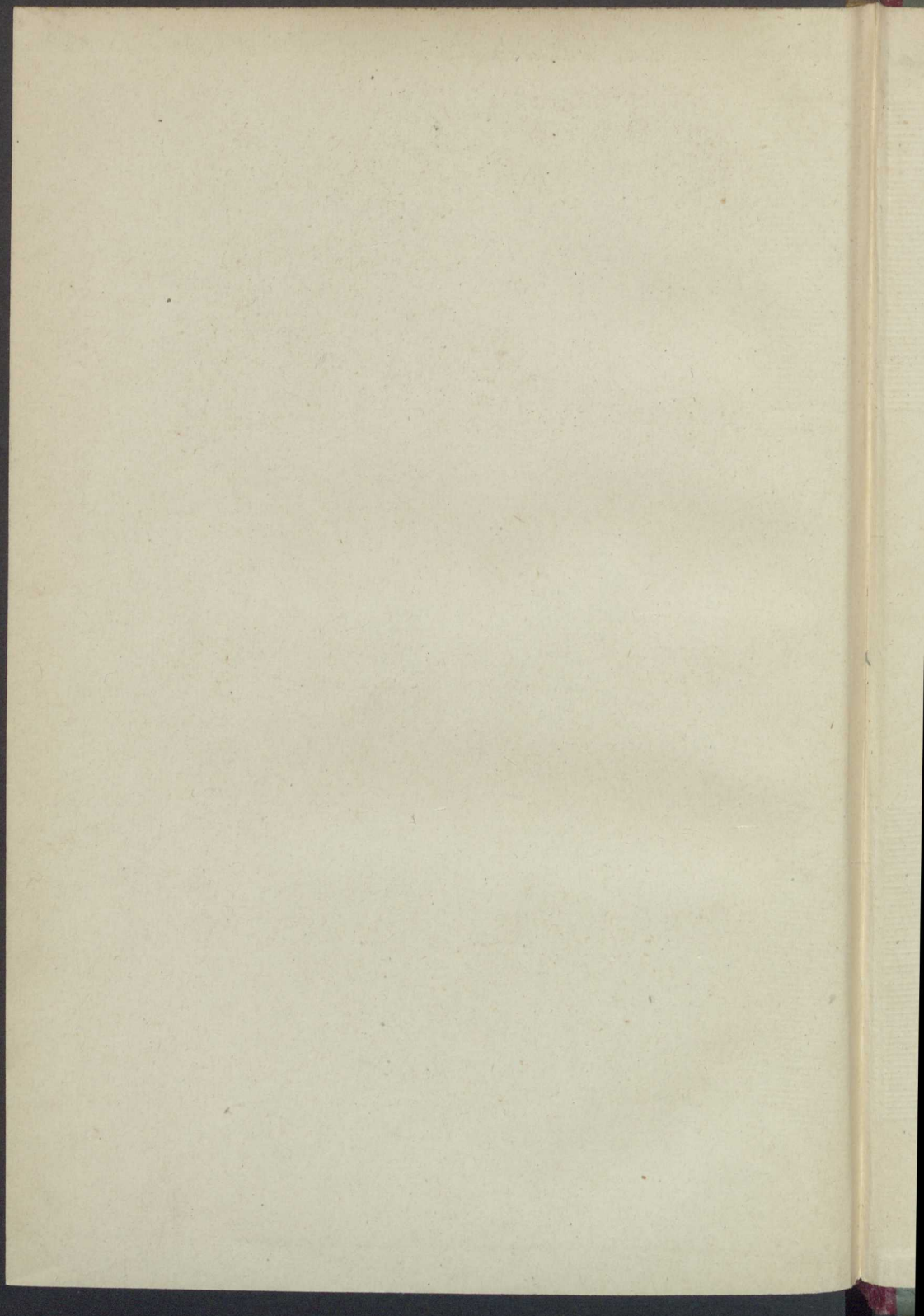
- Serbische Großwoiwodschafft 180,
 182 f.
 Servienten 44, 200.
 Servientes regis 49.
 Sechshaftigkeit 48.
 Siebenbürgen 23, 31 f., 35 ff., 45,
 51, 68, 70 f.
 — (Fürstentum) 73, 75–80, 91,
 93 ff., 98, 101, 103, 110 f.,
 113, 120, 124 f., 131.
 — (Großfürstentum) 131, 135, 157,
 171 f., 176, 180, 182, 194, 202 f.
 Sieben Stühle 36.
 Sieghart, Rud. 207 f.
 Siegmund von Luxemburg, König
 von Ungarn 45, 54, 56 ff., 65,
 114, 200.
 Silvesterpatente 180 f., 208.
 Sizilien 128.
 Slawen 14, 16, 27, 139.
 — in Ungarn 19, 48, 52.
 Slawische Elemente im Bulgari-
 schen 13.
 Slawonien 38, 60, 65, 103, 132,
 171, 190, 201.
 Slowaken 34, 36, 57, 112, 122, 142.
 Smolka, St. 203.
 Só, Banat 65.
 Soliman 68, 71.
 Spangenberg, H. 199.
 Spanien, spanische Politik, Spanier
 81, 96, 101, 104 f., 114 f., 171 f.,
 174.
 Springer, A. 207.
 Staatsbeamte 140.
 Staatskanzlei 134.
 Staatskonferenz 170, 208.
 Staatsrat 134 f., 164, 170, 206.
 Städte 40, 42, 51, 57, 71, 74 f.,
 76 f., 90, 117, 200.
 — deutsche, in Ungarn 37, 57, 93,
 122, 139, 171, 196.
 Stadtrecht 37.
 Stahremberg 103.
- Stämme, Stammesverbände,
 —häuptlinge 12, 14, 16 ff., 20,
 21–25, 27, 39, 44.
 Ständestaat, Ständetum, -wesen 9,
 40 ff., 46 ff., 53 ff., 57 ff., 64 ff.,
 69, 82 f., 85, 88 ff., 99 ff.,
 108 ff., 119 f., 123 ff., 129 ff.,
 134 ff., 140, 143, 150 ff., 156,
 158 f., 162, 168, 181, 184,
 191, 193, 200 f.
 — in Böhmen 94, 104.
 — in Frankreich und Preußen 88 f.
 — in den Niederlanden 143 f.
 — in Niederösterreich 107 f., 206.
 — in Polen 58 f., 68.
 — in Siebenbürgen 76 f.
 Ständische Nation 165 ff.
 Statthaltereien 132, 134, 170, 182,
 185.
 Stefan I., der Heilige 8, 20–29,
 31, 33 f., 37, 40, 42, 44, 47,
 54, 59, 148, 187, 197.
 — Erzherzog, Palatin 178.
 Stefanstrone, heilige 24, 54.
 — (Begriff) 59 ff., 98, 105, 173,
 180, 186, 190, 200.
 — Länder der 60, 65; f. auch
 Nebenländer.
 Stein, Freiherr von 151.
 Steinader, Harold 199.
 Steuer 58, 76, 119, 140, 159 f.;
 f. auch Geldsteuer.
 — freiheit 61, 130, 137 ff.
 — Aufhebung der 155, 157, 176.
 — rollen f. Defsters.
 Stiftungen, türkische 73.
 Stuhlweissenburg (Székesfehérvár)
 15, 38, 72, 82, 112.
 Südslawen 19, 61.
 Südungarn 65, 73.
 Sultanat, Sultane 74, 75, 94, 110.
 Swatopluk 14.
 Sybel, H. v. 208.
 Sylvester II., Papst 24.

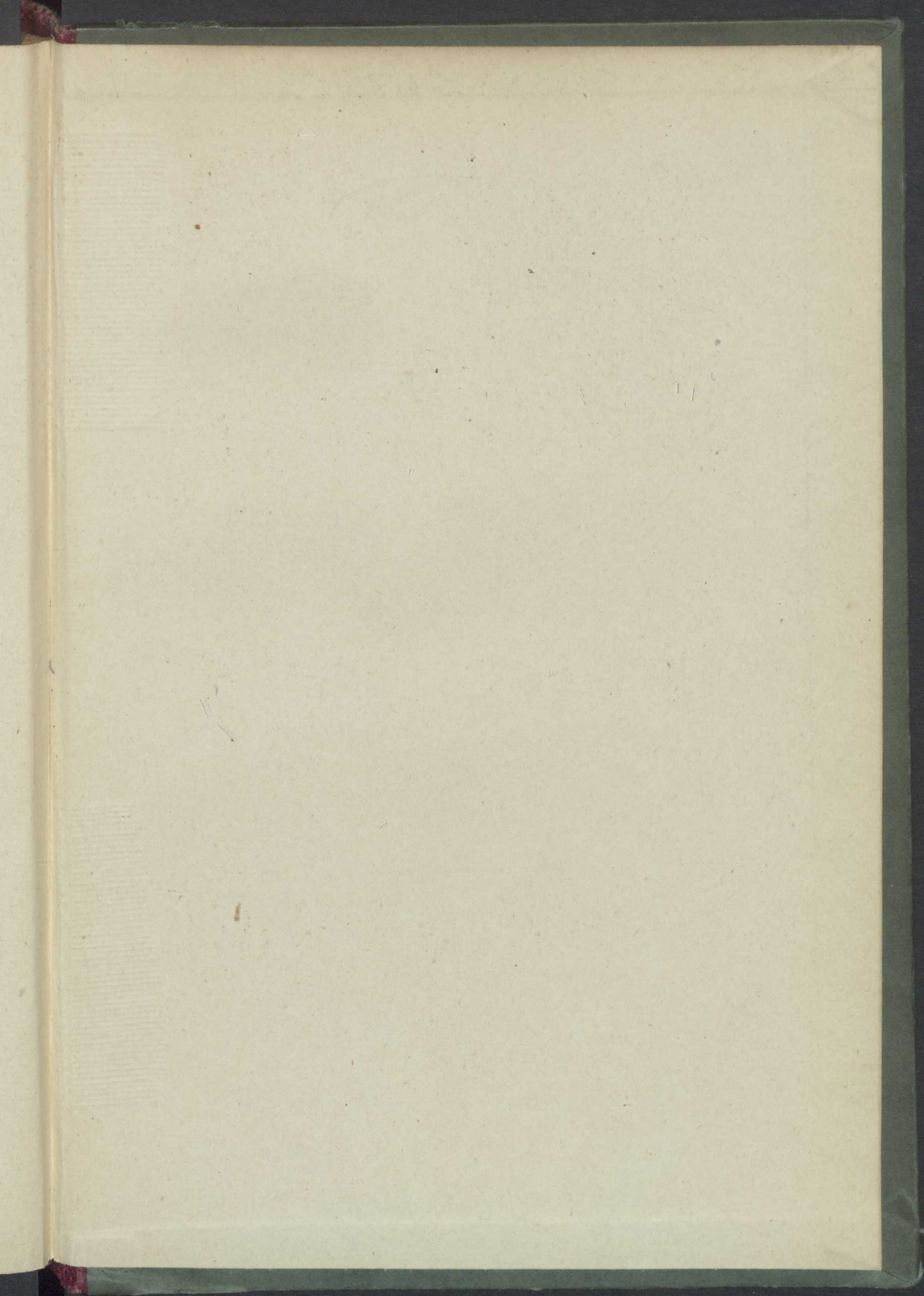
Syrmien (Ezerémség) 73, 112.
 Szabó, D. 201.
 Szapolvai, Johann, Woiwode von
 Siebenbürgen, dann König von
 Ungarn 68, 71, 76.
 Statmäher Vertrag 99, 123 f., 130,
 132.
 Széchenyi; Graf Stefan 116, 150 bis
 157, 160—170, 175 f., 179, 207.
 Székler 31 f., 36, 76, 91.
 Szigetvár 97.
 Szilágyi, Al. 197, 202.
 Szinnycy, J. 197.
 Szögyény-Marich 181 f., 208.
 Szolnok-Doboka, Komitat 198.
 Szörény (Gewrin, Severinu), Ba-
 nat 65.
 Tagányi, Karl 197—201, 207.
 Takáts, Al. 202, 204, 206.
 Tavernicus 39.
 Temescher Banat 103, 112, 131 f.,
 135, 180.
 Temesvár 72 f., 97.
 Territorialität, deutsche 42 f., 53,
 83, 89, 128, 200.
 Teutonen Schlacht 22.
 Deutsch, G. D. und F. 199.
 Tezner, Fr. 204 f.
 Thallóczy, L. v. 199, 201.
 Thaly, Koloman v. 206.
 Theiß 33, 77.
 — ebene 77, 141, 168.
 — regulierung 155.
 Thesaurariat 131.
 Thököly, Emmerich 120 ff., 125,
 206.
 Thronfolgerecht 54 f., 200.
 Thun, Graf Leo 183.
 Thüringer 35.
 Timon, A. v. 198—201.
 Totaj 120.
 Tolbi 168.
 Török, B. 200.

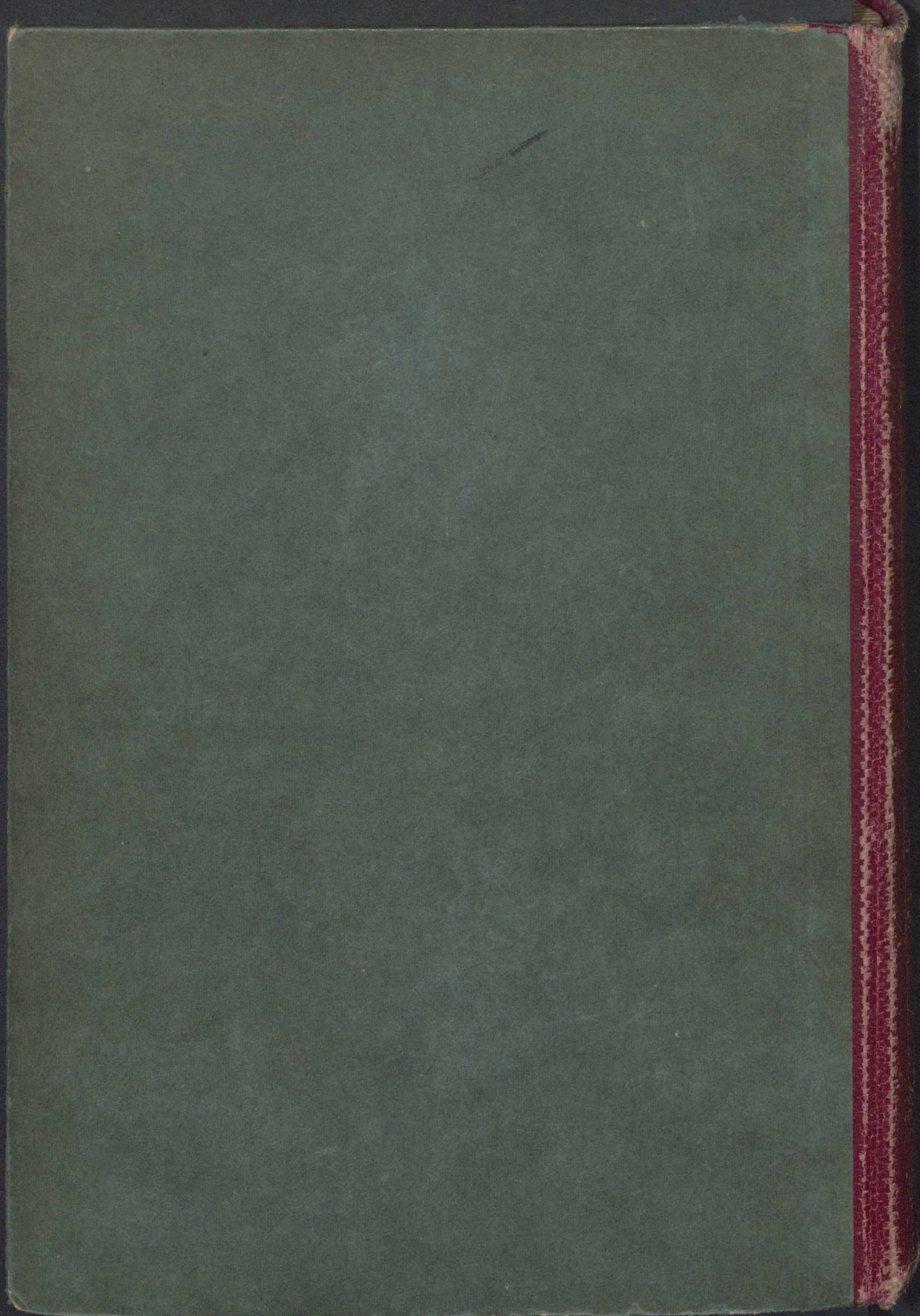
Trentschin (Trencsen) 33, 45.
 Treuverhältnis 26, 28.
 Tripartitum 135, 198.
 Trócsányi, J. 204 f.
 Tuchhandel 139.
 Turba, G. 205 f.
 Türken (Osmanen) 10, 63 ff., 69,
 81, 98, 102 f., 114, 122, 124.
 — einfälle 73.
 — herrschaft in Ungarn 9, 71—75,
 84, 87, 98, 100 ff., 106, 110 f.,
 132, 201 f., 205.
 Türkische Bodenpolitik 73 ff.
 Türkisch-tatarische Völker in
 Ungarn 31 f., 35, 57.
 — Elemente im Ungarn 12.
 Turbulenzen f. Bulgaren.
 Ugrisch f. finnisch-ugrisch.
 Unfreie 277.
 Ungarische Regimenter 33, 178 f.
 Uniformierung 108, 129, 143.
 Unitarier 77.
 Universalbantalität 133.
 Universitas nobilium 51, 90.
 — Saxonum 36, 144.
 Universitätsstudium in Deutschland
 und Holland 79.
 Unna 38, 113.
 Ural 12.
 Urbairalverordnungen 145.
 Ursu, J. 201.
 Váczy, J. 207.
 Vág 33.
 Varna 65.
 Vasallität 42.
 Veltzé, A. 205.
 Venedig 63.
 Verböczi 60 f., 135, 198, 200.
 Vereß, A. v. 203, 205.
 Verfassungskämpfe 82, 88 ff.
 Verfassungsstaat 7, 11, 64, 145 f.,
 193 ff.

- Verkehrsweisen 170.
 Verwaltungsreform 83, 85 ff., 203.
 Verwirkungstheorie 181, 186.
 Viehzucht 57.
 Vorkaufsrecht 48.
 Vormärz 157, 163, 167, 184, 207.
 Vörösmarty 149.
- Wahlkapitulationen 54 ff.
 Wahlkönigreich 54, 61.
 Wahlrecht 118, 126.
 — in Siebenbürgen 75.
 Walachei 80.
 Walachen 36 f., 57, 65, 113, 131 f.,
 139, 172; f. auch Rumänen.
 Walbkarpathen 37.
 Wallenstein 79.
 Wallonen 37, 96, 115.
 Wappenbrief 52.
 Warasdin (Varasb) 38.
 Weber 148.
 Wechselrecht 155.
 Weinhandel 139.
 Weißer Berg, Schlacht am 94.
 Wertheimer, Ed. v. 207.
 Wesselényi 205.
 — Baron Nikolaus 151, 175.
 Westeuropa 27, 55, 100.
 Westfälischer Friede 101.
 Westungarn 94 ff.
 Wettrennen 155.
 Widerstandsrecht (ius resistendi) 55,
 61, 95, 119, 200.
 Wieland 148.
 Wien 70, 82, 84, 89, 93, 100, 102,
 132, 155, 164.
 Wiener Friede, I. und II. 94.
 — Regierung 95 f., 99 ff., 106 ff.,
 111 ff., 124, 128 ff., 132 ff.,
 159 ff., 169 ff., 173 ff., 177 f.,
 186 f., 190.
 Wiener Stadtbank 133.
 Wilajet 72.
 Windisch-Grätz 178.
 Vladislaus I., König von Ungarn
 65.
 — II. 67.
 Vlассics, J. v. 205 f.
 Wohlfahrtsideen 129 f., 137.
 Wojwode von Siebenbürgen 39,
 42 f., 76.
 Wolf, A. 205.
 Wolga 12.
- Zentralgewalt 20, 40, 43, 45, 53,
 129 ff.
 Zentralisierung 85, 135 f., 178 f.,
 186.
 Zentralparlament 185, 190.
 Zentralstellen, türkische 74.
 — ungarische 83 ff., 90 ff., 132 f.,
 140, 144.
 — Wiener 84 ff., 88, 92 f., 99 f.,
 107 ff., 130 ff., 158, 165, 184,
 203 f.
- Zensur 154, 165.
 Zenturionat 28.
 Zinsbauern 52.
 Zips (Gzepeffég) 32, 35, 119, 139.
 Zipser Kammer 86.
 Zisterzienser 198.
 Zollwesen 42, 138 f., 207.
 Zrinyi, Nikolaus 97.
 — der Jüngere 97, 117 f., 121,
 142, 205.
 — Peter 121 f., 205.
 Zupan f. Gespan.
 Zweibund 11, 191.











J. Szekfü

Der
Staat
Ungarn

